Frankfurter Allgemeine

ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Mittwoch, 17. April 2019 · Nr. 91 / 16 D 2 — HERAUSGEGEBEN VON GERALD BRAUNBERGER, WERNER D'INKA, JÜRGEN KAUBE, BERTHOLD KOHLER — 2,90 € D 2954 A F.A.Z. im Internet: faz.net

Flugzeug der Luftwaffe musste notlanden

pca. BERLIN, 16. April. Die Flugbereitschaft des Verteidigungsministeriums hat abermals einen schweren Zwischenfall erlebt. Eine offenbar nicht funktionstüchtige Maschine, eine Bombardier Global 5000, ist am Dienstag bei einer Notlandung in Berlin-Schönefeld nur knapp einem Unglück entgangen. Ein Pressesprecher teilte mit: „Die Maschine hatte mit beiden Tragflächen Bodenberührung. Und eine kontrollierte Landung war nicht mehr möglich." An Bord befand sich die Crew, die das Flugzeug nach einer Wartung testen und zum Heimatflughafen Köln/Bonn bringen wollte. Sie werde in einem Bundeswehrkrankenhaus medizinisch untersucht, so der Sprecher. Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) sagte, es sei den Piloten gelungen, ihr Flugzeug „unter schwierigsten Bedingungen zu Boden zu bringen und damit Schlimmeres zu verhindern". Der Flughafen Schönefeld wurde für rund drei Stunden gesperrt, weil das defekte Flugzeug die Landebahn blockierte. Die Luftwaffe hat vier Global 5000, das jüngste der Flugzeuge wurde 2012 in Dienst gestellt. Mit den Global 5000 werden kleine Delegationen befördert, überwiegend auf Kurz- und Mittelstrecken. In den vergangenen Monaten war es immer wieder zu Problemen mit Regierungsflugzeugen gekommen.

Heute

Morgenrot über Paris: *Die Feuerwehr hat den Brand in Notre-Dame unter Kontrolle gebracht und die völlige Zerstörung eines der großen Wahrzeichen der französischen Hauptstadt verhindert. Trotzdem sind die Schäden, die der Großbrand angerichtet hat, gewaltig. Schon richtet sich die Aufmerksamkeit auf den Wiederaufbau der Kathedrale.* Foto Helmut Fricke

Spendenaufruf für den Wiederaufbau von Notre-Dame

Milliardäre stellen 500 Millionen Euro in Aussicht / Zeichen der Verbundenheit

mic. PARIS, 16. April. Nach der Brandkatastrophe in Paris ist die französische Regierung bestrebt, die jahrhundertealte Kathedrale Notre-Dame de Paris so schnell wie möglich wieder aufzubauen. Premierminister Édouard Philippe rief am Dienstag das Kabinett zu einer Sondersitzung zusammen, um darüber zu beraten. Noch in der Nacht hatte Präsident Emmanuel Macron den Wiederaufbau versprochen und eine Spendensammlung angekündigt. Allein die französischen Milliardärsfamilien Arnault, Pinault und Bettencourt stellten schon Spenden in Höhe von insgesamt 500 Millionen Euro in Aussicht. Bei einer internationalen Geberkonferenz soll ebenfalls Geld für den Wiederaufbau gesammelt werden. Die Bürgermeisterin von Paris, Anne Hidalgo, möchte eine Spenderkonferenz im Rathaus der Hauptstadt abhalten.

Der Großbrand war am Montagabend gegen 19 Uhr ausgebrochen. Zwei Drittel der Dachfläche der aus dem 12. Jahrhundert stammenden Kathedrale wurden dabei zerstört, der Dachreiter stürzte ein. Das genaue Ausmaß der Schäden im Innenbereich ist noch nicht bekannt.

Die Brandkatastrophe hat eine Welle der Hilfsbereitschaft ausgelöst. Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier rief die Bürger Deutschlands und Europas auf, den Wiederaufbau zu unterstützen. „Frankreich ist in dieser Stunde nicht allein. Die Franzosen sind uns Europäern in dieser Stunde besonders nahe", sagte Steinmeier. Bundeskanzlerin Angela Merkel versicherte, dass „wir mit unseren Gedanken bei unseren französischen Freunden sind". Als Zeichen der Verbundenheit läuteten am Dienstag die Glocken vieler deutscher Kirchen, etwa des Kölner Doms und des Hamburger Michels.

Papst Franziskus bezeichnete Notre-Dame als „architektonisches und spirituelles Erbe Paris", Frankreichs und der Menschheit". Der österreichische Bundespräsident Alexander Van der Bellen ließ die französische Trikolore auf der Präsidentschaftskanzlei in Wien hissen.

Erst am Dienstagmorgen war der Brand vollständig gelöscht. Innenstaatssekretär Laurent Nuñez teilte mit, Fachleute hätten Schwachstellen im Gewölbe von Notre-Dame entdeckt. Fünf Wohnhäuser in der Nachbarschaft wurden vorsorglich geräumt. Die Pariser Staatsanwaltschaft geht von einem Unglück aus. „Nichts weist derzeit in die Richtung einer vorsätzlichen Tat", sagte Staatsanwalt Rémy Heitz am Dienstag. Die Staatsanwaltschaft hatte in der Nacht Ermittlungen wegen fahrlässiger Brandstiftung aufgenommen. Als erste Zeugen wurden Bauarbeiter verhört, die mit Renovierungsarbeiten an der Kathedrale beschäftigt gewesen waren. *(Siehe Politik, Seiten 3 und 8, sowie Deutschland und die Welt, Feuilleton, Seite 9, und Wirtschaft, Seite 17.)*

Unmut über Seehofers Ausreisegesetz in der Union

Empörung wegen Zugeständnissen an die SPD / „Weichgespült" / Widmann-Mauz in Sorge

bub./elo./cvl. BERLIN/FRANKFURT, 16. April. In der Unionsfraktion gibt es Verärgerung über die Kompromisse, die im Gesetz über die bessere Durchsetzung der Ausreisepflicht zwischen Union und SPD vereinbart wurden. Das Gesetz soll an diesem Mittwoch vom Bundeskabinett beschlossen werden. Innenpolitiker von CDU und CSU werfen Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) vor, der SPD zu weit entgegengekommen zu sein. Am vorigen Freitag gab es den Vernehmen nach ein Krisentreffen zwischen Mitgliedern des Innenausschusses und Seehofer. „Seehofer ist nicht mehr in der Lage, das fachlich-sachliche Minimum durchzusetzen", sagte ein Innenpolitiker der Union. „Ein Minister muss für seine Sache kämpfen." Das habe Seehofer aus Sorge vor neuem Streit in der Union nicht getan, wurde kritisiert.

Seehofer, Bundesarbeitsminister Hubertus Heil (SPD) und Bundesjustizministerin Katarina Barley (SPD) hatten sich vorige Woche geeinigt, Seehofers Entwurf aus dem Februar deutlich abzuschwächen. Die sogenannte „Duldung light" für abgelehnte Asylbewerber, die ihre Abschiebung durch Täuschung oder unterlassene Passbeschaffung selbst verhindert haben, findet sich nicht mehr im Gesetz. Zwar soll es künftig eine „Duldung für Personen mit ungeklärter Identität" geben. Allerdings soll es unbegrenzt und ohne Konsequenzen möglich sein, die Bemühungen um die Klärung der Identität nachzuholen.

Entfallen ist außerdem die Strafandrohung für Warnungen vor Abschiebungen. Allein bei der vorübergehenden Aufhebung des Trennungsgebots von Abschiebehäftlingen und Strafgefangenen hat Seehofer sich durchgesetzt; die Handhabung liegt aber bei den Ländern.

Der Vorsitzende der „Werteunion" in der CDU, Alexander Mitsch, sagte FAZ.NET: „Das eigentlich richtige und wichtige Gesetz zur geordneten Ausreise wurde in vorauseilendem Gehorsam gegenüber dem Widerstand der SPD weichgespült." Auch die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, Annette Widmann-Mauz (CDU), ist unzufrieden, allerdings aus anderen Gründen. Sie bemängelt, dass die Geduldeten keinen Zugang zu Integrationskursen bekommen sollen. Der Hamburger Justizsenator Till Steffen (Grüne) und die Grünen-Bundesvorsitzende Annalena Baerbock kritisierten den Gesetzentwurf auf „F.A.Z. Einspruch": Die vorgesehene Unterbringung von Abschiebehäftlingen in Gefängnissen sei europarechtswidrig. *(Siehe www.einspruch.faz.net)*

Norweger wegen Spionage verurteilt

frs. MOSKAU, 16. April. Wegen Spionage hat die russische Justiz den Norweger Frode Berg zu 14 Jahren Straflager verurteilt. Das Gericht sah es am Dienstag als erwiesen an, dass der 63 Jahre alte Berg Informationen über russische Atom-U-Boote sammelte und gegen Honorar an norwegische Geheimdienstler übermittelte. Der Verdächtige bestreitet den Vorwurf. Kremlchef Wladimir Putin hatte sich in der vergangenen Woche abwartend zur Frage einer möglichen Begnadigung geäußert. *(Siehe Seite 6.)*

Böhmermann scheitert mit Klage gegen Merkel

F.A.Z. FRANKFURT, 16. April. Das Berliner Verwaltungsgericht hat eine Unterlassungsklage des ZDF-Moderators Jan Böhmermann gegen Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) abgewiesen. Böhmermann wollte Merkel eine Wiederholung ihrer Bemerkung untersagen lassen, sein Schmähgedicht auf den türkischen Staatspräsidenten Recep Tayyip Erdogan vom März 2016 sei „bewusst verletzender Text". Das Kanzleramt hatte zuvor bereits zugesichert, diese Einschätzung nicht mehr zu wiederholen. Das Unterlassungsbegehren sei unzulässig, weil eine Wiederholung der beanstandeten Erklärung nicht zu erwarten sei, urteilte das Verwaltungsgericht am Dienstag in Berlin. *(Siehe Seite 13; Kommentar Seite 8.)*

Regierung rechnet mit sinkenden Schulden

mas. BERLIN, 16. April. Die Bundesregierung geht von weiter sinkenden Staatsschulden aus. Im Jahr 2023 sollen sie nur noch gut 51 Prozent des Bruttoinlandsprodukts ausmachen. Das geht aus dem neuen Stabilitätsprogramm hervor, das die Bundesregierung an diesem Mittwoch beschließen und anschließend nach Brüssel schicken wird. Im Zuge der Finanzkrise war die deutsche Schuldenquote auf mehr als 80 Prozent gestiegen, seit dem Jahr 2012 geht sie kontinuierlich zurück. Für dieses Jahr rechnet die Bundesregierung mit einem Anteil von weniger als 59 Prozent. Damit läge Deutschland auch hier wieder unter dem Referenzwert des Maastricht-Vertrags zum Schutz des Euros. *(Siehe Wirtschaft, Seite 17.)*

Merkel: Energiewende darf nicht spalten

ami. SASSNITZ, 16. April. Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) hat vor den Gefahren einer gesellschaftlichen Spaltung durch eine Unterteilung in Gewinner und Verlierer bei der Energiewende gewarnt. Es dürfe nicht der Eindruck entstehen, dass ein Teil der Gesellschaft von und mit zukunftsfähigem Strom lebe und die anderen die Lasten trügen. Dieser Diskussion müsse eine große Bedeutung beigemessen werden, sagte Merkel am Dienstag anlässlich der Eröffnung eines Meereswindparks vor der Küste von Rügen in Sassnitz. Sie warb zugleich für ein Engagement beim Klimaschutz, zum Beispiel Möglichkeiten beim Thema etwa die steuerliche Förderung der Gebäudesanierung. *(Siehe Wirtschaft, Seite 20.)*

Geht da noch was?

Von Andreas Mihm

Seit mittlerweile zehn Jahren werden in Deutschland Windparks gebaut, um weit draußen auf dem Meer Strom zu erzeugen. Die meisten Anlagen stehen in der Nordsee, einige auch in der Ostsee. Vor Rügen wurde jetzt der vierte offiziell in Betrieb genommen, geadelt durch den Besuch der Kanzlerin, die das Projekt, das ihrem Wahlkreis Arbeitsplätze und höhere Steuereinnahmen verschafft, zu einem von „nationaler Bedeutung" erhob.

Tatsächlich soll mehr Strom aus erneuerbaren Energien die Lücken füllen, die der Atomausstieg bis zum Jahr 2022 und der aus der Kohleverstromung bis 2038 unweigerlich in die Versorgungssicherheit reißen wird. Da der Wind auf dem Meer beständiger weht als an Land und die Proteste gegen die hinter dem Horizont aufragenden Monumentalwindräder schwächer ausfallen als gegen jene in Sicht- und Hörweite des eigenen Häuschens, gilt der Offshore-Strom als probates Mittel gegen den Klimawandel. Das stimmt umso mehr, als erste Windparkbetreiber, die sich an Ausschreibungen beteiligt haben, künftig vollständig auf die noch recht hohe Subvention verzichten wollen. Gemessen an den Widersprüchen der deutschen Klima- und Energiepolitik, sind allein das gute Nachrichten. Denn alle anderen sind schlechter. Hochgesteckte Minderungsziele werden nicht erreicht, die Kosten der Energiewende laufen aus dem Ruder, die Regierung ist für die richtigen Wege und Maßnahmen tief zerstritten. Man kann Bundeskanzlerin Merkel nur beipflichten: Es ist in der Tat ein bedrückendes Zeichen, wenn Bund und Länder nicht einmal binnen zehn Jahren in der Lage sind, ein von allen als vorteilhaft erkanntes Mittel zur Emissionsminderung zu beschließen wie die steuerliche Förderung der Gebäudesanierung.

Aber was folgt aus so viel Selbsterkenntnis über die eigene Kirchturmpolitik? Geht da noch etwas in und mit dieser ausgelaugten Koalition, und das ausgerechnet in Zeiten der wirtschaftlichen Abschwächung? Wer dem Klimawandel ernsthaft Einhalt gebieten will, muss zügig handeln. Ohne Verhaltensänderung im eigenen Land werden die Treibhausgasemissionen nicht sinken. Die meisten Leute würden aber lieber alles lassen, wie es ist. Für die Politik ist das ein Dilemma. Merkel hat das ausgesprochen mit ihrer Warnung, die Energiewende dürfe das Land nicht in Gewinner und Verlierer spalten. Die Erkenntnis kommt allerdings ein bisschen spät.

Frankreichs Nullpunkt

Von Michaela Wiegel

Die Feuersbrunst vom 15. April 2019 in Paris wird in die Geschichtsbücher eingehen. Der Brand hat das Wahrzeichen eines zerrissenen, zerstrittenen Landes getroffen. Seit vergangenem November hat die „Gelbwesten"-Bewegung mit ihren teils gewalttätigen Protesten die Staatsführung aus der Reserve gelockt. Ein nationaler Bürgerdialog offenbarte die Malaise vieler Franzosen, die über die Steuerlast klagen und zugleich hohe Erwartungen an die öffentliche Hand richten. Präsident Emmanuel Macron stand kurz davor, die Debatte mit einer Fernsehansprache wieder anzuheizen.

In einer urplötzlichen Wendung der Geschichte hat die Brandkatastrophe kurz vor dem Osterfest Frankreich innehalten lassen. Kurzzeitig hat das Entsetzen über die lichterloh brennende Kathedrale Notre-Dame jenen Zusammenhalt gestiftet, an dem es in den vergangenen Monaten so sehr mangelte. 114 Jahre nach der per Gesetz erzwungenen Trennung von Kirche und Staat hat sich das weitgehend säkularisierte Land zudem auf seine christlichen Wurzeln besonnen. „Ave Maria" und die „Marseillaise" erklangen im ungewohnten Wechsel. Schon nach der Terrorwelle des Jahres 2015 waren viele Kerzen entzündet worden. In der Brandnacht läuteten die Glocken. Zu den eindringlichsten Bildern aus Paris zählt eine Aufnahme des wie durch ein Wunder erhaltenen Altars mit dem Kreuz, das inmitten der Trümmer hervorragt. Die Politik kann da nur schweigen. Der Europawahlkampf ist vorübergehend unterbrochen, der teils hysterisch ausgetragene politische Streit rückt in den Hintergrund.

Natürlich sind die verheerenden Schäden an der von der Unesco geschützten Weltkulturstätte nicht nur ein innerfranzösisches Ereignis. Die Kathedrale ist ein Touristenmagnet, der jedes Jahr zwischen 12 und 14 Millionen Besucher anzieht. Die Romangestalt des Glöckners Quasimodo gehört längst zum universellen Gemeingut, mit dem der amerikanische Disney-Konzern viel Geld eingespielt hat.

Dennoch hat es eine besondere französische Bewandtnis mit dem Gotteshaus, das auf der ältesten Binneninsel von Paris errichtet wurde. Notre-Dame bildete nicht nur im übertragenen Sinne über Jahrhunderte das Zentrum Frankreichs. Auf dem Vorplatz der Kathedrale hebt sich bis heute im Pflaster ein vergoldeter Stern ab, der „point zéro". Von diesem „Nullpunkt" aus werden alle Entfernungen gemessen, so hat es ein königliches Dekret im Jahr 1739 bestimmt. Auch nach der Französischen Revolution blieb die Ausgangspunkt für das Landstraßennetz Notre-Dame.

Die katholische Kirche bildete lange das Band, das die Franzosen zusammenhielt. Johanna von Orléans erschien, als der Zerfall Frankreichs drohte. Der Katholizismus stellte nicht nur eine Glaubenslehre dar, sondern vor allem eine Gemeinschaftsform, die den Zusammenhalt sicherte. Die Kathedrale ist seit dem 14. Jahrhundert die für alle identifizierbare Kulisse für das historische Wechselspiel. Die Krönung Napoleons zum Kaiser 1804 in Notre-Dame setzte den antiklerikalen Auswüchsen der Revolution ein Ende.

Auch nach der 1905 beschlossenen Trennung von Kirche und Staat („Laizitätsgesetze") blieb Notre-Dame ein Ort des Trostes und des Dankes. Aus Anlass der Befreiung von Paris im August 1944 läuteten die Glocken besonders lange, ebenso wie nach dem Waffenstillstand im November 1918. Nach den Terroranschlägen in Paris im November 2015 versammelten sich die Trauernden zur Andacht in der Kathedrale. In den kommenden Tagen wird der brandversehrte Bau wieder eine Sammlungsstätte der Nation sein.

> Notre-Dame-de-Paris – eine Kathedrale als Sammlungsort einer zerrissenen Nation

Aber es ist fraglich, wie lange die Eintracht hält. Die Säkularisierung in Frankreich ist weit fortgeschritten. Die Kirche hat ihre strukturierende gesellschaftliche Kraft weitgehend eingebüßt. Auch deshalb erscheint Frankreich immer mehr wie ein zusammenhangloses Ensemble, in dem sich unterschiedliche Bevölkerungsgruppen unversöhnlich gegenüberstehen. Ein „Archipel" hat der Politikwissenschaftler Jérome Fourquet sein Land kürzlich getauft. Für sein Buch („L'Archipel français") wurde er mehrfach ausgezeichnet, aber seine Analyse ist besorgniserregend. Frankreich zerfalle immer mehr in Interessengruppen, die Kohäsion schwinde. Im Niedergang des Katholizismus sieht er die wichtigste Ursache des langsamen Auflösungsprozesses.

Frankreich nennt sich längst nicht mehr stolz die „älteste Tochter der Kirche". Dennoch zeigt der spontane Elan, mit dem für den Wiederaufbau geworben wird, dass das Bewusstsein für das christliche Erbe nicht gänzlich verschwunden ist. Für das angeschlagene französische Nationalbewusstsein erscheint die Hilfs- und Spendenbereitschaft aus dem Ausland wie ein Wunder.

Gerade im Verhältnis zu Deutschland hatten sich in Frankreich zuletzt die Zweifel gemehrt, ob die Freundschaftsbekundungen nicht zu leeren Worthülsen verkommen sind. Die deutsche Anteilnahme und die Hilfsangebote kommen deshalb zur rechten Zeit. Schon jetzt ist gewiss, dass der Brand als ein Datum in die Geschichte eingehen wird, wie die Feuersbrunst in den Tuilerien 1871 politisch nachwirken wird.

4 190295 402903 30016

Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH; Kundenservice: (069) 75 91 - 10 00, Telefax: (069) 75 91 - 21 80 oder www.faz.net/meinabo. Briefe an die Herausgeber: leserbriefe@faz.de

Belgien, Frankreich, Italien, Luxemburg, Österreich, Portugal (Cont.), Slowakei, Slowenien, Spanien 3,70 € / Griechenland, Kanaren, Malta, Niederlande, Zypern 3,80 € / Dänemark 28 dkr / Großbritannien 3,50 £ / Schweiz 5,00 sfrs / Ungarn 990 Ft

Wahlleiter äußert Sorge

Briten nehmen hierzulande vor Brexit an Briefwahl teil

Lt. BERLIN, 16. April. Zur Europawahl treten hierzulande 1380 Kandidaten an, so viele wie noch nie zuvor. Sie findet vom 23. bis 26. Mai statt. In Deutschland werden am Sonntag, dem 26. Mai, die 96 deutschen Abgeordneten für das Europäische Parlament gewählt. Es nehmen hierzulande 41 Parteien an der Wahl teil. Der Bundeswahlleiter Georg Thiel kündigte in Berlin an, es werde am Wahlabend bis 23 Uhr dauern – wenn die Wahllokale in allen EU-Ländern geschlossen sind –, bis mit ersten Wahlergebnissen zu rechnen sei.

Die Unsicherheit darüber, ob und wann die Briten die Europäische Union verlassen, beeinflusst auch die diesjährige Europawahl. Sollte Großbritannien am 23. Mai noch Teil der EU sein, muss es an der Europawahl teilnehmen. Dann können auch Deutsche in Großbritannien als Wähler ihre Stimme (für britische Kandidaten) abgeben und Briten, die in Deutschland wohnen, dort wählen. Tritt Großbritannien jedoch kurz vor dem Wahltermin aus der EU aus, entfällt die Stimmabgabe für Deutsche, die sich im Vereinigten Königreich aufhalten, und für Briten in Deutschland. Thiel gestand, dass die Stimmen von britischen EU-Bürgern, die in den vorhergegangenen Wochen per Briefwahl abgegeben worden seien, in diesem Falle kaum noch nachträglich identifiziert werden könnten. Er sagte, er habe sich mit den Wahlleitern der Länder zwar auf zahlreiche Folgen vorbereitet, die sich aus den Ungewissheiten des Brexits ergäben, er wage „aber nicht zu überblicken, ob wir alle Fallkonstellationen schon erfasst haben".

Von den Unwägbarkeiten des Brexits sind auch die Bewerberinnen und Bewerber in jenen 14 EU-Staaten betroffen, deren Sitzzahl sich im Europäischen Parlament erhöhte, falls die Briten ihre Sitze nicht mehr in Anspruch nähmen. Insgesamt 27 der bisherigen 73 britischen Sitze würden neu an andere EU-Staaten verteilt, die bislang im Verhältnis zu ihrer Bevölkerungsgröße im EU-Parlament unterrepräsentiert sind; dazu gehören Frankreich, Spanien, Italien und die Niederlande. In diesen Ländern erhielten die ersten Nachrücker auf den Wahllisten der erfolgreichen Parteien eine Chance, ins Parlament einzuziehen, sobald die Briten nach der Teilnahme an der Europawahl den Brexit vollzögen und damit ihre Abgeordneten nicht länger dem EU-Parlament angehörten.

Eine weitere Unwägbarkeit ergibt sich aus der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom vergangenen Montag, wonach unter Betreuung stehende Menschen mit Behinderungen auch an der Europawahl teilnehmen können. Thiel sagte, zu diesem Zweck müssten die Betreffenden bis zum 5. Mai in ihren Gemeinden beantragen, in das Wählerverzeichnis aufgenommen zu werden.

Der Bundeswahlleiter appellierte an die Bevölkerung, sich an der Wahl zum Europäischen Parlament zu beteiligen. 2014 hatte die Wahlbeteiligung in Deutschland rund 48 Prozent betragen, sie war damit höher als in den zwei Jahrzehnten davor; 1994 hatten sich allerdings noch 60 Prozent der Deutschen an der Europawahl beteiligt. Die Zahl der Briefwähler steigt seit 25 Jahren kontinuierlich; bei der letzten Wahl lag sie schon höher als 25 Prozent.

Da in Deutschland keine Wahlmaschinen oder Automaten eingesetzt würden, sondern lediglich mit Zettel und Stift abgestimmt werde, sei das „papierbasierte" Wahlergebnis „nicht manipulationsanfällig", sagte Thiel zu den Sicherheitsvorkehrungen bei der Wahl. Die Übermittlung der Teilergebnisse aus den Gemeinden an den Bundeswahlleiter finde ausschließlich über das „vom Internet unabhängige, gesicherte Behördennetzwerk statt". Thiel sagte, er verfolge mit seinen Kollegen aus den Ländern überdies eine „Mehrkanalstrategie", um Desinformationen vorzubeugen, etwa falsche Angaben über die Öffnungszeiten von Wahllokalen möglichst rasch zu korrigieren.

Hausaufgaben – *Wenige Wochen vor der Europawahl hat Greta Thunberg im Umweltausschuss des Europaparlaments die Erwachsenen dazu aufgerufen, für den Klimaschutz zu stimmen. „Ihr müsst auf uns hören, auf die, die nicht wählen können", sagte die 16 Jahre alte schwedische Aktivistin am Dienstag in Straßburg. Es gehe um die künftigen Lebensbedingungen für die Menschheit. Thunberg sprach sichtlich gerührt über die Folgen des Klimawandels. „Unser Haus bricht auseinander", sagte sie über den Planeten.* Foto AFP

Straßburger Träume

EU-Abgeordneter Brok ermahnt beide Seiten zu „konstruktiver Lösung" im Brexit-Streit / Von Michael Stabenow

BRÜSSEL, 16. April. Es war der letzte Debattenbeitrag des dienstältesten EU-Parlamentariers. Nach 39 Jahren kandidiert Elmar Brok (CDU), der im Mai 73 Jahre alt wird, nicht mehr bei der kommenden Europawahl. Die Brexit-Aussprache am Dienstag nutzte er zunächst für einen Appell an Konservative und Labour-Opposition in London, eine „konstruktive Lösung" zu finden. Es gelte, sich für einen Verbleib Großbritanniens in der EU oder einen möglichst „weichen" Brexit zu entscheiden und das „unwürdige Spiel" nicht fortzusetzen. Europa müsse sich auf zentrale Fragen – Migration, Handelsfragen, innere und äußere Sicherheit, Klimawandel – konzentrieren. Nur gemeinsam ließen sich die Herausforderungen meistern.

Dann zitierte Brok den Satz, den der frühere französische Präsident François Mitterrand schwerkrank 1995 den EU-Parlamentariern zugerufen hatte: „Nationalismus bedeutet Krieg." Zuvor hatte EU-Ratspräsident Donald Tusk, der sich wie die meisten Redner bestürzt über den Großbrand der Pariser Kathedrale Notre-Dame gezeigt hatte, ebenfalls den Bogen zum Zweiten Weltkrieg gespannt. Seine Heimatstadt Danzig sei damals zu 90 Prozent zerstört und niedergebrannt, aber auch wiederaufgebaut worden. Dies werde auch für Notre-Dame gelten. Aus Straßburg, der französischen EU-Hauptstadt, rufe er alle 28 Mitgliedstaaten auf, sich an dieser Aufgabe zu beteiligen. Dass Tusk dabei auch Großbritannien einbezog, dessen EU-Austritt nun bis spätestens Ende Oktober verschoben wurde, war kein Zufall.

Mit dem Aufschub blieben alle Optionen auf dem Tisch – ein rascher Brexit nach Ratifizierung des Austrittsvertrags, aber auch ein Verbleib in der EU. Tusk widersprach damit Emmanuel Macron. Der französische Präsident hatte zuletzt gewarnt, nicht davon zu träumen, dass sich der Austrittsbeschluss zurücknehmen lasse. „Zumindest ich werde nicht aufhören, von einem besseren und geeinten Europa zu träumen", sagte Tusk. Hans-Olaf Henkel, deutsches Mitglied der Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformer (EKR), griff den Gedanken auf. Einst hätten Bewohner des von Deutschen im Zweiten Weltkrieg in Schutt und Asche gelegten englischen Coventry beim Wiederaufbau der zerstörten Frauenkirche in Dresden geholfen – eine „Geste der Versöhnung und Freundschaft". Nun liege es an den 27 Partnern „dass sich Großbritannien am Wiederaufbau der Kathedrale von Paris beteiligen kann". Dagegen machten sich der britische EKR-Fraktionschef Syed Kammal und der Brexiteer Nigel Farage in der Debatte für einen baldigen Austritt stark. Richard Corbett, Vorsitzender der Labour-Abgeordneten, meinte, das heimische Publikum beginne die vor und nach dem Referendum im Juni 2016 aufgetischten Lügen zur EU und zum Brexit zu durchschauen. „Und deshalb haben sie solch eine Angst vor einem weiteren Referendum", sagte Corbett. *(Kommentar Seite 8.)*

Amokfahrer aus Silvesternacht nicht schuldfähig

reb. DÜSSELDORF, 16. April. Der Mann, der in der Silvesternacht mit seinem Auto in Bottrop und Essen in mehrere Gruppen feiernder Ausländer gefahren war, leidet nach Einschätzung eines Gutachters an paranoider Schizophrenie und ist nicht schuldfähig. Wie die Staatsanwaltschaft Essen bestätigte, hat sie beantragt, den 50 Jahre alten Andreas N. dauerhaft in einer geschlossenen psychiatrischen Klinik unterzubringen. Über diesen Antrag muss das zuständige Landgericht in einem Sicherungsverfahren entscheiden.

In ihrer Antragsschrift wirft die Staatsanwaltschaft dem arbeitslosen Gebäudereiniger versuchten Mord in zwölf Fällen, gefährliche Körperverletzung und gefährlichen Eingriff in den Straßenverkehr vor. Am Silvesterabend war N. zunächst mit seinem alten Mercedes Kombi von Essen nach Bottrop gerast und war am dortigen Berliner Platz in eine Gruppe von Leuten gefahren, die den Jahreswechsel feiern wollten. Opfer und Zeugen berichteten, dass N. mehrfach zurücksetzte und sein Auto wendete, um möglichst viele Menschen umzufahren. Eine Frau aus Syrien erlitt schwere Verletzungen. Ebenfalls verletzt wurden ihr Ehemann und ihre beiden Töchter, ein Junge aus Afghanistan, seine Mutter sowie ein weiteres Mädchen aus Syrien. Danach fuhr N. nach Essen zurück, wo er auf eine Menschengruppe an einer Bushaltestelle zuhielt und dabei einen Mann am Fuß verletzte.

Als Polizisten N. wenig später festnahmen, machte der Mann einen psychisch auffälligen Eindruck auf sie und äußerte sich dezidiert fremdenfeindlich. Der nordrhein-westfälische Innenminister Herbert Reul (CDU) suchte am Neujahrstag einen der Tatorte auf. Dabei sagte er, es sei die „klare Absicht" von N. gewesen, „Ausländer zu töten". In der sodann aufkommenden politischen Debatte geäußerte Vermutungen, N. könne Teil eines rechtsextremen Netzwerks sein, bestätigten sich im Zuge der weiteren Ermittlungen aber nicht. Laut Antragsschrift glaubte N., einer Eingebung folgen und den Auftrag erfüllen zu müssen, Deutschland von Ausländern „zu reinigen", so wie er es als Fensterputzer gelernt habe. Zudem glaubte der Mann, einen islamistisch motivierten Anschlag wie am Berliner Weihnachtsmarkt verhindern zu müssen. Laut Gutachter leidet Andreas N. an Wahnvorstellungen. Der Mann war seit 2003 mehrfach wegen der bei ihm diagnostizierten Schizophrenie stationär behandelt worden. Nach Aussagen von Zeugen soll N. schon am Morgen vor der Tat in überaus schlechtem psychischen Zustand gewesen sein.

Das Recht, zu sterben, gegen die Pflicht, nicht zu töten

Karlsruhe überprüft das Verbot der geschäftsmäßigen Sterbehilfe – und weckt damit Hoffnungen / Von Marlene Grunert

KARLSRUHE, 16. April. Es wurde hochmoralisch, dabei hatte es um Moral eigentlich gar nicht gehen sollen. Schon zu Beginn der Verhandlung hatte der Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Andreas Voßkuhle, die Anwesenden ermahnt: Die Suizidhilfe sei ein emotionales und seit jeher kontrovers behandeltes Thema, das mit den existentiellen Grundfragen des menschlichen Daseins verknüpft sei. Es sei aber wichtig, sich zu vergegenwärtigen, dass es in dem Verfahren nicht um die moralische oder politische Beurteilung des Suizids und seiner Folgen für die Gesellschaft gehe, sondern ausschließlich um die Verfassungsmäßigkeit einer konkreten Strafrechtsnorm. Er versuchte damit auch, die immensen Erwartungen an das vielbeachtete Verfahren zu drosseln.

Zum ersten Mal in seiner Geschichte befasst sich das höchste deutsche Gericht seit Dienstag eingehend mit Fragen der Sterbehilfe. Frühere Verfahren waren stets an formalen Kriterien gescheitert. Entsprechend groß sind die Hoffnungen. Erwartet wird gar eine Klärung des Autonomiebegriffs, der aktuell in zahlreichen Debatten Konjunktur hat – etwa beim Bluttest zur Erkennung von Trisomie 21.

Ein Grundsatzurteil erhofft sich seit einer Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts vom 2. März 2017 auch Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU). Die Leipziger Richter entschieden damals, dass der Staat unheilbar kranken Patienten einen Anspruch auf Medikamente zur schmerzlosen Selbsttötung in Extremfällen nicht verwehren dürfe. Voraussetzung sei, dass der schwerkranke Patient wegen der unerträglichen Leidenssituation frei und ernsthaft entschieden habe, das Leben zu beenden, und es keine zumutbare Alternative gebe. Wie frei eine derartige Entscheidung sein kann, problematisierten die Richter nicht. Sie machten auch keine genaueren Angaben, wie eine Institution derartig heikle Entscheidungen treffen könnte. Spahn kritisierte, das Urteil zwinge den Staat zu tun, was das Gesetz untersage. Per Nichtanwendungserlass wies er das Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte an, der Entscheidung nicht Folge zu leisten. Er argumentiert stets, „aus Respekt vor dem Bundesverfassungsgericht" zu handeln, dessen Entscheidung er abwarten wolle.

Den Richtern in Karlsruhe liegen sechs Verfassungsbeschwerden vor. Eingereicht wurden sie von schwerkranken Patienten, die Sterbehilfe in Anspruch nehmen möchten, sowie von entsprechenden Vereinen und von Ärzten. Sie wenden sich gegen Paragraph 217 Strafgesetzbuch, der die geschäftsmäßige Förderung der Selbsttötung verbietet. Als Reaktion auf zunehmende Tätigkeiten von Sterbehilfevereinen hatte der Bundestag das Verbot am 6. November 2015 beschlossen. Der Fraktionszwang war aufgehoben. Nach einer intensiven Debatte stimmte eine alle Parteigrenzen überschreitende Mehrheit der Abgeordneten für die Regelung. Am 10. Dezember 2015 trat das Gesetz in Kraft. Im Falle ihrer Geschäftsmäßigkeit steht die an sich straflose Beihilfe zum Suizid seitdem unter Strafe. Erfasst sind solche Fälle, in denen jemand einer anderen Person die Gelegenheit zum Suizid bietet, ihr etwa ein Medikament zur Verfügung stellt, das unmittelbar zum Tod führt.

In Karlsruhe argumentierten sowohl Gegner als auch Befürworter des Verbots mit der Autonomie Sterbender. Den einen geht es um Schutz vor zu viel Staat, der ein würdiges und selbstbestimmtes Sterben verhindere. Den anderen um den Schutz vor Angeboten, die schwerkranke Menschen unter Druck setzten und suizidgeneigter machen könnten.

Die Kläger meinen, das Verbot greife unverhältnismäßig in den Kernbereich personaler Selbstbestimmung ein. Sie leiten aus dem Allgemeinen Persönlichkeitsrecht ein Recht auf selbstbestimmtes Sterben ab. Als Ausdruck autonomer Selbstbestimmung umfasse dies auch die Inanspruchnahme der Unterstützung Dritter. Paragraph 217 Strafgesetzbuch sei dagegen Ausdruck des sittlichen Empfindens einer religiösen Minderheit und diene Lebensschützern, „die überkommene christliche Vorstellungen über die Selbstbestimmung stellen", sagte der als Sachverständiger auftretende Michael Schmidt-Salomon von der Giordano-Bruno-Stiftung. Er sprach in Karlsruhe von einer „weltanschaulichen Schieflage". Vor allem in Fällen, in denen die Freiheit der Entscheidung für den Suizid „außer Frage" stehe, gehe Paragraph 217 zu weit, sagte der Prozessbevollmächtigte des Schweizer Sterbehilfevereins „Dignitas". Inwiefern von einer freien Entscheidung in Fällen größter Verzweiflung aber überhaupt die Rede sein kann, war ein Schwerpunkt des ersten Verhandlungstages.

Der Prozessvertreter der Abgeordneten des Bundestages, Steffen Augsberg, warnte davor, Sterbewilligen eine autonome Entscheidung zu unterstellen. Suizid-Entscheidungen seien vielmehr stets von Ambivalenzen gezeichnet. Der als Sachverständiger geladene Psychiater Clemens Cording unterstützte diese Einschätzung. Er führte aus, dass in neunzig Prozent aller Suizide von erheblichen psychischen Störungen auszugehen sei, die kognitive Funktionen entscheidend verzerrten. Zwar gebe es einen Anteil freiverantwortlicher Suizide, der weit überwiegende Teil gehöre aber nicht dazu. Hierfür spreche auch, dass achtzig Prozent aller Menschen, die vergebens einen Suizidversuch unternommen hätten, von einem weiteren Versuch absähen.

Den Befürwortern des Verbots geht es vor allem darum, eine Zunahme von Suiziden zu vermeiden. Wegen der Bedeutung des Rechtsguts „Leben" reiche für ein Verbot schon die bloße Möglichkeit einer Steigerung. Dem hielt Christoph Knauer entgegen, die schlicht abstrakte Möglichkeit stehe in keinem Verhältnis zur akuten Betroffenheit der Beschwerdeführer. Er vertritt in Karlsruhe zwei schwerkranke Patienten. Das Allgemeine Persönlichkeitsrecht, zumal in einem existentiellen Kernbereich, lasse sich auf dieser Grundlage nicht beschränken. Knauer, wie auch andere, meint zudem, es fehle an empirischen Erkenntnissen darüber, dass geschäftsmäßige Sterbehilfe tatsächlich zu einem suizidfreundlichen Klima führe. Dem halten Befürworter des Verbots Studien, etwa des niederländischen Medizinethikers Theo A. Boer, entgegen. Laut seiner Untersuchungen nimmt die Zahl der Suizide in Ländern, in denen die Regelungen zur Sterbehilfe liberalisiert sind, eindeutig zu.

Die klagenden Ärzte stützen ihre Verfassungsbeschwerden in Karlsruhe auf eine Verletzung ihrer Gewissens- und Berufsfreiheit. Sie beanstanden auch die Bestimmtheit der Vorschrift. So stelle das Verbot nicht sicher, dass bisher erlaubte Formen der Sterbehilfe straffrei blieben; auch die Grenzen zulässiger Palliativmedizin seien unklar. Stellvertretend für vier klagende Ärzte zeigte Rechtsanwältin Petra Vetter verschiedene Konstellationen auf, die seit 2015 kriminalisiert seien – etwa die ärztliche Anleitung zum Sterbefasten. Ebendiese Form der Suizidassistenz werde vom Verbot aber nicht erfasst, erwiderte Michael Brand (CDU), der den Gruppenantrag für Paragraph 217 zusammen mit Kerstin Griese (SPD) 2015 initiiert hatte.

Tatsächlich ist nicht bekannt, dass es infolge der Verbotsnorm auch nur zu einem Strafverfahren gekommen ist. Stärker betroffen als die behandelnden Ärzte dürften ohnehin die Patienten sein. Das Verfassungsgericht steht nun vor der komplexen Aufgabe, deren Recht auf individuelle Selbstbestimmung mit gesamtgesellschaftlichen Schutzkonzepten in Einklang zu bringen.

STIMMEN DER ANDEREN

Zu wenig gegen die Katastrophe getan

Zu dem Brand in der Pariser Kathedrale Notre-Dame schreibt die spanische Zeitung „La Vanguardia":

„Die europäischen Hauptstädte verfügen über ein reiches monumentales Erbe, das zu ihren geschätztesten Identitätszeichen gehört. Dieses Erbe sorgt für große Einnahmen, es erfordert aber auch hohe Instandhaltungskosten. Es ist zwar nie ausgeschlossen, dass ein Unfall zu einer Katastrophe … führt. Es gibt einige Präzedenzfälle, die frisch in Erinnerung sind: Der Brand auf Schloss Windsor im Jahr 1992 etwa oder das Feuer im Gran Teatre del Liceu in Barcelona 1994. Aber es liegt auf der Hand, dass die zuständigen Behörden jetzt nicht nur die Zerstörung von Notre-Dame bedauern werden, sondern auch, dass sie nicht mehr getan haben, um die Katastrophe zu verhindern."

Trauern, aufrichten, bauen

Das schwedische Blatt „Dagens Nyheter" meint dazu:

„‚Ein Teil von uns' habe an diesem Abend gebrannt, schrieb Präsident Macron über die Tragödie, und vielleicht meinte er damit zuallererst die Franzosen. Aber es waren noch viele mehr, die das Feuer ins Mark traf: Christen, Katholiken, Europäer, Mitmenschen. Nun werden sich gute Kräfte aus aller Welt versammeln, um beim Wiederaufbau zu helfen. Weil wir Menschen so funktionieren, wenn wir am besten sind: Wir trauern, richten uns auf, blicken nach vorn und fangen an, zu bauen. 700 Jahre lang war Notre-Dame Ursprung von Schönheit, Trost, Bewunderung, Hingabe und Weltliteratur. Es ist schwer, daran zu glauben, wenn die Welt Bildern von Flammen, grauem Rauch und zusammengestürzten Türmen folgt – aber das wird die Kathedrale wieder sein."

Stunde der Staatsanwälte in der Autonation

Die „Neue Zürcher Zeitung" kommentiert nach der Anklage gegen den früheren VW-Vorstandschef Martin Winterkorn den Diesel-Skandal in Deutschland:

„Die Mühlen der deutschen Justiz mahlen langsam, doch in der Regel gründlich. Für die Autonation ist es nicht nur aus Gründen der Psychohygiene gut, dass die Skandale juristisch aufgearbeitet werden, sondern auch deshalb, damit nicht der Eindruck entsteht, große Konzerne aus strategisch wichtigen Branchen würden bei eklatantem Fehlverhalten ungeschoren davonkommen. Zudem haben die Unternehmen in den Verfahren die Chance, ihre Unschuld zu beweisen. Die Reduktion der Abgasreinigung zur Schonung des Motors, beispielsweise bei niedrigen Außentemperaturen, war schließlich bereits lange vor dem Dieselskandal bekannt und akzeptiert. Vermutlich haben jedoch einige Hersteller diesen regulatorischen Spielraum bis aufs Äußerste ausgereizt. Inwieweit dieses Verhalten justiziabel ist, werden die anstehenden Verfahren zeigen. Doch vorerst schlägt nun die Stunde der Staatsanwälte."

Das Internet muss nicht gerettet werden

Die „Neue Osnabrücker Zeitung" lobt die endgültige Verabschiedung der EU-Urheberrechtsnovelle:

„Die Kampagne der Internetkonzerne wie Google und Facebook gegen die Urheberrechtsreform ist ein Beleg für die Rücksichtslosigkeit mancher Lobbyverbände. Das Internet muss nicht gerettet werden, es wird auch künftig fortbestehen. Auch die Furcht vor einer Zensur ist völlig abwegig. Gerade durch die Reform wächst die Chance, dass die künstlerische Vielfalt und die Pluralität seriöser Nachrichtenquellen erhalten bleiben."

Ende Mai wird Barley faule Früchte ernten

Die Magdeburger „Volksstimme" kritisiert die Rolle von Justizministerin Barley bei der Reform:

„Auch Deutschland stimmte der Richtlinie zu. Katarina Barley, SPD-Spitzenkandidatin für die Europawahl, dürfte die faulen Früchte ihrer inkonsequenten Haltung zur Reform spätestens Ende Mai (bei der Europawahl) ernten. Die Urheberrechtsreform wurde beim Treffen der fachfremden Landwirtschaftsminister beschlossen, Julia Klöckner votierte für Deutschland mit ‚Ja'. Den Taktstock hielt jedoch Barley mit ihrem Weisungsentwurf in der Hand. Mehrfach hat sie sich gegen die gefürchteten Uploadfilter ausgesprochen, sie nun aber federführend durchgewunken. Das ist unglaubwürdig."

Sie schwankt, aber geht nicht unter

Nach dem Brand der Kathedrale Notre-Dame in Paris steht Frankreich unter Schock. Das Unglück lässt die Nation für einen Moment zusammenrücken. Solidarität und Spendenbereitschaft sind groß. *Von Michaela Wiegel*

PARIS, 16. April

Alle Augen hatten sich nach der Höhe der Kirche erhoben. Was sie da sahen, war etwas Ungewöhnliches. Auf dem Gipfel der höchsten Galerie, hoch oben über der Mittelrosette, war eine große Flamme zu sehen, die zwischen den beiden Glockentürmen mit Funkenwirbeln aufstieg, eine große, prasselnde und grimmige Flamme, von welcher der Wind zeitweilig eine Funkenwolke im Rauche davontrug": Diese Sätze hat sich Victor Hugo 1831 für seinen Roman „Notre-Dame de Paris" ausgedacht. Das 940 Seiten lange literarische Meisterwerk hat Generationen von Lesern geprägt, Walt Disney trug die Geschichte um den Glöckner Quasimodo als Zeichentrickfilm und Musical in die Welt. Aber niemand ahnte, dass Hugos Fiktion einmal bittere Realität werden würde. Die Kathedrale galt als unverwüstlich, hatte sie doch Kriege, Revolutionen, Hochwasser, Pest und andere Plagen fast unbeschadet überstanden. „Notre-Dame ist wirklich alt, sie wird noch das Paris beerdigen, das sie hat entstehen sehen", schrieb Hugos Zeitgenosse, der Dichter Gérard de Nerval.

Am Dienstag ist Frankreich, ist die Welt im Entsetzen über die schweren Brandschäden vereint. Gleich am Morgen ließ der Cellist Gautier Capuçon ein melancholisches „Nach dem Traum" des Komponisten Gabriel Fauré vor der durch den Brand gezeichneten Kathedrale erklingen. „Nach dem Albtraum" hätte besser gepasst, meinte der Cellist. Mit den Cellotönen wolle er den heroischen Feuerwehrleuten danken, die ihr Bestes gegeben hätten, um die Kathedrale vor dem Einsturz zu retten. Es sollte die erste einer langen Reihe von Hommagen auf die Feuerwehr sein. In der Luft lag da noch der bittere, rußige Geruch, den die Anwohner und Passanten, die Schaulustigen und Pilger für immer mit dieser Nacht in Verbindung bringen werden. Es ist ein Abend, von dem die Augenzeugen sofort wissen, dass sie noch ihren Enkeln und Urenkeln mit Schrecken davon erzählen werden.

Bürgermeisterin Anne Hidalgo hat den ersten Rauch von ihrem Bürofenster im Rathaus kurz vor 19 Uhr entdeckt. Von ihrem Schreibtisch fällt der Blick auf den Fluss Seine und die erhabenen Zwillingstürme der Kathedrale, das Wahrzeichen der Hauptstadt. Das Rathaus selbst ist ein Nachbau, das Original fiel 1871 in den Wirren der Pariser Kommune einem Brand zum Opfer. Der Bürgermeisterin ist das am Abend kein Trost. „Ich fühle mich so hilflos", sagt sie in die Fernsehkameras. So sehr versucht sie, ihre Emotionen zu unterdrücken, dass ihr Gesicht wie versteinert wirkt. „Es ist ein Drama", sagt sie.

Präsident Emmanuel Macron hatte am frühen Abend mit den Aufnahmen für die „bahnbrechende" Fernsehansprache begonnen, die er den Franzosen versprochen hatte. „Nichts wird mehr wie zuvor sein", hatte Regierungssprecherin Sibeth Ndiaye angekündigt. Nach den Protestmonaten der „Gelbwesten"-Bewegung und dem Gesprächsmarathon des „Grand Débat" wollte der Präsident den Blick seiner Landsleute auf die Zukunft lenken. Aber als die Aufzeichnung gerade beendet war, stürzte der wachhabende Offizier in das Amtszimmer des Staatschefs: „Notre-Dame brennt!" Macron zögerte nicht lange, die Fernsehansprache wurde nicht ausgestrahlt. Umgehend ließ sich der Präsident mit seiner Frau zur Kathedrale fahren. Macron spricht nicht gern öffentlich über seinen Glauben. Er hat sich auf eigenen Wunsch katholisch taufen lassen, als er zwölf Jahre alt war. Vor Journalisten bejahte er kürzlich die Frage, ob er gläubig sei. In einer Rede im aufwendig renovierten Collège des Bernardins, dem früheren Kolleg des Zisterzienserordens, versprach er, die Rolle der Katholiken in der Gesellschaft stärker zu würdigen. Aber das war vor den Protesten der „Gelbwesten".

Mit der Motorradstaffel, die stets die Präsidentenlimousine durch den Großstadtverkehr lenkt, war Macron schnell an der Kathedrale. Die Einsatzwagen der Feuerwehr verfügten nicht über Polizeigeleit. Etliche verloren kostbare Zeit im Verkehrsstau, der in den frühen Abendstunden in der Innenstadt am dichtesten ist. Das Geheul der Feuerwehrsirenen übertstimmte den Lautsprecherlärm der Touristenboote „Bateaux Mouches", die auf der Seine ihre Besichtigungstouren fortsetzten. Aber auch die Touristen hatten nur noch Augen für die lichterloh brennende Kathedrale. Erinnerungen an die Türme des World Trade Center wurden wach. Zum Glück war niemand in der Kathedrale gefangen ist. Nur die Feuerwehrleute begeben sich in Gefahr. Der 96 Meter hohe, feine Dachreiter sticht wie ein flammender Pfeil aus dem restlichen Gebäude hervor. Der spitze Turm geht auf den Architekten Eugène Viollet-le-Duc zurück, der im 19. Jahrhundert die aufwändige Renovierung der Kathedrale leitete. Innerhalb weniger Minuten stürzte der Turm ein, ohnmächtig sah die wachsende Menschenmenge zu.

Mehr als 400 Feuerwehrleute kämpften da bereits verbissen gegen die sich rasend schnell ausbreitenden Brandherde. Noch in der vergangenen Woche hatte es eine große Brandschutzübung gegeben, die reibungslos verlaufen sein soll. Jeder wusste, wo die Pumpen angeschlossen werden müssen. Der Einsatz von Löschhubschraubern oder -flugzeugen, wie sie etwa der amerikanische Präsident Donald Trump vorgeschlagen hat, kam für die Einsatzleitung nicht in Frage. Das filigrane Kreuzgewölbe der gotischen Kathedrale wäre zu zerbrechlich, um das Gewicht solcher Wassermassen von oben auszuhalten. Auch der Einsatz von Brandschaum wurde aufgrund der großen Zahl von empfindlichen Gemälden und anderen Kunstschätzen nicht in Betracht gezogen. Rettungskräfte stürzten sich auf die kostbaren Reliquien, um sie zu retten. Darunter befindet sich die Dornenkrone Christi, die König Louis IX. (1214 bis 1270) dem Kaiser von Konstantinopel abgekauft hatte. Auch die Tunika des heiligen Ludwig wurde an einen sicheren Ort gebracht.

Für das hölzerne Dachgestühl jedoch, das man bei einer Turmbesichtigung bewundern konnte, kommt jede Rettung zu spät. „Forêt", „Wald", wurde der Dachstuhl aus Eichenholz genannt, der mehr als 100 Meter lang und bis zu 40 Meter breit war. 14 Hektar Eichenwald waren dafür im 13. Jahrhundert abgeholzt worden. Aus der französischen Forstwirtschaft kamen gleich am Dienstag Zusagen, genügend Eichenholz zur Verfügung zu stellen, um den Wiederaufbau der Kathedrale zu vollenden.

„Morgen beginnen wir mit dem Wiederaufbau", sagte der Präsident, als er sich kurz vor Mitternacht zum ersten Mal äußerte. „Das ist es, was die Franzosen erwarten", fügte er hinzu. Eine großangelegte Spendenaktion soll von der Denkmalstiftung organisiert werden. Der Staat werde seinen Anteil tragen. Am Dienstag sagte der Milliardär Bernard Arnault zu, sich mit 200 Millionen Euro an der Rekonstruktion beteiligen zu wollen. Zuvor versprach die Milliardärsfamilie Pinault, mit 100 Millionen Euro zum Wiederaufbau beizutragen. Der frühere Kulturminister Jean-Jacques Aillagon schlug Steuerfreistellungen für die Spenden vor. Der derzeitige Amtsinhaber Franck Riester willigte ein, den Vorschlag zu prüfen. In den sozialen Netzwerken weckte die Spendenfreudigkeit der Milliardäre jedoch sofort Argwohn. „Gelobt seien unsere Herren. Die Bettler danken den Familien Arnault und Pinault, dass sie den Schrei der Steine besser hören als den des Fleisches", kommentierte Aude Lancelin, die bislang den Sender Le Média für die linke Partei „Das Unbeugsame Frankreich" leitete.

Erst kurz nach fünf Uhr morgens vermeldete Einsatzleiter Gabriel Plus, dass der Brand gelöscht und die letzten Glutherde unter Kontrolle seien. Die beiden Glockentürme, deren Einsturz befürchtet worden war, erwiesen sich als stabil. Doch das Gewölbe des Hauptschiffs gibt Anlass zur Sorge. Die Staatsanwaltschaft, die noch in der Nacht Ermittlungen wegen fahrlässiger Brandstiftung eingeleitet hat, ließ bereits am Dienstagmorgen Bauarbeiter verhören. Denn das Feuer ist im Dachstuhl unterhalb des Dachreiters ausgebrochen, genau jenem Bauteil, auf den sich zuletzt die Renovierungsarbeiten konzentriert hatten. Es besteht der Verdacht, dass es bei Schweißarbeiten an der Metallstruktur zu einem Schwelbrand gekommen sei, der sich erst nach Feierabend der Bauarbeiter ausbreitete. Eine ähnliche Ursache hatte bei Renovierungsarbeiten an der Kathedrale von Nantes im Januar 1972 zu einem Großbrand geführt, bei dem der Dachstuhl gänzlich niederbrannte.

Die Arbeiten in der Nähe des Dachreiters hatten vor drei Tagen begonnen. Das Erzbistum von Paris zeigte in einem spektakulären Film, wie die Figuren der zwölf Apostel und der vier Evangelisten mit einem Spezialkran aus schwindelerregender Höhe zur Renovierung in Sicherheit gebracht wurden. Die Renovierung der Kathedrale, deren Bau 1163 begonnen und 182 Jahre später beendet worden war, wurde vor vier Jahren beschlossen. Wegen der hohen Denkmalschutzauflagen und der komplizierten Gerüstaufbauten gingen die Arbeiten erst im vergangenen Jahr richtig los. Denkmalschützer kritisierten, man habe mit der Instandsetzung der Kathedrale zu lange gewartet. Der niedergebrannte Dachreiter war zuletzt 1936 saniert worden.

Schon Victor Hugo war es ein großes Anliegen, dass sich die Bevölkerung des architektonischen Schatzes bewusst werde, den sie mit der Kathedrale von Generation zu Generation weitergibt. Sein Roman, der in Deutschland unter dem Titel „Der Glöckner von Notre-Dame" verkauft wird, trug maßgeblich dazu bei. Das kollektive Bewusstsein für die Bedeutung der Kathedrale ist auch im weitgehend säkularisierten Frankreich bis heute intakt. Die wichtigsten historischen Ereignisse in der Kathedrale lernt jedes Schulkind, etwa dass der zehn Jahre alte Heinrich VI., König von England, zum französischen König gesalbt wurde.

Die Heirat des Protestanten Henri de Navarre mit der katholischen Marie de Valois (genannt Margot) in Notre-Dame 1572 bildete den Vorwand für die blutige Bartholomäusnacht, in der mehrere tausend Hugenotten ermordet wurden. Unvergessen ist auch die Zeremonie im Dezember 1804, bei der sich Napoleon in der Kathedrale in Anwesenheit von Papst Pius VII. selbst die Kaiserkrone aufsetzte. 1970 versammelten sich die Franzosen zu einer Trauermesse in der Kathedrale, um Abschied von Charles de Gaulle zu nehmen, dem Gründer der V. Republik. 1996 nahm der damalige Bundeskanzler Helmut Kohl in der Kathedrale Platz, um der Trauerfeier für seinen Freund, den langjährigen französischen Präsidenten François Mitterrand, beizuwohnen. Ihm standen dabei Tränen in den Augen. Notre-Dame ist ein Ort geblieben, an den es die Franzosen zieht, wenn sie sich ihrer Wurzeln besinnen wollen. Nach den Terroranschlägen in Paris im November 2015 versammelten sie sich spontan auf dem Vorplatz und zu Andachten im Inneren.

Noch ist das Ausmaß der Brandschäden nicht genau bekannt. Der französische Chefarchitekt für denkmalgeschützte Bauten, Philippe Villeneuve, ließ sich am Dienstag mit beruhigenden Worten vernehmen. „Der historische Schatz ist gerettet", sagte er. Die zu Beginn des 13. Jahrhunderts entstandene Rosette mit knapp zehn Meter Durchmesser sowie die filigrane Rosette im Südquerhaus und die Nordrosette haben das Feuer ohne größere Schäden überstanden. Das gilt auch für die Wasserspeier, die dämonisch wie eh und je von der Fassade hinabblicken. „Fluctuat nec mergitur" lautet der alte lateinische Wahlspruch der Stadt Paris, der unter dem Schiff auf dem Wappen der Stadt steht: Sie schwankt, aber geht nicht unter. Aus diesem Spruch komme „die Kraft, dass wir uns wieder aufrichten", sagte die Pariser Bürgermeisterin.

Altar im Qualm: *Der Innenraum von Notre-Dame am Montag*

Foto AP

Geld ist nicht das Problem, es fehlen die Steinmetze

Experten warnen vor unrealistischen Erwartungen an den Wiederaufbau von Notre-Dame / Von Christian Schubert

PARIS, 16. April. Zu einem regelrechten Spendenwettlauf ist es nach dem Brand der Kathedrale Notre-Dame am Dienstag gekommen. Frankreichs milliardenschwere Unternehmer Bernard Arnault (LVMH) und François Pinault (Kering) aus der Luxusmodebranche eröffneten mit ihren jeweiligen Familien den Reigen mit Schenkungen von 200 und 100 Millionen Euro. Bald zogen die Familie Bettencourt-Meyers, Eigentümer des Kosmetikkonzerns L'Oréal, sowie der Chef des Ölkonzerns Total, Patrick Pouyanné, nach.

Schon am Nachmittag fehlte kaum ein Name aus dem Börsenindex CAC-40, der die größten französischen Unternehmen umfasst. Mehr als 600 Millionen Euro waren versprochen worden. Die Präsidentin der höchsten Fußballliga, Nathalie Boy de la Tour, sicherte die Hilfe des Profifußballs zu; zwei Waldbesitzer kündigten die Lieferung von frischem Holz an. So könnte sich nicht das Geld als knappes Gut erweisen, sondern etwas anderes: Die französischen Bauunternehmen suchen händeringend Arbeitskräfte. Ob es um Steinmetze oder Zimmerleute geht, „unsere Branche leidet unter einem Mangel an jungen Leuten, wir haben Schwierigkeiten die Ausbildungsplätze zu besetzen", berichtete Frédéric Letoffé, der Präsident des Verbandes der Bauunternehmen für historische Gebäude (GMH), am Dienstag in einer kurzfristig einberufenen Pressekonferenz. Doch für eine große Renovierung brauche man nicht nur mehr Geld, sondern auch viel mehr Leute. „Notre-Dame wird wahrscheinlich zu einer Schulbaustelle werden", sagte Jacques Chanut, der Präsident des Bauverbandes FFF.

Die Fachleute aus der Baubranche brachten auch jene Politiker wieder auf den Boden der Tatsachen, die sich eine Renovierung in drei bis vier Jahren wünschen. „Das ist nicht realistisch. Man muss mit 10 bis 15 Jahren rechnen", sagte Verbandschef Létoffé. Chanut erklärte, zuerst sei die Kathedrale zu sichern, dann müsse das riesige Loch im Dachstuhl mit einem überdimensionalen Schirm geschlossen werden, „der gleichzeitig die Ventilierung ermöglicht". Selbst das verschmutzte Wasser aus der Seine, das man zum Löschen benutzt hat, könnte sich als Problem für die empfindlichen Steine und Hölzer erweisen, sagen die Baufachleute.

Wie viel der Wiederaufbau von Notre-Dame kosten wird, ist noch unklar. Zahlen von rund 700 Millionen Euro kursieren, doch das hängt von den Entscheidungen ab, welche die Architekten und die Geldgeber treffen, berichten die Baufachleute. Schon in der Nacht zum Dienstag rief Präsident Emmanuel Macron zu einer nationalen Spendenaktion auf.

Die Spenden von Privatleuten stiegen im Minutentakt. Der Staat, dem in Frankreich alle Kathedralen gehören, ist mit seiner finanziellen Unterstützung für Kirchengebäude zurückhaltend. In Frankreich gibt es keine Kirchensteuer, daher sind die Mittel für die Konfessionen begrenzt. So ist die Instandhaltung der mehr als 850 Jahre alten Kathedrale Notre-Dame immer wieder vernachlässigt worden. „Man ist in Frankreich gut im Restaurieren, doch nicht im Instandhalten", sagt der Kunsthistoriker Alexandre Gady von der Stiftung Association & Monuments. Im vergangenen Jahr haben die Franzosen sogar in den Vereinigten Staaten um Spendengelder gebeten. Eine Delegation flog über den Atlantik, um Zuwendungen einzuwerben, wie sie etwa auch der Louvre erhält.

Die vorerst letzte Renovierungsaktion begann im vergangenen Jahr und sollte 10 bis 15 Millionen Euro im Jahr kosten. Seitdem stand ein riesiges Baugerüst, ausgestattet mit elektrischen Aufzügen, über dem alten Dachstuhl der Kathedrale. Nach dem Brand steht das Metallgerüst noch, doch die Holzbalken aus dem 13. Jahrhundert sind dem Brand zum Opfer gefallen. Jetzt will sich auch die öffentliche Hand mehr ins Zeug legen. Die Stadt Paris versprach 50 Millionen Euro, die Region des Großraums Paris weitere 10 Millionen Euro.

Auch auf der amerikanischen Stiftung „Friends of Notre Dame" ruhen die Hoffnungen. Sie beteiligt sich bereits an der Restaurierung mehrerer Heiligen-Statuen. Der amerikanische Fondsmanager Henry Kravis von der Gesellschaft KKR will ebenfalls Geld spenden.

Wie in allen Kathedralen Frankreichs ist der Zugang zu Notre-Dame kostenlos. Nur für die Besteigung der Türme, die in die Zuständigkeit der staatlichen Verwaltung für historische Gebäude fallen, wird Eintritt verlangt.

Immer mal wieder flammt in Frankreich eine Debatte darüber auf, ob der Zugang zu Kirchen kostenpflichtig gemacht werden sollte. Doch die katholische Kirche in Frankreich wandte sich immer wieder gegen einen solchen Schritt.

„Die Katholische Kirche möchte daran erinnern, dass die Kathedralen vor allem Orte des Gebetes und des Gottesdienstes sind. Der Eintritt muss kostenfrei bleiben", hieß es in einer ihrer jüngsten Mitteilungen. Freiwillige Spenden der Kirchenbesucher für den Wiederaufbau von Notre-Dame schließt das aber nicht aus.

Morgen auf der Seite Bildungswelten

Wie die neuesten Zahlen über die Exzellenzstrategie das Bild des universitären Wettbewerbs beeinflussen.

Für jeden Hass zu haben

Wie 21 Staatsanwälte in Nordrhein-Westfalen versuchen, etwas gegen die Myriaden an Beleidigungen im Internet auszurichten.

Von Timo Steppat

KÖLN/GROSS-GERAU, im April

Der Richter will wissen, warum Martin S. bei Facebook Hass schürt. Warum der 44 Jahre alte Familienvater Muslime als „Dreck“ bezeichnet, sie als „Vergewaltiger und Mörder“ verächtlich macht. Martin S. hat die Arme auf die Tischplatte gelegt, er beugt sich vor. „Sie finden das hassschürend?“, fragt er den Richter. „Zeigen Sie mir einen Moslem, der nicht losmarschiert, wenn der Imam ihm sagt: Geht raus, und schlagt sie alle tot.“ Es sei die Religion, die den Hass verbreite.

Der junge Richter am Amtsgericht Groß-Gerau in Südhessen hört genau zu, will verstehen, was in dem Mann vorgeht. Der Staatsanwalt hingegen, der Herrn S. bereits zum dritten Mal vor Gericht antrifft, ist weniger gelassen. „Der Angeklagte geht weiter mit seiner Einstellung hausieren.“ Es geht um drei Postings im Frühjahr 2018, zwei bei Facebook, eines bei dem Verkaufsportal Ebay Kleinanzeigen. Dort schrieb S., er verkaufe sein Motorrad nicht an Muslime. Dafür sei ihm die Maschine zu schade. Bis hierher, das wird S. heute mehrfach hören, ist es seine Meinungsäußerung, die ihm zusteht. Was er dann aber schreibe, das verstoße gegen Paragraph 130 des Strafgesetzbuches, Volksverhetzung.

Es ist ein Paragraph, der erst 1960 ins Strafgesetzbuch aufgenommen wurde. Damals war er nur wenige Zeilen lang. In den neunziger Jahren wurde jedoch auch die Holocaustleugnung unter Strafe gestellt, der Gesetzgeber konkretisierte immer weiter, was alles Volksverhetzung ist. Druckt man den Paragraphen 130 heute aus, ist er eine DIN-A4-Seite lang. Wurde mit ihm bis vor ein paar Jahren vor allem die Verherrlichung des Nationalsozialismus belangt, werden seit ein paar Jahren vermehrt fremdenfeindliche Delikte bestraft. Bis 2016 war die Zahl der Verfahren, die als Hasspostings gezählt werden, auf 3177 gestiegen. 2017 sank die Zahl auf 2270, 1681 davon gelten als rechtsmotiviert.

Wenn von Hasskommentaren im Internet die Rede ist, sollen Konzerne wie Facebook oder Twitter löschen, dazu verpflichtet sie das Netzwerkdurchsetzungsgesetz, das seit Oktober 2017 gilt. Aber auch die Justiz soll mehr unternehmen. In Nordrhein-Westfalen hat die Landesregierung die Zentral- und Ansprechstelle Cybercrime (ZAC) ausgebaut. 21 Staatsanwälte beschäftigen sich dort mit der Gefährdung kritischer Infrastruktur, Darknet-Verfahren, organisierter Kriminalität im Netz und „Hate Speech“ im Internet.

Weil Hass an sich aber kein Straftatbestand ist, muss Christoph Hebbecker jeden Tag prüfen, gegen was er vorgeht und was sich im „Rahmen einer legitimen Meinungsäußerung“ bewegt, wie er sagt. Im Schnitt bekommt er zehn Anzeigen pro Woche auf den Tisch. Ein Teil der Anzeigen kommt aus einem Projekt, das die Staatsanwaltschaft mit der Landesmedienanstalt im vergangenen Jahr begonnen hat: Social-Media-Redakteure bei Medienunternehmen wie RTL, WDR oder der Deutschen Welle werden geschult, um hetzerische Kommentare nicht nur zu löschen, sondern sie, wenn nötig, auch zur Anzeige zu bringen. Dafür können die Mitarbeiter Anzeigen per E-Mail bei der Staatsanwaltschaft einreichen. Zusätzlich zu den Anzeigen, die auf diese Weise eingehen, werden an Hebbecker auch Fälle weitergeleitet, auf die vom Bundesamt für Justiz im Zuge des Netzwerkdurchsetzungsgesetzes hingewiesen wird. Vier Paragraphen sind für die strafrechtliche Bewertung der Kommentare entscheidend: Neben Volksverhetzung stehen die Beschimpfung von Religion, die öffentliche Aufforderung zur Begehung von Straftaten und das Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen unter Strafe.

Vor einigen Wochen ging eine Anzeige wegen eines Tweets ein, in dem gefordert wird, „arabische Großfamilien standesrechtlich“ festzunehmen. Ob es eine Handhabe gibt? Hebbecker wiegt den Kopf. „Das mag schlechter Geschmack sein“, sagt er. „Aber Volksverhetzung ist das eher nicht.“ Hebbecker öffnet den Gesetzestext auf seinem Computer und liest vor: „Wer in einer Weise, die geeignet ist, den öffentlichen Frieden zu stören, gegen eine nationale, rassische, religiöse oder durch die ethnische Herkunft bestimmte Gruppe (. . .) zu Gewalt oder Willkürmaßnahmen auffordert.“ Es brauche einen „konkret abgrenzbaren Bevölkerungsteil“ und müsse einen inländischen Bezug haben, sagt Hebbecker. Anerkannte Fallgruppen für den Straftatbestand sind etwa „Juden“ oder „Sinti und Roma“.

In einem anderen Beispielfall geht es um einen Aufruf für ein Casting der Fernsehshow „Das Supertalent“. In dem Bild, das bei Facebook veröffentlicht wurde, waren die Jurymitglieder Bruce Darnell und Dieter Bohlen zu sehen. Jemand kommentierte in kruder Sprache: „Bi und einen schwulen Niger braucht niemand. Fink euch im Arsch ihr Homos, dessen Eltern wurden 45 im KZ vergessen hat.“ Hier seien die Rechte der beiden Moderatoren verletzt, sie müssten allerdings selbst Strafantrag wegen Beleidigung stellen. „Ansonsten ist das an der Grenze zur Straflosigkeit“, sagt Hebbecker. Anders wäre es, wenn von ganzen Bevölkerungsgruppen die Rede sei, die im Kontext von Konzentrationslagern genannt würden.

Selbst wenn die Staatsanwälte sich für eine Anklage entscheiden, folgen die Richter der Einschätzung nicht immer. Das zeigt ein Beispiel, das Hebbecker bei Schulungen zeigt. Es stammt aus der Zeit, als Christian Wulff sagte, der Islam gehöre zu Deutschland. Da schrieb jemand, der Islam gehöre zu Deutschland wie „Scheiße auf den Tisch“. Es wurde Anzeige erstattet, die Staatsanwaltschaft Köln erhob Anklage, weil der Islam mit Scheiße gleichgesetzt würde – also Beschimpfung von Glaubensbekenntnissen. Das Landgericht Köln aber hielt auch eine andere Deutung für möglich: So wie Scheiße nicht auf den Tisch gehöre, gehöre der Islam nicht zu Deutschland – also eine zulässige Meinungsäußerung.

Durch die Anzeigen, die Hebbecker jede Woche bekommt, kann er die Hand in den Strom von Hetze und Hass halten. Da sieht er, dass viele Jugendliche in sozialen Medien „Heil Hitler“ oder „Sieg Heil“ schreiben. Das soll vielleicht provozieren oder ein Scherz sein, denn meist erkennen die Ermittler keine nationalsozialistische Ideologie dahinter. Ein Verfahren muss trotzdem eröffnet werden. Hebbecker unterscheidet zwischen zwei Gruppen: Auf der einen Seite sind die fest Überzeugten, die Nazi-Ideologie verbreiten, sie machen die Mehrheit der Anzeigen aus – und dann gibt es diejenigen, die eher versehentlich auf den Pfad der Volksverhetzung geraten sind. Menschen aus der Mitte, die sich vollkommen im Ton vergriffen haben, die man aber noch zurückgewinnen kann, glaubt Hebbecker.

Im Gerichtssaal 158 des Amtsgerichts Groß-Gerau ist nicht ganz klar, in welche Kategorie der Angeklagte Martin S. gehört. Seine Frau und seine eineinhalb Jahre alte Tochter sind zum Verfahren gekommen. Die Frau sagt zu Beginn, ihr Mann leide seit einem Motorradunfall vor vier Jahren an einer dissoziativen Amnesie, sein Kurzzeitgedächtnis funktioniere nicht, er sei deshalb arbeitsunfähig. Sie verdiene das Geld, das dritte Kind sei auf dem Weg. Die Kinder führt S. später als Grund für seinen Zorn an. „Meine Tochter ist mehr als einmal Opfer geworden“, sagt er. Sie sei von muslimischen Kindern auf dem Schulhof geschlagen worden. „Glauben Sie mir“, sagt der Richter. „Das machen deutsche Kinder und Jugendliche auch.“

An manchen Stellen klingt es eher wie ein Therapiegespräch, das der Richter, der Staatsanwalt und der Angeklagte führen. „Außerhalb meines Gerichtssaals argumentieren Sie nicht so sachlich. Warum?“, fragt der Richter. „Ich bin ein impulsiver Mensch“, sagt der Angeklagte. „Wenn ich gewisse Nachrichten sehe, dann kommt es mir hoch. Wenn ich Claudia Roth sehe, dann kommt mir der Hass hoch.“ Er wolle nur, dass seine Kinder friedlich leben können. Und es sei in Deutschland zunehmend nicht mehr friedlich. „Die Muslime können nicht in Ruhe in Freiheit leben, wenn sie Angst vor Ihnen und Ihrem Hass haben müssen“, sagt der Staatsanwalt. „Wenn Sie wollen, dass Sie Ihre Kinder draußen spielen lassen können, halten Sie sich selbst an die Regeln.“

So offen wie sich der Angeklagte bei seinen Ansichten gibt, so verschlossen ist er, wenn es um den Hergang der Tat geht. Denn S. sagt zwar, was in den Postings stehe, das entspreche absolut seiner Meinung. So wurde von dem Facebook-Konto, das er als seines identifiziert, ein Beitrag zu Altersarmut veröffentlicht, laut dem im Land das Geld fehle, weil es für „illegale Schwerverbrecher“ ausgegeben werde – als solche identifiziert er Flüchtlinge und Muslime. S. sagt aber, er könne sich nicht daran erinnern, das geschrieben zu haben. Oft seien Gäste im Haus, die unter seinem Namen bei Facebook hätten veröffentlichen können. Der Richter glaubt das nicht, will aber keine Zeit verlieren: Weil der Angeklagte das dritte Posting bei Ebay Kleinanzeigen, in dem er Muslimen einen generellen Hang zum Terrorismus unterstellt, gesteht, beantragt der Staatsanwalt, dass nur darüber geurteilt werden soll.

Damit die Strafe spürbar ist, muss sie einen Tick höher ausfallen“, sagt der Richter. Und weil S. wegen Volksverhetzung bereits vorbestraft ist, wird er zu einer Freiheitsstrafe von neun Monaten verurteilt, die zu einer dreijährigen Bewährung ausgesetzt wird. In den kommenden zwei Jahren soll der Angeklagte als Geldstrafe jeden Monat 25 Euro an die Anne-Frank-Stiftung überweisen. Im Gesetzestext steht ein Strafmaß von bis zu fünf Jahren. Der Richter lässt dem Angeklagten die Seite mit Paragraph 130 ausdrucken und gibt sie ihm. Weil er sich die Dinge so schlecht merken kann, soll er die Seite jeden Abend vor dem Schlafengehen lesen – für die nächsten drei Monate. „Sie dürfen eine Meinung haben, aber Sie müssen sich an die Gesetze halten“, sagt der Richter. Ein Bewährungshelfer könne ihn dabei unterstützen, nicht wieder gegen das Gesetz zu verstoßen und Volksverhetzendes im Internet zu posten. Der Frau des Angeklagten erklärt der Richter die Tragweite zum Schluss noch mal: „Wenn er weiterhin im Internet solche Äußerungen trifft, kann es passieren, dass er ohne Bewährung in den Knast kommt.“ Der Angeklagte hört da nicht mehr zu, er zieht Grimassen für seine Tochter, die im Zuschauerraum sitzt und lacht.

Die Strafverfolgung muss meistens nicht so weit gehen, um in den Leuten etwas auszulösen. Im vergangenen Jahr organisierte Hebbecker in Nordrhein-Westfalen gemeinsam mit dem Landeskriminalamt eine landesweite Durchsuchung. Polizisten kamen in die Wohnungen von meist relativ durchschnittlichen Bürgern, von denen viele eine Familie haben. Dort wurden elektronische Geräte sichergestellt. „Den Menschen war nicht bewusst, dass das, was sie im Internet schreiben, im echten Leben Konsequenzen haben kann.“ Es geht Hebbecker um das Signal, das von der Aktion ausgeht. Die Meldung zu den Durchsuchungen, die das LKA auf der Facebook-Seite veröffentlichte, war der meistkommentierte Beitrag des Jahres 2018. Den Ermittlern wurde vorgeworfen, Teil der staatlichen Bekämpfung unerwünschter Meinungen zu sein, sie seien „billige Sklaven des Systems“. In einzelnen Fällen haben diese Kommentare zu neuen Verfahren geführt.

Hebbecker reist zu den Verhandlungen im ganzen Bundesland. Weil die Gerichte überlastet sind, dauert es teilweise lange, bis die Anklage erhoben wird. Es ist ein mühsamer Kampf. Obwohl es das Projekt „Verfolgen statt löschen“ seit über einem Jahr gibt, ist noch keines der Urteile rechtskräftig. Aber Hebbecker sagt: „Noch haben wir das Feld nicht verloren. Wir können noch zeigen, dass das Strafrecht auch für Äußerungen auf sozialen Plattformen im Internet gilt.“ – „Dafür dürfen wir das Feld aber nicht aufgeben. Das hätte Konsequenzen, die wir heute noch gar nicht absehen können.“

Bevor der Staatsanwalt zuständig wird: *Zwei Rapper erklären Realschülern in Düsseldorf den Umgang mit Hass im Netz.* Foto dpa

Disziplinarverfahren in Frankfurt

Polizisten sollen an Haus eines Gefährders uriniert haben

hs. FRANKFURT, 16. April. Das Frankfurter Polizeipräsidium hat ein Disziplinarverfahren gegen sechs Beamte eingeleitet, weil zwei von ihnen Ende Januar an das Haus eines von ihnen observierten Gefährders uriniert haben sollen. Laut Medienberichten waren die fünf Männer und eine Frau des Staatsschutzdezernats Ende Januar im Anschluss an eine private Abschiedsfeier für zwei Kollegen auf die Idee gekommen. Ihre Aktion soll von einer Videokamera aufgezeichnet worden sein. Die Personen seien aber nicht zu erkennen, weil sie Kapuzen getragen hätten. Die Polizei bestätigte am Dienstag auf Anfrage den Sachverhalt.

Der Vorfall erregt besondere Aufmerksamkeit, weil der Skandal um mögliche rechtsextreme Umtriebe in Frankfurter Polizeikreisen noch nicht aufgearbeitet ist. Im Kern geht es dabei um rassistische Chats und um die Abfrage polizeiinterner Informationen zu einer Frankfurter Anwältin. Diese vertritt Angehörige eines Opfers der rechtsextremen Terrororganisation „Nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU) und Personen, die als islamistische Gefährder eingestuft sind. Die Juristin und Mitglieder ihrer Familie sind durch mehrere mit „NSU 2.0“ unterzeichnete Faxschreiben bedroht worden.

Ein Zusammenhang mit der Affäre und dem nächtlichen Vorfall sei bisher ebenso wenig erkennbar wie rechtsradikale Motive, sagte ein Polizeisprecher. Die Frankfurter Staatsanwaltschaft bestätigte diese Ansicht. Man ermittele nicht, weil nach vorläufiger Bewertung der nächtlichen Ereignisse keine Straftat, sondern nur eine Ordnungswidrigkeit vorliege.

Städtebundpräsident befürwortet Enteignungen

Brandl: Gemeinden sollen nicht bebaute Flächen zum Verkehrswert ankaufen können

tifr. MÜNCHEN, 16. April. Uwe Brandl, CSU-Politiker und Präsident des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, hat verlangt, zur Bekämpfung der Wohnungsnot den Kommunen einen Zugriff auf private Grundstücke zu ermöglichen. Der Bürgermeister der niederbayerischen Stadt Abensberg sagte dieser Zeitung: „Man muss auch den Mut haben, den Bürgern zu sagen, dass die Kommunen im Zweifel Zugriff auf schon versiegelte, aber nicht bebaute Grundstücke haben müssen, dass sie die einem Gebrauch zuführen können.“ Es gehe nicht, dass bebaubare Grundstücke als Spekulationsfläche gehalten würden, unter dem Vorwand, „man bevorrate sie für die Enkel in fünfter Generation“.

Brandl verlangte: „An diese Flächen, dieses Eigentum, müssen die Gemeinden herankommen.“ Laut dem CSU-Politiker könnte man dafür ein kommunales Ankaufsrecht verankern, indem man Entwicklungsflächen ausweist, auf denen innerhalb eines bestimmten Zeitraums Wohnraum geschaffen werden muss. „Geschieht das nicht, müsste die Gemeinde die Möglichkeit haben, das Grundstück zum Verkehrswert anzukaufen. Dafür braucht es allerdings eine gesetzliche Grundlage, die müsste vom Bund kommen.“

Eine Nachverdichtung in Ballungsräumen hält Brandl nur bedingt für sinnvoll: „Viele Individuen auf engem Raum vertragen sich nur sehr begrenzt, das zeigt uns die Verhaltensforschung. Dort entstehen soziale Brennpunkte. Das heißt, wir müssen uns was für die ländlichen Regionen überlegen.“ Das typische alleinstehende Einfamilienhaus auf dem Land in Wohngebieten sei für ihn überholt. „Da müssen wir natürlich Überzeugungsarbeit bei den Bürgern leisten, denn der, der im Altbestand sitzt, ist nicht begeistert, wenn man ihm ein Sechsfamilienhaus vor die Nase setzt. Aber das wird nötig sein.“ Viele sagten, man müsse mit Grund und Boden sparsam umgehen. „Wenn das aber vor der eigenen Haustür stattfinden soll, dann will man von Flächensparen nichts mehr wissen.“

Eine weitere Forderung des Präsidenten des Deutschen Städte- und Gemeindebundes lautet daher: Anders bauen als bisher und Grundstücke durch das Baurecht kleiner zuschneiden. „Wer sich den Luxus für mehr Platz leisten kann, soll zwei kaufen. Damit schafft man mehr Wohnraum auf kleinerer Fläche.“

Wichtiges in Kürze

AKP beantragt Neuwahl

Die türkische Regierungspartei AKP hat beim Hohen Wahlrat die Wiederholung der Kommunalwahl in Istanbul beantragt. Auch nach der von der AKP durchgesetzten Nachzählung der Stimmen in mehreren Wahlkreisen lag der Kandidat der oppositionellen CHP, Ekrem Imamoglu, mit rund 13 000 Stimmen vor dem AKP-Kandidaten Binali Yildirim. Der stellvertretende AKP-Vorsitzende Ali Ihsan Yavuz sagte am Dienstag, die Partei habe dem Wahlrat drei Koffer mit Dokumenten übergeben, die Unregelmäßigkeiten beweisen würden. Es steht noch nicht fest, wann der Hohe Wahlrat entscheidet. Sollte er dem Antrag stattgeben, würde die Nachwahl am 2. Juni stattfinden. (Her.)

Tayeb Belaiz tritt zurück

Nach den Massenprotesten in Algerien ist ein weiterer führender Vertreter der politischen Elite des nordafrikanischen Landes zurückgetreten. Mit Tayeb Belaiz erklärte am Dienstag der Präsident des Verfassungsrates seinen Rückzug, wie die staatliche Nachrichtenagentur APS berichtete. Der frühere Minister hatte das Amt erst im Februar zum wiederholten Mal übernommen. Die Demonstranten forderten bei ihren Protesten jedoch seinen Rücktritt. Belaiz gilt als Vertrauter des zurückgetretenen Staatschefs Abdelaziz Bouteflika. In Algerien kommt es seit Wochen immer wieder zu Massenprotesten gegen die Führung des Landes. Bouteflika gab daraufhin nach 20 Jahren an der Macht das Amt des Staatschefs auf. Am 4. Juli soll ein neuer Präsident gewählt werden. Dennoch gehen die Proteste bislang weiter. (dpa)

Friedensgespräche für Syrien

Im Ringen um Frieden im Bürgerkriegsland Syrien wollen sich die drei Garantiemächte Russland, Türkei und Iran zu neuen Verhandlungen treffen. Die Gespräche seien für den 25. und 26. April in der kasachischen Hauptstadt Nur-Sultan geplant, teilte das Außenministerium Kasachstans am Dienstag mit. Neben Vertretern der Garantiemächte werden auch Delegationen der Vereinten Nationen, der syrischen Regierung sowie der Oppositionsgruppen erwartet. Im Fokus des zweitägigen Treffens sollen die Situation in der Provinz Idlib sowie die Lage Hunderttausender Flüchtlinge stehen. Rund ein Dutzend Mal hatten sich die Vertreter unter Vermittlung der Garantiemächte bereits in Kasachstan getroffen; die Gespräche blieben jedoch weitgehend erfolglos. (dpa)

„Robin-Hood-Institut" geplant

Die von Drogenhändlern und korrupten Politikern beschlagnahmten Güter sollen in Mexiko künftig zentral verwaltet werden. „Alles, was gestohlen wurde, soll dem Volk zurückgegeben werden“, sagte der mexikanische Präsident Andrés Manuel López Obrador am Montag. „Dafür wird es ein Institut geben, ein Robin Hood oder Chucho el Roto (legendärer mexikanischer Bandit), aber gegen die Korrupten.“ Er arbeite derzeit an einer Gesetzesvorlage, um ein Organ unter Aufsicht des Finanzministeriums zu gründen, das die beschlagnahmten Vermögenswerte von Verbrechern verwaltet. Die Mittel könnten in den Bau von Schulen, Krankenhäusern und Altenheimen fließen. Das organisierte Verbrechen hat Mexiko fest im Griff. Teile des Landes werden von mächtigen Drogenkartellen kontrolliert, Korruption ist weit verbreitet. (dpa)

Hilfslieferung für Venezuela

Erstmals hat eine Hilfslieferung des Roten Kreuzes das unter dramatischen Versorgungsengpässen leidende Venezuela erreicht. Die am Flughafen von Caracas angekommene Lieferung umfasse dringend benötigte Medikamente und medizinisches Material, sagte ein Beamter am Dienstag. Der umstrittene Präsident Nicolás Maduro hatte sich nach langer Weigerung vor einer Woche bereit erklärt, Hilfe des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz (IKRK) anzunehmen. Nach Angaben der Vereinten Nationen brauchen fast ein Viertel der 30 Millionen Venezolaner dringend Unterstützung. Einem UN-Bericht zufolge sind 3,7 Millionen Menschen in Venezuela unterernährt und mindestens 22 Prozent der Kinder unter fünf Jahren chronisch unterernährt. (AFP)

Frankfurter Allgemeine
Frankfurter Zeitung
Gründungsherausgeber Erich Welter †

VERANTWORTLICHE REDAKTEURE: für Innenpolitik: Dr. Jasper von Altenbockum; für Außenpolitik: Klaus-Dieter Frankenberger, Dr. Nikolas Busse (stv.); für Nachrichten: Dr. Richard Wagner; für „Zeitgeschehen“: Dr. Reinhard Müller; für „Die Gegenwart“: Dr. Daniel Deckers; für Deutschland und die Welt: Dr. Alfons Kaiser; für Politik Online: Thomas Holl; für Wirtschaftspolitik: Heike Göbel; für Wirtschaftsberichterstattung: Johannes Pennekamp; für Unternehmen: Sven Astheimer; für Finanzen: Gerald Braunberger (int.); für Wirtschaft und Finanzen Online: Alexander Armbruster, Christoph Schäfer; für Sport: Anno Hecker, Peter Penders (stv.); für Sport Online: Tobias Rabe; für Feuilleton: Dr. Edo Reents; Jakob Strobel y Serra (stv.), Hannes Hintermeier (stv.); für Literatur und literarisches Leben: Andreas Platthaus; für Feuilleton Online: Michael Hanfeld; für Rhein-Main-Zeitung: Dr. Matthias Alexander; Manfred Köhler (stv.)

FÜR REGELMÄSSIG ERSCHEINENDE BEILAGEN UND SONDERSEITEN: Beruf und Chance: Nadine Bös; Bildungswelten: Dr. h.c. Heike Schmoll; Der Betriebswirt: Georg Giersberg; Der Volkswirt: Dr. Philip Plickert; Die Lounge: Johannes Pennekamp; Die Ordnung der Wirtschaft: Heike Göbel; Forschung und Lehre: Thomas Thiel; Geisteswissenschaften: Patrick Bahners; Immobilien: Michael Psotta; Jugend schreibt: Dr. Ursula Kals; Jugend und Wirtschaft: Lisa Becker; Kunstmarkt: Dr. Rose-Maria Gropp; Medien: Michael Hanfeld; Menschen und Wirtschaft: Dr. Jan Grossarth; Natur und Wissenschaft: Joachim Müller-Jung; Neue Sachbücher: Hannes Hintermeier; Politische Bücher: Dr. Peter Sturm; Recht und Steuern: Dr. Hendrik Wieduwilt; Reiseblatt: Freddy Langer; Staat und Recht: Dr. Reinhard Müller; Technik und Motor: Holger Appel.

Bildredaktion: Christian Pohlert; Chefin vom Dienst: Dr. Elena Geus; Grafische Gestaltung: Holger Windfuhr (Art Director); Informationsgrafik: Thomas Heumann.

ONLINE: Chefredakteur digitale Produkte: Carsten Knop; Redaktionsleiter FAZ.net: Kai N. Pritzsche.

GESCHÄFTSFÜHRUNG: Thomas Lindner (Vorsitzender); Dr. Volker Breid.

VERANTWORTLICH FÜR ANZEIGEN: Ingo Müller.

Anzeigenpreisliste Nr. 79 vom 1. Januar 2019 an; für Stellenanzeigen: F.A.Z.-Stellenmarkt-Preisliste vom 1. Januar 2019 an. Internet: faz.media

HERSTELLER: Andreas Gierth.

MONATSBEZUGSPREIS: Abonnement Frankfurter Allgemeine Zeitung 67,90 €; einschließlich Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung 74,90 €; Studierende (gegen Vorlage einer Bescheinigung) 33,50 €; einschließlich Frankfurter Allgemeine Hochschulanzeiger 34,00 €; einschließlich Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung 38,90 €. Bei Postbezug der Sonntagszeitung erfolgt die Lieferung am Montag – bei Feiertagen am darauffolgenden Werktag. Frankfurter Allgemeine Zeitung im Ausland 75,50 € einschließlich Porto, gegebenenfalls zuzüglich Luftpostgebühren. Alle Preise bei Zustellung frei Haus, jeweils einschließlich Zustell- und Versandgebühren sowie 7 % Umsatzsteuer. Das digitale Kombinationsangebot (E-Paper) der Frankfurter Allgemeinen Zeitung und der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung 48,90 €; Studierende (gegen Vorlage einer Bescheinigung) 31,40 €. Abonnement der digitalen Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung; einschließlich der digitalen Frankfurter Allgemeine Zeitung am Samstag (Wochenendabonnement E-Paper) 17,90 €. Einzelverkaufspreis der digitalen F.A.Z. 2,00 €; der digitalen F.A.S. 3,50 €; jeweils einschließlich 19 % Umsatzsteuer. Weitere Preise auf Anfrage oder unter www.faz.net. Die F.A.Z. erscheint werktäglich, die Sonntagszeitung an jedem Sonntag – auch an Feiertagen. Ihre Daten werden zum Zweck der Zeitungszustellung an Zustellpartner und an die Medienservice GmbH & Co. KG, Hellerhofstraße 2–4, 60327 Frankfurt am Main, übermittelt. Abonnementskündigungen sind schriftlich mit einer Frist von 20 Tagen zum Monatsende bzw. zum Ende des vorausberechneten Bezugszeitraumes möglich. Gerichtsstand Frankfurt am Main.

DRUCK: Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH, Kurhessenstraße 4–6, 64546 Mörfelden-Walldorf; Märkische Verlags- und Druck-Gesellschaft mbH Potsdam, Friedrich-Engels-Straße 24, 14473 Potsdam; Süddeutscher Verlag Zeitungsdruck GmbH, Zamdorfer Straße 40, 81677 München.

Amtliches Publikationsorgan der Börse Berlin, Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, Frankfurter Wertpapierbörse, Hanseatischen Wertpapierbörse Hamburg, Niedersächsischen Börse zu Hannover, Börse München, Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart

ANSCHRIFT FÜR VERLAG UND REDAKTION: Postadresse: 60267 Frankfurt am Main, Hausanschrift: Hellerhofstraße 2–4, 60327 Frankfurt am Main; zugleich auch ladungsfähige Anschrift für alle im Impressum genannten Verantwortlichen und Vertretungsberechtigten.

TELEFON: (069) 7591-0. Anzeigenservice: (069) 7591-33 44. Kundenservice: (0 69) 75 91-10 00 oder www. faz.net/meinabo.
Telefax: Anzeigen (0 69) 7591-80 89 20; Redaktion (0 69) 75 91-17 43; Kundenservice (0 69) 75 91-21 80.

BRIEFE AN DIE HERAUSGEBER: leserbriefe@faz.de
Deutsche Postbank AG, Frankfurt am Main;
IBAN: DE58 5001 0060 0091 3936 04; BIC: PBNKDEFF

Padanien durch die Hintertür

Drei norditalienische Regionen streben einen Autonomiestatus an. Kritiker fürchten ein Italien der zwei Klassen. *Von Matthias Rüb*

ROM, 16. April

Matteo Salvini bleibt dabei: „Das wird gemacht, und damit basta!" So lautet das letzte Wort des Innenministers und stellvertretenden Ministerpräsidenten von der rechtsnationalistischen Lega im Streit über die regionale Autonomie in Italien. Aber wann „das gemacht wird", steht in den Sternen und hängt von der Fünf-Sterne-Bewegung ab, dem Koalitionspartner der Lega. Im Streit über die Autonomie mit der Lega konnten die Linkspopulisten jüngst einen Etappensieg erringen: Kabinett und Parlament werden das Thema vor den Europawahlen am 26. Mai nicht mehr verhandeln. Salvini stimmte diesem Aufschub zu, weil ihn die Fünf-Sterne-Bewegung im Senat vor der Aufhebung seiner Immunität bewahrt hatte. Sonst hätte sich der Innenminister vor einem Gericht in Catania wegen Freiheitsberaubung von 177 Migranten verantworten müssen, die im August 2018 auf sein Geheiß tagelang nicht von Bord des Küstenwacheschiffs „Diciotti" hatten gehen dürfen.

Konkret geht es bei dem Streit um die aktuellen Forderungen der nördlichen Regionen Lombardei, Venetien und Emilia-Romagna nach „differenzierter Autonomie". In der Lombardei und in Venetien, wo Regionalpräsidenten der Lega regieren, hatten sich am 22. Oktober 2017 bei Referenden jeweils Mehrheiten dafür ausgesprochen, von Rom die Übertragung der partiellen Finanzhoheit über 23 Haushaltsbereiche zu fordern – von Gesundheit und Umweltschutz über Bildung und Forschung bis zu Verkehr, Infrastruktur und sogar Außenwirtschaft. Aus der Emilia-Romagna, wo die Sozialdemokraten regieren und das Regionalparlament in Bologna im September 2017 eine Resolution für mehr Selbstverwaltung verabschiedet hatte, kommt die Forderung nach Autonomie über immerhin 15 Haushaltstitel. Schon mit der im März 2018 abgewählten sozialdemokratischen Regierung unter Ministerpräsident Paolo Gentiloni hatten diese drei Regionen am 28. Februar 2018 eine Grundsatzvereinbarung über die nächsten Schritte zur Gewährung einer Autonomie getroffen.

Dabei spielt das Geld eine große Rolle. Die Lombardei überweist jährlich gut 54 Milliarden mehr an Steuern nach Rom als die Region aus der Hauptstadt an öffentlichen Geldern erhält. Venetien leistet einen Nettobeitrag an die Zentralregierung in Höhe von 15,5 Milliarden Euro. Beide Regionen wollen den Negativsaldo bei den Transferleistungen etwa halbieren. Auch die Emilia-Romagna, ein weiterer großer Nettozahler unter den Regionen, will mehr Steuereinnahmen für sich behalten. Die drei wohlhabenden Regionen im Norden sind zusammen für mehr als 40 Prozent der gesamten Wirtschaftskraft Italiens verantwortlich.

Aber auch politisch steht viel auf dem Spiel. Beim Streit um die Selbstverwaltung der nördlichen Regionen geht es um das politische Erbgut der beiden ungleichen Koalitionspartner. Salvinis Partei hieß nicht umsonst seit ihrer Gründung im Jahre 1989 lange Zeit „Lega Nord": Sie war ursprünglich eine autonomistische, ja sezessionistische Partei der prosperierenden Regionen Norditaliens. Für ihr Traumland, bestehend aus den nord- und mittelitalienischen Regionen bis hinunter zur Toskana, nach Umbrien und den Marken, erfanden sie den Kunstnamen „Padanien". Erst kurz vor den Parlamentswahlen vom März 2018 ließ Parteichef Salvini das „Nord" aus dem Parteinamen streichen, um die Lega als führende politische Kraft der Rechten im ganzen Land zu positionieren. Bisher ist dem Mailänder Salvini das Kunststück geglückt, im Stammland im Norden keine Stimmen zu verlieren und im Neuland im Süden viele Stimmen hinzuzugewinnen. Die jüngsten Siege der Lega bei Regionalwahlen von Trentino-Südtirol über die Abruzzen bis nach Sardinien zeigen, dass seine Strategie bisher aufgeht. Will Salvini aber dauerhaft im Norden stark bleiben, dann muss er sich für dessen Belange einsetzen und die Autonomiebestrebungen unterstützen.

Die Fünf-Sterne-Bewegung dagegen ist ein politisches Gewächs des Mezzogiorno, des wirtschaftlich abgehängten Süden Italiens. Dort vollzog sich der Aufstieg der 2009 von dem Komiker Beppe Grillo gegründeten Protestbewegung zur maßgeblichen politischen Partei des Landes. Ihre Hochburgen hat die Partei heute in den ärmeren südlichen Regionen. Dass ihr Chef Luigi Di Maio aus Avellino nahe Neapel in Kampanien kommt, ist kein Zufall. Der partielle Höhenflug der Fünf-Sterne-Bewegung in der Mitte und im Norden des Landes, wo die Partei bei Lokalwahlen von 2010 bis 2016 einige wichtige Bürgermeisterposten hatte erobern können, ist bei den Regionalwahlen 2018 und 2019 schon zu einem jähen Ende gekommen.

Umso mehr ist die Partei auf die Verteidigung ihrer Bastionen im Süden angewiesen. Der Streit über die Autonomie ist die bisher schwerste Belastung für die seit Juni regierende Koalition von Lega und Fünf-Sterne-Bewegung. Leichte Dissonanzen gab es in der Immigrationspolitik, vernehmbare Missklänge gibt es in der Debatte über große Infrastrukturprojekte. Der Autonomiekonflikt aber könnte die schon jetzt fragile Koalition „zum Zerspringen bringen", wie es aus der Lega heißt.

Der Politologe und Ökonom Gianfranco Viesti von der Universität Bari in Apulien hat die Autonomiebestrebungen der drei Regionen als geplante „Sezession der Reichen" gebrandmarkt und dagegen eine Petition gestartet. In den jetzt nach Autonomie strebenden drei nördlichen Regionen ist die Wirtschaftskraft pro Einwohner jeweils etwa doppelt so hoch wie in den vier ärmsten italienischen Regionen Kalabrien, Sizilien, Apulien und Kampanien, die allesamt im Süden liegen. Die Warnung vor „Sezession" findet bei Mitgliedern, Parlamentariern und Kabinettsmitgliedern der Fünf-Sterne-Bewegung großen Widerhall. Die Fünf-Sterne-Minister für Infrastruktur, Gesundheit, Umwelt und Kultur haben zu verstehen gegeben, dass sie aus ihren Ressorts jedenfalls keine Kompetenzen an die Regionen abgeben wollen.

Die Autonomiedebatte ist so alt wie die Republik Italien selbst. Derzeit genießen fünf der insgesamt zwanzig Regionen des Landes einen Autonomiestatus von jeweils unterschiedlicher Tragweite. Es sind die reichen Nordregionen Aosta-Tal, Trentino-Südtirol und Friaul-Julisch Venetien sowie die eher armen Mittelmeer-Inseln Sardinien und Sizilien. Vier von diesen fünf autonomen Regionen wurde ihr Sonderstatut schon von der Verfassungsversammlung 1948 gewährt. Friaul-Julisch Venetien erhielt 1963 als fünfte Region den Autonomiestatus. Die schon seit 1948 bestehenden Selbstverwaltungsbefugnisse für Trentino-Südtirol wurden nach langen Verhandlungen 1972 mit dem zweiten Autonomiestatut für die Region deutlich erweitert.

Grundsätzlich lässt die italienische Verfassung Autonomie für die Regionen zu, obwohl die Republik Italien nicht föderalistisch, sondern zentralstaatlich organisiert ist. Nach Artikel 116 können den Regionen „weitere Formen und besondere Arten der Autonomie zuerkannt" werden, sofern die örtlichen Körperschaften das Bestreben nach mehr Selbstverwaltung geäußert haben. Am weitesten vorangeschritten auf diesem Weg sind derzeit die Lombardei, Venetien und Emilia-Romagna. Auch im Piemont und in Ligurien im Nordwesten gibt es seit 2018 konkrete Autonomiebestrebungen der regionalen Parlamente, um über zwölf Haushaltstitel selbst zu bestimmen. Die südostitalienische Region Apulien hat ihre ebenfalls im letzten Jahr eingeleiteten Schritte zur Autonomie aber vorerst wieder gestoppt. Generell schauen jene Regionen, die für sich selbst keinen Sonderstatus beanspruchen wollen, mit Misstrauen oder gar Ablehnung auf die „Autonomisten".

Damit eine Region tatsächlich den Autonomiestatus erhält, muss das Parlament in Rom ein Staatsgesetz verabschieden – von beiden Kammern mit absoluter Stimmenmehrheit. Schon Mitte Februar hatten sich die für Regionalpolitik zuständige Ministerin Erika Stefani und Luca Zaia, Regionalpräsident von Venetien und Verhandlungsführer der drei nördlichen Regionen, im Grundsatz auf ein Gesetzespaket geeinigt. Stefani und Zaia gehören beide zu Salvinis Lega. Die Zustimmung zu den Autonomiebestrebungen ist außerdem schon im Koalitionsvertrag zwischen Lega und Fünf-Sterne-Bewegung vom Juni 2018 festgeschrieben.

Doch die Linkspopulisten blockieren die Autonomiebestrebungen. Zumal der linke Parteiflügel, aber auch sozialdemokratische Regionalpräsidenten aus dem Süden davor warnen, dass mit der Gewährung eines Autonomiestatus für die nördlichen Regionen italienische Staatsbürger erster und zweiter Klasse geschaffen würden. In den autonomen Regionen würden dann etwa Lehrer besser bezahlt und Gesundheitseinrichtungen besser ausgestattet als im Süden. Außerdem fürchten sie, dass in Rom weniger Geld für Transferleistungen in den Süden zur Verfügung stehen wird, wenn aus den Nordregionen weniger Geld nach Rom kommt.

Das sehen die Befürworter der Autonomiebestrebungen anders. Sie sprechen von einer Win-win-Situation für den Norden wie für den Süden: Die einen dürfen mehr behalten, während den anderen nichts weggenommen wird. Das zusätzliche Geld werde vom Wirtschaftswachstum generiert, rechnen sie vor. Außerdem erinnern sie daran, dass alle Regionen – auch jene im Süden – das Recht hätten, nach Autonomie zu streben. Man müsse eben nur die erforderlichen Mehrheiten zusammenbekommen: zuerst in den Regionalparlamenten daheim und anschließend in Abgeordnetenkammer und Senat in Rom.

Damals noch „Lega Nord": *Salvini nach dem erfolgreichen Autonomie-Referendum in der Lombardei und in Venetien im Oktober 2017* Foto Picture Alliance

Aosta-Tal, Trentino-Südtirol, Lombardei, Friaul-Julisch Venetien, Piemont, Mailand, Venetien, Venedig, Ligurien, Bologna, Emilia-Romagna, REPUBLIK SAN MARINO, Toskana, Marken, Umbrien, Abruzzen, Rom, Molise, Latium, Bari, Neapel, Apulien, Sardinien, Kampanien, Basilikata, Cagliari, ITALIEN: Nord-Regionen, Autonome Regionen, Kalabrien, Palermo, Sizilien, Catania, 250 km, F.A.Z.-Karte lev.

Weitere Proteste gegen Militärrat in Sudan

Afrikanische Union stellt Ultimatum / Opposition gespalten / Auslieferung Baschirs?

tht. KAPSTADT, 16. April. In Khartum sind am Dienstag die Proteste gegen die Militärjunta unvermindert weitergegangen. Nachdem Räumfahrzeuge der Armee am Montag versucht hatten, den Platz vor dem Armeehauptquartier zu räumen, rief das Gewerkschaftsbündnis Sudanese Professionals Association (SPA) die Bürger dazu auf, die Sitzblockade zu verstärken, um die „Revolution" zu verteidigen. Die Soldaten rückten daraufhin ab.

Seit dem 6. April wird der Komplex, in dem auch der Geheimdienst seinen Sitz hat, von mehreren tausend Demonstranten belagert. Am Donnerstag war der Langzeitdiktator Omar al Baschir, der sich 1989 mit Hilfe von Islamisten an die Macht geputscht hatte, abgesetzt worden. Zunächst hatte der Vizepräsident und Verteidigungsminister Awad Ibn Auf erklärt, er werde den Vorsitz eines Militärrats übernehmen. Nach zwei Jahren solle die Macht an eine bürgerliche Regierung übergeben werden. Am Freitagabend dann trat Ibn Auf – offenbar dem Druck der Straße nachgebend – ab. Der frühere Geheimdienstchef des Landes gilt als Hardliner. Vertreter der SPA, die die Anti-Baschir-Proteste maßgeblich organisiert hatten, fordern seither die Abdankung des Militärs und die Bildung einer zivilen Regierung.

Allerdings scheint die Opposition gespalten. Am Samstag hatten Vertreter einiger Parteien erklärt, sie könnten sich vorstellen, vorübergehend eine gemeinsame Regierung mit den Militärs zu bilden. Diese erklärten sich zu Gesprächen bereit, weigern sich bislang aber, die Ministerien für Inneres und Verteidigung abzugeben. Ungewöhnlich deutlich äußerte sich die Afrikanische Union. Deren Sicherheitsrat drohte den Streitkräften am Montag damit, das Land aus dem Staatenverbund auszuschließen, sollten sie die Führung nicht innerhalb von 15 Tagen an eine zivile Regierung übergeben.

Die Zukunft des 75 Jahre alten Baschir bleibt unterdessen ungewiss. Der Internationale Strafgerichtshof in Den Haag hatte 2010 wegen der Greuel in Darfur einen Haftbefehl wegen Völkermords gegen ihn erlassen. Nach dem Putsch hatte der Militärrat allerdings zunächst mitgeteilt, er werde Baschir nicht ausliefern, sondern in Khartum vor Gericht stellen. Am Montagabend allerdings äußerte General Dschalal al Din al Scheich, ein Mitglied des Militärrats, in der äthiopischen Hauptstadt Addis Abeba, über Baschirs Schicksal möge „eine vom Volk gewählte Regierung" befinden.

Abd al Fattah Burhan Foto AFP

Das Misstrauen der Opposition gegenüber der Integrität der Junta scheint indes nicht unberechtigt. Nach dem Rücktritt Ibn Aufs war zwar der als gemäßigter geltende ehemalige Generalinspekteur der Streitkräfte, Abd al Fattah Burhan, zum Chef des Militärrats ernannt worden. Auch der Leiter des berüchtigten Geheimdienstes NISS, Abdallah Gusch, verließ die Junta.

Allerdings wurde ausgerechnet Mohamed Hamdan Daglo zum Stellvertreter Burhans ernannt. Daglo, der Neffe eines einflussreichen Klanführers aus Darfur, ist Chef der Rapid Support Forces (RSF), einer paramilitärischen Truppe, die im August 2013 gegründet wurde. Seine Männer sollen in den vergangenen Wochen etliche Oppositionelle gefoltert und ermordet haben. Bis zuletzt lieferten sich RSF-Einheiten Scharmützel mit Soldaten, die sich schützend vor die Demonstranten gestellt hatten.

Hervorgegangen ist die Truppe aus ehemaligen Mitgliedern der Dschandschawid-Milizen, die bei den Gemetzeln in Darfur für den Tod von Hunderttausenden Zivilisten verantwortlich sind. Ihr Kern besteht aus arabischen Darfuris vom Stamm der Abbala-Rizeigat. 2013 wurden die RSF aus den Westprovinzen in die Hauptstadt beordert, um dort Proteste niederzuschlagen. Innerhalb der vergangenen Jahre hat sich ihre Truppenstärke von rund 6000 auf 30 000 Mann erhöht. Im Machtgefüge Baschirs spielten die brutalen, als besonders loyal geltenden Spezialeinheiten seitdem eine Sonderrolle. 2016 wurden sie unter das direkte Kommando des Präsidenten gestellt, 2017 formell in die Armee eingegliedert. Zuletzt waren die RSF eingesetzt worden, um illegale Migranten aufzuspüren, die Sudan in Richtung Europas passieren wollten.

Nicht nur die Tatsache, dass Daglo zum zweitwichtigsten Mann im Militärrat berufen wurde, hat Irritationen hervorgerufen. Am Samstag hielt Daglo in Khartum Hof und empfing unter anderem den amerikanischen Botschafter Steven Koutsis. Am Montag dann führte er Gespräche mit dem EU-Botschafter, Jean-Michel Dumond, dem britischen Gesandten Irfan Siddiq und der niederländischen Botschafterin Karin Boven. Dass Hemeti und nicht Burhan als Chef des Militärrats die Diplomaten zum Gespräch traf, deutet darauf hin, dass der ehemalige Dschandschawid-Führer und Herr über 30 000 Bewaffnete der eigentlich starke Mann im Militärrat sein könnte.

Hoffen auf Putins Gnade

Norweger als Spion in Moskau verurteilt

Von Friedrich Schmidt

MOSKAU, 16. April. Das „Metropol“, ein Jugendstil-Juwel im Herzen Moskaus, ist bei betuchten Touristen beliebt. Aber auch beim Geheimdienst FSB, der wenige hundert Meter von dem Hotel entfernt in der Lubjanka residiert. Ende Dezember nahmen Agenten im „Metropol“ den Amerikaner Paul Whelan (der zudem Staatsangehörigkeiten Irlands, Kanadas und Großbritanniens besitzt) fest. Der 49 Jahre alte frühere Soldat und Sicherheitsangestellte sitzt wegen Spionagevorwürfen in Untersuchungshaft im Moskauer Lefortowo-Gefängnis. Sein Fall, der um einen USB-Stick mit sensiblen Daten kreist, ist undurchsichtig.

Etwas klarer wirkt der Fall des gut ein Jahr zuvor am „Metropol“ vom FSB festgenommenen und ebenfalls in Lefortowo inhaftierten Norwegers Frode Berg. Ein Moskauer Gericht hat den 63 Jahre alten pensionierten Grenzschutzbeamten nach nur zwei Prozesstagen mit viel Geheimhaltung am Dienstag zu 14 Jahren Lagerhaft wegen Spionage verurteilt. Sein Fall bezeugt, wie sich die einst recht guten Beziehungen Russlands zum Nachbarn und Nato-Mitglied Norwegen seit dem Ukraine-Krieg eingetrübt haben. Zudem lässt er den Norwegischen Geheimdienst (NIS), der dem Verteidigungsministerium des Landes untersteht, schlecht aussehen.

Wie Whelan, der regelmäßig Russland bereiste, ist auch Berg ein Freund von Land und Leuten. In seinem Heimatort Kirkenes wenige Kilometer von der russischen Grenze entfernt, setzte er sich seit langem für gute Beziehungen zum benachbarten Gebiet Murmansk ein. Berg war Mitte der siebziger Jahre als Soldat nach Kirkenes gekommen. 1990 wechselte er zu den Grenzern, verstand sich gut mit den Kollegen der anderen Seite, organisierte grenzüberschreitende Skirennen, wirkte noch nach seiner Pensionierung in einem bilateralen Grenzvermessungsgremium.

Von guter Nachbarschaft zeugt unter anderem ein kleiner Grenzverkehr, der seit 2012 Bewohnern der Region visumfreies Reisen ermöglicht. Zwischen Kirkenes und Murmansk verkehren Busse. Doch mit der Annexion der Krim 2014 wuchs die Wachsamkeit. Jüngstes Beispiel sind Begegnungen norwegischer, dänischer und britischer Abfangjäger mit russischen Langstreckenbombern über der Barentssee. Im internationalen Luftraum, wie Wladimir Putin hervorhob: „Unsere Militärflugzeuge fliegen nicht über norwegischem Gebiet, sie waren dort nicht und werden, hoffe ich, dort nicht sein“, sagte der russische Präsident vorige Woche auf einem Forum zur Arktis in Sankt Petersburg, auf dem Norwegen durch seine Ministerpräsidentin vertreten war.

Die Wachsamkeit schlägt sich in erhöhter Aufklärung auf beiden Seiten nieder, die nun Frode Berg zum Opfer gefallen sein dürfte. „Kann solch ein gutherziger europäischer Rentner ein Spion sein?“, hieß es einem russischen Staatsfernsehbericht zu dem Fall. „Eine Ermittlung der russischen Geheimdienste zeigt, dass das sehr gut möglich ist.“ Nach Angaben des FSB trug Berg bei seiner Festnahme 3000 Euro und Briefumschläge bei sich, die an Personen adressiert gewesen seien, die der Spionage verdächtigt würden. Das Geld habe Berg einem Russen gegen Informationen über russische Nuklearunterseeboote übergeben sollen. Bei dem Mann soll es sich um einen früheren Polizisten handeln, der wegen „Staatsverrats“ zu 13 Jahren Haft verurteilt wurde.

Berg wies jede Schuld zurück. Dennoch bestätigten seine Anwälte die FSB-Version zum Teil. Laut dem Moskauer Verteidiger fuhr Berg „auf Bitten des Militärgeheimdiensts von Norwegen“ als „Kurier“ nach Russland, habe aber nicht verstanden, was er tue und die Risiken nicht erkannt. Berg sei benutzt worden. Der norwegische Anwalt sagte, ein Bekannter mit Geheimdienstverbindung habe Berg einen Mann in der Hauptstadt Oslo vorgestellt, der ihm mehrfach Umschläge mit nach Russland gegeben habe. Als Berg gezögert habe, weiter den Kurier zu geben, sei Druck auf ihn ausgeübt worden: „Willst du nicht ein guter Norweger sein?“ Berg sagte vor Gericht, er fühle sich „wirklich missbraucht“. Er bedauere den „Schaden, den diese Geschichte den Beziehungen Russlands und Norwegens auf offizieller wie auf menschlicher Ebene zufügen kann“. In Oslo gab es Kritik am „unprofessionellen“ Verhalten des NIS.

Als im September 2018 ein russischer Parlamentsmitarbeiter in Oslo unter Spionageverdacht festgenommen wurde, kam die Hoffnung auf, Berg werde ausgetauscht. Doch wurde der Russe bald wieder freigelassen, was Mutmaßungen über eine Vereinbarung befeuerte, Berg werde nach dem – in Russland unausweichlichen – Schuldspruch begnadigt. Putin wurde während des Arktis-Forums danach gefragt. Erst müsse ein Urteil fallen „und dann sehen wir, was wir damit machen können“, sagte er. Begnadigen könne man nur einen Verurteilten. So verzichtet Berg auf Rechtsmittel und will, wenn das Urteil in zehn Tagen rechtskräftig ist, Putin um Gnade bitten.

Vergiftung mit Informationen

Spanische Polizisten haben lange versucht, Podemos zu diskreditieren. Die Partei will nun regieren, um die Vorfälle endgültig aufzuklären.

Von Hans-Christian Rößler

MADRID, 16. April

Als Podemos knapp zwei Jahre nach der Gründung drittstärkste Kraft im Parlament wurde, schien einigen Mitgliedern der damals regierenden konservativen Volkspartei (PP) jedes Mittel recht zu sein, um den Aufstieg der neuen Partei von Pablo Iglesias zu stoppen. In der spanischen Nationalpolizei machte sich die klandestine „Patriotische Brigade“ ans Werk, um die Partei mit Schmutz zu bewerfen.

Damals fühlte sich die linksalternative Partei sogar stark genug, um die Sozialisten zu überholen. Jetzt liefert sich Podemos vor der spanischen Parlamentswahl am 28. April in den Umfragen ein Kopf-an-Kopf-Rennen mit der rechtspopulistischen Vox-Partei. Im schlimmsten Fall droht ihr dabei ein Verlust der Hälfte ihrer bisher errungenen 71 Mandate. Der Absturz in der Wählergunst tut dem Selbstbewusstsein der Partei jedoch keinen Abbruch. Sie will regieren, um endgültig trockenzulegen, was nicht nur die Partei als „Kloake“ bezeichnet: die Schmutz- und Verleumdungskampagne gegen die Partei, deren Einzelheiten derzeit ein Untersuchungsausschuss und ein Sonderermittler ans Tageslicht bringen.

Eine wichtige Rolle spielte dabei der ehemalige Kommissar José Manuel Villarejo. Er sitzt seit mehr als einem Jahr wegen Bestechung, Geldwäsche und der Mitgliedschaft in einer kriminellen Organisation in Untersuchungshaft. Es scheint, als habe er fast ganz Spanien abgehört und ausspioniert: nicht nur Podemos, sondern auch Politiker der PP, der sozialistischen PSOE, Bankiers, Unternehmer und die Umgebung des Königshauses.

Die sozialistische Minderheitsregierung teilte im April mit, sie habe in den betroffenen Abteilungen des Innenministeriums endgültig aufgeräumt; dort hatte Villarejo als verdeckter Ermittler gearbeitet, bevor er sich als Privatdetektiv selbständig machte. Aber Podemos traut diesen Versicherungen nicht. Erst vor kurzem wurde bekannt, dass Live-Bilder der Überwachungskameras im Internet zu sehen waren, die zum Schutz des Privathauses des Parteivorsitzenden Iglesias angebracht worden waren. Sie weckten ungute Erinnerungen. Denn mehrere Polizisten der „Patriotischen Brigade“ hatten schon vor drei Jahren nach belastendem Material gegen Podemos gesucht. Als schlagkräftige Beweise ausblieben, wurde mit Falschinformationen gearbeitet. Sie sollten Podemos schaden und in die Nähe von autoritären Regimen rücken. Zu diesem Zweck wurde sogar ein Mobiltelefon einer engen Mitarbeiterin von Iglesias gestohlen. Mit der Hilfe des Kommissars Villarejo wurden diese Falschmeldungen dann gezielt in den Medien gestreut.

Zunächst wurde Podemos vorgeworfen, Iran habe den Wahlkampf der Partei finanziert. Dann hieß es, der damalige venezolanische Präsident Hugo Chávez habe Podemos mit mehr als 200 000 Euro unterstützt. Auf der Suche nach weiteren Hinweisen reisten zwei Polizisten dienstlich nach New York, weil sie hofften, von einem früheren Mitarbeiter Chávez' kompromittierende Informationen zu erhalten. Einige der Podemos-Gründer hatten zwar gute Kontakte nach Venezuela, aber sie reichten nicht für eine Anklage aus. Trotzdem erhielt ein venezolanischer Informant für seine Mithilfe bei dieser Kampagne in Spanien sogar eine Aufenthaltsgenehmigung. Mehrere Polizisten der „Patriotischen Brigade“ wurden ausgezeichnet.

Zusammen mit dem Kommissar Villarejo nahmen die Polizisten auch katalanische Separatisten ins Visier, um sie zu diskreditieren. Es ging dabei um Millionenbeträge, die in die Schweiz transferiert worden waren. Die Ermittler halfen damals zudem der regierenden PP, als sie immer tiefer im Korruptionssumpf versank. Der Partei bereiteten Dokumente im Besitz des früheren PP-Schatzmeisters Luis Bárcenas Sorge, der im vergangenen Mai wegen Korruption eine Freiheitsstrafe von 33 Jahren antreten musste. Vor Gericht sagte Bárcenas, Polizisten hätten ihm Unterlagen gestohlen, die den PP-Ministerpräsidenten Mariano Rajoy in Schwierigkeiten gebracht hätten. Villarejo soll wiederum Bárcenas Fahrer bestochen haben, um ihm zu helfen, rechtzeitig Material über „schwarze Kassen“ zu finden, die sonst der PP zum Verhängnis werden könnten. Die im November zurückgetretene Generalsekretärin María Dolores de Cospedal hatte zudem den einstigen Kommissar beauftragt, für sie Rivalen in der PP und bei den Sozialisten auszuspionieren.

Früher arbeitete Villarejo auch für sozialistische Regierungen. Nach seinem Ausscheiden aus dem Staatsdienst bot seine Firma „Cenyt“ Dienstleistungen zur „informativen Vergiftung“ an, um das Ansehen von Politikern, Unternehmen und Privatpersonen zu beschädigen. Dabei soll er Falschmeldungen plaziert haben, von denen seine Kunden dann profitierten. Seine Dienste nahmen zum Beispiel die spanische Großbank BBVA in Anspruch wie auch afrikanische Potentaten. Villarejo, der selbst zum Multimillionär wurde, bestach notfalls Mitarbeiter von Telefonfirmen, die ihn für tausend Euro dann den entsprechenden Anschluss abhören ließen. Mit seinem riesigen Archiv aus heimlichen Mitschnitten brachte er selbst König Juan Carlos schon in Bedrängnis.

Wir gegen staatliche Seilschaften: *Parteichef Pablo Iglesias von Podemos am Montag in Palma de Mallorca* Foto AFP

Längere Amtszeit für Sisi in Ägypten

cmei. FRANKFURT, 16. April. Abd al Fattah al Sisi könnte nach einer Verfassungsänderung deutlich länger ägyptischer Präsident bleiben als bislang möglich. Das Parlament in Kairo stimmte am Dienstag einer entsprechenden Verfassungsänderung mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit zu. Um Gültigkeit zu erlangen, muss die Änderung nun binnen 30 Tagen in einer Volksabstimmung mit einfacher Mehrheit bestätigt werden. Als Termin sind der 22. bis 24. April vorgesehen.

Sisi hatte im Juli 2013 als Verteidigungsminister und Armee-Oberbefehlshaber den damaligen Präsidenten Muhammad Mursi von der islamistischen Muslimbruderschaft gestürzt. Im Mai 2014 wurde er erstmals zum Präsidenten gewählt und im April 2018 wiedergewählt, nach offiziellen Angaben jeweils mit etwa 97 Prozent der Stimmen. Unabhängige Beobachter bezeichneten die Wahlen als gelenkt; der vom Militär gestützte Sisi geht seit Jahren mit harter Hand gegen die Opposition im Land vor.

Gemäß der bislang geltenden Verfassung darf der 64 Jahre alte Sisi sich nach zwei Amtszeiten à vier Jahren nicht zur Wiederwahl stellen. Schon kurz nach seiner Wiederwahl im vergangenen Jahr mehrten sich jedoch die Hinweise darauf, dass es im Regime Bestrebungen gibt, den entsprechenden Paragraphen 140 der ägyptischen Verfassung zu ändern. Im Februar wurden die Änderungsvorschläge vom Parlament, in dem Unterstützer Sisis den Ton angeben, im Prinzip gutgeheißen und anschließend im Ausschuss für Verfassungs- und Gesetzgebungsangelegenheiten weiter beraten. Der Ausschuss hielt Anhörungen ab, die als „nationaler Dialog“ etikettiert waren, zu denen laut Berichten unabhängiger ägyptischer Medien jedoch nur ausgesuchte Teilnehmer eingeladen wurden.

Gemäß den nun vom Parlament angenommenen Änderungen wird die Dauer der Amtszeit des Präsidenten auf sechs Jahre erhöht. Auch die derzeitige Amtszeit Sisis erhöht sich aufgrund der Bestimmungen eines „Übergangsartikels“ auf sechs Jahre. Nach deren Ablauf dürfte er 2024 für eine weitere sechsjährige Amtszeit kandidieren. Zwischenzeitliche Entwürfe hatten Regelungen vorgesehen, nach denen Sisi sogar bis 2034 hätte regieren können.

Anhänger Sisis sehen im Präsidenten den einzigen Garanten der Stabilität Ägyptens; die Verfassungsänderung bezeichnen sie als „den Willen des Volkes“. Oppositionelle kritisieren dagegen die Änderungen, die die Macht des Regimes auch in anderen Bereichen ausdehnen. *(Kommentar Seite 8.)*

Morde mit Machetenhieben

Politiker in Tansania werden brutal drangsaliert – der Oppositionsführer fordert Europa zum Handeln auf / Von Christian Meier und Thilo Thielke

BERLIN/KAPSTADT, im April. Tansanias Oppositionsführer muss sich mühsam auf seinen Krücken abstützen, bevor er sich in den Sessel des Berliner Hotels fallen lassen kann. Trotz dieser Einschränkungen und obwohl ein langer Tag mit Terminen in der Hauptstadt und in Brüssel hinter ihm liegt, wirkt Tundu Lissu hellwach, wenn er von den katastrophalen politischen Zuständen in seiner Heimat berichtet. Dabei ist er seit mehr als eineinhalb Jahren nicht dort gewesen – seit er im September 2017 bei einem mörderischen Anschlag in der Hauptstadt Dodoma beinahe ums Leben gekommen wäre. Seither befindet sich der 51 Jahre alte Politiker zur Behandlung im Ausland, erst in Kenia, nun in Belgien. „Das hat mir das Leben gerettet“, sagt Lissu.

Die Attacke auf seinen Wagen fand mitten am Tag in einer bewachten Wohnanlage für Abgeordnete in der Hauptstadt Dodoma statt. Sie hat den Anführer der Oppositionspartei Chadema (Partei für Demokratie und Fortschritt) bis heute schwer gezeichnet. Er sei von 16 Kugeln getroffen worden, berichtet Lissu. „Sechs wurden aus meinem Magen entfernt, eine aus meiner linken Hand; eine ist immer noch direkt unter meiner Wirbelsäule.“ Lakonisch sagt er: „Mein Körper ist heute nicht viel mehr als ein Patchwork aus Narben von Patronen und Ärzte-Skalpellen.“

Lissu trifft aber nicht regelmäßig mit deutschen und europäischen Politikern zusammen, um sein persönliches Leid zu beklagen. Er fordert die Europäer dazu auf, stärkeren Druck auszuüben. Die Täter wurden zwar nie dingfest gemacht, aber Lissu hat keinen Zweifel daran, dass die Regierung hinter dem Anschlag steckt. Sein Fall, davon ist Lissu überzeugt, ist nur einer von vielen, die die zunehmende Willkürherrschaft von Tansanias Präsident John Magufuli zeigen – und es sei nicht einmal der grausamste. „Ich habe Glück, ich habe überlebt“, sagt er. Andere Oppositionelle überlebten derartige Anschläge nicht.

Im Februar 2018 wurde der Gemeinderat von Morogoro, Godfrey Luena, von Unbekannten mit Macheten zu Tode gehackt. Kurz zuvor hatte der Chadema-Mann öffentlich gemacht, dass ihm für einen Wechsel zur Regierungspartei Geld angeboten worden war. In jenen Tagen fand man am Strand von Daressalam außerdem die Leiche des Chadema-Politkers Daniel John. Auch John war mit Macheten ermordet worden. Er befand sich gerade im Wahlkampf für einen Posten im Nationalparlament. Als es in der Hafenstadt daraufhin zu Protesten kam, schossen Sicherheitskräfte in die Menge und töteten die 22 Jahre alte Studentin Akwilina Akwilini Bafta.

Sorgen macht sich das Committee to Protect Journalists (CPJ) um das Schicksal des tansanischen Journalisten Azory Gwanda. Dieser verschwand bereits am 21. November 2017. Er hatte über eine Serie von Morden recherchiert, die Polizisten verübt haben sollen. Das letzte Mal wurde er in der Begleitung von vier unbekannten Männern gesehen, die mit ihm in einem weißen Toyota Landcruiser davonfuhren, nachdem sie sein Haus durchsucht und verwüstet hatten. Seitdem fordern Vertreter der Journalistenorganisation vergeblich eine Aufklärung des Falles. „Dass dem Verschwinden des Journalisten Azory Gwanda nicht glaubwürdig nachgegangen wird, ist zutiefst enttäuschend“, so die CPJ Programmkoordinatorin Angela Quintal, „aber es spiegelt unsere großen Bedenken über die Lage der Pressefreiheit in Tansania wider.“

Immer wieder werden in dem Land Zeitungen geschlossen – im Februar wurde die Tageszeitung „citizen“ für eine Woche dichtgemacht. Sie hatte es gewagt, über die Abwertung des tansanischen Schillings und das nachlassende Interesse ausländischer Investoren zu berichten. Seit Magufuli im Jahr 2015 an die Macht kam, der wegen rabiater Auftritte den Beinamen „Bulldozer“ erhielt, geht es wirtschaftlich mit dem Land bergab. Schließlich treffen die repressiven Maßnahmen Magufulis nicht nur die politische Opposition, sondern auch Unternehmer. Viele von ihnen befänden sich wegen dubioser Anschuldigungen in Haft, sagt Lissu. „Wenn sie dein Geld wollen, dann sperren sie dich ein und klagen dich wegen Wirtschaftsvergehen an – und dann fangen sie an, mit dir zu verhandeln: Gib uns das Geld, oder wir lassen dich im Gefängnis verrotten.“ Diejenigen, die darauf nicht eingehen, säßen zu Hunderten in den Haftanstalten.

Lissu verweist auf einen typischen Fall: Im vergangenen Jahr war Tansanias reichster Unternehmer, Mohammed Dewji, entführt worden. Nach neun Tagen fand man ihn in Daressalam unverletzt wieder auf. Bis heute habe er kein Wort über die Entführung verloren, aber große Landgüter seiner Firma seien kurz darauf vom Staat beschlagnahmt worden. „Jeder weiß, dass er von den Sicherheitsbehörden entführt worden ist. Und natürlich, es hat keine Ermittlungen in dem Fall gegeben.“

Es sei nicht möglich, „Tansania als etwas anderes zu bezeichnen als eine Diktatur und einen Polizeistaat“, sagt Tundu Lissu, der in sein Heimatland zurückkehren will, sobald seine medizinische Behandlung in Brüssel abgeschlossen ist.

Regiert mit harter Hand: *Tansanias Präsident John Pompe Magufuli* Foto AFP

„Wir können keine öffentlichen Treffen abhalten, keine Demonstrationen, wir können nicht einmal interne Parteisitzungen abhalten.“ Chadema-Pressekonferenzen würden von der Polizei gestört. Erst kürzlich, Anfang April, seien zwei Parlamentsmitglieder für ein halbes beziehungsweise ein Jahr vom Parlament suspendiert worden – weil sie sich hinter kritische Äußerungen des staatlichen Rechnungsprüfers gestellt hätten. Fast die gesamte Führung seiner Partei stehe unter Anklage, wegen Anschuldigungen wie Anstiftung zum Aufruhr. „Wir haben es mit einer nahezu kompletten Kriminalisierung der politischen Opposition zu tun.“

Tundu Lissu Foto AFP

Auch ausländische Beobachter haben die Entwicklung des Landes zur Kenntnis genommen. „Die besorgniserregende Situation der zivilgesellschaftlichen Akteure, der politischen Opposition und der Medien verdeutlicht, dass demokratische Werte in Tansania seit der Wahl des Präsidenten immer weiter zurückgedrängt werden“, schreibt der Daressalam-Repräsentant der Konrad-Adenauer-Stiftung, Daniel El Noshokaty, in seinem Bericht „Tansania: Entwicklung ohne Demokratie“. Magufuli zementiere seine Macht mit „Einschüchterungen, Restriktionen und Gewalt“. Diese Maßnahmen rechtfertige der 59 Jahre alte Präsident mit der Industrialisierung und dem Argument, er wolle aus Tansania bis zum Jahr 2025 ein „Mittleres-Einkommens-Land“ machen. Noshokatys Fazit: „Eine nachvollziehbare Strategie ist dabei – wie bei vielen Initiativen des Präsidenten – weder auffindbar noch erkennbar.“

Ganz in der Tradition ihres sozialistischen Idols Julius Nyerere, der Tansania von 1961 bis 1985 regiert hatte und während dieser Zeit seine Umsiedlungs- und Enteignungspolitik so lange fortführte, bis das Land wirtschaftlich ruiniert war, machen auch Magufuli und seine Vasallen nicht vor dem Privatleben ihrer Untertanen halt. Im vergangenen Herbst rief der Gouverneur von Daressalam dazu auf, Schwule zu denunzieren: „Mir liegen Informationen über die Anwesenheit vieler Homosexueller in unserer Provinz vor. Gebt mir ihre Namen. Wir werden ab kommenden Montag beginnen, sie dingfest zu machen.“ Auf Homosexualität stehen in Tansania 30 Jahre Gefängnis.

Jungen Frauen, die schwanger werden, wurde von der Regierung der Schulbesuch untersagt. Sonst fordert Magufuli seine Landsleute auf öffentlichen Versammlungen auf, sich stärker zu vermehren, obwohl Tansania ein armes Land ist, in dem jedes Jahr nahezu eine Million Menschen auf den Arbeitsmarkt kommen. „Diejenigen, die Familienplanung betreiben, sind faul und haben bloß Angst, dass sie für Kinder nicht genug zu essen haben könnten“, verkündete Magufuli dessen ungeachtet im vergangenen September auf einer Versammlung im Meatu-Distrikt, „dabei haben sie schlicht und einfach keine Lust, hart zu arbeiten, um eine große Familie zu ernähren.“

Von europäischen Regierungen erwartet Lissu, das sie mehr Einfluss auf die tansanische Politik nehmen. Zum einen gebe es den moralischen Aspekt, ein Regime nicht länger zu unterstützen, das „die Opposition angreift, die Demokratie zerstört, Menschenrechtsverletzungen begeht, sexuelle Minderheiten attackiert und unschuldige Zivilisten umbringt“. Aber auch wirtschaftlich sei eine fortgesetzte Unterstützung einer Regierung, die Privateigentum nicht achte und ausländische Investoren verschrecke, kontraproduktiv.

Lissu ist überzeugt, Magufuli verstehe nur „die Sprache der Macht“. Deutschland und Europa sollten klarmachen, dass sie sein Regime nicht mehr unterstützen – auch nicht durch Wirtschaftshilfe. Denn „der Regierung Geld zu geben wird im Land als Unterstützung für die Regierung gesehen“. Erst kürzlich habe Bundeskanzlerin Angela Merkel mit Magufuli telefoniert; dessen Kreise hätten das in allen Medien des Landes ausgeschlachtet als große Unterstützung Deutschlands für den Präsidenten.

In seinem Fall, so Lissu, habe es bis heute keine einzige Verhaftung gegeben, „keinen einzigen Verdächtigen, keine Anklage, keine Untersuchung“. Im Gegenteil: Das Parlament habe ihm nicht nur verweigert, die Kosten für die Behandlung zu tragen; im Januar sei auch noch die Auszahlung seiner Abgeordnetendiät gestoppt worden. „Der Sprecher hat das damit begründet, dass er nicht wisse, wo ich mich aufhalte“, sagt Lissu. Aber natürlich sei der wahre Grund, dass er in den vergangenen Monaten international dafür geworben habe, das tansanische Regime nicht mehr zu unterstützen. Ob er sich nicht fürchte, wieder nach Tansania zurückzukehren? Ihm bleibe gar keine andere Wahl, meint Lissu: „Wir werden die Situation im Land nicht ändern, wenn wir wegrennen.“

Hunderte Masernfälle in Amerika

LOS ANGELES, 16. April. Der Masernausbruch in den Vereinigten Staaten droht der schlimmste der vergangenen 20 Jahre zu werden. Wie die Zentren für Gesundheitskontrolle und Prävention (CDC) mitteilten, wurden in diesem Jahr schon 555 Erkrankungen gemeldet. Allein in der vergangenen Woche wurden aus New York, Kalifornien und weiteren 18 Bundesstaaten insgesamt 90 neue Infektionen gemeldet. Seit dem Jahr 2000, als die amerikanischen Gesundheitsbehörden Masern für fast besiegt erklärten, wurden nur 2014 mehr Infektionen bekannt. Damals registrierten die CDC für zwölf Monate insgesamt etwa 670 Erkrankungen. Zwischen Januar und Mai zählten die Gesundheitsbehörden damals knapp 290 Fälle. Die meisten Patienten hatten sich bei Reisen ins Ausland infiziert, unter anderem auf die in den Jahren 2013 und 2014 von größeren Masernwellen heimgesuchten Philippinen.

Wie die CDC am Montag mitteilten, geht auch der Masernausbruch 2019 auf Besuche im Ausland zurück. Die meisten erkrankten Amerikaner sollen sich bei Aufenthalten in Israel, der Ukraine und auf den Philippinen infiziert haben, wo in den vergangenen Monaten ungewöhnlich viele Infektionen gemeldet wurden. Einer Erhebung der Weltgesundheitsorganisation zufolge stieg die Zahl der Erkrankungen in den vergangenen Monaten weltweit drastisch an. Zwischen Januar und März wurden etwa 112 000 Fälle gezählt, mehr als dreimal so viele wie in den ersten drei Monaten des Jahres 2018.

Dass sich die Masern in den Vereinigten Staaten so schnell ausbreiten, schreiben die CDC einem zunehmend laxeren Umgang mit Schutzimpfungen zu. Obwohl die Schulen einen Impfnachweis verlangen, lassen die meisten Bundesstaaten Ausnahmen aus religiösen Gründen zu. Etwa zwei Drittel der mehr als 550 Infektionen der vergangenen Monate wurden im New Yorker Stadtteil Brooklyn und im Bezirk Rockland nördlich der Stadt gemeldet, die traditionelle jüdische Gemeinden beheimaten. Nach einer Untersuchung der „Kaiser Health News“ verzichten viele jüdisch-orthodoxe Eltern auf Impfungen. „Dahinter verbirgt sich die Einstellung, dass die Anderen ihr Leben leben und wir unseres“, sagte der Soziologe Samuel Heilman, der am Queens College in New York lehrt. Da Israel einen monatelangen Masernausbruch erlebt, breiten sich die Infektionen, die Reisende von dort mitbringen, oft ungebremst aus. Um weitere Ansteckungen einzudämmen, sprach der Bezirk Rockland inzwischen Aufenthaltsverbote an öffentlichen Plätzen wie Geschäften, Restaurants und Kirchen für nicht geimpfte Jugendliche aus. Nach Protesten untersucht nun ein Gericht die Rechtmäßigkeit der Anordnung. Der New Yorker Bürgermeister Bill de Blasio rief in der vergangenen Woche zudem den Gesundheitsnotstand aus und ordnete Impfungen für die Bewohner des Viertels Williamsburg in Brooklyn an.

Die Gesundheitsbehörden verweisen auch auf die Bewegung der Impfgegner. Obwohl sich die Studie eines britischen Mediziners aus dem Jahr 1998, die Impfungen mit Autismus in Verbindung brachte, nachweislich auf falsche Daten bezog, veröffentlichen sie in sozialen Medien weiterhin Warnungen. Die Weltgesundheitsorganisation zählt die Bewegung der sogenannten Anti-Vaxxer inzwischen zu den zehn größten Gesundheitsgefahren der Welt – neben Erkrankungen wie Grippe, Ebola und Krebs. „Masern sind keine unbedeutende Krankheit“, sagte Anthony Fauci, der Leiter des Nationalen Instituts für Allergien und Infektionskrankheiten, dem Sender CBSN. „Vor der Einführung der Schutzimpfung in den Sechzigern gab es in den Vereinigten Staaten jedes Jahr ein paar Millionen Masernfälle mit 400 bis 500 Toten.“ CHRISTIANE HEIL

Haftstrafen im Skandal um Pferdefleisch

PARIS, 16. April (AFP). Sechs Jahre nach dem Skandal um Pferdefleisch in Lasagne hat ein Pariser Gericht vier Verantwortliche am Dienstag zu Gefängnisstrafen verurteilt. Zwei Jahre Haft lautet das Urteil für den niederländischen Händler Johannes Fasen, der den Betrug organisiert hatte. Der frühere Chef der französischen Fleischverarbeitungs-Firma Spanghero, Jacques Poujol, muss für sechs Monate ins Gefängnis. Die Männer wurden wegen Verbrauchertäuschung verurteilt. Sie hatten mehr als 500 Tonnen Pferdefleisch als Rindfleisch ausgegeben und es in Deutschland und anderen Ländern auf den Markt gebracht. Der Skandal um Lasagne, Gulasch und andere Fertigprodukte flog 2013 auf. Das Pariser Strafgericht blieb mit dem Urteil deutlich unter der Forderung der Staatsanwaltschaft. Sie hatte vier Jahre Haft für den Niederländer Fasen und ein Jahr Gefängnis für den Franzosen Poujol verlangt. Zwei weitere Angeklagte kamen mit Bewährungsstrafen davon.

Juni 2014: *Blick in die Kirche St. Martha in Nürnberg, die komplett ausbrannte. Inzwischen ist sie wieder saniert.* Foto Tobias Schmitt

In Deutschland jede Woche ein Kirchenbrand

Die Suche nach der Ursache des Feuers in Notre-Dame hat begonnen. Und dort wie hierzulande wird klar – Denkmalschutz und Brandschutz gehen nur schwer zusammen.

Von Reinhard Bingener

HANNOVER, 16. April. Das verheerende Feuer in der Pariser Kathedrale Notre-Dame fällt in das Spezialgebiet des Brandschutzingenieurs Sylwester Kabat. Bis zum vergangenen Jahr war er in Gütersloh als Kreisbrandamtsrat tätig und spezialisiert auf den Schutz historischer Bauten. Sein nächstes Fachbuch soll den Titel „Brandschutz in Kirchen und Klöstern“ tragen. 500 Seiten hat der Experte schon beisammen.

Als Kabat am Montagabend die ersten Bilder der brennenden Kirche in Paris sah, befürchtete er gleich das Schlimmste. „Es war ein Fall wie aus dem Lehrbuch“, sagt er. Ab einem gewissen Punkt setze ein Domino-Effekt ein, gegen den eine Feuerwehr weitgehend machtlos sei. In Paris sei dies spätestens der Fall gewesen, als der Vierungsturm Feuer fing und einstürzte, erklärt Kabat. Solch ein Ereignis setze in der Folge den gesamten hölzernen Dachstuhl in Flammen. Fehler der Feuerwehr konnte Kabat auf den ersten Blick nicht erkennen. In der französischen Hauptstadt sei sie als militärische Einheit organisiert, verfüge über ausreichend Material und habe einen guten Ruf, sagt der Experte. Das Problem bei Bränden in historischen Gebäuden wie Notre-Dame sei nur, dass man wegen der Einsturzgefahr keine Feuerwehrleute mit Atemschutz hineinschicken könne, die das Feuer dann effektiv von innen bekämpfen. Aber auch die Brandbekämpfung von außen sei wegen der Höhe des Kirchenbaus schwierig. Das Mittel der Wahl seien die rund 30 Meter hohen Drehleitern, die nach Einschätzung von Kabat in Paris wesentlich dazu beigetragen haben, das Feuer schlussendlich zu löschen. Den über Twitter verbreiteten Vorschlag des amerikanischen Präsidenten Donald Trump, den Brand mit Löschflugzeugen zu bekämpfen, hält Kabat für abwegig. „Das würde ich auf keinen Fall machen. So viel Wasser auf einmal ist so schwer, dass man dadurch noch mehr kaputtmacht. Löschflugzeuge sind sinnvoll bei Flächenbränden.“

Der Experte fragt sich allerdings, ob man sich in der Pariser Kathedrale ausreichend um die Prävention von Bränden gekümmert hat. „Ich weiß nicht, welchen Brandschutz sie dort haben, augenscheinlich war es aber nicht allzu viel.“ Besonders dringlich stellt sich diese Frage angesichts der dortigen Renovierungsarbeiten. In seinen Präsentationen führt Kabat „regelwidriges und leichtsinniges Durchführen von Dacharbeiten“ als wichtigste Brandursache in historischen Kirchen an. Aus seiner Sicht gibt es jedoch einige Maßnahmen, um verheerende Brände in solchen Kulturgütern zu verhindern.

Kostengünstig und effektiv sind Brandmelder, die oft eine frühzeitige Bekämpfung des Feuers ermöglichen. Zusätzlich ist der Einbau von automatischen Löschanlagen denkbar. Der Aachener Dom verfügt über eine Sprinkleranlage, die berühmte Wieskirche in Bayern über eine Wassernebel-Löschanlage. Deutlich weiter verbreitet sind in den deutschen Kirchen sogenannte trockene Steigleitungen. Im Brandfall kann die Feuerwehr ihr Wasser in die Leitungen pumpen, die direkt an die gefährdeten Stellen der Kirchen führen. Die „absolut erste Maßnahme“ sollte aus Sicht von Kabat der Einbau von Brandschutztüren zwischen den verschiedenen Gebäudeteilen Turm, Kircheninneres und Dachboden sein.

Insgesamt glaubt der Experte jedoch nicht, dass die Kirchen in Deutschland viel besser gegen Brände geschützt sind als in Frankreich. Für Löschanlagen kennt der Experte nur die beiden genannten Beispiele Wieskirche und Aachener Dom. Der unzureichende Brandschutz hat auch einen rechtlichen Hintergrund. Kabat erläutert, dass für Kirchengebäude zwar die allgemeinen Gesetze wie das Brandschutzgesetz, die Landesbauordnung oder das Unfallverhütungsgesetz gelten. Anders als Hotels oder Konzerthallen unterliegen Kirchen nicht der Versammlungsstättenverordnung. Dadurch fehlten oft auch wichtige Rettungswege, klagt Kabat. Die Frage „Wie komme ich hier raus?“ stellt sich nach seiner Erfahrung insbesondere, wenn eine Kirche zusätzlich zur Grundebene auch noch über obere Bereiche verfügt. „Man entdeckt dort die tollsten Räume: Jugendräume, Meditationsräume – in der Regel alles ohne Rettungsweg.“ Mit dieser Kritik möchte Kabat aber nicht großen Umbauten oder extrem kostspieligen Gesetzesauflagen das Wort reden. „Brandschutz muss denkmalverträglich sein“ lautet sein Grundsatz.

Dafür gebe es inzwischen sehr gute Technik: Brandschutztüren, welche die historischen Türen nicht ersetzen, sondern ergänzen. Rauchmelder, die selbst in Prunkdecken nicht sichtbar sind, weil sie die Luft über eine kleine Öffnung einsaugen. In der Praxis hat Kabat zudem den Eindruck, dass die Verantwortlichen der Kirchen sensibler für den Brandschutz geworden sind. Er hält das für wichtig, denn der Ausbruch eines Feuers in einem historischen Kirchengebäude ist kein seltenes Ereignis.

„Statistisch gibt es einen Kirchenbrand in der Woche“, sagt der Experte und verweist auf die besonders verheerenden Fälle in jüngster Zeit: Im März 2018 entstand in der Ravensburger Kirche St. Jodok ein Millionenschaden, der Brandstifter wurde inzwischen zu sieben Jahren Haft verurteilt. Im sächsischen Tellschütz brannte im Januar 2015 eine historische Kirche komplett aus. Und in Nürnberg brannte 2014 in der mehr als sechshundert Jahre alten Kirche St. Martha der Dachstuhl aus und stürzte ins Kircheninnere. Auch dort entstanden Millionenschäden. Brandschutzingenieur Kabat berichtet zudem von einer Ordensschwester, die in ihrer Klosterzelle am Rauch erstickte, weil das Kloster nicht durch eine Brandschutztür von der brennenden Kirche abgetrennt war.

Für Kabat ist das ein weiterer Hinweis, dass bei historischen Kirchen vor allem kluge und maßvolle Prävention nötig ist. „Die Feuerwehren können da meistens nicht viel mehr machen. Die Gebäude müssen sich selbst schützen.“

„Die Steine sind bestimmt massiv geschädigt“

Dombaumeister Wolfgang Zehetner über den Brand des Stephansdoms 1945 in Wien und Parallelen zu Notre-Dame

Herr Zehetner, wie haben Sie sich gefühlt, als Sie am Montagabend die Bilder der brennenden Kathedrale Notre-Dame in Paris gesehen haben?

Das war ein ganz tiefer Schock für mich. Notre-Dame ist die Mutter aller Kathedralen und damit auch des Wiener Stephansdoms, für den ich die Verantwortung trage. Dass so etwas heutzutage möglich ist, würde man fast ausschließen. Wir haben in Wien dieses schreckliche Erlebnis im April 1945 gehabt. In den letzten Kriegstagen hat Feuer von den umliegenden Gebäuden auf das Domdach übergegriffen. Da waren die Folgen noch dramatischer, weil am Ende das Gewölbe durch brennende Dachteile durchschlagen wurde. Als ich diesen großen Turm in Paris umstürzen sah, habe ich gefürchtet, dass das auch passiert. Das hat sich Gott sei Dank nicht bewahrheitet.

Der Dachstuhl ist ein bekannter Schwachpunkt?

Natürlich. Das sind Hunderte Tonnen brennbares Holz. Wenn da die kritische Temperatur erreicht ist, breitet sich das Feuer enorm schnell aus. Der Wiener Dachstuhl wurde 1942 mit einem Brandschutzmittel imprägniert, das auch in manchen deutschen Kathedralen genutzt wurde, zum Beispiel beim Naumburger Dom. Das hat allerdings in Wien dazu geführt, dass der Dachstuhl drei Tage lang brannte, auch weil es keine organisierte Feuerwehr mehr gab. In Paris ist das Dach innerhalb weniger Stunden abgebrannt. Das Brandschutzmittel aus dem Krieg hat jetzt dort Spätfolgen, wo die Dächer nicht abgebrannt sind: Das Holz löst sich auf und gibt giftige Gase ab. Das führt zu großen Sanierungsproblemen.

In Wien und in Köln ist der Dachstuhl heute aus Stahl. Warum wurde früher Holz genutzt?

Das war die einzige Methode, die es im Mittelalter gab. Da hat man ganze Wälder verbaut. Im Stephansdom zum Beispiel 1200 Tonnen Lärchenholz. Der Kölner Dom wurde im 19. Jahrhundert mit einem Stahldachstuhl fertig gebaut, in Wien wurde das nach dem Brand genauso gemacht. Die Türme sind also nicht unmittelbar brennbar, deswegen könnte etwas wie in Paris nicht passieren. Andererseits kann Stahl einknicken, wenn eine bestimmte Temperatur erreicht wird. Ist genug brennbares Material in der Nähe, kann ein Stahldachstuhl sehr gefährlich werden: Man hat keine Zeit, die Kirche zu evakuieren, weil der Turm plötzlich kollabiert.

Das steinerne Gewölbe ist durch Flammen relativ schwer zu beschädigen?

Der Stein brennt nicht. Aber die Gotik ist bekannt dafür, dass sie damals an die Grenzen der Statik gegangen ist. Die Pfeiler sind zum Beispiel nicht bis zum Kern aus Quadern, sondern oft gefüllt mit Schotter oder Bauschutt. Durch die extreme Hitze kann sich der Stein so ausdehnen, dass Teile abspringen, die Füllung austritt und das ganze Gebäude einstürzt, auch wenn es unten gar nicht brennt.

Die Brandursache in Paris ist noch unklar, aber es heißt, dass sich bei Renovierungsarbeiten etwas entzündet haben könnte. Kann das sein?

Ja, das Dach besteht nicht nur aus den Hauptdachflächen, sondern auch aus vielen verschachtelten Baukonstruktionsteilen, die man abdichten muss. Und dabei wird mit Flammen gearbeitet. Notre-Dame ist 130 Meter lang, die umlaufenden Dachrinnen wahrscheinlich einen Kilometer. Wenn irgendwas noch heiß ist, kann das schnell gefährlich werden.

Wie groß ist das Ausmaß der Zerstörung in Paris jetzt?

Auf der Grundlage unserer Analysen des Brandes in Wien von 1945 war ich mir relativ sicher, dass die Steinkonstruktion nicht zerstört wird. Das hat sich Gott sei Dank als richtig herausgestellt. Das Dach ist oben, die Hitze steigt nach oben, deswegen kann man hoffen, dass das Gros der Konstruktion stabil ist. Aber an den Stellen, wo die Türme ans Dach anschließen, sind die Steine bestimmt massiv geschädigt. Ab einer bestimmten Hitze verliert der Stein seine Druckfestigkeit und muss ausgewechselt werden. Das ist in Wien über Jahrzehnte geschehen.

1945: *Stephansdom in Flammen* Foto dpa

Wie lang dauerte der Wiederaufbau?

Da gibt es mehrere Daten. 1946 wurde eine Betondecke über dem Gewölbe eingezogen, 1949 war das Dach wieder zu, 1952 konnte der Innenraum wieder komplett genutzt werden. Aber eine Teilnutzung war schon 1945 möglich. Ich weiß, dass es sehr exakte Pläne vom Bestand der Kathedrale Notre-Dame gibt, auch dreidimensionale, eine Rekonstruktion sollte möglich sein. Für mich wäre es allerdings eine Horrorvision, wenn da jetzt Teile aus dem 3D-Drucker verbaut werden. Das ist nicht mehr das Gleiche, auch wenn es aus der Ferne so aussieht. Alles wieder von Hand herzustellen, ist sicherlich nicht einfach. Ich bin Vorsitzender der Europäischen Vereinigung der Dombaumeister, und wir überlegen, wie wir den Wiederaufbau mit unseren Fachleuten unterstützen können.

Hat es Sie überrascht, wie emotional Menschen auf der ganzen Welt auf den Brand reagiert haben?

Es hat mich schon gerührt. 1945 war eine andere Zeit, aber da konnte man das auch beobachten. Es gab Mütter, die drei Söhne im Krieg verloren hatten und sagten, dass der größte Schock der Brand des Doms gewesen sei. Es ist doch ein Teil der Identität, der in so einer durch viele Jahrhunderte von vielen Generationen immer wieder aufgesuchten Stätte steckt. Die wird im Stein gespeichert.

Die Fragen stellte **Sebastian Eder.**

Zwei Verdächtige im Mordfall Maria verhaftet

mawy. HAMBURG, 16. April. Die Polizei hat nach dem gewaltsamen Tod der 18 Jahre alten Maria auf Usedom am Dienstag zwei Tatverdächtige festgenommen. In den frühen Morgenstunden hätten Beamte der Sonderkommission zwei Männer im Alter von 19 und 21 Jahren verhaftet, teilte die Polizei mit. Sie sollen aus dem Bekanntenkreis der jungen Frau stammen und seien „dringend tatverdächtig“. Sie sollen Maria in der Nacht vom 18. auf den 19. März getötet haben. Gegen den Älteren der beiden hatte die Staatsanwaltschaft bereits am Montag Haftbefehl erlassen – die Ermittler führten neue Erkenntnisse dann noch zu dem Jüngeren der beiden, der dann ebenso festgenommen wurde. Die Männer wurden am Dienstag noch vernommen und sollten dem Haftrichter vorgeführt werden, Angaben zum möglichen Motiv wurden zunächst nicht gemacht.

Die junge Frau war am Abend des 19. März erstochen in ihrer Wohnung in Zinnowitz auf Usedom gefunden worden. Die Polizei teilte mit, sie habe seitdem mehr als 150 Personen „aus dem Umfeld der Getöteten“ befragt und viele ihrer Kontakte in sozialen Medien sowie weitere digitale Spuren überprüft. Lange Zeit hatte es scheinbar keine heiße Spur gegeben. Die Polizei hatte auch mit Fotos der Getöteten nach Zeugen gesucht. In der Region hatte der gewaltsame Tod viel Anteilnahme erregt. Anfang April war der jungen Frau mit einem Gedenkgottesdienst in Zinnowitz gedacht worden.

Weitere Fälle schweren Missbrauchs

reb. DÜSSELDORF, 16. April. In Niederkrüchten ist ein 72 Jahre alter Camper festgenommen worden, der ein 13 Jahre altes Mädchen schwer sexuell missbraucht haben soll. Wie Polizei und Staatsanwaltschaft am Dienstag mitteilten, war der aus Duisburg stammende Mann von der Familie des Mädchens angezeigt worden. Er soll sein mutmaßliches Opfer mindestens ein Jahr lang missbraucht haben. Die Familie und der Rentner kennen sich von gemeinsamen Aufenthalten auf dem Campingplatz in Niederkrüchten nahe der holländischen Grenze. Bei der Durchsuchung der Parzelle des Mannes trafen die Ermittler am Montag ein acht Jahre altes Mädchen an, das sich für mehrere Tage als Feriengast bei dem bisher unbescholtenen Mann aufgehalten haben soll. Das Kind sei zunächst in die Obhut des Jugendamts gegeben und am Montagabend von seinen Eltern abgeholt worden.

Ein weiterer schwerer Missbrauchsfall wurde unterdessen in Datteln im Kreis Recklinghausen bekannt. Wie das dortige Polizeipräsidium mitteilte, soll ein heute 54 Jahre alter Mann über mehrere Jahre hinweg mindestens 15 Frauen, Jugendliche und Kinder in seiner Wohnung mit Schlafmitteln betäubt haben, um sich dann an ihnen zu vergehen. Von seinen Taten fertigte der allein lebende Mann Filmaufnahmen an, die bei einer Durchsuchung sichergestellt wurden. Der Mann sitzt in Untersuchungshaft. Er schweigt bisher zu den Vorwürfen.

Kurze Meldungen

Vitisak Payalaw, Bohrinsel-Arbeiter, adoptiert einen Hund, den er gemeinsam mit Kollegen rund 220 Kilometer vor der Küste Thailands aus dem Meer gerettet hat. Er werde den braunen Mischling, den sie auf den Namen Boonrod getauft hätten, aufnehmen, sagte er am Dienstag. Die Arbeiter einer Ölplattform hatten den Hund am Freitag zwischen den Wellen auftauchen sehen und ihn aus dem Wasser gefischt. Es gab keinerlei Hinweise darauf, wie das Tier dorthin gelangt war und wie lange er bereits im Meer schwamm. Örtliche Medien spekulierten, dass Boonrod von einem Fischerboot gefallen und dann in Richtung Ölplattform geschwommen sei. Nach zwei Nächten auf der Plattform wurde der Hund an Land gebracht, wo er von einem Tierarzt betreut wird. (AFP)

Taylor Swift bleibt von weiteren Besuchen ihres Stalkers Roger Alvarado vorerst verschont. Der Zweiundzwanzigjährige einigte sich mit der Staatsanwaltschaft in Manhattan auf zwei bis vier Jahre Gefängnis, nachdem er Anfang März schon zum dritten Mal bei der Sängerin eingebrochen war. Alvarado kletterte damals mit einer Leiter auf Swifts Balkon im New Yorker Viertel Tribeca. Als er mit einem Pflasterstein das Fenster einwarf, riefen Nachbarn die Polizei. Die 29 Jahre alte Swift war bei dem Einbruchsversuch nicht zu Hause. Alvarado war schon im April 2018 verhaftet worden, als er sich Zutritt zu der Wohnung der Sängerin verschaffte, in ihrem Badezimmer duschte und sich später in ihr Bett legte. Nach sechs Monaten Gefängnis kam er im Februar wieder frei. Einen Monat später stieg der Stalker abermals in Florida ins Flugzeug, um ein weiteres Mal bei der Grammy-Preisträgerin einzubrechen. (ceh.)

Frankfurter Allgemeine
ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Ein Witz

Es wirkte wie ein schlechter Scherz: Jan Böhmermann, der es für lustig und allemal für rechtmäßig hält, den türkischen Präsidenten eine zoophile, stinkende, dumme Sau zu nennen, verklagt Angela Merkel, weil diese sein „Schmähgedicht“ über ihren Sprecher als „bewusst verletzend“ bezeichnet hatte. Natürlich gelten für die Kanzlerin, die mit staatlicher Macht ausgestattet ist und Böhmermanns Strafverfolgung in Teilen ermöglicht hatte, andere Maßstäbe als für einen Satiriker, der sich auf die Kunstfreiheit berufen kann (die allerdings, wie das noch laufende Zivilverfahren zeigt, auch nicht jede tumbe Geschmacklosigkeit deckt). Aber zu völligem Stillschweigen war Merkel dann doch nicht verurteilt, während sie das diplomatische Porzellan zusammenfegte, das Böhmermann just zu der Zeit zerschlagen hatte, als Deutschland zur Bewältigung der Flüchtlingskrise auf die Türkei angewiesen war. Mit dieser Feststellung einer Selbstverständlichkeit sollte Böhmermann es bewenden lassen, anstatt diesen Witz von einem Verfahren durch die Instanzen zu treiben – rechthaberisch, mimosenhaft und ohne Pointe. cvl.

Weitermachen

Das Europäische Parlament hat gute Gründe, sich über die Brexit-Hängepartie zu ärgern. So herrscht in 14 Mitgliedstaaten Unklarheit darüber, ob und, wenn ja, wann sie zusätzliche Sitze aus dem britischen Kontingent besetzen dürfen. Nähmen die Briten an der Wahl teil, ohne dass ein Austrittstermin feststünde, stellte sich zudem die Frage, wie die Mehrheitsverhältnisse im Parlament zu berechnen wären: mit Briten oder ohne? Außerdem treibt integrationsfreundliche Kräfte die Sorge um, dass das Brexit-Ringen weiterhin zu viele Kräfte gerade der Mitgliedstaaten binden könnte. Trotzdem hätte es sich der liberale Fraktionschef Guy Verhofstadt verkneifen sollen, den englischen EU-Gegner Nigel Farage zur letzten Hoffnung der EU zu erklären, weil seine neue Brexit-Partei so viel Zulauf hat. Überflüssig war wohl auch die Ermahnung von Ratspräsident Donald Tusk, wonach die britischen Kollegen auch künftig keine Abgeordneten zweiter Klasse seien. Ja, die Ungewissheit nervt. Aber das Parlament kann weiterarbeiten, und es sollte Farage et alii nicht den Gefallen tun, seine eigene Lähmung herbeizureden. anr.

Langzeitherrscher Sisi

Der ägyptische Präsident Sisi hatte 2013 nach dem Putsch gegen den ersten demokratisch gewählten Präsidenten des Landes sein Amt mit dem Versprechen angetreten, bis zum Jahr 2022 zu regieren und seinem Nachfolger eine Demokratie zu hinterlassen. Daraus wird nichts. Nach den jüngsten Verfassungsänderungen, die durch ein Referendum bestätigt werden müssen, kann Sisi bis 2030 im Amt bleiben, und das Militär baut seine dominierende Rolle in der Politik weiter aus. Die Änderungen seien erforderlich, um aus Ägypten ein prosperierendes Land zu machen, heißt es. Dazu wird es kaum kommen. Denn die Übermacht des Militärs in der Wirtschaft schaltet den Wettbewerb aus, und Megaprojekte sind kein Ersatz für Reformen. Wahrscheinlicher ist es, dass das Land, dessen Bevölkerung jedes Jahr um mehr als zwei Millionen Menschen wächst, immer unregierbarer wird. Noch erstickt Repression jeden Protest im Keim. Die Verfassungsänderungen zugunsten eines neuen Langzeitherrschers könnten sich aber als Bumerang erweisen, sollten sie die Menschen wieder auf die Straße treiben. Her.

Der Fall der Fälle

Die SPD denkt laut über das vorzeitige Ende der Koalition nach, die CDU leise / Von Peter Carstens und Eckart Lohse

BERLIN, 16. April

In jeder Regierung gibt es Überlegungen für den Fall, dass der Kanzler vor dem Ende der Legislaturperiode aufhört. Bislang waren das immer Notfallszenarien, weil die Kanzler nicht freiwillig gehen wollten. Jetzt ist die Lage eine andere, eine, die es noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik gegeben hat. Angela Merkel hat angekündigt, dass sie spätestens zum Ende der Wahlperiode nicht weitermachen werde als Bundeskanzlerin. Und sie hat für jedermann erkennbar eine Wunschnachfolgerin: Annegret Kramp-Karrenbauer, die immerhin schon einen Posten von Merkel übernommen hat, den CDU-Vorsitz. Merkels fast vollständiger Verzicht, am Wahlkampf der CDU vor der Europawahl teilzunehmen, lässt in beiden Lagern der Koalition die Frage dringlicher werden, ob Kramp-Karrenbauer schon vor dem regulären Ende der Wahlperiode im Herbst 2021 ins Kanzleramt kommen könnte, ob sie das will.

Während Sozialdemokraten schon wiederholt öffentlich kundtaten, dass sie die CDU-Vorsitzende nicht einfach mitten in der Legislaturperiode zur Kanzlerin wählen würden – am Dienstag sagte das Generalsekretär Lars Klingbeil –, wird die Diskussion in der CDU nur halblaut geführt. Nach außen heißt die Linie, dass Angela Merkel ihren Schreibtisch im Kanzleramt bis zum Herbst 2021 behalten werde. Hört man sich aber in der CDU um, so wird auch über den Fall der Fälle nachgedacht. Immerhin ist Merkels Festlegung, nicht einmal beim Auftakt des CDU-Wahlkampfs vor der Europawahl dabei zu sein, sondern nur einmal, nämlich bei der letzten Veranstaltung, ein deutlicher Fingerzeig, dass sie sich aus der Parteipolitik zurückzieht. Wahlkämpfe hat sie ohnehin nie besonders gemocht. Auch die Antwort auf die jüngsten europapolitischen Forderungen des französischen Präsidenten Emmanuel Macron überließ sie schon Kramp-Karrenbauer.

Kramp-Karrenbauer macht einerseits keinen Hehl aus ihrem Ziel, Kanzlerin zu werden. In Interviews antwortet sie auf Fragen, was sie täte, wäre sie dereinst Regierungschefin, nicht etwa mit den üblichen abwiegelnden Bemerkungen, dass das abwegige Überlegungen seien, sondern inhaltlich. Sie bereitet sich systematisch vor, gerade auf Politikfeldern, auf denen sie als einstige saarländische Ministerpräsidentin noch Nachholbedarf zu haben glaubt. In der nüchternen Art, in der sie das tut, ähnelt sie Merkel.

Gerade weil sie die Zeit zur Vorbereitung nutzen will, hat Kramp-Karrenbauer kein großes Interesse daran, dass alles ganz schnell geht. Merkel lässt ihr Raum, die beiden Frauen kommen gut miteinander zurecht. Noch funktioniert das Paralleluniversum ohne größere Reibungsverluste. Gleichwohl dürfte es zum Vorbereitungsprogramm der CDU-Vorsitzenden gehören, sich auf alle Eventualitäten einzurichten. Sollte die vierte Regierung Merkel vorzeitig enden, würde Kramp-Karrenbauer wohl erst versuchen, aus dem gewählten Bundestag heraus eine Mehrheit für sich zu bilden. Wenn die SPD es ernst meint mit ihrer Weigerung, eine Kanzlerin Kramp-Karrenbauer zu wählen, hieße das für die CDU-Chefin, mit FDP und Grünen einen zweiten Jamaika-Anlauf zu unternehmen. Eigentlich aber, so wissen Eingeweihte, würde sie in einem solchen Fall auf eine vorgezogene Bundestagswahl zielen. An der Koalition rüttelt Kramp-Karrenbauer nicht offen. Kritik übt sie am Kurs des sozialdemokratischen Partners sehr wohl. Vor allem wirft sie ihm vor, sie würden sich beim weiteren Aufwuchs des Verteidigungsetats querstellen. Das kann dem Wahlkampf geschuldet sein. Aber es kann auch der Beginn eines Abschieds sein.

Und die SPD? Die Sozialdemokraten waren der Koalition in düsterer Stimmung beigetreten. Als im Willy-Brandt-Haus vor einem Jahr das zustimmende Ergebnis der Mitgliederbefragung verlesen wurde, herrschte betretenes Schweigen. Und jedes Mal, wenn es seither in der Koalition klemmt, erinnern SPD-Politiker daran, dass die ganze Regierung eigentlich gegen ihren Willen zustande gekommen sei. Ganze Landesverbände, etwa Nordrhein-Westfalen oder Schleswig-Holstein, leben in mehr oder weniger stiller Opposition gegen das Berliner Bündnis.

Die Parteiführung mit Martin Schulz, Andrea Nahles und Olaf Scholz hatte den Skeptikern das Angebot gemacht, zur Hälfte der Legislaturperiode bei einem Parteitag zu prüfen, ob es noch Gemeinsamkeiten für einen Fortbestand der Koalition gibt. Dieser Parteitag findet im Dezember statt. Ob und in welcher Form die Delegierten dann abstimmen werden oder eine neuerliche Mitgliederbefragung einleiten, ist nicht geklärt. Sicher ist aber, dass vor allem die SPD-Minister der Koalition ihr Mögliches tun, um durch gute Ergebnisse zum Weitermachen zu ermuntern. So wird vor allem bei Hubertus Heil im Arbeitsministerium und erst recht bei Finanzminister Olaf Scholz auf Koalitionsverlängerung hingearbeitet.

Diese Strebsamkeit hat allerdings aus Sicht der Koalitions-Remainer einen gefährlichen Nachteil: Je mehr vom Koalitionsvertrag abgearbeitet ist, desto weniger Gründe gibt es für eine Fortsetzung. So erinnern Skeptiker wie der Juso-Vorsitzende Kevin Kühnert daran, dass es in der vorigen Legislaturperiode ganz ähnlich war: Die SPD erreichte in den ersten beiden Jahren eine Menge, dann passierte nicht mehr viel, die Union blockierte und reklamierte schließlich die schönsten Erfolge für sich. Das letzte Beispiel dafür war die Über-Nacht-Zustimmung der CDU-Vorsitzenden Merkel zur Ehe gleichgeschlechtlicher Paare, die den Haushaltspolitiker Johannes Kahrs zu einer Wutrede im Bundestag veranlasste.

Der Hamburger Kahrs, Anführer der eher pragmatischen „Seeheimer“ in der Fraktion, war denn auch einer der Ersten, die ankündigten, dass in der SPD ein kollektiver Amoklauf drohe, falls Nahles und Scholz einen Regierungsfortgang mit Kramp-Karrenbauer versuchen würden. Generalsekretär Lars Klingbeil wiederholte das am Dienstag in der „Saarbrücker Zeitung“: „Wir haben Angela Merkel gewählt. Damit ist alles gesagt.“

Dass Kramp-Karrenbauer ohne vorherige Bundestagswahl von der SPD-Fraktion im Bundestag gewählt würde, ist unwahrscheinlich. Sofern Angela Merkel den Zeitpunkt ihres Verzichts selbst bestimmt, legt sie auch für die SPD den Wahltermin fest, falls es nicht zu einem Jamaika-Bündnis kommen sollte. Doch es gibt auch noch eine Variante, bei der die SPD bestimmt, wann Schluss ist: Wenn nämlich bei einer der nächsten Landtagswahlen oder der Europawahl die Niederlagen derart ausfallen, dass die Partei zu dem Schluss kommt, das Mitregieren zahle sich einfach nicht aus. Dann könnte die SPD schon bald ihrer Sehnsucht folgen und in die Opposition gehen.

Angela Merkel und Olaf Scholz: *Vor einer Kabinettssitzung am 3. April* Foto Marco Urban

Michel AUPETIT Foto AFP

Wiederaufbau

Michel Aupetit hat im Morgenfernsehen die „unglaubliche Solidarität“ gelobt, die nach dem verheerenden Brand in der Kathedrale Notre-Dame-de-Paris entstanden ist. Der Erzbischof von Paris versicherte, dass der Wiederaufbau gelingen werde. Er war die ganze Nacht auf den Beinen. Mit bleicher Miene sprach er den weinenden Schaulustigen Hoffnung zu, die Fassaden und die Türme von Notre-Dame würden dem Angriff der Flammen trotzen. Über Twitter rief der 1951 geborene Erzbischof „alle Priester in Paris“ auf, die Glocken in ihren Kirchen zu läuten, um die Gläubigen zum Gebet für Notre-Dame einzuladen. Er mischte sich nach Mitternacht unter die jungen Katholiken, die sich am nahegelegenen Platz Saint Michel versammelt hatten. Aupetit sang mit ihnen das „Ave Maria“ („Je vous salue Marie“) und segnete sie.

Im Fernsehen wies er zugleich den Eindruck zurück, Notre-Dame sei nur ein französisches Kulturdenkmal, das wie ein Magnet Touristen aus aller Welt anziehe. „Wir müssen uns daran erinnern, warum Notre-Dame erbaut wurde“, sagte er. Der Pariser Erzbischof wehrt sich dagegen, dass die Religion wie ein Relikt aus fernen Zeiten behandelt wird, der man Bedeutung für die Gegenwart abspricht. Als unbestechlicher Verteidiger der katholischen Lehre hat er sich in den Vorgesprächen über die Reform des Bioethikgesetzes nicht nur Freunde gemacht. Kürzlich betonte er, der Mensch sei nicht nur ein Zellhaufen, genauso wenig wie die Kathedrale ein Steinhaufen sei.

Aupetits Wissen über die Bioethik reicht in seine Zeit als Allgemeinmediziner zurück. Nach dem Abitur hatte er in Paris Medizin studiert und von 1979 bis 1990 als Arzt in dem Vorort Colombes gearbeitet. Seine erste Bibel kaufte er sich im Alter von 20 Jahren. Mit 39 Jahren trat er ins Priesterseminar ein und studierte Theologie. Im Juni 1995 wurde er in Paris zum Priester geweiht. Danach arbeitete er acht Jahre lang als Vikar in verschiedenen Pariser Gemeinden.

Seine Erfahrung als Mediziner hat er stets als Bereicherung empfunden. „Ich war Arzt, um für das Leben zu kämpfen. Heute bin ich im Dienst des ewigen Lebens“, sagte er einmal. Papst Franziskus ernannte ihn 2014 zum Bischof von Nanterre, einem Vorort von Paris. Anfang 2018 wurde er als Erzbischof von Paris zum neuen Hausherrn der Kathedrale Notre-Dame-de-Paris. Zuletzt beschäftigte ihn sehr der Missbrauchsskandal, der die katholische Kirche in Frankreich erschüttert.

Die Brandschäden in Notre Dame zwingen Aupetit dazu, nach einer anderen Kirche kurz vor dem Osterfest zu suchen. In der Kathedrale werden täglich fünf Messen zelebriert, an Karfreitag versammeln sich normalerweise die Gläubigen zum Kreuzweg auf dem Vorplatz. „Wir werden eine andere Kirche finden“, sagte Aupetit. Er äußerte die Hoffnung, dass nach der Brandkatastrophe das Bewusstsein der Franzosen für die Bedeutung der Kirche wieder steigen wird. Bislang war die jüngste Welle von Beschädigungen und Anschlägen auf Gotteshäuser im Land mit großer Indifferenz hingenommen worden.

MICHAELA WIEGEL

Den Strukturwandel fördern

Für die Zeit nach der Braunkohle setzen Bund und Länder nicht immer die gleichen Prioritäten / Von Stefan Locke

DRESDEN, im April

Um den Ausstieg aus der Braunkohle abzufedern, haben sich die Bundesregierung und die betroffenen Bundesländer auf ein „Sofortprogramm“ zum Einstieg in den Strukturwandel geeinigt. Aus dem Bundeshaushalt für Strukturhilfen sollen zunächst 240 Millionen Euro fließen. Aufgestockt wird der Betrag von den Ländern Brandenburg, Nordrhein-Westfalen, Sachsen-Anhalt und Sachsen.

Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer (CDU) spricht von „ersten, sichtbaren Schritten in die Zukunft der Lausitz und Mitteldeutschlands“ sowie „einer ganz entscheidenden Etappe für die Strukturentwicklung“, der nun schnellstmöglich das Strukturstärkungsgesetz folgen müsse, um die Entwicklung der betroffenen Regionen für die nächsten zwanzig Jahre abzusichern. Die ersten Projekte sollen in den kommenden zwei Jahren angeschoben werden. Dazu zählen der Ausbau von Straßen und Schienenverbindungen, die Unterstützung für Existenzgründungen, die Förderung von Forschung und Entwicklung sowie der Aufbau einer leistungsfähigen digitalen Infrastruktur.

Ein Ziel der vier Länder ist es, mit dem Bund Staatsverträge abzuschließen und dabei die Vorschläge der Kohlekommission so festzuschreiben, dass auch künftige Bundesregierungen daran gebunden sind. Die Dimension des Wandels ist gewaltig. Bisher erzeugt allein die Region Lausitz 15 Prozent der gesamtdeutschen Stromproduktion, geliefert wird sie auch nach Bayern und Baden-Württemberg. Verloren gehen dieser strukturschwachen Region mit dem Aus gehen 10 000 direkte, tarifgebundene sowie mindestens ebenso viele indirekt von der Kohle abhängige Arbeitsplätze.

Das Ergebnis der Kommission „Wachstum, Strukturwandel, Beschäftigung“ sehen die Länder auch als Chance. Als Ausgleich für den Verlust der Braunkohleverstromung sollen sie bis zum Jahr 2038 Strukturhilfen von 40 Milliarden Euro erhalten. Vorgesehen sind davon 26 Milliarden Euro für bundeseigene Projekte wie Autobahnen sowie für die Ansiedlung von Bundesbehörden und Forschungseinrichtungen. Die restlichen 14 Milliarden Euro sollen die Länder „zur freien Verfügung“ erhalten; dafür ist das Strukturstärkungsgesetz gedacht.

Einen Vorgeschmack darauf, wie kompliziert die Ausgestaltung dieser Ländermaßnahmen werden kann, gaben die Verhandlungen über das Sofortprogramm. Sie dauerten mehr als ein Jahr und waren für die vergleichsweise geringe Summe, so Beteiligte, ein äußerst mühsamer Prozess. Die Länder fordern bei der Gestaltung des Strukturwandels viel Freiraum für eigene Entscheidungen. Das dürfte in den Verhandlungen einer der Knackpunkte werden. Denn mit seinen Förderprogrammen sei der Bund, so ist aus den Ländern zu hören, allenfalls bedingt auf den Strukturwandel vorbereitet.

Bisher plant die Bundesregierung, die Strukturhilfen von 14 Milliarden Euro nach Artikel 104b Grundgesetz auszuzahlen, was den Ländern eine Kofinanzierung von mindestens zehn Prozent abverlangt. Dem Vernehmen nach sind sie bereit, das mitzutragen. Allerdings wehren sie sich dagegen, dass der Artikel die Förderung auf rein investive Maßnahmen beschränkt, die zudem auf zehn Jahre befristet und degressiv auszugestalten sind. Die Bundesländer fordern stattdessen mehr Spielraum, um auch nichtinvestive Projekte fördern zu können. Die ostdeutschen Bundesländer plädieren daher für eine Auszahlung als Bundesergänzungszuweisungen, die der Bund finanzschwachen Ländern für bestimmte Sonderlasten ohne Beschränkungen gewähren kann. In diesem Fall wäre jedoch das finanzstarke Nordrhein-Westfalen nicht dabei, was die Zustimmung zu dem Gesetz, die von allen Bundesländern zu erfolgen hat, unwahrscheinlich macht.

Unstrittig ist dagegen die Mittelverteilung unter den Ländern: Mit 37 Prozent erhält Nordrhein-Westfalen den größten Anteil, es folgen Brandenburg (25,8 Prozent), Sachsen (25,2 Prozent) und Sachsen-Anhalt (12 Prozent). Bezogen auf die Reviere, erhält die Lausitz mit 43 Prozent den größten Anteil; dabei teilen sich Brandenburg und Sachsen das Geld im Verhältnis 60:40, ebenso wie beim Mitteldeutschen Revier Sachsen-Anhalt und Sachsen.

Unabhängig davon fordern insbesondere die ostdeutschen Länder Maßnahmen, um Projekte schneller und effektiver verwirklichen zu können. Dazu zählen zum schnelleren Bau von Straßen und Schienen Planungsbeschleunigungsgesetze, mit denen sie nach der Wiedervereinigung gute Erfahrungen gemacht haben. Hier hat der Bund bereits Entgegenkommen signalisiert – anders als bei den Forderungen nach Sonderwirtschaftszonen und vereinfachten Genehmigungsverfahren. In der Sächsischen Staatskanzlei verweist man auf Polen, das auf der anderen Seite der Neiße in Niederschlesien sehr erfolgreich eine Sonderwirtschaftszone betreibt. Zudem sei nicht einzusehen, dass in dünn besiedelten Gegenden wie der Lausitz die gleichen Maßstäbe und Standards wie in Großstädten und Ballungsräumen angelegt würden.

Bei einfacheren Genehmigungen ließe sich zudem viel Geld sparen, heißt es aus der Staatskanzlei in Dresden. Die Regierung des Freistaats appelliert zudem an den Bund, sich nicht allein nach Westeuropa zu orientieren, sondern den Blick auch nach Osten zu lenken. In den Nachbarländern Polen und Tschechische Republik boomt die Wirtschaft, die Verkehrswege in beiden Ländern lassen jedoch zu wünschen übrig. So könnte die ICE-Strecke von Berlin über Cottbus und Weißwasser nach Görlitz, die als Infrastrukturmaßnahme für die Lausitz geplant ist, die Verbindung nach Wroclaw (Breslau) sichern. Die neue Bundesstraße 178, die bis an die polnische Grenzbrücke im Dreiländereck zu Polen und der Tschechischen Republik führt, soll das deutsche Straßennetz endlich mit den Straßennetzen der Nachbarländern verbinden.

Wie wenig das die Bundesministerien auf dem Schirm haben, zeigt in einem Entwurf für das künftige Gesetz die Liste der „Leuchtturmprojekte im Bereich Infrastruktur“. Genannt werden etwa der Ausbau des Autobahnkreuzes Schönefeld bei Berlin und der Ausbau der Bahnstrecke Berlin–Dresden. Beide Projekte haben mit dem Strukturwandel nichts zu tun, sie sind auch längst geplant. Denn zwischen Dresden und Berlin ist man heute mit der Bahn noch immer länger unterwegs ist als vor dem Krieg mit der Dampflok.

Wie blicken wohl jetzt die berühmten Wasserspeier der Notre-Dame auf Paris? Noch melancholischer als auf dieser Fotografie mit antiker Patina

Foto Colourbox

Unser Wald

Symbol französischer Geschichte: Wie die Pariser Abschied nehmen von ihrer Kathedrale

PARIS, 16. April

Als die Sonne gestern Morgen kurz vor sieben zaghaft über Paris aufgeht, fast so, als sei sie sich nicht sicher, ob sie uns den Anblick der zerstörten Kathedrale Notre-Dame bei Tageslicht antun möchte, steigt noch immer Rauch auf. Im rechten Turm, der jetzt zartrosa, nicht mehr wie in der Nacht glutrot leuchtet, verrät ein Ballett aus Lichtpunkten, dass die Feuerwehrmänner weiterhin an der Schadenbegrenzung arbeiten. Am linken Turm pumpt ein Löschfahrzeug seit elf Stunden Wasser in die Höhe, dorthin, wo sich seit dem dreizehnten Jahrhundert der Dachstuhl befand. Der „Wald", wie man die Konstruktion aus mehr als 1300 Eichen in Frankreich nannte, aus der der filigrane Spitzturm gen Himmel ragte, ist verschwunden. Zurück bleibt eine klaffende Leere. Ein Schiff ohne Kapitän.

Es ist ein nieseliger, kalter Morgen. Vorgestern noch war der Frühling in die Stadt eingezogen, Touristen und Pariser hatten die blühenden Kirschbäume hinter der Kathedrale fotografiert, so schön und fröhlich war es dort. Jetzt wird die Tragödie fotografiert. Auf dem Pont de la Tournelle, der Brücke, die die Île Saint-Louis mit dem linken Ufer verbindet und von der aus man den besten Blick auf den eleganten Rücken der Kathedrale hatte, haben sich zu dieser frühen Stunde Kamerateams und Anwohner versammelt. Die einen kommentieren das traurige Spektakel, die anderen starren fassungslos auf das Gebäude, das sie so gut kannten, dass sie es fast vergessen hatten zu beachten. Sie schweigen, manche weinen. Auch Julien, ein dreißigjähriger Pariser. Er hätte nie gedacht, dass er das miterleben würde, sagte er, Notre-Dame, das ist für ihn eine Sache der Ewigkeit, das Sinnbild der Unzerstörbarkeit. Dass so viele Generationen es geschafft haben, sie trotz der Kriege und der Revolutionen zu erhalten, und wir nicht einmal in der Lage seien zu verhindern, dass sie innerhalb von eineinhalb Stunden herunterbrennt, dafür schäme er sich: „Natürlich, sie werden sie wieder aufbauen, aber es wird nie wieder das Gleiche sein."

In etwa so sagt es auch der französische Denkmalschutz-Star Stéphane Bern wenige Minuten später im Interview mit dem Radiosender France Inter: Auch er meint, er hätte nie damit gerechnet, diesen Verlust je mitzuerleben, er fühle sich heute Morgen wie eine Waise: „Notre-Dame ist Symbol unserer Geschichte, unserer Zivilisation. Sie ist konstitutiv für die französische Nation", entgegnet der Moderator und fügt hinzu, die Nation sei heute in ihrer Seele verletzt. Sehr wahrscheinlich hat man das Gefühl, diesen Satz aus Frankreich in den vergangenen Jahren häufig gehört zu haben. Es ist nicht das erste Mal, dass Trauer über den Straßen von Paris liegt, doch an diesem Tag scheint die Aussage anders wahr als sonst. Die Pariser, auf dem Weg zur Arbeit, mit ihren Kindern unterwegs zur Schule, strömen ans Seineufer. Sie halten an und blicken mit sehr unpariserischer Ruhe auf den amputierten Bau wie auf eine alte Freundin, die verletzt wurde. Es ist ein anderer Blick als noch am Abend, als das Spektakel des Feuers wie ein Inferno bannte. Notre-Dame, sagt ein älterer Herr, der auf der Île Saint-Louis wohnt, habe über unsere Zeit und ihre Probleme, die politischen und geopolitischen Krisen stets erhaben gewirkt, auch deshalb treffe ihre Zerstörung die Menschen zwar nicht tiefer, aber doch anders als die Katastrophen bisher.

Immerhin ist mehr erhalten worden, als man zunächst befürchtete. Etwa die Dornenkrone, die Jesus am Tag seiner Kreuzigung getragen haben soll, die große Orgel, die auf wundersame Weise sowohl vor Wasser als auch vor dem drohenden Einschmelzen bewahrt wurde, ebenso wie die meisten Gemälde, die ins Rathaus gebracht wurden. Wie es um die Rosetten steht, ist bisher nicht bekannt. Und auch wenn die Struktur erhalten werden konnte, sei das Ausmaß der Schäden noch unklar, wie der Architekt Christian de Portzamparc sagt. Nun gehe es in erster Linie um den Wiederaufbau, hatte noch am Abend Präsident Macron verkündet, der wegen des Brandes seine lang erwartete Ansprache zur „Grand Débat" absagen musste. Die Familien Pinault (Kering) und Arnault (LVMH) werden hundert respektive zweihundert Millionen Euro spenden, und das ist erst der Anfang. Auch Michelin will sich, wie zu hören ist, beteiligen. Der ehemalige Kulturminister Jack Lang forderte, der Wiederaufbau dürfe nicht Jahre oder gar Jahrzehnte dauern, sondern man müsse alle Kräfte mobilisieren, um die Rekonstruktion so schnell wie möglich in Gang zu bringen.

Während auf allen Sendern und Kanälen Politiker, Künstler und Journalisten nonstop debattieren, haben sich vor der Kathedrale noch mehr Menschen versammelt. Eine Dame steht unweit des berühmten Eisladens Berthillon und wischt sich eine Träne von der Wange. Sie ist aus der Banlieue hergefahren. Als Zwanzigjährige hat sie hier immer gesessen, mit Blick auf die Spitze. Das Traurige an dem Brand sei für sie, dass er uns an die Fragilität der Schönheit erinnere. So erhaben sie uns immer wirkt: Wenig ist verletzlicher und schneller zerstörbar als Notre-Dame.

ANNABELLE HIRSCH

Geretteter Glutkern

Ganz Paris hat zweihundert Jahre an dieser Kirche mitgebaut: Was der Wiederaufbau von Notre-Dame trotz aller Verluste bedeutet

Es fühlt sich an, als sei mit der Kathedrale von Notre-Dame de Paris Europa abgebrannt. Ein Flammenzeichen dieser Größe wird als Mentekel gelesen und muss es auch, denn die zermürbende Sinnlosigkeit der weitgehenden Zerstörung eines Weltkulturerbes aus Leichtsinn, weil beim Schweißen oder bei Restaurierungsarbeiten vielleicht ein schwelender Funke übersehen wurde, bedarf der Sinnstiftung, damit man nicht in Schwermut verfällt über den vollkommen sinnlosen Verlust von Jahrhunderten an Kunst.

Symbolisch aufgeladen ist das Abbrennen einer mittelalterlichen Kathedrale schon deshalb, weil diese spirituellen Zentren selbst für Ungläubige in besonderem Maße Geschichte verkörpern: Die Kirche bleibt im Dorf, die Kathedrale bildet – mindestens visuell als Zeichen – den Mittelpunkt einer Gemeinschaft. Das Wappen von Paris zeigt ein schlingerndes Schiff, das allegorisch oft mit dem Kirchenschiff von Notre-Dame verglichen wurde, sowie die Devise „Fluctuat nec mergitur" – „Es schwankt, aber sinkt nicht". Nach den heftigen „Gelbwesten"-Angriffen auf den Arc de Triomphe und anderen Menetekeln, etwa im Brexit-England, wankt Paris und mit ihm ganz Europa gewaltig.

Was als Symbol hinzukommt: Um ein Haar hätte sich das grauenvolle Bild zweier brennender und einstürzender Zwillingstürme mit den Westtürmen von Notre-Dame wiederholt. Diesmal jedoch nicht in einem Angriff, gegen den berechtigter Zorn wie gegen die sinnlose Kulturzerstörung in Palmyra möglich wäre. Es ist wie ein Fatum von oben, gegen das keinerlei Einwand und Einschreiten möglich ist. Es ist die schiere Banalität des bösen Geschehens.

Diese Kirche ist nicht nur der Inbegriff der Gotik; jeder kennt den „Glöckner von Notre-Dame" mit Anthony Quinn und Gina Lollobrigida in ihren größten Filmmomenten, jedes Kind kennt über die Disney-Version des Glöckners ihren von Charles Meryon in seiner Radierung von 1861 verewigten Wasserspeierdämon, in dem der freche Gehörnte mit dem auf den Händen aufgestützten Kopf lebendig wird. Gestern nun wurde ein anderer mittelalterlicher Dämon lebendig – das Feuer.

Und wie bis zur späten Erfindung des Blitzableiters den immer wieder getroffenen hohen Kirchen nichts anderes als das hoffnungsvolle Aufrichten von Kreuzen gegen Blitzschlag zur Verfügung stand, so half den Parisern gestern kein Beten und Löschen. Die bekannteste gotische Kirche der Welt ist in ihrer Originalsubstanz, die sogar noch in größeren Teilen des Dachstuhls aus dem zwölften Jahrhundert steckte, unwiederbringlich zerstört. Viel war von der angeblich geretteten „Struktur" der Kathedrale die Rede, was eher wie das Pfeifen im Wald über die in ihren Grundfesten erschütterte Republik klang. De facto heißt dies nicht mehr, als dass die Außenmauern – noch – nicht eingestürzt sind. Die Gewölbe der Kirche werden allein schon durch die enorme Last Hunderttausender Liter Wasser schwer beschädigt sein.

Die Kathedrale von Reims als Krönungskirche der französischen Könige mag die ranghöchste sein, was sich im Ersten Weltkrieg zeigte, als am 19. September 1914 der Nordturm der Kirche von den Deutschen beschossen wurde, die Kirche ebenfalls ausbrannte und ein zuvor ungekannter Propagandakrieg um diese „Kulturbarbarei" entbrannte. Auch die Kathedrale von Saint-Denis ist als royale Grablegung bedeutend – Notre-Dame aber ist dem führenden Gotikforscher Robert Suckale zufolge als „Hauskirche" der französischen Monarchie gleichrangig und fest verankert im Bild- und Gefühlshaushalt unserer Nachbarn.

Vor allem aber heißt sie nicht ohne Grund „Unser Lieben Frau" wie auch viele deutsche Kathedralen der Gotik. In mehr als zwei Jahrhunderten Bauzeit war buchstäblich „tout Paris" an ihrem Bau beteiligt. Der Bau einer 128 Meter langen Kathedrale konnte nur als Gemeinschaftsprojekt einer gesamten Kommune über mehrere Generationen bewerkstelligt werden. Fern jeden Sozialkitsches verewigten sich in einem solch gigantischen Bauvorhaben, das etwa in Köln erst nach sechshundert Jahren abgeschlossen wurde, selbst die armen und niederen Schichten. Auch geringe Almosen vieler trugen in der Summe beträchtlich zum Wachsen einer Kathedrale bei.

Und weil diese stets ein Mehrgenerationenprojekt waren, wurde der Stolz auf die Beteiligung selbst bei denjenigen, die keinen Namen in der Geschichte besitzen, vererbt. Heutzutage verkündet ein Präsident Frankreichs noch vor der lichterloh brennenden Kirche ihren raschen Wiederaufbau als nationales Projekt – er spricht dabei leviathanisch-stellvertretend für das ungefragte gesamte französische Volk. Im Mittelalter war es tatsächlich jeder einzelne Kopf einer Stadtbevölkerung, der bei den häufigen Stadt- und Kirchenbränden sein Scherflein zum raschen Wiederaufbau beisteuerte. Einige Kommunen waren dabei vom Pech verfolgt: Am Tag seiner Weihe brannte am 29. August 1009 der soeben neuerrichtete Mainzer Dom von Erzbischof Willigis in einem verheerenden Feuer fast bis auf die Grundmauern nieder. Dies war kein Einzelschicksal, sondern eher die Regel, das jede größere Kathedrale im Mittelalter mindestens in Teilen einmal, oft eben sogar mehrfach erlitt.

Gerade in Deutschland kennt die ältere Generation den Anblick lodernder, schließlich nur noch rauchender und schwarz ausgebrannter Kirchen nur allzu gut. Die vorgestern gesehenen Pariser Bilder des Mittelturms von Notre-Dame, der wie ein Kienholz in wenigen Minuten restlos abbrennt, oder eines Bleidachs, das trotz seiner riesigen Metallplatten wie Wachs schmilzt und heruntertropft, sind bei vielen noch tief eingebrannt. Würzburgs einst strahlend weiß stuckierter, im Kern aber romanischer Dom etwa war wie auch alle anderen Kirchen der Stadt derart im Feuersturm zerstört worden, dass man ernsthaft und noch lange nach 1945 überlegte, die Stadt mainaufwärts völlig neu zu errichten. Der fundamentale Unterschied allerdings ist, dass die Feuerstürme des Zweiten Weltkriegs von den Deutschen selbst heraufbeschworen wurden.

In Paris wiederholte sich Geschichte jedoch einmal nicht als Farce: Wie im Mittelalter vielfach belegt und in Umberto Ecos „Der Name der Rose" verewigt, riskiert ein Mensch sein Leben und läuft zurück in das brennende Gebäude, um etwas im Grunde Immaterielles zu retten: die Reliquien, also Knochen und andere anscheinend wertlose Reste von Heiligen. Es war auffällig, wie häufig in der Brandnacht die Nachricht der geretteten Reliquien von Notre-Dame über den Ticker lief. Es zeigt aber zugleich, wie wichtig diese den noch immer mehrheitlich katholischen Franzosen sind.

In der Geschichte Europas war eine Kirche immer nur die steinerne Hülle um diese erinnernden Andenken an vorbildhafte Menschen. Eine Hülle kann jederzeit wieder errichtet werden; die geistige Mitte um die Reliquien indes, der eigentliche Grund für die Erbauung einer Kirche, nicht. Insofern scheint dieser „Glutkern", wie mittelalterliche Theologen die Reliquien als Energiezentrum bezeichneten und noch Beuys es in seinen Installationen aufgreift, in Paris intakt und lebendig

Wie der Wiederaufbau der kriegszerstörten Kirchen eine gemeinschaftsstiftende Arbeit war, im Fall der Dresdner Frauenkirche mit gesamtdeutschen Spenden, so könnte auch die Rekonstruktion von Notre-Dame de Paris ein gespaltenes Land wieder zusammenbringen.

STEFAN TRINKS

Dieser Teil von uns

Sie sei das Herz des Herzens Frankreichs, wird über Notre-Dame de Paris gesagt. Von ihr aus als Nullpunkt werden die Entfernungen zu anderen Orten im Land gemessen. In „Auprès de ma blonde", einem ewigjungen Soldatenlied aus dem frühen achtzehnten Jahrhundert, heißt es am Ende, das Mädchen gäbe sogar die beiden Türme von Notre-Dame, will sagen: alles hin, wenn nur ihr Geliebter aus der damals holländischen Kriegsgefangenschaft zurückkehrte. Emmanuel Macrons erste Sätze zur brennenden Kirche, die von ihr als „cette part de nous" sprachen, diesem Teil von uns, trafen ihre Bedeutung gut. Denn mit „Wahrzeichen" ist sie weit untertrieben, ja verfehlt. Niemand dort würde den Eiffelturm, das berühmteste atemberaubende Wahrzeichen von Paris als „Teil von uns" bezeichnen, und nicht einmal die Kathedrale von Chartres, vielleicht die am meisten überwältigende von vielen schönen. Notre-Dame ist Teil jedes französischen Herzens auch nicht nur ihres Alters halber. Sie ist es ihrer Unwahrscheinlichkeit halber, die mit der Unwahrscheinlichkeit des Christentums – ein Kind als Gott – verbunden ist. Jeder Franzose von Bildung kennt Victor Hugos Roman, dessen Vorwort mit der Bemerkung endet, die Kirche werde vielleicht, wie der geheime Held des Romans, bald von der Erde verschwinden. Damals, 1831, war Notre-Dame, malträtiert in den Revolutionen, am Verfallen. Restauriert wurde sie aus dem Geist einer Romantik, die im Alten nicht nur ein Zeitzeugnis erkennen wollte, sondern auch eine Mitteilung an die Gegenwart. Das betrifft Bauwerke, das betrifft jedoch genauso Glaubensformen. Jeder gebildete Franzose kennt auch das Ereignis am 25. Dezember 1886, beim zweiten Pfeiler nahe dem Eingang des Chores auf der rechten Seite der Sakristei von Notre-Dame. Dort erlebte der achtzehnjährige Paul Claudel, den ein blasiertes Interesse an „dekadenten Übungen" in die Weihnachtsmesse gezogen hatte, mit einem Schlag „die ewige Kindheit Gottes". Der 1913 verfasste Bericht des später weltberühmten Dichters über seine Konversion gehört zu den Grundtexten der intellektuellen katholischen Erneuerung in Frankreich. Ein Teil ihrer, der Franzosen, ist Notre-Dame insofern auch, weil sie eine Kathedrale auf einer Insel inmitten einer Stadt und eines Landes ist, von dem die Säkularisierung ausging, weswegen bis in unsere Tage davon gesprochen wird, es gebe zwei Frankreichs. Und sie lägen im unversöhnlichen Widerstreit. Die jüngsten Heimsuchungen der Nation – von Charlie Hebdo über Bataclan bis Nizza – lassen sich so wenig auf diese Unterscheidung abbilden wie die gelbkostümierten Proteste aus der Provinz und den Vorstädten im Kern etwas mit dem katholischen gegenüber dem säkularen Frankreich zu tun haben. Doch wenn jetzt davon gesprochen wird, Notre-Dame von Paris sei auch Notre-Dame von Europa, kann es nur ein Symbol dafür meinen, dass Altes uns etwas zu sagen hat, dass Stärke und Größe nicht unsere Maßstäbe sind und wir darum nicht stoßen sollen, was fällt und zerfällt. Die Bestürzung über die brennende Kathedrale gehört zu einer Moderne, die für ihre eigenen Folgen empfindlich ist und sich nicht dem Aberglauben hingibt, alles Alte – sei es ein Bauwerk oder ein Marienglaube – sei längst vergangen und überholt.

kau

Ihre Version

Katarina Frostenson über die Schwedische Akademie

Nach dem Skandal um die Vergabe-Institution des Literaturnobelpreises schreibt das ausgetretene Mitglied Katarina Frostenson ein Buch über die Schwedische Akademie. Das Werk mit dem Titel „K – Berättelsen" (deutsch: „K – die Erzählung") wird am 23. Mai in den Handel kommen, wie der schwedische Buchverlag Polaris am Dienstag auf Facebook mitteilte. Frostenson will darin die Ereignisse bei der Akademie in der Zeit vom November 2017 bis zum Mai 2018 thematisieren. Das stellt ungefähr den Zeitraum vom Beginn der internen Krise bei der Akademie bis zur Bekanntgabe der Absage des letztjährigen Literaturnobelpreises dar. Die Krise drehte sich um Frostenson und ihren Ehemann Jean-Claude Arnault. Dieser wurde Anfang Dezember von einem Berufungsgericht in Stockholm wegen Vergewaltigung zu zweieinhalb Jahren Gefängnis verurteilt. Wie bereits gegen das Urteil der Vorinstanz ging er dagegen in Berufung. Die Akademie wirft den beiden auch vor, die Literaturnobelpreisträger vorab ausgeplaudert und damit gegen ihre Geheimhaltungspflicht verstoßen zu haben. Wegen des Streits gab es 2018 keinen Literaturnobelpreis. 2019 sollen nun zwei Preise – einer für 2018 und einer für 2019 – vergeben werden. Nach monatelangem Streit war Frostenson Mitte Januar ausgetreten.

F.A.Z.

Traurige Tropen: So sah der russische Maler Michail A. Jewstafjew den Naturforscher Alfred Russel Wallace (1823 bis 1913). Foto Bridgeman

Vom Ursprung der Unarten

Anselm Oelze will Darwins Kollegen Alfred Russel Wallace als Entdecker der Evolutionstheorie rehabilitieren.

Auch in Wissenschaft und Literatur gilt das harte Gesetz der natürlichen Selektion: Nur die Stärksten, Wendigsten und am besten Angepassten überleben, nicht die zarten, selbstgenügsamen Naturen mit ihren Beiß- und Schreibhemmungen. Und wer zuerst kommt, mahlt zuerst. So gilt heute Newton und nicht Leibniz als Pionier der Infinitesimalrechnung, Tesla und nicht Ferraris als Genie des Zweiphasenwechselstroms, Darwin und nicht etwa sein Zeitgenosse Alfred Russel Wallace als Vater der Evolutionstheorie. Dabei kann man über das Erstgeburtsrecht durchaus streiten. 1858 schickte Wallace seinem verehrten Kollegen Darwin einen Aufsatz mit Beobachtungen und Gedanken zur natürlichen Zuchtwahl im Tierreich; ein Jahr später erschien Darwins „Ursprung der Arten". Darwin wurde weltberühmt, Wallace ist heute allenfalls noch Wissenschaftshistorikern bekannt als Entdecker der Wallace-Linie, die im Südpazifik die australische von der asiatischen Fauna trennt.

Darwin hat seinen jungen Kollegen durchaus gewürdigt, so wie Wallace umgekehrt nie schlecht über seinen Lehrmeister sprach. Aber es gab auch schon früh den bösen Verdacht, Darwin habe Wallace schamlos plagiiert, hintergangen oder jedenfalls um den verdienten Anteil am Ruhm betrogen. Ein solcher Fall von vergangenem Unrecht schreit nach den Gesetzen des Buchmarkts und der Opfer-Idealisierung heute nach postumer Wiedergutmachung, und so reiht sich jetzt auch ein junger deutscher Schriftsteller in die gar nicht so kleine Schar der angelsächsischen Wallace-Rächer ein: Anselm Oelze, 1986 in Erfurt geboren, derzeit noch Philosophiedozent in München, aber schon mit Ideen für drei oder vier Romane ausgerüstet.

In seinem Erzähldebüt lässt Oelze Wallace späte Gerechtigkeit widerfahren: Dass nur Darwin im kollektiven Gedächtnis überlebte, verdankt sich nicht dessen Genie oder auch Infamie, sondern Wallace' sympathischer Bescheidenheit und Schüchternheit. Zwei gelehrte Laien wollen den zu spät gekommenen Naturforscher mit einem „kleinen Schubs" rehabilitieren: Oelze mit seinem Roman und darin ein Wallace-Fan mit einem gefälschten Brief. „Selbstverständlich ist dies eine wahre Geschichte", heißt das Motto. Aber so einfach funktioniert verspätete Wahrheitskonstruktion nicht.

Anselm Oelze: „Wallace". Roman.

Verlag Schöffling & Co., Frankfurt am Main 2019. 263 S., geb., 22,– €.

Oelzes Roman zerfällt in zwei nicht gerade innig verzahnte Hälften. Die eine erzählt, sichtlich auf den Spuren von Daniel Kehlmanns „Vermessung der Welt", das Leben und Streben eines verkannten Forschers aus dem 19. Jahrhundert: autodidaktische Studien, erste Forschungsreisen ins Amazonasgebiet, herbe Rückschläge (auf der Rückfahrt von Brasilien verlor Wallace durch einen Schiffsbrand fast alle 25 000 Objekte, die er in vierjähriger Arbeit gesammelt, erforscht und beschrieben hatte), neue Expeditionen, kleine Abenteuer und Anfechtungen in den traurigen Tropen. Oelze schmückt seine brav nacherzählte Wallace-Biographie mit Joseph-Conrad-Atmosphäre, etwas zu vielen Adjektiven (der paddelnde Indianer, der dösende Molukke, „der malaiische Maat in seiner ockergelben Puffhose") und Kapitelüberschriften wie aus einem barocken Schelmenroman („Worin der junge Bärtige in Amazonien einen Sandfloh aus seinem Fuß entfernt, ein Krokodil verspeist, auf Eingeborene trifft und sich im Urwald verläuft"). Auf die Dauer nervt dieser altväterlich-neckische Tonfall mit seinen verschnörkelten Satzgirlanden und seinen Kaskaden nutzlosen Wissens über Primzahlen und Zikaden, die Geschichte der Kartenprojektionen oder die Erfindung des Gin Tonic. Oelzes Marotte, Wallace immer nur als „der junge Bärtige" auftreten zu lassen, soll vielleicht den Gegensatz zu dem vierzehn Jahre älteren, backenbärtigen Darwin herausarbeiten.

Der Autor scheint selbst gespürt zu haben, dass seinem Helden eine bartlose „Schattenfigur" guttäte – und so stellt er ihm in der Gegenwart einen ebenso weltfremden, ehrgeiz- und glücklosen Bücherschrat zur Seite: Albrecht Bromberg, Museumsnachtwächter, Pfeifenraucher und Mitglied der Elias-Birnstiel-Gesellschaft, einer Stammtischrunde alter Besserwisser und Antiquare. Bromberg stolpert im „Museum des Verworfenen" zufällig über Wallace und vergräbt sich immer tiefer in dessen Lebensgeschichte. Sein Plan, Wallace „eine postume Nachhilfe in Sachen Glück" zu gewähren, stößt freilich auf Unverständnis. Selbst Brombergs alter Jugendfreund plädiert als erfolgreicher Banker naturgemäß dafür, der Evolution nicht ins Handwerk zu pfuschen. „Die Geschichte ist geschehen, und ich fürchte, sie ist so zu akzeptieren, wie sie geschehen ist": Was sich in der Natur bewährt, überlebt und pflanzt sich fort; was zu schwach ist, wird zu Recht ausgemerzt.

Bromberg will sich mit diesem zynischen Fatalismus nicht zufriedengeben und durch einen gefälschten Brief Darwin nachträglich moralisch und wissenschaftlich ins Unrecht setzen. Oelze macht daraus eine Art „Schtonk"-Klamotte in der *scientific community* und verschenkt damit nicht nur das komische Potential, sondern auch die Pointe der natürlichen Zuchtwahl durch Scheitern und Versagen. „Wallace" ist eine anekdotenselige Schnurre, aber weder eine wissenschaftshistorische Pioniertat noch ein erzählerisches Meisterwerk: Die Figuren bleiben flach und konturlos, die theoretischen Schlussfolgerungen banal. Die Geschichte der Evolution muss jedenfalls nicht neu geschrieben werden. Wie in der Natur, so entpuppen sich auch in der Literatur oft „berühmt-berüchtigte Knaller am Ende als armselige, kleine Böllerchen". MARTIN HALTER

Von Westfalen in die Welt, auf Erkenntnis eingestellt

Zwischen Katholizismus, Judentum und Bhagwan-Sekte: Michael Görings Geschichtsroman „Hotel Dellbrück"

Juden, schreibt Sigmunds Mutter vor ihrem frühen Tod in einem Brief, seien Gottes auserwähltes Volk und daher immer auf der Suche nach ihrem Glück, immer auf dem Weg zu ihrer Heimat. Diese Zeilen sind für die Lebenswege von Sigmund Rosenbaum und dessen Sohn Frido programmatisch. Von beiden erzählt Michael Göring im Generationenroman „Hotel Dellbrück".

Es ist das Jahr 1938. Im Alter von fünfzehn Jahren flieht Sigmund aus der westfälischen Heimat Lippstadt mit dem Kindertransport ins britische Wadebridge. Vom Lehrer als „Judenlümmel" beschimpft, wähnt sein deutscher Pflegevater ihn bei sich im Hotel Dellbrück nicht mehr in Sicherheit. Wie rund zehntausend andere Kinder auch, schickt man ihn fort. Ein methodistisches Ehepaar nimmt den staatenlosen Waisenjungen auf. Es geht ihm gut bei seinen „foster parents". Sigmund wächst heran, wird Lehrer und kehrt nach dem Krieg zurück nach Deutschland.

Er gründet eine Familie mit Rile, einer Tochter der katholischen Dellbrücks. Sie erleben Höhen und Tiefen; Affäre, Hausbau und akademische Karriere des Mannes eingeschlossen. Inmitten einer Gesellschaft, die nicht an die Vergangenheit erinnert werden möchte, erforscht Sigmund in seiner Freizeit die Geschichte jüdischer Familien, spricht mit Überlebenden, zeichnet alles auf – und nervt damit bisweilen Frau und Kind.

Im Vergleich zum strebsamen Vater nimmt sich Sohn Frido als sinnsuchendes Wohlstandskind aus, das nach dem Abi Mitte der siebziger Jahre Siddhartha lesend mit dem Magic Bus nach Indien fährt, Studiengänge abbricht und wiederaufnimmt. Um einen Weg zu sich zu finden, pilgert er zum indischen Guru Bhagwan Osho. Dann wird er erwachsen, geht nach Australien. Als er dreiundsechzig Jahre alt ist, reist Frido nach Deutschland zum Hotel Dellbrück, das inzwischen ein Flüchtlingsheim ist.

Mit diesem Besuch an einem Junitag im Jahr 2018 setzt der Roman ein. Insgesamt fünfmal kehrt die Erzählung zurück an diesen Tag, der gemeinsam mit dem letzten der einunddreißig Kapitel, das an dessen Folgetag handelt, den ersten Handlungsstrang bildet. Der zweite erzählt chronologisch vom Leben Sigmunds und konzentriert sich im letzten Drittel des Romans auf Frido.

Nicht immer gelingt es Göring, die großangelegte Erzählung kunstvoll zusammenzuhalten. Als Frido bei seinem Besuch im vormaligen Hotel Dellbrück auf einen jungen Flüchtling trifft, der schon im ersten Kapitel nach Fridos Lebensgeschichte fragt, hat der „keine Lust, seine Geschichte zu erzählen". Mit dieser Erzähltechnik vertagt der Autor häufiger Themen. Jahre später, auf der Fahrt nach Indien, hat der Abiturient „wenig Lust zu reden", und im Alter hat er bei einem Ausflug mit der Mutter „keine Lust, mit Mutter jetzt über Sinn zu sprechen". Man könnte dieses Motiv als Charakteristikum Fridos betrachten, wenn nicht auch sein Vater auf einer Zugreise im Jahr 1949 „keine Lust" hätte, einem Mann im Abteil „seine Geschichte zu erzählen".

Bei besagter Zugreise sieht Sigmund schon zum zweiten Mal sein zerbombtes Heimatland, aber erst jetzt passt eine Beschreibung der Verwüstung in die Handlung. Also fragt Sigmund sich, ob er „die Zeugen dieser Katastrophe" bei seiner letzten Fahrt übersehen habe. Auch sein Sohn fragt sich bei einer Fahrt durch Bombay, ob er das Elend auf den Straßen „1975 bei seiner ersten Indien-Reise auch wahrgenommen" hatte, um es dann ausführlich zu beschreiben.

Bisweilen wirkt der Roman inhaltlich so, als solle er das Potential zum politischen und historischen Lehrstück für die neunte Klasse haben – was er zweifelsohne hat. Nur stören die pädagogischen Erkenntnissätze den Erzählfluss: Frido stellt im Gespräch mit dem Flüchtling etwas unvermittelt fest, dass sein Vater Sigmund „wie du als unbegleiteter Jugendlicher aus seinem Heimatland nach England geflohen" ist. Am Rande eines Abendessens wird die Genese der Stolpersteine eingefügt. Auf einer Reise gen Indien mit Zwischenhalt in Istanbul übt Frido Selbstkritik: „Wieso, fragte er sich, hatte er eigentlich die ganze Zeit geglaubt, außerhalb von Europa sei alles eher grob, schlicht, primitiv und anspruchslos?"

Subtiler hingegen kommt die Suche nach religiöser Identität im Roman zur Sprache. Göring schafft mit „Hotel Dellbrück" ein Stück narrativer Religionssoziologie: Wie sehr das westfälische katholische Milieu Sigmund geprägt hat, zeigt die Not-Barmizwa nach dem Vorbild einer Not-Taufe, die er allein mit einem jüngeren Flüchtlingsjungen in Großbritannien feiert. Nach Psalm und Lesung macht Sigmund „den Segen mit dem Kreuzzeichen, wie er es früher bei Dechant Schlotmann gesehen hatte, war sich aber nichts sicher, ob das Kreuzzeichen in dieser Situation wirklich richtig war". Auf seinem Bewerbungsbogen für das Schulamt gibt er an, er sei jüdisch/methodistisch. Sein britischer Pflegevater hatte ihn zur Taufe gedrängt. Zurück in Lippstadt, wird er katholisch – zumindest formal. Zeitlebens bleibt Sigmund auf der Suche nach metaphysischer Heimat. Die jüdische Tradition ist ihm eingeschrieben und bleibt ihm doch fremd.

Michael Göring: „Hotel Dellbrück". Roman.

Osburg Verlag, Hamburg 2018. 420 S., geb., 22,– €.

Sohn Frido erbt diese Unrast. Er ist ein religiöser Hybrid, eine Mischung aus Christ und Buddhist, etwas jüdisch, vom indischen Guru Bhgwan Osho geprägt und überwiegend Atheist, wie er selbst bekundet. Als das katholische Milieu längst Geschichte ist, fährt Frido mit seiner verwitweten Mutter nach Lourdes. Sie sprechen über Heimat. Sie sagt, Sigmund habe sich mit seiner Forschung zum Schicksal jüdischer Familien „seine geistige Heimat selbst geschaffen". Als er sich dorthin aufmachte, war sie dünnbesiedelt.

In einem Gespräch zitiert Sigmund einen Satz des amerikanischen Schriftstellers William Faulkner: „Die Vergangenheit ist nicht tot, sie ist nicht einmal vergangen." Michael Göring hat sie zum Leben erweckt; mit erzählerischen Schwächen, aber zum Leben. TOBIAS SCHRÖRS

Überforderte Militärs stehen nicht gleich für einen Völkermord

Weißwürste in Togo, Soldatenrenten in Tansania: Bartholomäus Grill reist auf den Spuren der deutschen Kolonialgeschichte durch Afrika

Der Kolonialismus ist das große neue Thema in der Kultur. Wer auf der Welle des Zeitgeists reiten will, muss lautstark die historischen Verbrechen der Europäer in Übersee anprangern und gleich im nächsten Satz die konsequente Rückgabe aller erbeuteten oder „asymmetrisch" erworbenen – also möglichst aller – Objekte in den ethnologischen Museen an ihre Herkunftsländer fordern. Dabei wissen die wenigsten, die so daherreden, wie es in den ehemaligen Kolonien heute tatsächlich aussieht oder zu Kolonialzeiten ausgesehen hat. Bartholomäus Grill weiß es genau. Der langjährige Afrika-Korrespondent der „Zeit" und jetzige Berichterstatter des „Spiegels" lebt seit 1993 in Südafrika und hat den schwarzen Kontinent in alle Richtungen bereist. Schon deshalb lohnt es sich, sein Buch über die deutsche Kolonialgeschichte in Afrika (mit zwei angehängt wirkenden Kapiteln über Tsingtao und Neuguinea) zu lesen.

Denn bei Grill ist alles Anschauung. Wenn er über die Askari schreibt, die einheimischen Söldner der deutschen Schutztruppe im heutigen Tansania, dann fasst er kein Buchwissen zusammen, sondern erzählt von seinem Besuch bei einem fast hundertjährigen Greis, der noch 1995 das Treuegeld des Auswärtigen Amts für afrikanische Kriegsveteranen empfängt, weil er achtzig Jahre vorher unter Paul von Lettow-Vorbeck in der Schlacht bei Tanga gegen die Briten gekämpft hat. In Lomé in Togo isst Grill Weißwürste bei einem Metzger, der sein Handwerk in Rosenheim gelernt hat, in Moshi am Kilimandscharo sucht er mit den Dorfbewohnern nach den Überresten eines von den Deutschen hingerichteten Wachagga-Anführers, und in Windhoek befragt er Kuaima Ruruako, den umstrittenen Chief der Herero. Wenn Grill schreibt, dass ein Berg in Togo früher „Pickelhaube" hieß und das neue namibische Nationalmuseum ein mit Heldenkitsch gefüllter Klotz ist, kann man sich darauf verlassen, dass es stimmt.

Das gilt auch für das Eingangskapitel, in dem der Autor seine biographische Verbindung zum Thema offenlegt. Als Kind las er die Groschenheftchen der „Kolonial-Bibliothek" und die Erinnerungsbücher von Lettow-Vorbeck, Ludwig Foehse und anderen, die sein Großvater in einer Kiste auf seinem Speicher hinterlassen hatte. Die Sehnsucht nach Afrika ließ Grill nicht wieder los, auch wenn seine Gewährsleute bald andere Namen trugen, Frantz Fanon, Edward Said, J.M. Coetzee, Aimé Césaire. Mit seinem Buch will er nun „die Mär vom deutschen Kolonialidyll" widerlegen. Dabei sei ihm bewusst, so Grill, dass er auch nach drei Jahrzehnten in Afrika „das rassistische Erbe nicht einfach abschütteln" könne.

Die Lektüre bestätigt das nicht. Im Gegenteil: Überall da, wo Grill besonders antirassistisch und postkolonial erscheinen will, wird sein Ton schrill, seine Prosa predigerhaft. „Der Nazi-Schauspieler Hans Albers" spielt da den Sadisten Carl Peters im Film, die Reformpolitik der deutschen Statthalter in Kamerun hängt sich „ein humanitäres Mäntelchen" um, und beim Wechsel von der Sklaverei mit Peitsche und Folter zur Ausbeutung durch Arbeit „folgte der Pest die Cholera". Umso einprägsamer sind die Schilderungen dessen, was Grill selbst gesehen hat: die riesige Landungsbrücke von Lomé in Togo, die seit hundert Jahren vor sich hin rostet; der Polizist an der Straße nach Douala, der erklärt, er heiße Adolf, „wie Adolf Hitler"; oder die opulente Palastvilla des einstigen deutschen Gouverneurs Jesko von Puttkamer, die heute als Landsitz von Paul Biya dient, dem seit 1982 mit diktatorischen Mitteln regierenden Präsidenten von Kamerun. Es sind starke Bilder, und sie sind stark, weil sie zweideutig sind, so zweideutig wie das Verhältnis der ehemaligen Kolonien zu ihren früheren Kolonialmächten insgesamt.

Im Kapitel über Namibia nimmt das Buch eine überraschende Wendung. Grill trifft neben dem bereits erwähnten Herero-Chief Kuaima Ruruako auch David Kambazembi, einen Führer des Nama-Volkes, besucht die Schlachtfelder des Kolonialkriegs von 1904 bis 1908, redet mit Angehörigen der deutschen Siedlerminderheit – und gerät dabei unverhofft mit dem Hamburger Afrikahistoriker Jürgen Zimmerer in eine öffentliche Grundsatzdebatte, in der jener „einen Punktsieg" (Grill) davonträgt. Das Streitgespräch, das vor drei Jahren im „Spiegel" erschienen ist, kann man im Internet nachlesen.

Namibia, postkolonial: Christuskirche und Reiterdenkmal in Windhuk Foto dpa

Worum geht es? Grill hat es gewagt, die Anwendbarkeit des Völkermord-Begriffs auf die Feldzüge der deutschen Kolonialmacht gegen die aufständischen Herero und Nama in Zweifel zu ziehen. Er hat die Gegend durchfahren, in der die schwache deutsche Schutztruppe nach der Schlacht am Waterberg angeblich alle Angehörigen des Hererovolkes an der Rückkehr aus der Omaheke-Wüste hinderte und so dem Tod durch Verdursten preisgab, und er hat Unterlagen gesichtet, die das Chaos in der damaligen Militärführung offenlegen – etwa die unveröffentlichten Tagebücher jenes Generals Trotha, dessen Vernichtungsbefehl vom Oktober 1904 („ich nehme keine Weiber und Kinder mehr auf") für Grill ein Dokument der Hilflosigkeit ist.

Vor allem aber steht Grill bei seinen Recherchen ein anderer Völkermord vor Augen, über den er selbst als Journalist berichtet hat: den akribisch geplanten, staatlich gelenkten Genozid an den Tutsi in Ruanda im Sommer 1994. Mit diesem Gemetzel will er die deutschen Verbrechen in Namibia nicht in einen Topf werfen. Das Vorgehen der Kolonialtruppen wurde von den Sozialdemokraten im Reichstag regelmäßig angeprangert und sogar zum Anlass für Neuwahlen (die „Hottentottenwahl" von 1907), Trotha selbst wenige Wochen nach der Proklamation seines Befehls von seinem Posten abgelöst. Die Zustände in den deutschen Lagern, etwa auf der berüchtigten Haifischinsel, wo die Hälfte der Gefangenen an Hunger und Krankheiten starb, waren katastrophal, aber kein geplanter Massenmord. Doch solche Differenzierungen will Jürgen Zimmerer nicht gelten lassen. „Es kommt auf den Vernichtungswillen an." Mit anderen Worten: Der deutsche Historiker klammert sich an die Buchstaben der Originaldokumente, während der Journalist nach der Logik des Geschehens fragt. So redet man aneinander vorbei.

Und so wird auch dieses eminent lesenswerte Buch vermutlich gerade diejenigen nicht erreichen, denen es am dringendsten zu empfehlen wäre: die Wortführer der aktuellen Debatte über die Rückgabe afrikanischer und anderer kolonialer Kulturgüter aus deutschen Museen an ihre Herkunftsländer. Bei Grill kann man lernen, dass mit Restitutionen (die er befürwortet) allein nicht das Geringste gewonnen ist, dass Federkronen und Masken kein Ersatz für Demokratie und wirtschaftliche Eigenständigkeit in Kamerun, Togo, Tansania und anderswo sein können. Aber die Fronten und Pfründen im Meinungsstreit sind offenbar derart stabil, dass eine Reporterstimme wie die von Bartholomäus Grill nur als Störung des Debattenfriedens empfunden wird. So kann man nur hoffen, dass sein Buch wenigstens im breiten Publikum die Leserschaft findet, die es verdient. ANDREAS KILB

Bartholomäus Grill: „Wir Herrenmenschen". Unser rassistisches Erbe: Eine Reise in die deutsche Kolonialgeschichte.

Siedler Verlag, Berlin 2019. 304 S., Abb., geb., 24,– €.

Der Wundmaler tropft

Julian Schnabel hat die Passion Vincent van Goghs verfilmt: „An der Schwelle zur Ewigkeit“

Wer mit Absicht so aussieht und sich dann auch noch selbst porträtiert, darf auf die Sympathie der Landbevölkerung jedenfalls nicht spekulieren: Willem Dafoe ist Vincent van Gogh Foto epd

Wer Argumente gegen Programm- und Arthouse-Kinos sucht, wird diesen Film studieren müssen, mit zusammengebissenen Zähnen und vielen neuen Falten im Hirn. Der bekannte amerikanische Großkunstsammlervillenfoyerveredler und Filmregisseur Julian Schnabel hat das Leben des noch viel weltberühmteren Tüpfchenträumers Vincent van Gogh verfilmt. Der Held trägt das Gesicht von Willem Dafoe. Es geht schlimm zu in „Van Gogh – An der Schwelle zur Ewigkeit“: Das Genie fällt in zwei Sprachen über eine Frau vom Land her, weil Genies sich schwer zügeln können, das ganze Dorf empört sich über dieses verrutschte Schäferstündchen, und eine hergelaufene Lehrerin demütigt den Visionär, weil sie nicht begreifen will, warum man die Natur so knotig pinselt wie er.

Die folgenreichsten Begegnungen mit Frauen, die der rührende Psychopath erleben muss, zeigen das Geschlechtergegenüber also als verklemmt und verständnislos – dumm genug, aber andererseits: Wenn die Rollen vertauscht wären und Herr Schnabel einen analogen Stuss über Frida Kahlo und „die Männer“ erzählt hätte, wäre der Film auch nicht besser.

Dieser Film will geliebt werden, das macht sein Misslingen fast tragisch und seine Plattheiten ärgerlich: Die Gegend von Arles in der Sonne, die Gegend von Arles auch mal im Regen, eine enge Kneipe, eine noch engere Kammer, ein trostloses Irrenhaus mit Wasserfolter, alles wird mit den denkfaulsten Bildkürzeln flachgefilmt. Man erlebt so ein eklatantes Komplementärübel zum sechshundertsten „Transformers“- oder „The Fast and the Furious“-Blockbuster, insofern beide Sorten Simpelbedienung zwei Seiten der Münze „Reiz-Reaktions-Rummel-Kino“ bilden. Denn zum Jahrmarktswesen, als dessen zeitgenössische Erben die Lichtspielhäuser dem Streaming derzeit einen harten Abwehrkampf liefern, gehört neben der Achterbahn in 3D eben auch die prätentiöse Wahrsagerin mit ausländischem Akzent, die von Inspiration faselt.

Dass diese Imago in Schnabels Gestalt ihre Kundschaft scheinbar individueller bedient, als die Massen-Spektakelware das tut, bedeutet nicht, dass sie mehr mit Kunst zu tun hätte als jene, sondern nur, dass es auch einen Kommerz namens Kunstgewerbe gibt, nicht nur einen namens Überwältigung. Oscar Isaac ist Paul Gauguin, Mads Mikkelsen ist ein Priester, der ein wenig reserviertes Mitleid spendiert: Die öde Starparade könnte von keinem Computerprogramm herzloser berechnet worden sein.

Durchgängig herrscht zudringlicher Wehmutsterror anstelle eines Begriffs von Vergangenheit, obwohl es doch angeblich darum geht, verlorene Achtsamkeit wiederzufinden: Zeitlose Hände nesteln an einer Postkartenmotivjacke, und schau nur, da sind auch schon die Schuhe vom Ausstellungsposter! Klavier, Klavier, Spazier, Spazier, dann schmeißt sich van Gogh zu Boden und besudelt sich mit Dreck. Dazu leidet er mit aufgerissenen Augen an der Furcht, der Einzige zu sein, der die Ewigkeit sieht, wenn er in die Landschaft stiert. Jesus Christus persönlich wird mit den Worten zitiert, man solle sich vom Sichtbaren ab- und dem Unsichtbaren zuwenden. Schön, aber warum dann nicht gleich ein Hörbuch statt Kino? Blumen. Dämmerung. Zeitsprünge. Am Ende liegt der Schmerzensmann als edler Kadaver zwischen seinen Werken, und irgendein Schnittpraktikant steuert den horrenden Einfall bei: Meister Schnabel, machen wir die Projektionswand doch kurz gelb und lassen Gauguin davon schwärmen, wie wahnsinnig gelb das Gelb bei van Gogh immer ist.

Am schlimmsten zappeln die Sequenzen, die den Wahnsinn des Begnadeten bebildern sollen: Da rammt sture Montage mehrere Takes ineinander, damit noch die Schläfrigsten verstehen, dass van Goghs Bewusstsein in Klecksen gequantelt ist, die gern übereinanderschmieren und ineinanderfließen. Das heillose Gestümper wirkt umso deprimierender, als Julian Schnabel mit dem unverkrampft originellen Film „Schmetterling und Taucherglocke“ (2007) überzeugend dargetan hat, dass ihm bei der bilderzählerischen Gestaltung außergewöhnlicher Bewusstseins-, Körper- und Gemütszustände durchaus Fesselndes und Anregendes erreichbar sind. Der darin von Mathieu Amalric gespielte Mann mit *Locked-in*-Syndrom, an dem schier alles gelähmt ist außer Vorstellungsvermögen und Erinnerung, funktioniert in der Innen- wie der Außenperspektive als starker Filter für so gut wie alles, was Kunst über Menschen herausfinden kann; „Van Gogh – An der Schwelle zur Ewigkeit“ saugt dagegen bloß aus einem halbgebildeten Müllhaufen voller Gerüchte über die sogenannte Hochkultur einen Eimer voll Schmalz, der den Impressionismus als eine Art kuscheligen Trotz gegen die Härte und Schnelligkeit modernen Weltempfindens versinnbildlichen soll, und schüttet dieses harmlose Zeug dann ungefiltert und unsortiert ins empfängliche Kollektivnervensystem von Gremien, die entscheiden wollen, ob ein Film eher „besonders wertvoll“ ist oder unterhaltsam.

Die harte Lehre der unschönen Erfahrung lautet wohl: Am elendesten ist europäisches Kino immer dann, wenn Amerikaner es herstellen (gilt allerdings auch umgekehrt, *here's looking at you,* Til Schweiger). Nicht mal die Farbwerte, die Schnabel auffährt, versöhnen mit dem ungünstigen Gesamteindruck, denn ihre Pseudoinnerlichkeit rührt höchstens zwei Szenen lang, bis man erkennt: Marineblau ist Himmelblau ist heute Blau und morgen Blau und übermorgen wieder – jede Nuance säuft ab in der Eintönigkeit des ständigen Signals „ominöse Pracht mit Anfällen von Verfinsterung“.

Hätte Schnabel mehr Mut gehabt, als ein zwischengeschaltetes, billig-eiliges Schnellmaltutorial verlangt, könnte man sich gerade von ihm durchaus mit Freude und Dankbarkeit einen Film anschauen, der nichts täte, als zwei Stunden um einen Granatapfel zu kreisen, der auf einem schlecht gewischten Küchentisch liegt. Der morose Weihepopanz aber, den seine gewollt ungenauen Einstellungen im Van-Gogh-Drama andauernd aufrichten, ist zuletzt, von allen narrationsökonomischen Fragen abgesehen, auch einfach potthässlich.

Als Schnabel seinen Kollegen Jean Michel-Basquiat 1996 in einem Spielfilm wiederauferstehen ließ, war dem teils liebevollen, teils makabren Mummenschanz wenigstens hin und wieder etwas wie Witz beigemengt, in Gestalt des pingelig seltsamen David Bowie vor allem, der darin einen Andy Warhol gab, der Andy Warhol bestimmt besser gefallen hätte als Andy Warhol selbst.

Auch der „Taucherglocken“-Film hat eine Art Humor, zum Beispiel dank Max von Sydow, der beim Rasiertwerden bärbeißig rumbrummt. Vielleicht war Mikkelsen als Erzeuger eines ähnlichen Kontrapunkts zur Tränenmelodie des Restes im Van-Gogh-Ding vorgesehen, aber auch er kommt gegen Sprüche nicht an wie den, Leiden sei größer als Lachen, den Dafoe (der seine schlechte Sache übrigens sehr gut macht) ausagiert, als hätte Schnabel nie davon gehört, dass gegen das Lachen immer nur die Lächerlichen schimpfen. Na gut: Vielleicht war's kunstgeschichtlich nötig, dass ein Film mal alle sentimentalen Ästhetikfehlauffassungen der Neuzeit in knapp zwei quälenden Stunden zusammenfasst. Den Bildern, die van Gogh hinterließ, geschieht damit ja nichts Böses; sie bleiben von allen Übergriffen nachgeborener Distanzlosigkeit unberührt. DIETMAR DATH

So geht denn alles zu Grunde

Was, wenn es wirklich brennt? Frank Castorf adaptiert Friedrich Dürrenmatts Roman „Justiz“ im Züricher Pfauen

ZÜRICH, den 16. April

In der Pause spricht es sich herum: Notre-Dame brennt. Es ist wie in Goethes „Novelle“, wenn die fürstliche Reitergruppe von einem Aussichtspunkt oben im Bergwald durch ein Fernrohr auf die Stadt schaut und erschrocken feststellt, dass der Markt unten in Flammen steht. Immer wieder rufen die Theaterbesucher während der Vorstellung auf ihren Telefonen die Bilder der brennenden Kirche auf, verfolgen mit, wie der Spitzturm zusammenstürzt und die Flammen aus dem Dachstuhl in den Nachthimmel schlagen. Auch auf der Bühne hat man den Brand in Paris zur Kenntnis genommen und versucht sich mehr schlecht als recht in ein paar aktuellen Anspielungen. „Es brennt“, stoßen Alexander Scheer und Jan Bülow mit acht Zigaretten im Mund hervor und prosten sich anschließend mit einem „auf die Kathedrale“ zu. An diesem Abend spielen sie einen Roman nach, in dem es um das Verhältnis von Recht und Gerechtigkeit beziehungsweise den Zusammenhang von Möglichkeit und Wirklichkeit geht. Das Feuer in Frankreich ist echt, daran besteht kein Zweifel. Und so wirkt Castorfs fünfeinhalbstündige Zergliederung von Dürrenmatts „Justiz“-Roman dieses Mal auf seltsame Weise bemüht und unsachgemäß. Der Umstand, dass die Wirklichkeit an diesem Abend einfach da ist, ohne zu fragen, lässt alles dekonstruktive Stirnrunzeln und skeptische „Als-ob-Spiel“ plötzlich ganz alt aussehen.

In einem Interview im Vorfeld hatte sich der Volksbühnen-Veteran Frank Castorf noch einmal als „unerzogenen Enkel von Bertolt Brecht“ vorgestellt und darüber hinaus als einen „der unterbezahltesten Regisseure“ bezeichnet. Wobei fraglich bleibt, mit wem er sich dabei vergleicht. Über Unterbeschäftigung kann Castorf jedenfalls nicht klagen, fast alle großen Häuser bemühen sich um ihn. Auch wenn seine moralisch inkorrekten Äußerungen über minderbegabte Regisseurinnen und den erschlafften Linksliberalismus zunehmend für Ärger sorgen. Aber Castorf darf interessanterweise immer noch alles, denn er trägt den unsichtbaren Schutzmantel des Ost-Dissidenten, an den sich auch die neue diversitätsorientierte, geschlechter- und repräsentationssensible Theatergeneration nicht heranwagt. Auf die anspielungsreiche Frage, warum Frauen in seinen Inszenierungen so oft pornohaft bekleidet auftreten müssten, gab er keine direkte Antwort, sondern fragte bissig zurück, ob er sich etwa „als alter, weißer Mann umbringen oder kastrieren lassen“ solle. Sein Kampf gelte dem „Spießig-Puritanisch-Verlogenen“, die „MeToo“-Bewegung sei ein „Mittelstandsthema, das Mittelständler bearbeiten, um in ihrem Bereich bessere Bedingungen zu bekommen“. Entwickelt Castorf sich zum Jordan Peterson des deutschen Theaters? Einer, der den Mehrheitsmännern Mut macht und die Härte zurück in die Debatte bringt? Vielleicht. Vor allem aber ist er einer der Letzten, die die Kraftlinien von Geschichte(n) ernst nehmen und nach wie vor nicht nach Moral, sondern nach Interessen fragen. Manchmal jedenfalls.

Soll ich mich etwa kastrieren lassen? Alexander Scheer als Anwalt Spät, umringt von den Seinen in Frank Castorfs Züricher „Justiz“-Adaption Foto Matthias Horn

Dieses Mal erschöpft sich seine Inszenierung allerdings in der Behauptung von Kritik und der so altbekannten wie zweifelhaften Spuck- und Ruckel-Ästhetik. Nadelstreifenanzug, Tangaauftritt (gleich in der ersten halben Stunde), Mastercardsymbol an der gläsernen Restauranttür – dazu die mal kreischende, mal haspelnde Rede vom Betrieb, der sich Staat nennt und aus der Geschichte austritt, um in ein großes Geschäft einzutreten. Die Schweiz ist kein gutes Jagdgebiet für Castorf. Und Dürrenmatt ist es auch nicht. In dessen philosophischem Kriminalroman „Justiz“ erschießt der freundliche Kantonsrat Kohler vor den Augen der – in einem Züricher Nobelrestaurant versammelten – Stadtöffentlichkeit einen Germanistikprofessor und muss dafür zwanzig Jahre ins Gefängnis. Hier beauftragt er den jungen karrieristischen Juristen Spät mit einer Überprüfung seines Falls: Der Anwalt soll davon ausgehen, er sei nicht der Mörder gewesen. Zu spät bemerkt Spät, dass er in eine Falle getappt und zum Vollstrecker eines ausgeklügelten Racheplans geworden ist.

Im Grunde ist „Justiz“ ein Billardroman und spielt über die Bande. Betrieben wird höhere Gesellschaftsmathematik und ein populärphilosophisches Erkenntnisrätselraten. Die menschliche Bestimmung liege im Denken, nicht im Handeln, posaunt Kantonsrat Kohler, den Robert Hunger-Bühler in Erinnerung an sein früheres Theaterleben als eine Art Mephisto gibt. Alexander Scheer schlendert als junger Rechtsanwalt erst im Bogart-Trenchcoat, dann im Glitzerkostüm über die Bühne, knallt seinen blondierten Kopf gegen das Fensterglas und schüttet sich weißes Pulver auf die Zunge. Die Drehbühne von Aleksandar Denic bietet wie gewohnt einige Schaulust – diesmal hat er ein Modell des traditionsreichen Edelrestaurants „Kronenhalle“ an das Züricher Le-Corbusier-Haus gebaut und dazwischen die Außenfassade des letzten Sexkinos der Stadt imitiert. Blinkende Neonröhren versprechen selbstreflexiv ein „Nonstop-Programm“, und daneben schleppt sich der Zeiger einer Bahnhofsuhr über die Zeit. Das Schauspielensemble bemüht sich redlich, die langen Spielstunden herumzubringen, aber trotz allem Gebrüll, Gerutsche und Gefilme will keine rechte Manie-Stimmung aufkommen. Das liegt vielleicht auch daran, dass Castorf sich dieses Mal zumindest inhaltlich hat kastrieren lassen, denn der Diogenes-Verlag hat jeden Einsatz von Fremdtexten verboten. Allein Sätze von Dürrenmatt dürfen gesprochen und sonst nur Lieder gesungen werden. Also bleibt zum Reißaus vom Original nur der Exkurs in andere Werke: Ueli Jäggi erzählt Familiengeschichten von Waffenfabrikanten, Scheer singt Gundermann – seine letzte Kinorolle –, und Julia Kreusch trägt das „Schlusslied der Parlamentarier“ aus Dürrenmatts Stück „Herkules und der Stall des Augias“ vor: „So geht denn alles zu Grunde/Politiker Helden und Land/Die Knochen fressen die Hunde/Das Blut versickert im Land“.

Kurz nach Mitternacht, das Feuer in Paris ist inzwischen unter Kontrolle gebracht, stellt sich Jäggi hinten im Bühnenoff vor die Kamera und beginnt im Dürrenmatt-Tonfall die entscheidenden Fragen zu stellen: „Wie empfindet die Erde ihr Alter? Wie erlebt der Frieden seine Zeit?“ Aber da ist der Abend schon zu Ende. Er hat fünfeinhalb Stunden zu spät begonnen. SIMON STRAUSS

Sklaverei ins Zentrum

Zum Tode des Historikers David Brion Davis

Für die Geschichtswissenschaft in den Vereinigten Staaten gehört seit der Bürgerrechtsbewegung die Erforschung von Sklaverei zu den zentralen Feldern. Eine der folgenreichsten Interventionen in diesem Bereich war die Trilogie von David Brion Davis, deren Erarbeitung sich über fast ein halbes Jahrhundert erstreckte: „The Problem of Slavery in Western Culture“ (1966), mit dem Pulitzerpreis ausgezeichnet, „The Problem of Slavery in the Age of Revolution“ (1975), „The Problem of Slavery in the Age of Emancipation“ (2014). Die Serie zeichnet sich durch eine vergleichende Perspektive und die Kopplung von Geistesgeschichte mit sozial- und politikhistorischen Zugängen aus. Als bahnbrechend erwies sich die Entscheidung von Davis, die Sklaverei nicht wie bis dahin üblich als Fußnote in einer Fortschrittserzählung der Neuen Welt anzusiedeln, sondern dieser Institution im Gegenteil den zentralen Platz in der Geschichte Amerikas und des Westens insgesamt zuzuweisen. Paradoxerweise, bemerkte Davis pointiert, schien die Entwürdigung von Millionen Menschen afrikanischer Herkunft, die in Unfreiheit auf den Plantagen schufteten, eine Vielzahl anderer Personen erst in die Lage zu versetzen, ihr Schicksal in die eigenen Hände zu nehmen.

Den Aufstieg des Abolitionismus verknüpfte Davis, der in Harvard promoviert wurde und jahrzehntelang in Yale lehrte, mit der Frühphase der industriellen Revolution. Die Verdammung der Sklaverei durch Evangelikale und andere Gruppen hatte, wie er darlegte, nicht zuletzt den Effekt, „freie“ Lohnarbeit in einer Periode extrem repressiver Arbeitsbedingungen in englischen Fabriken zu legitimieren. Dabei ging es Davis nicht darum, einen kapitalistischen Plot zu konstruieren, sondern die oft unbeabsichtigten Folgen der abolitionistischen Ideologie aufzuzeigen. Vor allem aber betonte er, dass das vergleichsweise rasche Ende der Sklaverei einen der bemerkenswertesten Prozesse der neueren Geschichte bildete. Selten habe es innerhalb eines ähnlich kurzen Zeitraums eine ähnlich tiefgreifende Diskreditierung

David Brion Davis Foto AP

einer lange beinahe unangefochtenen – und zudem wirtschaftlich florierenden – Institution gegeben.

Mit gebotener Schärfe reagierte Davis vor zwei Jahrzehnten auf Publikationen, in denen reiche Juden als Hauptverantwortliche des Sklavenhandels denunziert wurden. Niemand solle selbstverständlich die kleine Gruppe jüdischer Händler verteidigen, die Sklaven kauften und verkauften. Noch dürfe die Beteiligung von Katholiken und Protestanten, von Muslimen und Afrikanern bei der Versklavung und im Handel mit Menschen unter den Tisch gekehrt werden. Aber wir müssten, mahnte er, bei aller Notwendigkeit der kritischen Aufarbeitung „dem gefährlichen, wenngleich oft verlockenden Glauben in eine Kollektivschuld, die automatisch auf die nächste Generation übergeht, entschieden widerstehen“. Am Sonntag ist der Grandseigneur der Sklavereiforschung im Alter von 92 Jahren verstorben. ANDREAS ECKERT

Sklavereibild

In Paris als rassistisch erkannt

Zwei Akademiker haben in Paris eine Petition für die Entfernung eines Wandgemäldes im französischen Parlament eingereicht, das an die Abschaffung der Sklaverei erinnert. Das Bild zeige eine rassistische und demütigende Darstellung schwarzer Menschen. Mame-Fatou Niang, Professor für Französisch in Pittsburgh, und Julien Suaudeau, der in Pennsylvania Vorlesungen hält, fordern die Beseitigung des großen Wandgemäldes, das seit 28 Jahren in einem Korridor eines Gebäudes der Nationalversammlung hängt. Es wurde 1991 von Hervé di Rosa geschaffen, um an Frankreichs erste Aufhebung der Sklaverei 1794 zu erinnern. Der französische Künstler malte die befreiten Sklaven auf dem Bild in seinem Stilmix aus Comic und Kinderkunst mit übergroßen Lippen und Augen sowie krausem Haar. Diese erinnerten laut Niang und Suaudeau fatal an die grinsenden schwarzen Gesichter amerikanischer Werbung der zwanziger Jahre. Niang zufolge verhindere die Wut farbiger Betrachter über die rassistische Darstellung des Bildes das Nachdenken über das historische Geschehen selbst. S.T.

Schutzraum: Mohammed Al Safar steigt noch einmal in jenen Keller hinab, in dem er 2017 drei Monate lang mit seiner Familie ausharrte. Fotos Johannes De Bruycker

Der Tod war ihr Alltag

In den Trümmern der Stadt Mossul dreht Milo Rau mit Studenten Szenen für seine Inszenierung der Orestie. In der griechischen Tragödie entscheidet ein Tribunal, ob Orest die Freiheit oder den Tod verdient. Wie urteilen die jungen Iraker über die IS-Kämpfer?

MOSSUL, im April

Suleik El Khabaz ist in Tränen aufgelöst. Die Kameras sind auf ihn und acht seiner Schauspielschüler gerichtet. Dicht hinter der Filmcrew steht der Schweizer Regisseur Milo Rau. Die jungen Männer aus Mossul sollen ihm sagen, was mit den Anhängern der Terrororganisation Islamischer Staat (IS) passieren soll. Dürfen sie leben? Müssen sie sterben? „Zu viele Menschen sind in dieser Stadt gestorben“, sagt El Khabaz. Er zittert. „Niemand kann ersetzen, was ich hier verloren habe, aber trotzdem bin ich gegen das Töten. Wir müssen uns fragen, was hier passiert ist.“

Das eingebrochene Dach der Kunstakademie in Mossul legt sich über El Khabaz und seine Schüler wie ein schützender Flügel. Sie sitzen auf Mauerresten, an denen noch mintgrüne Wandfarbe klebt. Sie sind zwischen siebzehn und 27 Jahre alt, tragen schwarze Kunstlederjacken und gegelte Frisuren. In den Drehpausen rauchen sie, stupsen sich gegenseitig an und machen Selfies. Nach der Ansprache von Suleik El Khabaz sind sie ernst. Drei Jahre lang lebten sie in dieser Stadt unter dem IS. Der Tod gehörte zu ihrem Alltag. Die Stille dehnt sich aus und Milo Rau denkt nach. Dann entscheidet er, weiterzumachen. „Wir filmen jetzt die Abstimmung!“

Rau dreht in Mossul Szenen für seine Inszenierung der Orestie. Die Premiere findet heute im belgischen Gent statt. In der griechischen Tragödie entscheidet ein Tribunal darüber, ob der Held und Mörder Orestes die Freiheit oder den Tod verdient. Rau spielt mit der Symbolik. Er fragt die jungen Iraker in Mossul nach ihrer Meinung. „Hebt die Hand, wenn ihr wollt, dass die IS-Kämpfer freigelassen werden.“ Keiner bewegt sich. „Und jetzt, hebt die Hand, wenn ihr wollt, dass die IS-Kämpfer getötet werden.“ Wieder bewegt sich keiner. Der Kameramann lässt die Aufnahme laufen. Rau ist überrascht, er hat ein anderes Ergebnis erwartet. „Das ist auch eine schöne Botschaft“, sagt er, „Ich mag dieses Ende sogar mehr als das vom Samstag.“

Am Samstag, zwei Tage zuvor, hatten die Schauspielschüler bei Raus Workshop einstimmig für das Todesurteil gestimmt. Sie wollten, dass die Männer, die ihre Stadt zerstört, ihre Familienangehörigen und Freunde ermordet, ihnen Musik und Schauspiel verboten haben, hingerichtet werden. Beim Dreh am Montagmorgen verweigern sie das Urteil. Die Ansprache ihres Schauspiellehrers und Diskussionen untereinander haben ihre Meinung geändert. „Wir wollen, dass klar ist: Wir sind prinzipiell gegen das Töten, aber wir können nicht verzeihen“, sagt einer von ihnen zu Rau.

Orestie, die Tragödie von Aischylos, handelt vom ewigen Kreis aus Gewalt und Rache. Agamemnon, Anführer der Griechen im Krieg gegen Troja, tötet seine Tochter Iphigenie. Iphigenies Mutter tötet Agamemnon und der Sohn Orest tötet die Mutter und ihren neuen Partner. Doch Orest entkommt dem Tod. Er flieht nach Athen und landet vor einem Tribunal, das ihn begnadigt. Im Irak von heute sind die Themen Rache und Justiz umstritten: In Bagdad werden mutmaßliche Anhänger und Sympathisanten des IS zum Tode verurteilt. Die Anhörungen dauern wenige Minuten. Zugleich leben allein in Mossul Tausende Anhänger des IS. „Ich weiß nicht, wo in Europa Orestie spielen könnte, aber hier macht es absolut Sinn“, sagt Rau. „Mossul wurde von den Babyloniern, von Alexander dem Großen, von den Engländern, zweimal von den Türken und von Saddam zerstört und die Zerstörung durch den IS war wohl die dunkelste Episode der Stadt.“

Im Juni 2014 stürmten IS-Anhänger von Syrien in den Nordirak. Sie nahmen Mossul ein. Die Stadt kam der Terrormiliz gelegen: Sie war das wirtschaftliche Zentrum des Nordiraks, mit zwei Millionen Einwohnern, in einer Region, die reich an Öl ist. Von hier aus rief der IS sein Kalifat aus. Eine halbe Million Menschen floh aus Mossul. Die Terroristen führten die Stadt nach den Regeln eines Polizeistaats. Sie ermordeten Schiiten, von Christen verlangten sie Steuern. Sie verboten Musik und Malerei. Homosexuelle warfen sie mit verbundenen Augen von Dächern.

Milo Rau (rechts) mit seinem Kamerateam in den Ruinen von Mossul

„Ihr Götter im Himmel, ihr habt mich hier auf diesem Turm beobachtet, die ganze Nacht, jede Nacht, zwölf Monate lang, an das Dach dieses Hauses gebunden wie einen Hund“, sagt Bert Luppes. Der belgische Schauspieler steht auf dem Dach eines Hauses in der Altstadt von Mossul. Um ihn herum fällt warmes Morgenlicht auf die Trümmer der Stadt. Luppes spielt den Seher, der bei Aischylos auf das Meer blickt und auf ein Zeichen wartet, das den griechischen Sieg in Troja bestätigt. „Ich habe genug von den Himmeln, genug von der Dunkelheit. Ich warte auf das Licht, das niemals kommt. Ich stehe auf, plötzlich mit Frische. Ich gehe, um meine Schmerzen zu lindern. Ich lege mich hin, die Schmerzen verschlimmern sich. Keine Träume. Kein Schlaf. Nur Furcht. Singen hilft gegen Angst.“ Luppes summt die Melodie von Gary Jules' „Mad World“.

Während der Schauspieler auf dem Dach seinen Text aufsagt, steigt der vierundzwanzigjährige Mohammed Al Safar in den Keller des Hauses. Durch einen Fensterschacht fällt fahles Licht in den Raum. „Hier haben wir geschlafen“, sagt er und deutet auf eine Ecke des engen Raumes. Drei Monate lang versteckte sich der Lehrer mit seinen Eltern, seinen Geschwistern, dem Schwager und dem neugeborenen Neffen vor den Bomben, welche die von den Amerikanern geführte Koalition zwischen April und Juli 2017 über der Stadt abwarf. Es gab keine Elektrizität, das Wasser wurde abgedreht. Mehrmals wöchentlich musste Al Safar das Haus verlassen, um in Kübeln Trinkwasser zu holen. Die Familie las, diskutierte und wartete auf die Befreiung. Jeden Tag hörte sie Radio. Darin hieß es immer wieder fälschlicherweise, der IS sei besiegt.

Im Frühjahr 2017 gelang es Spezialeinheiten, den IS aus dem Osten der Stadt zu vertreiben. Sie befreiten Haus für Haus und hielten die Zahl der zivilen Opfer gering. Doch in der verwinkelten Altstadt, wo Al Safars Haus steht, war der Kampf schwieriger. In die engen Gassen passt kein bewaffnetes Fahrzeug. In den Häusern konnten sich die IS-Männer gut verstecken. Also isolierte die von den Amerikanern geführte Koalition die Altstadt, indem sie die fünf Brücken der Stadt zerbombte. Der Tigris schnitt den IS vom befreiten Teil der Stadt ab und mit ihm die Zivilisten. Dann begann der Kampf um Mossul.

Die Terroristen nisteten sich in den Häusern der Zivilisten ein und machten sie so zu Zielen. Täglich kamen dieselben IS-Männer in Mohammed Al Safars Haus und verlangten Tee. Als er eines Tages beim Wasserholen hörte, dass Soldaten der irakischen Armee in der Nähe seien, überlegte er sich einen Fluchtplan. „Ich mischte den IS-Männern vierzehn Abführtabletten in den Tee“, erzählt er. Am nächsten Tag tauchte keiner der IS-Männer auf und Al Safar und seine Familie schlichen aus dem Keller. Sie baten die irakischen Soldaten um Hilfe. Die Al Safars zogen in den Osten Mossuls. Sie werden nicht mehr in die Altstadt zurückkehren. In der Nachbarschaft, in der ihr Haus steht, wohnt heute kaum mehr jemand.

Milo Rau fühlt sich nicht ganz wohl mit seinem Projekt. Er würde lieber länger in Mossul arbeiten. Er sitzt am Straßenrand in der Altstadt Mossuls und trinkt Tee. Es ist neun Uhr morgens, Hähne krähen, ein Generator dröhnt. Gegenüber hängt ein Verkäufer Farbroller an eine Leine vor seinem Handwerksladen. Früher kauften Frauen bei ihm handgenähte Kleidungsstücke. Heute braucht Mossul Bohrer, Hammer und Lack. In den Straßen räkeln sich rostige Metallstangen durch aufgebrochenen Beton wie Würmer, Explosionen verformten Autos zu Blechskulpturen. Eine Treppe schwebt in der Luft, die Mauern um sie herum wurden weggebombt. Raus belgische Schauspieler machen Fotos. „In zehn Jahren werden hier Touristen stehen, wie heute an der Berliner Mauer“, sagt Bert Luppes.

Rau, Intendant des Nationaltheaters in Gent, veröffentlichte im Mai 2018 ein Manifest. Darin nennt er die Richtlinien für sein Theater. Der neunte Punkt besagt: Mindestens eine Produktion pro Saison muss in einem Kriegsgebiet geprobt oder aufgeführt werden. Das Ziel sei es, eine kulturelle Infrastruktur an Orte zu bringen, die sie am meisten benötigen. Für seinen Dokumentarfilm „Das Kongo-Tribunal“ reiste Rau in den Osten des Landes, wo sich seit zwanzig Jahren Milizen bekriegen. Doch anders als beim Kongo-Projekt bleibt er mit seinem europäischen Team keine zwei Wochen in Mossul. Baut man so eine kulturelle Infrastruktur auf?

Das glaubt Milo Rau selbst nicht. Deshalb plant er eine Rückkehr nach Mossul. „Es wäre konsequenter, die irakischen Künstler so zu unterstützen, wie wir das im Kongo gemacht haben: Sie konnten eigene Projekte starten, weil wir ihnen Kameratechniken gezeigt haben“, sagt Rau, Die Theaterinszenierung ist erst der Anfang. Rau will einen Film drehen. Die Workshops in Mossul dienen ihm als Casting: Er prüft, mit welchen der irakischen Schauspielschüler er in Zukunft zusammenarbeiten möchte.

Am vorletzten Abend dreht Raus Team die Hinrichtung Kassandras, der Sklavin Agamemnons. Aber Khalid Rawi steigt in das Auto seiner Freunde. Er ist einer der Schauspielschüler, die das Urteil über die Zukunft der IS-Männer verweigert haben. Kaum passieren Rawi und seine Freunde den Sicherheitsposten vor dem Hotel, beschleunigt das Auto. Rawi spielt Mozarts Requiem und dreht die Lautstärke auf. Er legt seinen Arm um die Schulter seines Freundes Abdulla. Die jungen Männer singen mit, sie wirbeln ihre Fingern wie Taktstöcke durch die Luft, sie lachen. Rawi kennt seine Freunde erst seit der Befreiung. Sie haben ihm auf Facebook geschrieben, nachdem sie eines seiner Videos gesehen haben. Rawi war einer der ersten Musiker, die nach der Vertreibung des IS in den Straßen Mossuls spielten. Er freut sich, dass er mit Rau arbeiten kann.

Das Ziel der Freunde heißt Qantara. Ein Bekannter Rawis eröffnete das Bücher-Café im Osten der Stadt wenige Monate nach der Befreiung. An den Wänden hängen bunte Malereien und Porträts von Politikern und Künstlern, darunter Mahmoud Darwish und Che Guevara. Die Gäste sitzen auf niedrigen Sofas und rauchen Wasserpfeife. Rawi spricht über die Zeit unter dem IS, als habe er sie längst hinter sich gelassen. „An manchen Tagen war ich verrückt“, sagt er und lächelt, „Da habe ich sogar im Garten Oud gespielt, obwohl sie mich dafür töten würden.“ Dann packt er die Oud aus dem Lederkoffer und spielt eine Melodie. Seine Freunde stimmen ein, die Lieder handeln von Liebe. Sie besitzen Bausteine für die kulturelle Infrastruktur in Mossul, von der Rau spricht. OLIVIA KORTAS

Die schwerste Entscheidung in Erdogans Geschichte

Manchmal können Wahlen dann doch anders ausgehen, als selbstsichere Herrscher meinen / Von Bülent Mumay

Erdogan und seine AKP hatten nicht damit gerechnet, Istanbul, das sie seit 25 Jahren regieren, zu verlieren. Dieser Schock trägt dazu bei, dass sie die Niederlage auch jetzt, rund zwanzig Tage nach der Wahl, noch nicht verwunden und die Leitung der Stadt dem Kandidaten der Opposition noch immer nicht übergeben haben. Sie waren felsenfest davon überzeugt, die Metropole, deren Budget in Höhe von Milliarden Euro ihnen zur Verfügung stand und deren Renditen sie zum Machterhalt nutzten, wiederzugewinnen. Selbst die Reklametafeln für den Morgen nach der Wahl waren fertig. Neben den hübsch retuschierten Fotos von Erdogan und seinem für Istanbul aufgestellten Kandidaten Binali Yildirim prangten die Worte: „Danke, Istanbul“.

Das Wahlergebnis aber, das sich am Abend des 31. März abzeichnete, führte den Dank der AKP ad absurdum. Obwohl in der Stadt mit ihren über neun Millionen Wahlberechtigten die Opposition mit einem Vorsprung von rund zwanzigtausend Stimmen die Wahlen gewonnen hatte, bekamen die Bürger am Morgen des 1. April an unzähligen Mauern und Überführungen den Dank Erdogans und Yildirims zu sehen. Die Danke-Istanbul-Plakate deuteten gleich darauf hin, dass Erdogan die Niederlage nicht anerkennen würde. Zumindest würde er die Schlüssel nicht unverzüglich aushändigen.

Um die fünfundzwanzigjährige Herrschaft nicht aus den Händen zu geben, führten sie zunächst an, der Stimmenvorsprung sei zu gering. Vor den Wahlen hatte die AKP noch gesagt: „Wer auch nur mit einer Stimme vorn liegt, dem gehört der Posten.“ Nun aber wurde behauptet, mit zwanzigtausend Stimmen Vorsprung gewänne man keine Wahl. Erdogan wertete die Stimmen der Opposition weiter ab: „Niemand hat das Recht, mit 13- bis 14 000 Stimmen zu sagen, er habe gewonnen.“ Seine Partei hatte allerdings schon vor Ende der Auszählung erklärt, ihr Kandidat Binali Yildirim habe mit 3750 Stimmen Vorsprung gewonnen. Yildirim selbst war auf den Kampagnen-Bus geklettert und hatte seinen Triumph verkündet. Als sich das Bild mit Auszählung aller Urnen aber umkehrte, verlief sich die Menge vor der AKP, und der Wahl-Bus verschwand in der Garage. Mit einem weit geringeren Vorsprung als dem, der Erdogan in Istanbul missfällt, holte die AKP sieben Kommunen in Anatolien. Einen Bürgermeisterposten gewann die AKP gar mit einer einzigen Stimme Vorsprung.

Den Vorsprung zu klein zu finden, ändert allerdings nichts am Ergebnis. Auch die bei der Wahlkommission vorgebrachten Einwände veränderten die Szenerie nicht zugunsten der AKP. Als auch die durchgesetzte zweite Zählung in den Istanbuler Bezirken nichts änderte, beantragten sie eine dritte. Doch auch die mehrfache Kontrolle der Urnen brachte nichts. Nun behaupteten sie, in Büyükçekmece, einem entlegenen Randbezirk von Istanbul, habe es vor dem 31. März einen unregelmäßigen Zulauf von Wählern gegeben. Die unter dem Kommando der Regierung stehende Polizei klapperte Häuser ab, um herauszufinden, ob die gemeldeten Wähler tatsächlich dort wohnten. Nach dem „Polizeibesuch“ beklagten sich manche, sie seien befragt worden, wen sie gewählt hätten.

Bizarre Theorien der AKP begleiteten diese staatliche Blockade des Wählerwillens. Mevlüt Uysal, der Istanbuler AKP-Bürgermeister, der am Morgen des 1. April seinen Posten längst hätte geräumt haben müssen, erklärte die Wahlschlappe seiner Partei folgendermaßen: „Wähler, an deren Familiennamen leicht zu erkennen war, dass sie die AKP wählen würden, wurden aus dem Register entfernt!“ Und Ali Ihsan Yavuz, AKP-Wahlbeauftragter und Vize-Vorsitzender seiner Partei, hielt eine Verbindung der Kommissionsvorsitzenden in den Wahllokalen mit FETÖ, der Gülen-Terrororganisation, für denkbar. Beide Theorien liegen außerhalb jeder Wahrscheinlichkeit. Denn die Zuständigkeit für Wählertransfer und Organisation in den Wahllokalen lag bei Institutionen, die vom Palast kontrolliert sind. Mit solcherlei Aussagen, auch wenn sie jeder Grundlage entbehrten, beabsichtigten Erdogan und seine Getreuen, einen Schatten auf den Triumph der Opposition zu werfen und die Legitimität der Wahlen in Frage zu stellen.

Zweifellos werden Sie es kaum glauben können, doch als die AKP Istanbul verloren sah, kam sogar der Vorschlag, Wahlen abzuschaffen. Ömer Lekesiz, Kolumnist bei einer Erdogan-treuen Zeitung, meinte: „Wir dürfen unseren Fortbestand nicht der Demokratie opfern“, und schlug vor, dass Bürgermeister vom Palast eingesetzt werden sollten. Es ist natürlich kein Zufall, dass ein solcher Vorschlag von einem Autor der Zeitung „Yeni Safak“ kam. Die Albayrak-Gruppe, der das Blatt gehört, hat seit Erdogans Anfängen als Bürgermeister in Istanbul den Zuschlag für Ausschreibungen in Milliarden-Lira-Höhe von der Istanbuler Kommunalverwaltung erhalten. Der Name der Gruppe kommt Ihnen sicher bekannt vor, nicht von ungefähr trägt sie denselben Namen wie Berat Albayrak, Erdogans Schwiegersohn, in dessen Obhut er die Staatskasse gab. Sadik Albayrak, der Vater des Schwiegersohns, schrieb jahrelang selbst Kolumnen in ebendieser Zeitung.

BRIEF AUS ISTANBUL

Die Geschehnisse seit dem 31. März deuten auf eine enorme Unentschlossenheit im Palast hin. Sämtliche Maßnahmen zum Erhalt des Postens wie auch die Statements, die die Grenzen der Logik arg strapazieren, haben einen einzigen Grund: Zeit zum Entscheiden für den Palast zu gewinnen. Die Wahlkommission, die auf dem Papier unabhängig ist, tatsächlich aber unter Erdogans Fuchtel steht, könnte mit einem Anruf vom Palast die Wahlen in Istanbul annullieren.

Doch Erdogan ist sich vermutlich noch immer nicht sicher, was ihm mehr schaden würde: Istanbul abzugeben oder die Wahl zu wiederholen. Übergibt er die Stadt der Opposition, öffnet er seinen Widersachern den Weg zur Macht in der Türkei. Dann könnte er nicht länger von den ungeheuren Renditen in Istanbul profitieren und würde zudem dem siegreichen CHP-Kandidaten Ekrem Imamoglu ermöglichen, an die Regierung durchzumarschieren, wie er es selbst es vor Jahren tat.

Doch auch die Entscheidung für eine Wiederholung der Wahlen fällt nicht leicht. Geht er jetzt aus der Schlappe heraus in Neuwahlen, so dürfte Erdogans Sorge lauten, wäre auch möglich, dass Imamoglu, der jetzt bereits über einen Vorsprung von 20 000 Stimmen verfügt, noch mehr Stimmen holt. Ein solcher Triumph würde den Niedergang der AKP nur beschleunigen, das weiß Erdogan sehr wohl. Darüber hinaus führt das Image einer Regierung, die eine legitime Wahl nicht anerkennt, weil sie unterlegen war, die Wirtschaft wahrscheinlich in weitere Krisen. Auf der einen Seite unbedingt S-400-Raketen von Russland kaufen zu wollen, auf der anderen aber Schwiegersohn Berat Albayrak um günstiger Finanzierung willen nach Washington zu entsenden, bringt wenig. Gegen JP Morgan waren nach ihrem pessimistischen Ausblick für die Türkei Ermittlungen eingeleitet worden, nun warb Albayrak auf einem Meeting dieses Unternehmens für Investitionen in der Türkei!

Das Meeting in Washington, DC, lief noch, da machte sich die Polizei in Istanbul für einen merkwürdigen Einsatz bereit. Um 03.50 Uhr in der Frühe wurde der für seine Kritik an der Wirtschaftspolitik der Regierung bekannte Wirtschaftsjournalist Mustafa Sönmez in seiner Wohnung festgenommen! Der Grund dafür klang allzu bekannt: Beleidigung Erdogans. Für den Kummer darüber, doch wieder bei JP Morgan anklopfen zu müssen, rächte man sich an Widersachern im Inland.

Doch weder die Propaganda über die kontrollierten Medien noch die Verhaftung von Kritikern ändert die finstere Szenerie der Wirtschaft. Die vor ein paar Tagen veröffentlichten Arbeitslosenzahlen sind so hoch wie seit zehn Jahren nicht mehr. Die allgemeine Arbeitslosenquote ist wegen der Schrumpfung der Wirtschaft auf 14,7 Prozent gestiegen, bei Jugendlichen sogar auf 26,7 Prozent.

Erdogan weiß, dass sich das Bild weiter verschlechtern dürfte, wenn er die Demokratie ignoriert. Ihm ist bewusst, dass die Verschärfung der Krise die Bürger weiter von der AKP entfernen wird. Doch er muss sich für eine Strategie entscheiden. Entweder hält er sich an die Spielregeln, oder er lässt die Würfel verschwinden. Das Ergebnis läuft für ihn auf dasselbe hinaus.

Aus dem Türkischen von Sabine Adatepe

Rätselhaft freundlich

Alle Farben: Zum Tod des Schriftstellers Gene Wolfe

In einem Interview ließ sich der alte Zauberer einmal tief in die Karten schauen, als er verriet: „Wenn man von einem Gebäude stürzt, denkt man nicht, was Spider-Man dabei im Comic denkt: Hoffentlich kriege ich diesen Fahnenmast zu fassen. Man denkt überhaupt nicht in Worten, wenn etwas Schlimmes passiert, und doch ist es die Aufgabe der Literatur, so zu tun, als ließe sich alles in Worten denken. Das Wichtigste bei der Wortwahl passiert unterhalb der Sprachschwelle."

Dort, im semantischen Zwielicht, fand Gene Wolfe seine Rätsel, und so wurde er zu einem der sehr wenigen Science-Fiction-Autoren, auf deren Werk man zeigen kann, wo darüber geredet wird, ob dieses Genre Kunst sein kann.

Dichtung verlangt Geduld und Demut, Wolfe kannte beides; er war frommer katholischer Christ, obendrein ein witziger Kopf und hinreichend praktisch begabt, die Maschine zu erfinden, mit der die Firma Pringles ihre Norm-Chips herstellt.

Das Menschenleben samt Sündenfall und Gnadenhoffnung wollte er lieben dürfen, „if this shadow world really has (oh, sacred!) life", zu Deutsch etwa: falls diese Schattenwelt wirklich Leben hat, das Heiligtum, womit angedeutet war, dass auf Erden nur eine Ahnung des vollen Lebens erlangbar ist, nämlich in der Kunst und im Glauben, wie die zitierte Erzählung „All the Hues of Hell" andeutet, die einen dieser poetisch-hintergründigen Gene-Wolfe-Titel trägt, die sich so schwer ohne Melodieverlust übersetzen lassen („Alle Farben der Hölle" klingt zu nüchtern für die Idee, das Inferno könnte subtile Abstufungen kennen, moralische wie ästhetische). Literatur war für Wolfe „die Sorte Text, die ein verständiger Mensch immer wieder und mit wachsendem Genuss lesen kann" – ein Anspruch, dem sein Hauptwerk, das vierbändige, zwischen 1980 und 1983 publizierte „Book of the New Sun", zur Gänze genügt: Das Opus ist ein in Myriaden Details feinst ausgesponnener Wandteppich aus literarischen Anspielungen, psychologischen Beobachtungen, historischen und theologischen Spekulationen, eine textgewordene Soteriologie der Phantastik: Der Weg zum Heil für den komplexen Helden Severian, einen Inquisitor, der sich und seine Mission überwinden muss, um zu Christus zu finden, führt durch das Vermögen des Menschen, Rätsel zu formulieren und zu lösen, denn gerade darin sind wir unserem Schöpfer nah, der das noch viel besser kann.

Oft hat man Wolfe mit Nabokov verglichen; wer die beglückend raffinierten Spiele mit verschiedenen Erzählgesichtskreisen kennt, die er in „The Fifth Head of Cerberus" (1972) spielt, mag an Nabokovs „Pale Fire" (1962) denken; der Vergleich verfehlt keines der beiden in Zungen singenden Mysterien. Manches, was Gene Wolfe im Laufe seines Dichterlebens so an indirekten politisch-katholisch-soziologischen Stellungnahmen zwischen die Zeilen murmelte, stellte ihn etwa zwei (allerdings sehr graziöse) Trippelschritte rechts von Martin Mosebach ins grimmig Konservative: Dass die Welt spirituelle und ethische Autoritäten nötig habe, Oben und Unten, Taten und Leiden, Macht und Gewissen, die ewigen Polaritäten der Heilsgeschichte eben, war Wolfe vom modernen Liberalismus nicht auszureden, aber wo immer er für das Alte und in seinem Sinne Bewährte Partei ergriff, tat er das nicht im Gestus des Strafpredigers, sondern in dem eines freundlich Mahnenden, der die Vergeblichkeit seiner Liebesmüh im besinnungslosen Lärm allgemeinen Götzenanbeterei als kleines Kreuz auf sich genommen hat, das er sich verdienen will. Wolfe wollte die Verblendeten, die ihn umtanzten, bei ihrem autodestruktivenTreiben gar nicht weiter stören; sie lesen ja eh keine komplizierten Bücher, was willst du machen? Am vergangen Sonntag ist Gene Wolfe im Alter von 87 Jahren in Peoria gestorben. DIETMAR DATH

Nie ganz von dieser Welt: Der fromme Zauberer Gene Wolfe Foto Archiv

Seite 37: Erinnert uns stark an die Tischtennis-Duelle in Mawils „Kinderland". Foto © Lucky Comics, 2019. All rights reserved by Mawil

Männer, die auf Rädern reiten

„Lucky Luke sattelt um" und der Berliner Comiczeichner Mawil tut es seinem neuen Helden gleich. Vom Autobiographischen wechselt er ins Genre der Genreparodie, mit Neu-Erfinderglück.

Schaut doch! Ohne Hände! Lucky Luke bleibt im Sattel, obwohl ihn die Indianer gefesselt haben. Kein Kunststück für den Cowboy, möchte man meinen. Aber nicht Jolly Jumper, der Schimmel mit der lilienweißen Personalakte, der seine lustigen Sprünge nur auf Kommando macht, trägt den Helden. Die Rothäute haben Luke auch keinen ungezähmten Veteranen der uramerikanischen Kavallerie untergeschoben. Gar kein Pferd, Sinnbild einer naturalistisch aufgefassten Schöpfung, in der Naturkraft und Naturschönheit zusammenfallen sollen, stellt Lukes Gleichgewichtssinn auf die ultimative Probe, sondern eine unförmige Erfindung, die auf den ersten Blick in ihre Einzelteile auseinanderfällt, die bloße Karikatur eines Reittiers.

An diesem Unwesen, gebastelt, nicht geboren, ist alles Ersatz: Es hat Stangen statt Knochen und Räder statt Beinen. Und es ist noch nicht einmal vollständig. Die Muskeln muss der Reiter selbst mitbringen. Einen „Esel aus Draht" hat einer der Banditen das Ding genannt, das sie Lucky Luke abjagen wollen. Die Beschreibung als Monster, als unnatürliches Tier, sollte den Indianern Angst machen. Bandit ist hier ein generisches Maskulinum, bezeichnet eine Rolle, die in jedem ordentlichen Wild-West-Film zu besetzen ist. Smith und Wesson werden durch ihre Namen als generische Revolverhelden ausgewiesen, Schurken aus dem Musterkoffer. Für Smith ist auf den Fahndungsplakaten ein viermal höheres Kopfgeld ausgelobt als für Wesson. Man sieht sofort, dass Smith der Kopf der Operation ist, auch wenn der runde Kopf mit der violetten Melone auf den Plakaten kaum ins Bild hineinragt. Für den Marktwert kommt es auf die Körpergröße nicht an und auch nicht auf das ungrammatische Geschlecht.

„Komisches Paar!" Lucky Lukes Kommentar nach der ersten Begegnung beschwor nicht etwa eine ursprüngliche patriarchalische Geschlechterordnung; er ist kein Geschöpf des amerikanischen Filmregisseurs John Ford, sondern eine Erfindung des belgischen Comiczeichners Morris. Anzug trägt Smith mit derselben Selbstverständlichkeit wie Hillary Clinton. Häuptling Sohn-der-großen-Bärin lässt sich von der Rede über die Gefahren des Drahtesels keinen Schreck einjagen. Er weiß, dass er mit den Bleichgesichtern in eine Welt des Fortschritts eingetreten ist. Lucky Luke soll sich als Entwickungshelfer seine Freilassung verdienen.

Als lernwilliger Erziehungsdiktator überschätzt der Häuptling den zivilisatorischen Vorsprung des Lehrmeisters, den er in seine Dienste nimmt. Luke hat selbst noch gar nicht lange im Sattel des Ersatzpferdes gesessen. Als ihm bei der Probefahrt die Hände gebunden sind, steuert er erst einmal mit voller Geschwindigkeit unfreiwillig auf Sohn-der-großen-Bärin zu, der mit unerschütterlicher Ruhe seiner Mutter alle Ehre macht. Der Esel saust instinktsicher in ein Zelt, der Reiter kehrt mit einer Tiermaske auf dem Kopf zurück und hat weiter beschleunigt. Nun verliert der Oberindianer doch noch seine tadellose Haltung, als er die Unterindianer zur Räson rufen muss, die sich plötzlich so ängstlich aufführen wie die Barbaren im Bilderbuch für die Missionsschule.

Nein, was sie sehen, ist kein Geist, sondern Lucky Luke, keine Zauberei, sondern eine Gagmaschine auf vollen Touren, die gattungsgemäß die nächstliegenden Requisiten mitnimmt, um das Tempo in die Höhe zu schrauben. Lucky Luke – wir sind keine Indianer, wir kennen ihn – lernt blitzschnell, scheinbar bloß durch das beschleunigte Rollen im Kreis, so dass er wie ein Naturtalent aussieht. Im freihändigen Fahren triumphiert eine Körperbeherrschung, die sich das störrische Gestell mühelos unterwirft und es zum Instrument einer Bemächtigung des Terrains im Fluge macht. Noch bevor Luke sich mit einem Trick aus der Einschnürung befreien kann, macht er den Eindruck, dass ihn nichts und niemand zu Fall bringen wird: eine Freiheitsstatue in Bewegung, statt Standbild Fahrtbild. Staunend möchten wir ausrufen: Er ist entfesselt!

Der Berliner Comiczeichner Mawil, bürgerlich Markus Witzel, ist als passionierter Radfahrer bekannt. Eine der Sonntagsseiten, die er im Wettstreit mit Kollegen für den „Tagesspiegel" lieferte, gestaltete er sogar als Such- beziehungsweise „Vermissten-Anzeige": Steckbrief eines Unschuldigen mit allen besonderen Kennzeichen, vom verbogenen kleinen Zahnkranz über die Rahmennummer im Tretlager bis zur goldenen Klingel. So genau wie der Zeitungsleser dieses Ensemble liebevoll konservierter Details musste Lucky Luke die Teile des Prototyps betrachten, die in der Wüste aus der vor den Banditen geretteten Kiste gepurzelt waren. Er hatte im Wilden Westen schließlich schon alles gesehen, aber kein Fahrrad.

Als Mawil den Auftrag des Egmont-Verlags annahm, als erster Deutscher ein Lucky-Luke-Album zu schreiben und zu zeichnen, das am 2. Mai als dritter Band in der „Hommage"-Reihe erscheinen wird, bedeutete das einen Genrewechsel: einen Wechsel vom autobiographischen Comic ins Genre und noch dazu ins Genre der Genreparodie, wo alles auf Anhieb wiedererkennbar und so gesehen unpersönlich sein muss. Mawil schmuggelte das Persönliche in die Geschichte, wie in der Geschichte der geheimnisvolle Inhalt einer Kiste mit der Eisenbahn von der Ostküste an die Westküste gebracht werden soll: Er hatte immer schon einen ganzen Comic nur über das Radfahren machen wollen.

Wer das bei Reprodukt lieferbare Lebenswerk von Mawil kennt, welches in der Hauptsache um ein männliches Wesen kreist, das sich dauernd etwas einfallen lassen muss, weil alltäglichste Erscheinungen, mit Frauen angefangen, es ins Schwitzen und zum Schrumpfen bringen, manchmal auf Hasengröße, wird in dem Fahrradbauer Albert Overman ein Selbstporträt erkennen. „Lucky Luke sattelt um": Der Titel des Albums ist unübertrefflich bündig, wie das ganze Werk. Mawils Strich ist scheinbar nachlässig, wie hingeworfen, verzichtet auf die beflissene Feinmalerei der Morris-Epigonen. Meisterlich heißt freihändig. PATRICK BAHNERS

Integration ist überholt in der Vielheitsgesellschaft

Das Forum Neuer Musik im Deutschlandfunk Köln sucht nach „Postmigrantischen Visionen"

Liegt es an der Musik, dass dieser Text überhaupt zu ertragen ist? Oder lässt die Musik das Unerträgliche erst wahrnehmen, bis an die Grenze des Fühlbaren? Wenige, selten sich komplexer verdichtende Töne streute Hermann Keller zwischen die Worte ein, welche die Cellistin Constance Ricard auf einsamer, dämmrig beleuchteter Bühne spricht. Worte des Grauens, von der Cellistin Anita Lasker-Wallfisch über ihre Leidenszeit als junges Mädchen in den Konzentrationslagern Auschwitz und Bergen-Belsen verfasst, aber auch der Hoffnung, Kraft und Überlebensfähigkeit. Ricard spielt dazu klangvoll gehaltene, geräuschhaft abgerissene, drohend tremolierende Töne, mit denen der vor gut einem Jahr verstorbene Komponist, einst eine unkonventionelle Erscheinung der DDR-Musikszene, Grenzen und Übergänge zwischen Gesagtem und Unsagbarem auslotet.

Beklemmend, nach diesem „Salto mortale in die Vergangenheit" dem Ensemblestück „Kataklothes" von Erez Holz zu begegnen, einem quasi nach Deutschland „zurückgekehrten" israelischen Komponisten, zu dessen Vorfahren polnische Holocaust-Opfer gehören. „Verbindungsfäden" gemäß den Schicksalsgöttinnen der griechischen Mythologie sind für Holz eine wesentliche Inspirationsquelle für eine überwältigend farbige, Entwicklungen in organischem Fluss einleitende und lösende Musik.

Flucht vor Krieg und Verfolgung wird heute wieder millionenfach erlebt. Doch was geschieht nach der Flucht, nach dem Ankommen im „Gastland" oder gar der „neuen Heimat"? Das Stück von Erez Holz führt mitten hinein in die Problematik des diesjährigen „Forums Neuer Musik" des Deutschlandfunks Köln, weil sich mit ihm auch die Fäden verschiedener Identitäten beschreiben lassen, welche die Persönlichkeit des Weltbürgers, des Eingewanderten, des Flüchtlings ausmachen. Auch für die zwanzigsten Ausgabe hatte der Deutschlandfunk-Redakteur und Kurator Frank Kämpfer seine musikalische Auswahl mit einem politischen Thema verknüpft. „Postmigrantische Visionen" wurden in Podiumsgesprächen, Lectures und Konzerten beleuchtet. Kontrovers diskutierten die Migrationsforscherin Naika Foroutan (mit iranischen Wurzeln) und die Psychologin Lale Akgün, einst „Vorzeige-Türkin" der SPD, ob „Integration" nicht ein überholtes Konzept sei. Übereinstimmend mit Foroutan plädierte der Migrationsforscher Mark Terkessidis dafür, „Integration" und „Migration" zu entkoppeln, weil dies sonst immer die Zuschreibung eines Mangels bedeute. Die Stärken des jeweiligen Individuums mit der Möglichkeit der Bereicherung durch andere Kulturen könnten so nicht gesehen oder gefördert werden. Die Gesellschaft der Zukunft, in der Einwanderung aus verschiedensten Gründen und auf allen sozialen Niveaus zunehmen werde, sei eine der „Vielheit" – als interkulturelle Auseinandersetzung auf der Basis des Grundgesetzes.

Das Konzept ist weniger naiv, als es auf den ersten Blick erscheint. Es akzeptiert die problematische Realität, statt ihre Harmonisierung durch Anpassung an „deutsche Werte" zu betreiben. Frank Kämpfer sieht in der international durchmischten deutschen Musikszene die „Vielheitsgesellschaft" bereits ansatzweise verwirklicht, im Idealzustand einer Kommunikation auf Augenhöhe – nicht ohne Ansehen von Herkunft, Religion und Geschlecht, jedoch ohne Benachteiligung durch diese Faktoren.

So war man zur Begegnung mit knapp zwanzig komponierenden Persönlichkeiten von je eigener Prägung eingeladen – ein Fingerzeig darauf, dass es die „reine", von anderen abgrenzbare Ethnie kaum mehr gibt. Im Konzert des Ensembles Aventure stand dafür Zeynep Gedizlioglus heftig aufbegehrendes „In Schritten", Jamilia Jazylbekovas sensibles, mit Akkordeonklängen an die ukrainische Heimat erinnerndes „ÜberGrenzen" und Samir Odeh-Tamimis aus arabischem Melos zu bestürzender Intensität gesteigertes „Låmed". Geschichten mit politischen Implikationen sind all diesen Stücken eingeschrieben. Der in Israel geborene Palästinenser Odeh-Tamimi, seit seinem 22. Lebensjahr in Deutschland, wurde zum meistaufgeführten Forum-Komponisten, da er nach Kämpfers Worten „Differenz und Dialog der Kulturen in sich vereint", was in seinen Werken immer wieder musikalische Überzeugungskraft gewinnt.

Die Förderung von Komponistinnen war dem Forum stets besonders wichtig: Kompositionsaufträge wurden an die in Teheran geborene, seit zehn Jahren in Köln lebende Farzia Fallah und die gebürtige Chinesin Ying Wang vergeben. Fallah bezieht sich in „Unter Bewunderung der Farben" auf das Gemälde eines Leipziger Künstlers, während Wangs „W.ALL" sich mit der Zergliederung und Neuformierung verschiedener Sprachen beschäftigt. Dieses Werk wurde vom choreographisch/multimedial arbeitenden Ensemble LUX:NM unter dem Motto „Breaking the Wall" uraufgeführt, mit Sinn für feine Linien umgesetzt von der Schwedin Lisa Streich in „Mole's Breath", während Oksana Omelchuk in ihrem „Piano Concerto" mit virtuosen Passagen bester russischer Schule nach wieder notwendigen Grenzziehungen zwischen Original und Kopie fragt. Grenzüberschreitungen bedeuteten auch die fließenden, von den Musikern spielerisch-szenisch gefüllten Übergänge zwischen den einzelnen Stücken. Zudem gab das von David Smyers geleitete ensemble 20/21 improvisierte Kommentare zu den Stücken von Annesley Black, Adriana Hölzky und Christoph Stöber ab.

Hier verlor sich die Thematik in der Vielfalt individueller Zugänge – sicher auch bezeichnend für den erreichten gesellschaftlichen Zustand zumindest in der privilegierten Kunstszene. Eine Generation vorher sah das noch ganz anders aus. In der Jesuitenkirche St. Peter erklangen Werke von Isang Yun und Younghi Pagh-Paan für Orgel und Schlagzeug, fulminant dargeboten von Dominik Susteck und Michael Pattmann. Hier entstehen im Ringen um Abgrenzung und Verschmelzung hochpersönliche Klangwelten, wie sie in der heutigen undogmatischen Pluralität eher selten wahrzunehmen sind. Zur Demokratisierung solcher Welten hat das „Forum Neuer Musik" in den zwanzig Jahren seines Bestehens entscheidend beigetragen. ISABEL HERZFELD

Aretha Franklin

Erhält postum Pulitzer-Preis

Die Soul-Sängerin Aretha Franklin ist ein halbes Jahr nach ihrem Tod mit dem Pulitzer-Preis ausgezeichnet worden. Sie habe „über mehr als fünf Jahrzehnte unauslöschliche Beiträge zur amerikanischen Musik und Kultur" geleistet, hieß es zur Begründung. Die Musikerin Ellen Reid gewann einen Preis für ihre Oper „Prism". In den Kategorien Literatur, Biographie und Poesie wurden Richard Powers für „Die Wurzeln des Lebens", Jeffrey Stewart für „The New Negro" und Forrest Gander für die Elegien-Sammlung „Be With" ausgezeichnet. Die Zeitung „Sun-Sentinel" erhielt einen Preis für ihre Berichte zu dem Massaker an einer Highschool in Parkland. Dort hatte im Februar 2018 ein Neunzehnjähriger vierzehn Jugendliche und drei Erwachsene erschossen. Ausgezeichnet wurden zudem „Washington Post", „Los Angeles Times", Reporter der „New York Times" für eine Recherche zu Donald Trumps Finanzen, das „Wall Street Journal" für die Enthüllung, dass Trump 2016 Schweigegeld an zwei Frauen zahlen ließ; die „Pittsburgh Post-Gazette" für ihre Berichte über das Attentat auf eine Synagoge in Pittsburgh mit elf Toten im vergangenen Oktober und die Reuters-Reporter Wa Lone und Kyaw Soe Oo, die in Burma inhaftiert sind, für Berichte zum Krieg im Jemen. F.A.Z.

Feuilleton

Millionen Ukrainer haben den Mann mit Schneeflocke gewählt: Wolodymyr Selenskyj in einer Fernsehshow 2016 in Kiew Foto Getty Images

Kommt jetzt Waldo, der Bär?

Demokratie als Trugbild: Wenn am Ostersonntag in der Ukraine die Stichwahl stattfindet, geht mit Wolodymyr Selenskyj ein Fernsehclown ins Rennen um das höchste Amt im Staat.

Von Oksana Sabuschko

Sagt ein Brite: „Der Brexit ist der krasseste Streich der letzten zehn Jahre." Darauf sagt ein Ukrainer: „Aber jetzt kommen wir." Der bittere Witz ging gleich nach der ersten Präsidentenwahl durch die sozialen Medien der Ukraine. Da war bereits klar, dass die Wahlprognosen ein realistisches Bild geliefert hatten und tatsächlich der Komiker Wolodymyr Selenskyj und der amtierende Präsident Petro Poroschenko in die Stichwahl einziehen würden. Die Figur von Selenskyj erinnert an Waldo, den fluchenden blauen Bären aus der britischen Serie „Black Mirror", der zum Wahlkandidaten wird und von der Bevölkerung große Unterstützung erhält. Die Ukrainer brauchten ein paar Tage, um ihr eigenes Wahlergebnis zu verdauen, alle waren schockiert, nicht einmal in Selenskyjs Lager kam Jubel auf. Auch dort war man überrascht, dass dreißig Prozent der Wähler, also fast achtzehn Prozent aller Wahlberechtigten, Selenskyj ihre Stimme gegeben hatten, zwei Millionen mehr als Poroschenko.

Die Suche nach Parallelen bringt in Situationen wie diesen meist Linderung: Siehe da, wir sind nicht die Ersten, auch früher schon haben Wahlkampfstrategen mit hybriden Kreuzungen von Politik und Showbiz experimentiert und demokratieerfahrenere Länder als unseres um den Finger gewickelt. Nehmen wir etwa die Webshow der italienischen Fünf-Sterne-Bewegung, die unter der Patronage des populären Satirikers Beppe Grillo läuft. Oder den Bund der Bauern und Grünen in Litauen, der mit Hilfe einer Fernsehserie, die im Dorf des Parteivorsitzenden spielt, in den vergangenen vier Jahren so viel Anklang fand, dass er bei der jüngsten Wahl 54 Parlamentssitze errang. Und selbst das Mutterland des Parlamentarismus, das noch bis vor kurzem als unerschütterlich schien wie der Thron Ihrer Majestät, als Insel des gesunden Menschenverstands, ist inzwischen den Manipulationen von Cambridge Analytica erlegen und sucht vergeblich einen Ausweg aus der Brexit-Falle – was ist da schon die Ukraine? Natürlich sind wir empfänglicher und anfälliger für jede Art von Manipulation als die Länder der Europäischen Union. Bei uns gibt es zahlreiche offene Wunden: Seit fünf Jahren wehrt sich das Land gegen die russische Aggression, Woche für Woche betrauert es die Toten an der Frontlinie – und hatte dem Nachbarland doch fünfzehn Jahre lang für seine offene und verdeckte Propaganda einer zukünftigen Besetzung widerstandslos alle Medienkanäle überlassen.

In einer solchen emotional angespannten und intellektuell instabilen Situation muss ein mediales Märchen mit einer positiven Nachricht oder auch einfach nur mit dem lustigen Gesicht eines netten „jungen Mannes aus dem Volk" Erfolg haben. Vor allem wenn dieser junge Mann seit gut fünfzehn Jahren im postsowjetischen Raum so brillant ukrainische Politiker parodiert hat, dass es unter den Politikern eine Zeitlang als schick galt, seine Shows zu besuchen und über seine primitiven Witze zu lachen, um damit Weltläufigkeit und Kritikfähigkeit zu demonstrieren. Und so sah zunächst niemand die 2015 auf Igor Kolomojskyjs Oligarchensender gestartete Satireserie „Der Diener des Volkes" mit Wolodymyr Selenskyj in der Rolle des Schullehrers und späteren Präsidenten als heimlichen Start eines tatsächlichen Präsidentenwahlkampfs. Vor drei Jahren wäre schon allein die Idee absurd gewesen. Heute erleben wir, dass man damit womöglich Präsident werden kann. Dass, um es offen zu sagen, das große Geld vor unseren Augen Demokratie zu einem Trugbild, zu einer Seifenblase, zu einer leeren Hülle macht.

Oksana Sabuschko Foto dpa

Der erste europäische Intellektuelle, der diese Entwicklung bereits in ihrem Anfangsstadium bemerkte und Alarm schlug und vor den katastrophalen Folgen der populistischen Revolution warnte, war Umberto Eco. Er analysierte das Phänomen Berlusconi und die demokratiegefährdende Verwandlung der Politik in Showbiz und stellte fest, dass die Informationstechnologien des einundzwanzigsten Jahrhunderts in Verbindung mit dem Konsumismus der Zivilisation keinen Fortschritt bescheren, sondern neugewandete Totalitarismen mit einem lachenden Antlitz hervorbringen. Und das ausgebeutete Proletariat, auf das die Neomarxisten bis vor kurzem noch ihre Hoffnungen gesetzt hatten, führt sich selbst zur Schlachtbank und gibt denen seine Stimme, die die beste Show zeigen.

Wie alle Kassandrarufe kam Ecos Warnung zu früh, um gehört zu werden: Berlusconis Fernsehdemokratie war lange Zeit ein lokales Phänomen, bis sich im Jahr 2014 mit dem russischen Überfall auf die Ukraine das globale Ausmaß von Putins sogenannter „gelenkter Demokratie" zeigte. Aus einer Verbindung von Lubjanka-Gefängnis und Hollywood-Inszenierung schuf Putin die erste postmoderne Diktatur. Im Übrigen hat die russische Seite bei allen neueren Fällen von Volksverdummung ihre Hände im Spiel. Selbst Dominic Cummings, der Chef der Kampagne „Vote Leave", war drei Jahre lang in Russland, um zu lernen, wie man scheinbar aussichtslose Schnapsideen in politische Realität verwandelt. Und Wolodymyr Selenskyjs Karriere ist nichts als das Produkt des russischen Showbusiness, das bis zur Einführung der Quoten für russische Sendungen 2015 die ukrainischen Fernsehkanäle vollkommen dominierte.

Natürlich sind die fünfeinhalb Millionen Menschen, die im ersten Wahlgang für Selenskyj gestimmt haben, nicht so naiv, dass sie eine Fernsehfigur nicht von einem Menschen unterscheiden können. Allerdings wird während des gesamten offiziellen, als separate Fernsehshow gestalteten Wahlkampfs kontinuierlich daran gearbeitet, die Grenzen zwischen Rolle und Person zu verwischen. Den Anfang machte Selenskyjs Neujahrsansprache an das ukrainische Volk, die exakt zur selben Zeit ausgestrahlt wurde wie die Neujahrsansprache des Präsidenten. Das setzt sich auch jetzt vor der Stichwahl fort, etwa mit dem zwar gesetzeswidrigen, aber medial höchst wirksamen Videoaufruf an Poroschenko, sich dem Kandidatenduell im Stadion zu stellen, oder auch mit der Verbreitung von Boulevardthemen, etwa der Frage, ob Selenskyj drogenabhängig sei oder nicht. Hat Selenskyj Proben abgeliefert oder nicht? Ist er ein Junkie oder nicht? Ob die Leute darauf nun gleichgültig oder verärgert reagieren, ob sie klatschen oder pfeifen, sie sind unweigerlich Teil der Reality-Show, sie schalten nicht aus.

Selenskyjs größter Trick jedoch ist, dass er die wahlberechtigten Zuschauer nicht einfach auffordert, für Waldo, den blauen Bären, für ein aus Pixeln zusammengesetztes Bild zu stimmen, sondern sie aufruft, sich einen Präsidenten nach den eigenen Hoffnungen und Wünschen zu basteln, ein Hologramm zu zeichnen, wie ein Kind ein Bild ausmalt. Deswegen hat Selenskyj nach der Verkündung seiner Kandidatur die potentiellen Wähler als Erstes aufgefordert, ihm zu „helfen", sein Wahlprogramm zu schreiben, nach dem Motto: Lasst uns das Land gemeinsam verändern – Tausende Menschen fühlten sich geschmeichelt und stürzten sich wie in den Tagen des Majdan ins Facebook, um dem „Kandidaten ohne Programm" ihre ausführlichen, zum Teil sehr kenntnisreichen und vernünftig begründeten Änderungsvorschläge zu übermitteln: ein Triumph des Populismus – und gleichzeitig ein äußerst cleverer Schachzug zur Bindung von Sympathisanten. Gauner und Geheimdienstler kennen diesen Trick – je mehr eigene Ressourcen ein Opfer in ein Spiel investiert, umso schwerer fällt es ihm später zuzugeben, dass es einer Täuschung aufgesessen ist.

Bei Selenskyjs Wählern versagen soziologische Kategorien – auf seine Masche fallen Wählergruppen herein, die sich im Alter, im Bildungsgrad und ihren Einkommensverhältnissen, ja paradoxerweise sogar in ihren politischen Überzeugungen stark unterscheiden. Das Einzige, was sie vereint, ist ihre Vertrauensseligkeit: Sie alle wünschen sich eine Wende zum Besseren – sie alle glauben vollkommen unreflektiert, ja beinahe religiös an die „Unausweichlichkeit" dieses „Besseren". Genau diesen Glauben bezeichnet Timothy Snyder in seinem neuen Buch „Der Weg in die Unfreiheit" als den entscheidenden Fehler, der den Westen daran hindere zu erkennen, dass neue Diktaturen entstehen. Und wie 2014 ist auch jetzt die Ukraine das Experimentierfeld, auf dem die Lebensfähigkeit der Grundlagen der westlichen Zivilisation getestet wird.

Damit fünfeinhalb Millionen Menschen auf Waldo, den Bären, hereinfallen, reicht die Sehnsucht nach der Wende zum Besseren allein nicht aus. Die Leute müssen die Nase von der aktuellen Situation gestrichen voll haben, damit die lange Nase, die der Bär dem Politiker dreht, diebische Schadenfreude auslöst: Dem haben wir es gezeigt! Wir haben es in der Ukraine nicht mit einer Protestwahl zu tun, es ist eine Hasswahl. Geschürt wird dieser Hass von allen ukrainischen Oligarchensendern, und er richtet sich gegen die amtierenden Machthaber, namentlich Poroschenko. Von den ukrainischen Medien kommen seit fünf Jahren pausenlos Negativschlagzeilen: Korruption, Verkehrsunfall, Korruption, wieder Tote im Osten, Korruption, Körperverletzung, Vergewaltigung, Mord, Korruption. Das ist der Grundton in unseren Medien, und da wundert es nicht, dass die Ukrainer in allen Umfragen eine äußerst geringe Lebenszufriedenheit zeigen und davon überzeugt sind, im ärmsten und schrecklichsten Land Europas zu leben. Erst im vorigen Jahr, als durch die Aufhebung der Visapflicht seitens der Europäischen Union mehr Menschen Reisen unternehmen und die Lebenswirklichkeit in anderen Ländern in Augenschein nehmen konnten, flachte die Kurve des ukrainischen Lamentos etwas ab. Die ständige Wiederholung ein und derselben Phrasen: „Das System muss sich ändern", „Wir brauchen neue Gesichter" fixiert die Menschen auf diese neuen Gesichter, und sie merken dabei nicht, dass es in der Realität diese neuen Gesichter durchaus gibt, dass die jetzige Regierung ein Durchschnittsalter von vierzig Jahren hat, dass die angestoßenen Reformen in vielen Bereichen erste positive Ergebnisse zeigen und dass dort, wo man vor 2013 im Intercity quasi allein durchs Land reiste, heute drei bis vier Züge täglich verkehren, die mehr als ausgelastet sind, weil die Geschäfte und der Tourismus florieren, weil es Mobilität gibt und Leben. Aber im Fernsehen heißt es, bei uns sei alles schlecht, schlimmer könne es gar nicht kommen, und wem es persönlich bessergeht, der bekommt sofort Gewissensbisse und solidarisiert sich umgehend mit allen „Von-den-Machthabern-Geplagten".

Und so sitzen wir plötzlich in einer professionell aufgezogenen Reality-Show, deren Szenograph und Regisseur es bislang vorziehen, nicht in Erscheinung zu treten, so dass Millionen gutgläubige Ukrainer so gut wie nichts von ihnen wissen. Der Kreml kann es indessen gar nicht erwarten, dass Poroschenko in der Stichwahl unterliegt, und hat das auch offiziell mitgeteilt. Am kommenden Sonntag treten die Ukrainer im Fach Realitätssinn zur Prüfung an – sie stimmen ab über einen realen Präsidenten, dessen Erfolge der letzten fünf Jahre sich durchaus sehen lassen können, auch wenn die Medien vorzugsweise über seine Fehler herfallen, und über Waldo, den Bären, dessen nichtssagende Videos die Wähler im Vagen lässt. Wenn diese Wahl schlecht ausgeht, kann unser Streich tragischer enden als der Brexit. Und tragisch wird es dann nicht nur für die Ukraine, sondern für alle Gesellschaften. Es wird ein Signal für neue Diktaturen: Die Tür für Waldo-Bärchen steht offen.

Aus dem Ukrainischen von **Claudia Dathe**.

Die Autorin **Oksana Sabuschko** lebt in Kiew. Auf Deutsch erschien zuletzt ihr Essay „Der lange Abschied von der Angst" 2018 bei Droschl.

Briefe an die Herausgeber

Allgemeiner Sprachverfall

Zu „Mündliche Schülerleistungen dominieren" (F.A.Z. vom 3. April): Rainer Werner beklagt zu Recht das schlechter werdende schriftliche Ausdrucksvermögen der deutschen Schüler: Die Abnehmer des Schulsystems (Arbeitgeber, Hochschulen) beklagen dies auch. Die Analyse ist aber nicht ganz akkurat: Die mündlichen Ausdrucksfähigkeiten sind in punkto „logische Gedankenführung" auch nicht besser, denn mangelnde Logik ist ein „systemisches Defizit", das nicht auf die geschriebene Sprache beschränkt bleibt, sondern generell den verbalen Ausdruck und letztlich das Denken betrifft. Tatsächlich plaudern die Schüler ganz flüssig daher, insbesondere in den Fremdsprachen nimmt die „fluency" deutlich zu, allerdings wird die gedankliche Stringenz – vor allem wenn es um Komplexes geht – in der Breite immer schlechter.

Auch die Ursachensuche greift zu kurz: Es stimmt, Tafelanschriebe würden – wenn der Lehrer es zuließe – abfotografiert werden. Aber nicht nur mehr Schreiben fördert den schriftlichen Ausdruck, sondern vor allem das Lesen: Smartphone und Internet haben die Art der schriftlich rezipierten Texte dramatisch verändert. Vermutlich lesen die Schüler heute mehr und länger als früher (chats, posts, blogs, sms), dafür anderes: Kurzes, Knappes, Oberflächliches. Politische, wissenschaftliche, hohe oder auch schöne Literatur stehen heute kaum noch auf der Leseliste der Schüler. Die Denkschule der Literatur fällt immer häufiger aus.

Auch die Bildungspläne sind – entgegen der Annahme des Autors – natürlich schuld: In Französisch wurde das dictée als Prüfungsleistung abgeschafft, in Englisch wurde die Herübersetzung (eine exzellente Schulung der Muttersprache) komplett abgeschafft und durch eine Übersetzung „light" – die Mediation – ersetzt. Immer entsteht hier der Verdacht, dass die Bildungspolitik letztlich Ergebnisse schönen will (siehe Abiturnotendurchschnitte). Ungeachtet dessen wird das tatsächliche Dilemma – allgemeiner Sprachverfall – immer deutlicher.

ROLF HEUSSER, SCHORNDORF

Wissenschaftlich nicht haltbar

Im F.A.Z.-Beitrag am 1. April „Teufel oder Beelzebub" stellt Professor Kekulé ausführlich dar, warum der geltende gesetzliche Grenzwert von 40 Mikrogramm pro Kubikmeter (40 $\mu g/m^3$) Stickstoffdioxid (NO_2) in der Luft wissenschaftlich nicht begründbar ist und die Politik mit dieser Festlegung „Deutschland in die Diesel-Falle gesteuert" hat. Dem ist nur zuzustimmen. Zusätzlich zu Professor Kekulés Argumenten gibt es seit langem gut dokumentierte und belegte medizinische Befunde, die diesen Grenzwert gravierend in Frage stellen. Offenbar wurden diese Befunde bisher nicht in Zusammenhang mit der Umweltproblematik gesehen: Selbst der gesunde Mensch ist Quelle von Stickoxiden in nicht unerheblicher Konzentration.

Die FeNO-Messung („Fraktioniertes exhaliertes Stickstoffmonoxid [NO]") ist ein diagnostisches Verfahren zur Bestimmung von Stickstoffmonoxid in der Ausatemluft zur Erkennung zum Beispiel von Asthmaerkrankungen. Die medizinische Leitlinie der American Thoracic Society aus dem Jahr 2011 sagt aus, dass beim (sonst gesunden) Erwachsenen Asthmaerkrankungen bei Werten unter 25 ppb NO in der Ausatemluft unwahrscheinlich, bei Werten oberhalb von 50 ppb wahrscheinlich sind; Werte zwischen 25 ppb (31 $\mu g/m^3$) und 50 ppb (62 $\mu g/m^3$) NO lassen – für sich allein – keine eindeutige Aussage zu. Diese Angaben beruhen auf einer Vielzahl von experimentell-medizinischen Studien. Die deutsche „S2k-Leitlinie zur Diagnostik und Therapie von Patienten mit Asthma" von 2017 schließt sich dieser Klassifikation an.

Es gilt also festzuhalten, dass beim gesunden Erwachsenen die Konzentration von Stickstoffmonoxid in der Ausatemluft bis etwa 62 $\mu g/m^3$ betragen kann; für Kinder gelten niedrigere Werte, bei Asthmatikern sind noch höhere Werte möglich.

Stickstoffmonoxid wird in der Umgebungsluft durch den Sauerstoff- und Ozongehalt zügig weiter oxidiert, bei 31 bis 62 $\mu g/m^3$ NO ergibt die vollständige Oxidation etwa 47 bis 95 $\mu g/m^3$ Stickstoffdioxid (NO_2). Die Immission, der der gesunde Mensch durch seine eigene Ausatemluft ausgesetzt ist, liegt also erkennbar im Bereich des Grenzwertes beziehungsweise über dem gesetzlichen Grenzwert für NO_2 von 40 $\mu g/m^3$ NO_2.

Hinweise, dass der Mensch durch Stickoxide in der eigenen Ausatemluft geschädigt würde, sind bisher nicht bekannt. Daher ist nicht nachzuvollziehen, dass der gesetzliche Grenzwert für NO_2 in Luft bei 40 $\mu g/m^3$ angemessen sein soll.

DR. GÜNTER PRESCHER, HANAU

Unverschämtes Glück

In Ihrem Artikel „Zahl der Toten im Straßenverkehr sinkt nur leicht" (F.A.Z. vom 5. April) berichten Sie, dass es in Deutschland pro einer Million gefahrener Kilometer 39 Verkehrstote gegeben habe, also etwa einen Todesfall alle 25 000 Kilometer. Da habe ich, der ich seit 45 Jahren auf der Straße etwa eine Million Kilometer zurückgelegt habe, doch unverschämtes Glück gehabt: Im statistischen Mittel wäre ich schon knapp 40 Mal tödlich verunglückt. Bei einem Bestand von 47 Millionen Fahrzeugen, einer geschätzten jährlichen Fahrstrecke von 14 000 Kilometer pro Fahrzeug und etwa 3300 Verkehrstoten ergibt sich ein etwas anderes Bild: ein Verkehrstoter pro 200 Millionen Kilometer oder fünf Tote auf eine Milliarde gefahrene Kilometer.

ULRICH KNAUP, KEMPEN

Nicht die Klischees bedienen

Der Lokführer hat in dem Artikel „Kaputte Bahn" (F.A.Z. vom 15. März) sicherlich in einigen Aussagen recht. So ist das Führungspersonal an vielen Stellen qualitativ und charakterlich nicht immer Ia. Aber war es das je, und in welcher Branche ist heutzutage Besseres anzutreffen? Das eingebaute Material in den Anlagen und beim rollenden Material (den Zügen) zeitigt zu häufig Mängel. Tatsächlich gibt es Konstruktionsmängel, Ausführungsmängel und mangelhafte Wartung.

Ich habe vor fünfzig Jahren Verkehrsbauwesen studiert und im Anschluss daran vierzig Jahre bis zum Rentenstand bei und für die Eisenbahn gearbeitet und mich auch immer bis heute für über den baulichen Bereich hinausgehende Fragestellungen interessiert. Ich kann die Gesamteinschätzung des Lokführers nicht teilen. Im Gegenteil – der Zustand der Gleise, der Erdbauwerke, Brücken und Tunnel war nie so gut wie er heute ist, und das gilt meines Erachtens auch für die Sicherungstechnik und für alle Zuggattungen. Damit ist nicht gesagt, dass alles prima wäre. Das ist es gewiss nicht.

Wir haben heutzutage eine Vielzahl an Komponenten, die es früher gar nicht gab, ergo konnten sie nicht kaputtgehen. Vor vierzig Jahren gab es zwar Heizungen, aber keine Klimaanlagen in den Personenzügen, im Sommer wurde mit den Außenfenstern das Innenklima reguliert, nie zur Zufriedenheit aller Reisenden. Heutzutage bleiben die vielfach regulierten Züge einfach stehen, wenn zum Beispiel Klimaanlagen ausfallen. Fenster lassen sich eben nicht mehr öffnen. Tatsächliche und vermeintliche Sicherheitsfragen technischer und allgemeiner Art führen viel schneller zu Sperrungen und Verzögerungen. Bei der Berliner S-Bahn gibt es so gut wie jeden Tag Notarzt- und Polizeieinsätze, die für eine Unmenge an Verzögerungen und Ausfällen ursächliche Gründe sind.

Es müsste mehr Bahnhöfe geben mit einem Grundservice, wo reisende Problemfälle kurzzeitig stationär betreut werden können. Der Zugbetrieb muss davon weitestgehend entlastet werden. Ob infolge starker Winde gleich ganze Streckenabschnitte so häufig gesperrt werden müssen, wie es in letzter Zeit zur Praxis geworden ist, oder ein verlangsamter Betrieb nicht doch fortgesetzt werden könnte, sollte meines Erachtens auch diskutiert werden. Die Äußerungen über Rastatt und Stuttgart des Lokführers kann man auch nicht so stehen lassen. Beim Bauen kann immer auch bei größter Vorsicht etwas schieflaufen. Baustörungen auf null zu setzen, hieße gar nicht mehr bauen.

Die Vorsorge für ein mögliches Schieflaufen sollte schon etwas besser entwickelt sein, als es in Rastatt der Fall war. Die Anlagen für das Ein- und Ausfahren am Stuttgarter Hauptbahnhof sind topographiebedingt sehr unbefriedigend. Vor 150 Jahren war das eben nicht anders machbar. „Stuttgart 21" wird aber für den ganzen Bahnknoten Stuttgart riesige Verbesserungen bringen, acht Jahre nach Fertigstellung und Inbetriebnahme, also circa 2030, wird sich keiner mehr den alten Zustand zurückwünschen. Betriebsleistungen werden sich problemlos erhöhen lassen bei viel geringerem Störungspotential und geringerem Wartungsaufwand. Wer das Klischee vom fragwürdigen Umbau des Bahnknotens Stuttgart bedient, ist für mich kein seriöser Kritiker der Bahn. Mit Sabine Leidig von den Linken im Duo wird es auch nicht besser.

HORST TSCHAUT, BERGFELDE

Nochmals Lob

Zum hervorragenden Beitrag „Erwacht aus einem bösen Traum" von Thomas Thiel über die Erfahrungen einer palästinensischen Christin mit patriarchaler Gewalt in Deutschland (F.A.Z. vom 2. April) möchten wir uns dem großen Lob des Lesers Constantin Stöckel (F.A.Z. vom 4. April) vollumfänglich anschließen.

DR. WILLIAM UND BARBARA VAN HECKE, HERZOGENRATH

Wie passt das?

Zu dem Artikel „Nachgeholte Deutschstunden" (F.A.Z. vom 5. April): Das Kanzleramt hängt Nolde-Bilder ab, und Bundeskanzlerin Angela Merkel fährt als glühende Verehrerin von Richard Wagners Musik stets nach Bayreuth – wie bitte passt das denn zusammen? Wagner – allseits bekannt für seinen bekennenden Antisemitismus.

KARL-HEINZ KEILHOLZ, BERLIN

Gespräch mit dem Journalisten Andreas Unterberger

Es gibt keinen Grund mehr für die Zwangsfinanzierung

Österreich diskutiert, ob die Rundfunkgebühr zu streichen wäre. Was bedeutet das für den ORF?

In der österreichischen Regierung steht die Finanzierung des öffentlich-rechtlichen ORF über Gebühren zur Debatte. Die FPÖ dringt auf eine Finanzierung über den Haushalt, die Kanzlerpartei ÖVP schließt das zumindest nicht aus. Die linke Opposition, einige Medien und vor allem der ORF selbst schlagen Alarm: Damit würde seine Unabhängigkeit gefährdet. Wie sehen Sie das als konservativer Journalist?

Da kann ich im Prinzip den linken Kommentatoren zustimmen. Jede Abhängigkeit von der Regierung ist schlecht. Nur ist es eine völlige Illusion zu behaupten, das hätte es bislang nicht gegeben. Die Zusammensetzung der ORF-Gremien ist immer rein parteipolitisch gewesen. Ich bin aber vor allem der Meinung, dass es längst keinen Grund mehr gibt, den sogenannten öffentlich-rechtlichen Rundfunk mit Geld zu finanzieren, das zwangsweise eingetrieben wird, sei es durch Gebühren, sei es durch Steuern.

Was wäre die Alternative?

Der ORF ist eine selbständige Stiftung. Er hat auch immer betont, dass er nicht dem Staat gehört. Er soll sich dem gleichberechtigten Wettbewerb mit allen anderen stellen. Das ist ein ganz normaler Vorgang. Die anderen finanzieren sich auch selbst. Das wäre die beste Lösung: eine ersatzlose Abschaffung aller Zwangsgebühren und jeder öffentlichen Finanzierung, stattdessen eine Finanzierung aus dem Markt. Das ginge durch freiwillige Gebühren, wie schon bei vielen anderen Anbietern, oder durch Werbung, für die natürlich die bisher geltenden Schranken wegfallen würden. Man könnte Übergangsregelungen treffen, die auch ein Sozialpaket vorsehen.

Wäre ein so radikaler Wechsel in der Realität möglich?

Ich bin kein politischer Analphabet. Wenn diese beste Lösung politisch nicht durchzusetzen ist, dann empfehle ich ein Modell, in dem die Gebühren von rund 300 Euro im Jahr auf 150 Euro halbiert werden. Das wäre auch schon eine Entlastung der Bürger, die die Regierung ja schließlich versprochen hat. Von diesem Geld dürfte dann nur noch finanziert werden, was wirklich öffentlich-rechtlich ist. Diese Finanzierung müsste nach transparenten Kriterien aber allen offenstehen, die einen öffentlich-rechtlich relevanten Inhalt anbieten wollen. Astrologie oder Tratsch über Scheidungen von Prominentenpaaren oder amerikanische Sitcoms sind das sicher nicht, die jetzt den ORF dominieren.

Könnte sich eine Sendeanstalt ohne Gebühren überhaupt behaupten – auch angesichts der Konkurrenz deutschsprachiger Sender aus dem Nachbarland, die einen viel größeren Markt hinter sich haben?

Natürlich. Der größte Nutzen für Fernseh- und Radioprogramme sind ja regionale und lokale Inhalte. Es gibt jetzt schon auch unterhalb der Ebene der Bundesländer etliche lokale Anbieter, die etwa nur zwei Stunden pro Tag produzieren und das in Endlosschleife laufen lassen. Die Beurteilung des russischen Präsidenten, oder des brasilianischen, oder wer immer die letzten Schlagzeilen gemacht hat, das gewinnt nicht die Sehermassen. „All real news is local." Dort gewinnt man's halt. Ob dahinter ein deutscher Eigentümer steht oder ein österreichischer Milliardär wie Herr Mateschitz (der Red-Bull-Chef finanziert Medien wie „Servus TV" und „Addendum"; Red.), ist nachrangig. Es ist absoluter Blödsinn, wenn ORF-Generaldirektor Alexander Wrabetz jetzt trommelt, die bösen Deutschen walzen alles nieder. So wie 1938. Das sagt er zwar nicht, aber das ist die Anspielung dahinter.

Würde dann überhaupt noch ein Budget für österreichische Produktionen da sein: Filme, Serien, Shows?

Eine der besten Quoten hat der ORF jetzt mit „Dancing Stars". Das ist hundertprozentig österreichische Unterhaltung – ohne dass da ein besonderer Qualitätsanspruch dahinter wäre. Und der österreichische Privatsender ATV macht „Bauer sucht Frau", da sucht man auch keinen Bauern aus Mecklenburg-Vorpommern. Die vom ORF geförderten Filme haben hingegen sehr oft einen ideologischen Touch. So wie zuletzt der stark subventionierte Film „Waldheims Walzer", ein glatter Geschichtsmanipulationsfilm.

Können Sie die Behauptung, der ORF habe eine linke Schlagseite, über Ihren persönlichen Eindruck hinaus belegen?

Das ist nicht nur mein Eindruck. Dieser Tage ist im „Kurier" eine Umfrage veröffentlicht worden. Da sprachen sich 52 Prozent für und 38 Prozent gegen eine Abschaffung der Gebühren aus. Das Interessante ist: Unter erklärten Anhängern von Rot und Grün ist eine große Mehrheit gegen eine solche Abschaffung, 65 Prozent bei SPÖ-affinen Befragten und bei Grünen sogar 77 Prozent. Das zeigt doch schon, wer sich beim ORF ideologisch zu Hause fühlt. Eine Umfrage des ORF-Publikumsrates zeigt ebenfalls, dass nur die linke Minderheit mit dem ORF zufrieden ist. Für das Vertrauen in die ORF-Nachrichten konnten „Schulnoten" von 1 bis 5 vergeben werden. Die sich als „links" deklarieren, gaben im Schnitt 1,7, von „rechts" gab es 2,8. Beim österreichischen Privatfernsehen gibt es längst nicht so eine starke Spaltung: Links wird die Note 2,8 gegeben, rechts 2,6.

Läge es für die jetzige Regierung nicht viel näher, zu versuchen, das Muster einfach zum eigenen Nutzen umzudrehen, statt den Markt wirken zu lassen?

Ich glaube, dass sich das manche so vorstellen. Aber auch ein von Schwarz-Blau (die Parteifarben von ÖVP und FPÖ; Red.) umgedrehter öffentlich-rechtlicher Rundfunk wäre keine gute Sache. Ich will als Konsument die Politik einfach ganz draußen haben. Aber auch wenn man die Sache mit parteipolitischer Brille der jetzigen Regierung betrachten würde, sollte man bedenken, was in der ersten schwarz-blauen Regierung unter Wolfgang Schüssel passiert ist. Da hat man Monika Lindner als ORF-Generaldirektorin eingesetzt und einen neuen Chefredakteur im Fernsehen, aber die sind bei der linken Redaktion gegen die Wand gelaufen. Und die Redaktion ist heute noch viel linker. Da könnte man 20 Leute in der Führung austauschen, und die Regierung würde dennoch ihr Ziel nicht erreichen.

Was Sie fordern, läuft auf das Ende eines öffentlich-rechtlichen Rundfunks hinaus.

Historisch hat es einen Grund gegeben für die Zwangsgebühren. Der Bau terrestrischer Sender war sehr teuer, und es gab nur ein, zwei Programme. Als in Österreich achtzig bis neunzig Prozent nur ORF schauen konnten, war die Gebühr daher auch angebracht, um Trittbrettfahrer zu verhindern. Heute haben beide ORF-Fernsehprogramme zusammen dreißig Prozent. Es ist eine Zumutung, die siebzig Prozent, die nicht ORF schauen, zu zwingen, das zu bezahlen. Mir kommt das vor wie vor Jahrzehnten, als die Gewerkschaften nach dem Ende der Dampflokomotive noch die Arbeitsplätze der Heizer erhalten wollten. Es ist allerdings verständlich, dass die Mitarbeiter des ORF um ihre Privilegien kämpfen. Ihre Bezüge betragen im Durchschnitt – also von der Putzfrau angefangen – 7200 Euro im Monat, und der Generaldirektor bekommt mehr als der Bundeskanzler.

Das Gespräch führte Stephan Löwenstein.

Andreas Unterberger, Jahrgang 1949, war von 2005 bis 2009 Chefredakteur der „Wiener Zeitung", die dem österreichischen Staat gehört, und zuvor Chefredakteur der „Presse", deren Redaktion er 32 Jahre angehörte. Seit 2009 ist er freier Publizist. Im Internet bloggt er mit „Andreas Unterbergers Tagebuch". Foto F.A.Z.

Eine Milliarde Euro

Bilanz der Gema für 2018

Die Musikverwertungsgesellschaft Gema hat 2018 Erträge von mehr als einer Milliarde Euro (1019,2 Millionen) erzielt. Davon schüttet sie 859,5 Millionen an ihre rund 74 000 Mitglieder sowie Rechteinhaber aus. Die Aufwendungen der Gema lagen bei 159,7 Millionen Euro. Der größte Zuwachs wurde bei Erträgen aus Internet- und Streaming-Diensten erzielt (von 35,5 Millionen Euro 2017 auf 105,5 Millionen). Bei Rundfunk und Fernsehen lag die Summe bei 301,8 Millionen Euro (2017: 294,2 Millionen), bei öffentlicher Wiedergabe von Musik bei 388,5 Millionen Euro (2017: 380,5 Millionen), bei physischen Tonträgern bei 81 Millionen Euro (2017: 96,1 Millionen). Die Gema vertritt nach eigenen Angaben in Deutschland die Urheberrechte von rund 74 000 Mitgliedern (Komponisten, Textautoren und Musikverleger) und von über zwei Millionen Rechteinhabern aus aller Welt. F.A.Z.

Singe, wem Gesang gegeben: Martin Brambach (links) und Ben Münchow haben einen Auftritt. Foto NDR

Junge, jetzt kommen wir ganz groß raus

Wenn Vater und Sohn nichts mehr zu verlieren haben: „Tödliches Comeback"

„Wir bringen die Band wieder zusammen": Was für die legendären „Blues Brothers" Jake und Elwood der große Plan ist, um Geld für das Waisenhaus einzusammeln, in dem sie aufgewachsen sind, ist für Roy Singer das Ticket für das Leben, das er nie hatte. Mit seinem Kumpel Siggi tourt er im Siebziger-Jahre-Outfit und mit Mottenfiffi auf dem Hinterkopf durch Altenheime und verdient Kleingeld. Vor zwanzig Jahren hatte es für die beiden mit „Roy's Four" noch vielversprechend begonnen, wären sie nicht um ihr Honorar betrogen worden. Über Wasser halten sie sich mit dem, was sie als räuberische Panzerknacker erbeuten. In der Comeback-Show im Musikclub „Fusion" soll sich nun alles zum Guten wenden. Doch dafür braucht es den Leadsänger von damals, der sich bei der Kriminalpolizei gerade anschickt, in die Mordkommission aufgenommen zu werden. Abgesehen davon will Bruno, der Kinderstar von einst, mit seinem Alten, von dem er zehn Jahre nichts gehört hat, ohnehin nichts zu tun haben. Vater Singer klebt nicht nur das Pech an den Füßen, er verursacht es.

Ein paar Un- und Zufälle später sitzen Roy (Martin Brambach) und Siggi (Matthias Bundschuh) dann doch bei Bruno (Ben Münchow) auf dem Sofa, Mutter Loni (Margarita Broich) liegt auf der Intensivstation, und alles nimmt genau so seinen Lauf, wie der junge Kommissar in spe es befürchtet hat. Ausgerechnet er soll mit seiner Kollegin Kyra Sperling (Elisa Schlott) den Einbruch aufklären, durch den sich die ihm bekannten beiden Barden bei dem Clubgeschäftsführer Roman Seidel (Roeland Wiesnekker) für entgangene Tantiemen revanchieren. Und dann geht es plötzlich um Mord und Brunos Kollegin Kyra, die er unbeholfen anhimmelt, ahnt, wo der Hase im Pfeffer liegt. Da erscheint die Rückkehr auf die Bühne mit einem Mal auch für Bruno als letzter Ausweg. Fehlt mit Inga Schallström (Jeanette Hain) nur die Vierte im Bunde, die viel tiefer in die Sache verstrickt ist, als alle anderen ahnen.

So vertrackt und verpeilt wie das klingt, ist der Plot auch und sind auch die Figuren, die uns die Regisseurin Hermine Huntgeburth und die Drehbuchautoren Volker Einrauch und Lothar Kurzawa mit dem Film „Tödliches Comeback" bescheren – allerdings im besten Sinne. Sie liefern eine Komödie ab, die nicht auf Brüller-Pointen baut, sondern bei der die eben nicht nur lächerlichen existentiellen Nöte aller hier Scheiternden aufscheinen. Dialoge und Szenen (Kamera Alexander Fischerkoesen, Musik Biber Gullatz und Andreas Schäfer) sind von lakonischer Komik, ohne jeden falschen Ton. Das gilt von der ersten Szene an, in welcher der tapsige Bruno und die coole Kyra aushandeln, ob sie eine – private – Beziehung haben oder eben nicht. Später kommt sie gerade nicht dazu, sein Gedicht zu lesen, sie muss zum nächsten Date mit einem andern. Aufmerksamer wird Kyra erst, als Bruno, der einstige Kinderstar, im Musikclub beim Karaoke auftritt und sie feststellt: Der Mann hat Stimme.

Die hat der Schauspieler Ben Münchow tatsächlich, und zwar derart, dass man, so man noch nicht eines der Musikvideos im Internet mit ihm gesehen hat, an das Playback eines Soul-Profis denkt; Jeanette Hain würde man eine solche Zweitkarriere auch zutrauen. Dass Martin Brambach, der mit Ben Münchow nebenbei eine anrührende, aber nicht rührselige Vater-Sohn-Geschichte aufführt, bei der die Gegensätze aufeinanderprallen, sich in diesem Ensemble und bei dieser Regisseurin bestens aufgehoben fühlte („eine der schönsten Arbeiten in meinem Leben"), glaubt man gern und man meint es beim Zuschauen zu spüren. „Es geht um Verlierer, die man ins Herz geschlossen hat. Es geht nicht nur um äußerliche Gags, sondern auch um Dinge, die einen menschlich berühren", sagt die Regisseurin Hermine Huntgeburth und führt Jack Lemmon als beispielgebend an für das, was sie mit großer Könnerschaft macht: Komödie, nicht Comedy. Und so bringt sie die Band wieder zusammen. Allerdings nicht ganz. MICHAEL HANFELD

Tödliches Comeback, um 20.15 Uhr im Ersten

Halten Sie jetzt bitte mal den Schnauzer

Vorbild? Von allen Serien wird nun ausgerechnet „Magnum" aus der Versenkung geholt

Um Himmels willen. AC/DC, Luxuskarossen, aufgeknöpfte Hawaiihemden und Faustrecht – „Magnum" ist (in Amerika schon länger) zurück, und man fragt sich verängstigt: Darf man die Serie, die nun in Deutschland startet, angesichts ihrer vordergründigen Verkaufsmerkmale im Jahr 2019 eigentlich noch guten Gewissens gucken? Denn das Argument „Es ist ja bloß Fernsehen" gilt auf vielen Ebenen nicht mehr oder immer nur dann, wenn es der eigenen Ansicht gerade nicht im Weg steht.

Das Schöne an diesem Remake, in dessen Vorlage Tom Selleck von 1980 bis 1988 162 Episoden lang einen Privatdetektiv auf Hawaii spielte, ist, dass es sich dieser Tatsache nicht nur bewusst ist, sondern sie offensiv angeht. Anders als vergleichbare Wiedervorlagen von „MacGyver" oder „Lethal Weapon" nimmt man das Ganze mit einem hybriden Humor, irgendwo zwischen der liebenswürdigen Tapsigkeit seines Vorgängers und den selbstreferentiellen Gags, die heute eben üblich sind. Obwohl Peter M. Lenkov, der zusammen mit Eric Guggenheim (beide arbeiteten an „Hawaii Five-0") als Produzent fungiert, auch für den neuen „MacGyver" zuständig ist.

Trotzdem ist man als Zuschauer in den ersten zehn Minuten unsicher, ob sie es mit diesem neuen „Magnum"-Format nicht vielleicht doch übertrieben haben: Da springt jemand mit dem Codenamen „White Knight" und einem Fallschirm zu AC/DCs „Thunderstruck" aus dem Weltall, landet in Nordkorea vor einem muhenden Rind, rettet eine Dissidenten-Familie in einer schrottreifen Klapperkiste und lässt mit einem Schuss in den Reifen das Verfolgervehikel explodieren, als wäre es eine alte Folge des „A-Teams". Und gerade, als man sich langsam an den Kopf fast, weil immer noch die Möglichkeit besteht, dass das hier bierernst ist, friert das Bild ein, Schnitt, und wir sehen, dass Theodore „TC" Calvin (Stephen Hill) aus dem Buch des Journalisten und wie im Original weiterhin unsichtbaren Schriftstellers Robin Masters vorliest und sich ebenfalls an den Kopf fasst. Aus dem Off stellt Thomas Magnums (Jay Hernández) Synchronstimme (Dennis Schmidt-Foß) nun sich und seine weiteren Veteranen-Freunde vor, die gemeinsam im Irak dienten. Neben TC sind das Orville „Rick" Wright (mit hineingeschnittenen Archivbildern der Brüder Wright wird illustriert, warum er am liebsten nur Rick genannt wird) und Sebastian Nuzo (Domenick Lombardozzi). Dann kommt endlich Higgins, Hausmeister von „Robin's Nest", wo Magnum residiert – fast ebenso vorhersehbar wie wundervoll gespielt von einer Frau: Perdita Weeks im Yoga-Outfit statt in kolonialer Khaki-Uniform, natürlich flankiert von Zeus und Apollo, den beiden Dobermännern, die schon Tom Sellecks Magnum zum Fressen gern hatten.

Ist abgesehen vom Fahrzeug nur noch in dezenten Farben unterwegs: Thomas Magnum (Jay Hernández). Foto TVNow/CBS

Schnell wird klar: „Magnum" ist eine Fernsehserie, so wie wir sie aus den Neunzigern kennen und überwunden zu haben glaubten. Aus der Kernzielgruppe der großen Videoportale würde sie vermutlich niemand anwählen, der das Original nicht kennt. Die Folgen sind trotz eines übergeordneten Handlungsstrangs abgeschlossen und entwickeln manchmal einen so irren Schneeballeffekt, dass man meint, es lese wieder jemand aus den Werken von Robin Masters. In der zweiten Folge muss Magnum erst einen teuren Thunfisch finden, der ihn zu einer Geiselnahme führt, die ihn mit einem international gesuchten Terroristen zusammenbringt.

Dennoch ist es auf eine unterhaltsame Weise so hanebüchen und kurzweilig, und die Sätze der Figuren – „Na schön, da wären wir" – wirken in der deutschen Fassung so krachledern, als hätte Karl-Heinz Köpcke zuvor gerade die „Tagesschau" moderiert. Trotz Hernández' glatten Oberkörpers und Gesichts sowie des neuen Ferrari 488 Spider (er probiert den Schnauzer nur in einer Rückblende und fährt den alten Ferrari 308 GTS gleich wieder zu Schrott) ist zu spüren, wie in der Serie Ansätze der Fernsehserien-Konzeption aus drei Jahrzehnten aufeinanderprallen. Extra einschalten würde man es nicht, aber hängenbleiben würde man doch – einfach weil es so herrlich knirscht. AXEL WEIDEMANN

Magnum P.I. läuft von heute an mittwochs um 20.15 Uhr in Doppelfolgen auf Vox.

Tierfilme

ARD, ZDF und das Feuer in Notre-Dame de Paris

Armin Laschet hat in ein Wespennest gestochen. Per Twitter, wie sich das gehört, wenn man schnell für Aufregung sorgen will, echauffierte er sich darüber, dass auf den Hauptkanälen von ARD und ZDF das Normalprogramm lief, während in Paris die Kathedrale Notre-Dame nicht nur lichterloh brannte, sondern ganz einzustürzen drohte. Das tauchte als Nachricht in der „Tagesschau" um acht Uhr erst an dritter Stelle auf, was nicht nur dem nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten übel aufstieß. „Banausiger geht's nicht", schrieb der emeritierte Professor für Neuere Geschichte, Michael Wolffsohn, der Redaktion ins Stammbuch. Den nachfolgenden Ausgaben der „Tagesthemen" und des „heute journals" kann man indes kaum vorwerfen, dass ihre Macher die Tragweite des Ereignisses nicht erkannt hätten. Davor aber gab es, was Armin Laschet störte – keine Unterbrechung im ZDF, einen Tierfilm in der ARD und eine Ausgabe der Talkshow „hart aber fair" zum Thema „Die Fleisch-Frage: Mit hübschen Siegeln gegen schlechtes Gewissen?". Wer auf dem Laufenden bleiben wollte, war mit „France 24" oder anderen internationalen und nationalen Nachrichtensendern besser bedient, mit denen man das Erste und das Zweite freilich nicht vergleichen kann. Gleichwohl darf man fragen, was bei diesen immer noch als besonders wichtig erachtenden Kanälen den Ausschlag für einen „Brennpunkt" oder ein „Spezial" gibt und wie lange die Apparate brauchen, um auf Sendung zu gehen. Bei stärkerem Schneefall in hiesigen Breiten scheint das schneller der Fall zu sein als nun beim Brand von Notre-Dame oder zuletzt bei dem islamistischen Anschlag auf den Weihnachtsmarkt in Straßburg. „Warum muss ich so lange bei CNN oder BBC einschalten?", fragte die frühere WDR-Chefredakteurin Sonia Seymour Mikich, „Tagesschau24 ist doch dafür genau geeignet". Genau dort und im Internet bei „tagesschau.de", entgegnete tags darauf ARD-Chefredakteur Rainald Becker, habe es Live-Berichterstattung gegeben. Ein „Brennpunkt" wäre „wünschenswert", sei aber „zu diesem Zeitpunkt logistisch nicht darstellbar" gewesen, weil der ARD-Reporter unterwegs zum Ort des Geschehens gewesen sei, „um als erster deutscher Korrespondent direkt vor Ort zu berichten". Drei „Crawls" (Laufbänder) habe man den Abend über eingeblendet, ergänzte der Chef der Nachrichtenredaktion ARD-aktuell, Kai Gniffke, und verwies aufs Angebot im Netz. Dort aber werden ARD und ZDF eben nicht so wahrgenommen wie auf dem Bildschirm. Und ein Weiteres sollte man nicht vergessen – dass, worauf Armin Laschet hinwies, „rechte Hetzer" über die Ursache des Brands, die nicht geklärt ist, schnell Verschwörungstheorien verbreiteten, die an einen Umstand anknüpfen können, der in den Medien oft unterbelichtet bleibt: In Frankreich werden pro Tag drei Kirchen Opfer von Vandalismus (F.A.Z.-Woche vom 5. April). Dass nicht jeder weiß, was es bedeutet, wenn Notre-Dame de Paris ausbrennt, kann Armin Laschet indes an den vielen aggressiven, antireligiösen Antworten auf seinem Twitter-Account ablesen. miha.

Merkels Worte

Böhmermann scheitert mit Klage

Das Berliner Verwaltungsgericht hat eine Unterlassungsklage des ZDF-Moderators Jan Böhmermann gegen das Bundeskanzleramt und Bundeskanzlerin Angela Merkel abgewiesen. Böhmermann scheiterte mit der Forderung, Merkel zu verbieten, sein Gedicht „Schmähkritik" über den türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdogan als „bewusst verletzend" zu kritisieren. Das Kanzleramt hatte ohnehin angekündigt, die Kritik nicht zu wiederholen.

Das Gericht erklärte die Klage für unzulässig. Sie könne nur erhoben werden, wenn eine Wiederholung drohe. Dies sei offensichtlich nicht mehr gegeben. Böhmermann hatte das Gedicht „Schmähkritik" Ende März 2016 in seiner Sendung „Neo Magazin Royale" vorgetragen und einen diplomatischen Eklat ausgelöst. Die Kanzlerin hatte den Text als „bewusst verletzend" und ihrer Kritik später als „Fehler" bezeichnet. Böhmermanns Anwalt Reiner Geulen meinte, Merkels Kritik stelle eine „nicht hinzunehmende staatliche Vorverurteilung" dar. Böhmermann sehe seine Grundrechte auf Presse- und Kunstfreiheit verletzt. Es sei nicht zu akzeptieren, dass sich die Bundesregierung „aus politischen Gründen mit juristischen Bewertungen in die freie und unabhängige Rechtsprechung einmischt". Der Regierungssprecher hätte „auch auf Nachfragen diese Äußerung gegenüber dem türkischen Ministerpräsidenten nicht wiederholen müssen". Die Anwälte des Bundeskanzleramts erklärten, es habe sich nicht um eine rechtliche, sondern eine politische Bewertung gehandelt. Der Regierungssprecher habe Merkels Äußerung zitiert, um nach deren Telefonat mit dem damaligen türkischen Ministerpräsidenten Davutoglu zu dem Vorfall Transparenz herzustellen. Über die Strafbarkeit des Textes sage dies nichts aus. Eine Schwärzung der umstrittenen Worte in den Protokollen lehnt das Bundeskanzleramt ab. F.A.Z.

Fernsehen am Mittwoch

Aktualisiertes und ausgewähltes Programm www.faz.net/tv

ARD

5.00 Report München **5.30** ARD-Morgenmagazin. Abschiebungen 2018: Mehr als 23 000 Menschen abgeschoben **9.00** Tagesschau **9.05** Live nach Neun **9.55** Sturm der Liebe **10.44** Tagesschau **10.45** Meister des Alltags **11.15** Wer weiß denn sowas? **12.00** Tagesschau **12.15** ARD-Buffet. U.a.: Zuschauerfragen zum Thema: Kopfschmerztabletten **13.00** ZDF-Mittagsmagazin **14.00** Tagesschau **14.10** Rote Rosen **15.00** Tagesschau **15.10** Sturm der Liebe **16.00** Tagesschau **16.10** Verrückt nach Meer **17.00** Tagesschau **17.15** Brisant **18.00** Wer weiß denn sowas? **18.50** Hubert ohne Staller **19.45** Wissen vor acht – Werkstatt. Warum ziert ein Hahn viele Kirchtürme? **19.50** Wetter vor acht **19.55** Börse vor acht

20.00 **Tagesschau**
20.15 **Tödliches Comeback** Dt. Krimikomödie mit Martin Brambach, Ben Münchow, Elisa Schlott. Regie: Hermine Huntgeburth, 2018. Statt durch Seniorenheime zu tingeln, schwebt dem Kleinganoven Roy die Wiederbelebung seiner alten Band vor. Dem ehrgeizigen Polizisten Bruno sind aber die Pläne seines Vaters ein Dorn im Auge.
21.45 **Plusminus** Konto wider Willen Moderation: Pinar Atalay
22.15 **Tagesthemen** Mit Wetter Moderation: Caren Miosga
22.45 **Weltspiegel extra** Das Duell: Wer regiert die Ukraine?
23.00 **Beuys** Porträt
0.45 **Nachtmagazin**
1.05 **Tödliches Comeback** Dt. Krimikomödie mit Martin Brambach, Ben Münchow, Elisa Schlott. Regie: Hermine Huntgeburth, 2018
2.38 **Tagesschau**

ZDF

5.00 hallo deutschland **5.30** ARD-Morgenmagazin. Abschiebungen 2018: Mehr als 23 000 Menschen abgeschoben **9.00** heute Xpress **9.05** Volle Kanne. Online-Rechtsberatung – Was taugt der Anwalt aus dem Netz? **10.30** Notruf Hafenkante **11.15** SOKO Stuttgart **12.00** heute **12.10** drehscheibe. Kleinmarkthalle Frankfurt: 65 Jahre kaufen und genießen **13.00** ZDF-Mittagsmagazin **14.00** heute – in Deutschland **14.15** Die Küchenschlacht **15.00** heute Xpress **15.05** Bares für Rares **16.00** In Europa **16.10** Die Rosenheim-Cops **17.00** heute **17.10** hallo deutschland **17.45** Leute heute **18.00** SOKO Wismar **18.54** Lotto **19.00** heute **19.20** Wetter **19.25** Die Spezialisten – Im Namen der Opfer. Krimiserie

20.15 **Da kommst du nie drauf!** Die große Show der schrägen Fragen. Mit Christoph Maria Herbst, Annette Frier, Max Giermann, Kaya Yanar, Mike Krüger. Moderation: Johannes B. Kerner. Das überraschende und unterhaltsame Quiz rund um besondere Personen und unfassbare Tatsachen.
21.45 **heute-journal** Mit Wetter
22.15 **auslandsjournal** Magazin Moderation: Antje Pieper Aus aller Welt berichten ZDF-Korrespondenten wöchentlich für das auslandsjournal.
22.45 **Betrügen leicht gemacht** Dokumentation. Wie EU-Gelder in Osteuropa versickern.
23.15 **Markus Lanz** Talkshow
0.30 **heute+** Nachrichten
0.45 **Die sieben größten Gefahren für die EU** Reportage
1.30 **Putin und die Deutschen**
2.15 **auslandsjournal**
2.45 **Betrügen leicht gemacht**

ARTE

5.00 Alicia Keys: Baloise Session 2017 **6.15** X:enius **6.40** Im Lauf der Zeit **7.10** Journal Junior **7.15** 360° **8.00** Die Inseln der Queen. Isle of Wight **8.45** Stadt Land Kunst **9.25** Ein Stasi-Maulwurf bei der NSA **10.20** Geheimnisvolle Wildblumen **11.05** Geheimnisvolle Wildblumen **11.50** Die Bienenflüsterer **12.15** Re: **12.50** Arte Journal **13.00** Stadt Land Kunst **14.00** C'est la vie – So sind wir, so ist das Leben. Franz. Drama mit Jacques Gamblin, 2008 **15.50** Aquator – Die Linie des Lebens. Träume am Breitengrad 0 **16.45** X:enius **17.10** Die Bienenflüsterer **17.40** Klöster Europas – Zeugen des Unsichtbaren **18.35** Ein Jahr in Kanadas Wildnis (2/4) Sommer **19.20** Arte Journal **19.40** Re:. Schokolade ohne Reue – Ist fairer Genuss möglich?

20.10 **Anderswo in Europa** Magazin
20.15 **Magical Mystery oder die Rückkehr des Karl Schmidt** Dt. Komödie mit Charly Hübner, Annika Meier, Detlev Buck. Regie: Arne Feldhusen, 2017. Das Berliner Techno-Label BummBumm Records will auf Rave-Tournee gehen. Karl Schmidt alias Charly war selbst ein aufstrebender Künstler der Szene, bis er sich nach einem Nervenzusammenbruch zurückzog.
21.55 **Eselshaut** Franz. Märchenfilm mit Catherine Deneuve, Jean Marais. Regie: Jacques Demy, 1970 Um nicht ihren eigenen Vater heiraten zu müssen, flieht eine Prinzessin und versteckt sich unter einer Eselshaut.
23.25 **Nouvelle Vague & Feminismus** Delphine Seyrig und Carole Roussopoulos. Franz. Dokufilm Regie: Callisto Mc Nulty, 2017
0.35 **Arte Journal**

3 sat

5.27 Universum (3/3) Rift Valley – Der große Graben (3/3): Vom Höllenfeuer ins Heilige Land **6.20** Kulturzeit **7.00** nano **7.30** Alpenpanorama **9.00** ZIB **9.05** Kulturzeit **9.45** nano **10.15** 3 nach 9 **11.15** Zeit und Ewigkeit. Gedanken zur Karwoche mit P. Nikodemus Schnabel OSB **11.30** Hoffnungsgeschichten **12.00** Papst Franziskus und der Machtkampf im Vatikan **12.30** Reporter. Ein Patron tritt ab – Wie der älteste Verlag der Welt die Nachfolge regelt **13.00** ZIB **13.15** Land zwischen Belt und Bodden (1-3/3) Von den Förden bis zur Trave / Von der Trave bis Hiddensee / Von Kap Arkona bis Heringsdorf **17.45** mareTV. Ostfriesland **18.30** nano. Die Welt von morgen **19.00** heute **19.20** Kulturzeit. Magazin

20.00 **Tagesschau**
20.15 **Die geheimnisvolle Welt der Babys – Die ersten 365 Tage im Leben** Doku. Der Film begibt sich auf die Suche nach den Geheimnissen des ersten Lebensjahres und zeigt Erstaunliches. Ein Jahr lang haben die Filmemacher ein Elternpaar mit neugeborenen Zwillingen begleitet.
21.05 **Wie wirklich ist die Wirklichkeit?** Dokumentation
22.00 **ZIB 2** Nachrichten
22.25 **Aurora Borealis – Nordlicht** H. Drama mit Mari Törőcsik, Franciska Törőcsik, Ildikó Tóth Regie: Márta Mészáros, 2017. Die Wiener Anwältin Olga kümmert sich um ihre kranke Mutter in Ungarn und entdeckt ein Familiengeheimnis.
0.05 **Eldorado in Griechenland** Die Schätze in Chalkidiki
0.35 **10vor10** Nachrichten
1.05 **ECO** Das Wirtschaftsmagazin

RTL

5.35 Explosiv **6.00** Guten Morgen Deutschland **8.30** Gute Zeiten, schlechte Zeiten **9.00** Unter uns **9.30** Alles was zählt **10.00** Der Blaulicht-Report **11.00** Der Blaulicht-Report **12.00** Punkt 12 **14.00** Die Superhändler – 4 Räume, 1 Deal. Romy Schneider Bilder / Dr. Oetker / Tisch / Vase **15.00** Die Superhändler – 4 Räume, 1 Deal. Monroe-Portrait / Bowle-Set / Porzellan-Konvolut / silberne Taschenuhr **16.00** Meine Geschichte – Mein Leben. Schwangere Frau will unbedingt vor der Entbindung heiraten **17.00** Freundinnen – Jetzt erst recht **17.30** Unter uns **18.00** Explosiv – Das Magazin **18.30** Exclusiv **18.45** RTL aktuell **19.03** Wetter **19.05** Alles was zählt **19.40** Gute Zeiten, schlechte Zeiten. Soap

20.15 **Mario Barth räumt auf!** Zu Gast: Alexander Herrmann, Ella Endlich, Reiner Calmund. Mit: Ralph Knispel, Peter Lassek, Dr. med. Yael Adler. Mario Barth und sein Team überprüfen Studien, Statistiken und Ratschläge auf ihren Wahrheitsgehalt.
22.15 **stern TV** Steuerverschwendung in Deutschland / Vielfahrer-Frust statt Reiselust / stern TV im größten Tierheim Deutschlands / Eine Familie auf Weltreise. Moderation: Steffen Hallaschka
0.00 **RTL Nachtjournal**
0.27 **RTL Nachtjournal – Das Wetter**
0.30 **CSI: Den Tätern auf der Spur** Krimiserie. Abgründe. Mit William Petersen. Bei einem Unwetter werden in einem Abwasserkanal eine Leiche sowie menschliche Knochen gefunden.
1.20 **CSI: Den Tätern auf der Spur** Krimiserie. Ausgebeutet
2.15 **CSI: Den Tätern auf der Spur**

SAT 1

5.30 Sat.1-Frühstücksfernsehen. Zu Gast: Ulrike Bartholomäus, Daniel Engelbarts. Moderation: Christian Wackert, Karen Heinrichs **10.00** Im Namen der Gerechtigkeit – Wir kämpfen für Sie! **11.00** Im Namen der Gerechtigkeit – Wir kämpfen für Sie! Mitwirkende: Alexander Hold, Stephan Lucas, Alexander Stephens, Isabella Schulien **12.00** Anwälte im Einsatz **13.00** Anwälte im Einsatz **14.00** Auf Streife **15.00** Auf Streife – Die Spezialisten **16.00** Klinik am Südring **17.00** Klinik am Südring – Die Familienhelfer **17.30** Klinik am Südring – Die Familienhelfer **18.00** Endlich Feierabend! Magazin **19.00** Genial daneben – Das Quiz. Rateteam: Pierre M. Krause, Osan Yaran, Hella von Sinnen, Wigald Boning **19.55** Sat.1 Nachrichten

20.15 **111 verrückte Familien!** Ob an Weihnachten, auf der romantischen Hochzeitsfeier, zum gemeinsamen Spieleabend, im Urlaub oder einfach nur zu Kaffee und Kuchen – wenn die ganze Familie beisammen ist, dann kann eigentlich nichts schiefgehen. Doch Vorsicht! Die Idylle bekommt schnell Risse, wenn plötzlich der störrische Opa, die tollpatschige Oma, das quengelige Kind oder der nervige Onkel Eduard auf der Bildfläche erscheinen. Schon wird aus der harmonischen Familienfeier schnell ein komisches Desaster!
22.30 **akte 20.19 Spezial** Der Weg zum Wunschkind
23.30 **SAT.1 Reportage** Tatort Autobahn! Straftaten hinterm Steuer
0.25 **111 verrückte Familien!** Show
2.10 **Auf Streife – Die Spezialisten** Doku-Soap, Dt. 2019
2.55 **Auf Streife – Die Spezialisten**

ZDF Neo

8.40 Lafer! Lichter! Lecker! **9.25** Bares für Rares **11.10** Der Nachbar in meinem Beet **11.55** Die Rettungsflieger **13.30** Monk **14.50** Heldt **15.35** Die Rettungsflieger **17.05** Monk **18.30** Bares für Rares **20.15** Wilsberg. Mörderische Rendite. Dt. Krimi, 2018 **21.45** Ein starkes Team. Ihr letzter Kunde. Dt. Krimi, 2005 **23.15** Tod im kalten Morgenlicht. Engl./Holländ./Dt. Thriller, 1996 **0.50** Wilsberg. Mörderische Rendite. Dt. Krimi mit Leonard Lansink, 2018

Phoenix

7.30 Aufstand am Peace River **8.15** Die Bärenretter von British Columbia **9.00** vor ort **9.15** Giganten der Gotik. Wie die Kathedralen in den Himmel wuchsen. Dt. Dokumentarfilm, 2010 **10.45** vor ort **11.00** Pressekonferenz mit Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier **12.00** Von Prinzen und Grafen **12.15** planet e. **12.45** Weltbewegend – Die Entstehung der Kontinente **14.15** Das verdient Deutschland **15.00** Schuften bis zum Umfallen **15.30** Arm trotz Arbeit. Warum so viele Frauen so wenig verdienen **16.15** DokThema **17.00** Die Pfandjäger **17.30** der tag **18.00** planet e. **18.30** Weltbewegend – Die Entstehung der Kontinente **20.00** Tagesschau **20.15** 1918 Aufstand der Matrosen. Dt. Dokumentarfilm, 2017 **21.45** heute-journal **22.15** Kaisersturz. Deutschland im Herbst 1918. Dt. Dokudrama, 2018 **23.45** Wir in den wilden Zwanzigern **1.15** 1918 Aufstand der Matrosen. Dt. Dokumentarfilm, 2017

Pro Sieben

8.55 The Mid-dle **9.40** Fresh off the Boat **10.35** Mike & Molly **11.00** How I Met **11.55** 2 Broke Girls **12.45** Mom **13.05** Two and a Half Men **14.25** The Middle **15.15** The Big Bang Theory **17.00** taff **18.00** Newstime **18.10** Die Simpsons **19.05** Galileo. Das Geschäft mit dem Klima-Ausgleich **20.15** Grey's Anatomy – Die jungen Ärzte **21.15** Seattle Firefighters – Die jungen Helden **22.15** Lucifer **0.05** Two and a Half Men

Tele 5

7.55 Dauerwerbesendung **16.10** Star Trek – Raumschiff Voyager **17.10** Stargate **19.05** Star Trek – Raumschiff Voyager **20.15** Darkweb – Kontrolle ist eine Illusion. Amerik./Thailänd./KAS/Hongkong/Kanad. Thriller mit Callan McAuliffe. Regie: Akan Satayev, 2016 **22.05** Escape Room – Das Spiel geht weiter. Amerik. Horrorthriller, 2017 **0.00** Outpost: Rise of the Spetsnaz. Engl. Horrorfilm mit Bryan Larkin, 2013 **1.35** Darkweb – Kontrolle ist eine Illusion. Amerik./Thailänd./KAS/Hongkong/Kanad. Thriller mit Callan McAuliffe, 2016

KIKA

7.20 Super Wings **7.45** Sesamstraße **8.10** Weißt du eigentlich, wie lieb ich dich hab? **8.30** Mama Fuchs und Papa Dachs **8.54** Kikaninchen **9.00** Löwenzahn **9.25** Das Dschungelbuch **10.15** Arthur und die Freunde der Tafelrunde **11.00** Peter Pan – Neue Abenteuer **12.10** Mia and me **13.15** Das Haustiercamp **13.40** Tiere bis unters Dach **14.10** Schloss Einstein **15.00** Dance Academy – Tanz deinen Traum! **15.50** H2O – Abenteuer Meerjungfrau **16.35** Anna auf der Alm (3/5) **17.00** 4 ½ Freunde **17.25** Insectibles **18.00** Wir Kinder aus dem Möwenweg **18.10** Die Biene Maja **18.35** Mama Fuchs und Papa Dachs **18.50** Sandmännchen **19.00** Arthur und die Freunde der Tafelrunde **19.25** Wissen macht Ah! **19.50** logo! **20.00** KiKA Live **20.10** Das erste Mal … USA! (3/6)

Hessen

7.30 Sturm der Liebe **8.20** Leopard, Seebär & Co. **9.10** Maintower **9.35** hessenschau **10.05** hallo hessen **10.55** Die Ratgeber **11.25** Toronto und Umgebung **12.10** Brisant **12.50** Da wo die Freundschaft zählt. Österr./Dt. Heimatfilm, 2007 **14.20** Leopard, Seebär & Co. **15.10** Giraffe, Erdmännchen & Co. **16.00** hallo hessen **16.45** hessenschau kompakt **17.00** hallo hessen **17.50** hessenschau kompakt **18.00** Maintower **18.25** Brisant **18.45** Die Ratgeber **19.15** alle wetter **19.30** hessenschau **20.00** Tagesschau **20.15** Mex – Das Marktmagazin **21.00** Die Wahrheit über … **21.45** Engel fragt **22.15** hessenschau kompakt **22.30** Morden im Norden. Krimiserie. Tödliche Heilung **23.20** Ein Fall für Annika Bengtzon. Der rote Wolf. Schwed. Krimi mit Malin Crépin, 2012 **0.45** Morden im Norden **1.35** Ein Fall für Annika Bengtzon. Der rote Wolf. Schwed. Krimi, 2012

NDR

8.10 Sturm der Liebe **9.00** Nordmagazin **9.30** Hamburg Journal **10.00** Schleswig-Holstein Magazin **10.30** buten un binnen **11.00** Hallo Niedersachsen **11.30** Die Nordreportage **12.00** Brisant **12.25** In aller Freundschaft **13.10** In aller Freundschaft – Die jungen Ärzte **14.00** NDR//aktuell **14.15** die nordstory **15.15** Gefragt – Gejagt **16.00** NDR//aktuell **16.20** Mein Nachmittag **17.10** Seehund, Puma & Co. **18.00** Regional **18.15** Wie geht das? Ostereier für den Norden **18.45** DAS! Norddeutschland und die Welt **19.30** Regional **20.00** Tagesschau **20.15** Expeditionen ins Tierreich (2) **21.45** NDR//aktuell **22.00** Großstadtrevier **22.50** extra 3 Spezial **23.20** Zapp **23.50** 7 Tage … unter radikalen Christen **0.20** Hafenpolizei **0.45** Visite

RBB

8.30 Abendschau/Brandenburg akt. **9.00** In aller Fr. **10.30** Rote Rosen **11.20** Sturm der Liebe **12.10** Tierärztin Dr. Mertens **13.00** rbb24 **13.10** Verrückt nach Meer **14.00** Lichters Schnitzeljagd **14.45** Tim Mälzer kocht! – auf Mallorca (3/4) **15.15** Der Geist Europas **16.00** rbb24 **16.15** Gefragt – Gejagt **17.05** Nashorn, Zebra & Co. **18.00** rbb UM6. mit Sport **18.30** zibb. zuhause in berlin & brandenburg **19.30** Abendschau/Brandenburg aktuell. Magazin **20.00** Tagesschau **20.15** rbb Praxis **21.15** Die rbb-Reporter **21.45** rbb24 **22.00** Kragenbären im Tigerwald **22.45** Jäger der Anden – Der Puma **23.30** Talk aus Berlin **0.00** Endlich Gardasee! Dt. Komödie, 2018 **1.30** rbb Praxis

Arte, 20.15 Uhr, Magical Mystery oder die Rückkehr des Karl Schmidt, *Karl (Charly Hübner) lebt in einer Entzugs-WG in Hamburg.* Foto Arte

WDR

8.20 Planet Wissen **9.20** Servicezeit **9.50** Akt. Stunde **10.35** Lokalzeit **11.05** Seehund & Co. **11.55** Giraffe, Erdmännchen & Co. **12.45** WDR aktuell **13.05** Planet Wissen **14.05** In aller Freundschaft – Die jungen Ärzte **15.45** WDR aktuell **16.05** Hier und heute **18.00** WDR aktuell / Lokalzeit **18.15** Servicezeit **18.45** Aktuelle Stunde **19.30** Lokalzeit **20.00** Tagesschau **20.15** Markt **21.00** Der Haushalts-Check mit Yvonne Willicks **21.45** WDR aktuell **22.10** Die Story. Abgeschottet und gefährlich? Tschetschenische Islamisten in Deutschland **22.55** sport inside **23.25** Schlagerland. Dt. Dokufilm, 2016 **0.55** Der König von Mallorca – Das Phänomen Jürgen Drews **1.40** Unterwegs im Westen

MDR

8.00 Sturm der Liebe **8.50** In aller Freundschaft – Die jungen Ärzte (8) **9.40** Quizduell – Der Olymp **10.30** Elefant, Tiger & Co. **11.00** MDR um elf **11.45** In aller Fr. **12.30** Besser spät als nie. Dt. Drama, 2015 **14.00** MDR um zwei **15.15** Gefragt – Gejagt **16.00** MDR um vier **17.45** MDR aktuell **18.10** Brisant **18.54** Unser Sandmännchen **19.00** MDR Regional **19.30** MDR aktuell **19.50** Tierisch, tierisch **20.15** Exakt **20.45** Exakt – Die Story **21.15** Die Spur der Täter **21.45** aktuell **22.05** Polizeiruf 110. Abwärts. Dt. Krimi mit Claudia Michelsen, 2014 **23.35** Nuhr im Ersten **0.20** Sträters Männerhaushalt **1.05** Lindenstraße **1.35** Exakt

SWR

7.30 Brisant **8.00** Landesschau BW **8.45** In aller Freundschaft **9.30** Alte Gärten auf dem Land. Dt. Dokufilm, 2016 **11.00** Eröffnung Bundesgartenschau Heilbronn **13.00** Meister des Alltags **13.30** So war's! (2) **14.15** Bahnromantik **15.15** Technikgeschichten **16.05** Kaffee oder Tee **18.00** SWR Aktuell Baden-Württemberg **18.15** made in Südwest **18.45** SWR Landesschau BW **19.30** SWR Aktuell Baden-Württemberg **20.00** Tagesschau **20.15** betrifft **21.00** Die Knochen-Docs **21.45** SWR Aktuell Baden-Württemberg **22.00** „mal ehrlich…" **23.00** Rentnercops **23.45** Alles Klara **0.35** Butler Parker **1.00** Okay S.I.R. **1.50** Der Nachtkurier meldet …

Bayern

7.35 Panoramabilder **8.30** Tele-Gym **8.45** Seehund, Puma & Co. **9.35** Elefant, Tiger & Co. **10.25** Wo sind die Schmetterlinge hin? **11.10** Länder – Menschen … **11.55** In aller Freundschaft **12.40** In aller Freundschaft – Die jungen Ärzte **13.30** Pumuckls Abenteuer **14.20** Anna und die Haustiere **14.40** Gefragt – Gejagt **15.30** Schnittgut. Alles aus dem Garten **16.00** Rundschau **16.15** Wir in Bayern **17.30** Abendschau – Der Süden **18.00** Abendschau **18.30** Rundschau **19.00** Stationen **19.30** Dahoam is Dahoam **20.00** Tagesschau **20.15** Münchner Runde **21.00** Kontrovers **21.45** Rundschau Magazin **22.00** Geheimnis Gletscher: Krieg im Eis **22.45** Das Versprechen. Dt./Engl./Dän./Schwed./Holländ. Dokufilm, 2015 **0.25** kinokino. Gerichtsdrama mit dunkler Vergangenheit – „Der Fall Collini"

RTL 2

7.00 Die Kochprofis **8.00** Frauentausch **12.00** Die Geissens **14.00** Die Wollnys – Eine schrecklich große Familie! **15.00** Hilf mir! Jung, pleite … **17.10** Krass Schule – Die jungen Lehrer **18.05** Köln 50667 **19.05** Berlin – Tag & Nacht **20.15** Teenie-Mütter – Wenn Kinder Kinder kriegen **21.15** Hurra – Unser neues Baby ist da! (6) **22.15** Lecker Schmecker Wollny – Silvias beste Schnäppchenrezepte (6) **23.15** Autopsie – Mysteriöse Todesfälle **1.55** Autopsie Spezial: Die letzten Stunden von … (9)

Super RTL

7.30 Caillou **7.50** Peppa Pig **8.00** Dennis & Fletscher – Blämtastisch! **10.30** Sally B. **13.10** Spirit: wild und frei **13.35** Angelo! **14.05** Coop gegen Kat **14.30** Bugs Bunny & Looney Tunes **14.55** Dragons – Auf zu neuen Ufern **15.20** ALVINNN!!! **15.50** Ninjago – Rückkehr der Oni **16.15** Ritter hoch 3 **16.40** Die Nektons – Abenteurer der Tiefe **17.10** Grizzy & die Lemminge **17.35** Spirit: wild und frei **18.05** Bugs Bunny & Looney Tunes **18.40** WOW **19.10** ALVINNN!!! **19.40** Angelo! **20.15** Dr. House **23.00** Die Kinderklinik – Kleine und große Helden **0.00** Comedy total **0.25** Infomercials +

Kabel 1

7.45 Blue Bloods – Crime Scene New York **9.30** Navy CIS: L.A. **10.25** Navy CIS **11.15** Without a Trace . Krimiserie. Gewinner und Verlierer. Mit Anthony LaPaglia **12.15** Numb3rs **13.05** Castle **14.00** The Mentalist **14.55** Navy CIS: L.A. **15.50** News **16.00** Navy CIS **16.55** Abenteuer Leben täglich **17.55** Mein Lokal, Dein Lokal – Der Profi kommt **18.55** Achtung Kontrolle! Wir kümmern uns drum. Visum abgelaufen – Großkontrolle Harburg **20.15** Richie Rich. Amerik. Familienfilm mit Macaulay Culkin. Regie: Donald Petrie, 1994 **22.20** Dennis. Amerik. Komödie, 1993 **0.10** Superman. Amerik./Engl. Sci-Fi-Film, 1978

Vox

7.45 Verklag mich doch! **10.55** Mein Kind, dein Kind **11.55** Shopping Queen **13.00** Zwischen Tüll und Tränen **14.00** Mein Kind, dein Kind – Wie erziehst du denn? **15.00** Shopping Queen **16.00** 4 Hochzeiten und eine Traumreise **17.00** Zwischen Tüll und Tränen **18.00** First Dates – Ein Tisch für zwei **19.00** Das perfekte Dinner. Tag 3: Camilla, Kiel **20.00** Prominent! Magazin **20.15** Magnum P.I. Krimiserie. Alte Bekannte / Fang des Tages **22.00** Law & Order: Special Victims Unit. Krimiserie. Fehlentscheidung / Glasgow-Man **23.50** vox nachrichten **0.10** Medical Detectives

ARD-alpha

8.00 Tele-Gym **8.15** Panoramabilder **9.30** Köhlmeiers Märchen **10.00** Grips Englisch **10.30** alpha-Campus TALKS **11.00** Planet Wissen **12.05** Tagesgespräch **13.00** Fährpassagen **13.45** Wunderwaffe Mikrobiom. Kleine Helfer – Große Wirkung **14.35** W wie Wissen **15.05** Willi wills wissen **15.30** Karen in Action **16.00** Auf einem Platz bei Jesolo **16.30** W wie Wissen **17.00** Hauptsache gesund **17.45** nano **18.15** Planet Wissen **19.15** SMS – Schwanke meets Science **19.30** alpha-Demokratie **20.00** Tagesschau **20.15** Mit dem Zug … durch Irland **21.00** betrifft **21.45** Hessen-Reporter **22.15** alpha-Campus **22.45** Querbeet **23.15** The Day **23.45** Die Tagesschau vor 20 Jahren **0.00** Bob Ross **0.30** Space Night Classics

WELT

Stündlich Nachrichten **5.15** Project Impossible **12.45** Börse am Mittag **13.05** Die Foodtruckerin **14.05** Project Impossible **15.20** WELT Drive **16.10** Albany County Jail – New Yorks härtester Knast (1) **17.00** Albany County Jail – New Yorks härtester Knast (2) **18.15** Börse am Abend **18.25** Auf Leben und Tod **19.10** Welt der Wunder **20.05** Die Waffen der Tiere **21.05** Die Dracheninsel – Königreich der Echsen **22.05** Top Five. Dokureihe **0.05** Countdown zum Weltuntergang **1.35** Gefährliches Universum

ntv

Stündlich Nachrichten **6.05** Teleborse **10.40** Teleborse **12.30** News Spezial **13.10** Teleborse **13.30** News Spezial **14.10** Teleborse **14.30** News Spezial **15.20** Ratgeber – Steuern & Recht **15.40** Teleborse **16.30** News Spezial **17.15** Teleborse **17.30** Klamroths Konter **18.20** Teleborse **18.35** Ratgeber: Geld **19.10** PS **20.15** Schwimmender Luxus – Das Super-Schiff (1) **21.10** Schwimmender Luxus – Das Super-Schiff (2) **22.10** Mega Yachten – Wettkampf der Milliardäre. Dokumentation **23.10** Wolkenkratzer XXL – Dem Himmel so nah (1) **0.10** Wolkenkratzer XXL – Dem Himmel so nah (2)

CNN

7.00 CNN Newsroom **10.30** TalkAsia **11.00** CNN Newsroom **11.30** African Voices **12.00** New Day **13.00** CNN Talk **13.30** World Sport **14.00** News Stream **15.00** First Move with Julia Chatterley **16.00** International Desk **17.00** Connect the World **18.00** The Express **18.30** TalkAsia **19.00** Amanpour **20.00** Hala Gorani Tonight **21.00** Quest Means Business **22.00** The Lead with Jake Tapper **23.00** CNN Today **23.30** World Sport **0.00** CNN Today

Radio am Mittwoch

HÖRSPIEL

20.00 **„Die Gewehre der Frau Carrar" – NDR Kultur** Von Bertolt Brecht, ca. 56 Min.
20.05 **„Paradise Revisited" – BR 2** Von Bodo Traber, ca. 55 Min.

KLASSIK

13.00 **Klassik à la carte – NDR Kultur** „Die Liebe im Ernstfall". Mit Daniela Krien, Schriftstellerin, ca. 60 Min.
19.30 **Musica – NDR Kultur** R. Strauss: Tod und Verklärung, Tondichtung op. 24 (NDR Elbphilharmonie Orchester, Ltg.: Herbert Blomstedt), ca. 30 Min.
20.04 **Konzert – WDR 3** R. Schumann: Sinfonie Nr. 1 B-Dur op. 38 „Frühlingssinfonie"; Sinfonie Nr. 2 C-Dur op. 61 (Staatskapelle Dresden, Leitung: Christian Thielemann), ca. 116 Min.
20.05 **Konzertabend – BR-Klassik** Berwald: Sinfonie Nr. 3 C-Dur „Symphonie singulière"; Berlioz: „Symphonie fantastique" op. 14 (Bamberger Symphoniker, Leitung: Herbert Blomstedt), ca. 115 Min.

JAZZ, POP, ROCK

19.05 **Classic Sounds in Jazz – BR-Klassik** „Saitenklettern II". Mit Aufnahmen von Café des Chansons, Daniel Erdmann's Velvet Revolution, Helmut Zacharias u.a., ca. 55 Min.

FEATURE & MAGAZIN

8.30 **kulturWelt – BR 2** Ein Präsident wie aus dem Märchen. Wladimir Selenski gab im TV den heldenhaften Präsidenten und könnte das Amt nun tatsächlich bekommen. Von Christine Hamel ca. 30 Min.
10.00 **Leute – SWR 1 BW** Zu Gast: Elīna Garanča, Mezzosopranistin, ca. 120 Min.
10.05 **Notizbuch – Gesundheitsgespräch – BR 2** Borreliose & Co. Wie schützt man sich gegen Zecken?, ca. 55 Min.
10.10 **Länderzeit – Deutschlandfunk** Steigende Mieten, niedrige Renten. Droht eine „graue Wohnungsnot„?, ca. 80 Min.
12.05 **Doppelkopf – HR 2** Am Tisch mit Thomas de Maizière, „Politik-Erklärer", ca. 55 Min.
16.05 **Eins zu Eins. Der Talk – BR 2** Zu Gast: Christina Horsten, Journalistin und Autorin, ca. 55 Min.
16.05 **Kulturcafé – HR 2** u.a mit Kenah Cusanit über ihren Debütroman „Babel" (ca.17:10 Uhr), ca. 115 Min.
16.10 **Zu Gast – RBB Kulturradio** Stefan Kölsch, Psychologe und Neurowissenschaftler, ca. 35 Min.
16.35 **Forschung aktuell – Deutschlandfunk** Der Informationsfilter (10/12). Über den Sortier-Mechanismus bei Facebook / Mikroplastik im Nordatlantik. Deutlicher Anstieg seit den 1990ern, ca. 25 Min.
17.05 **Forum – SWR 2** Immer die anderen – Warum brauchen wir Sündenböcke?, ca. 45 Min.
17.35 **Kultur heute – Deutschlandfunk** U.a.: Cinderella und Sinbad – Eine Berliner Ausstellung über arabisch-deutsches Erzählen, ca. 25 Min.
18.05 **Der Tag – HR 2** Notre Dame d'Europe – mehr als eine Kirche, ca. 55 Min.
18.05 **IQ – Wissenschaft und Forschung – BR 2** Schleichendes Gift – Gibt es Alternativen zu PFC-Löschschäumen? / Mysteriöse Lähmungskrankheit – Warum in den USA immer mehr Kinder betroffen sind, ca. 25 Min.
18.30 **Weltzeit – Deutschlandfunk Kultur** EU-Wahl in Bulgarien. Resignation und Hoffnung, ca. 30 Min.
19.30 **Feature – Deutschlandfunk Kultur** „Tricky Dick" Nixon. Die unglaubliche Karriere eines gescheiterten Präsidenten, ca. 30 Min.
20.04 **Musik aus der Region – SR2** Passionsmusik. Werke von Johann Sebastian Bach, Dietrich Buxtehude, Christoph Demantius, John Dowland, Jan Dismas Zelenka, Georg Philipp Telemann, Wolfgang Rihm, Paul Hindemith und Marcel Dupré, ca. 146 Min.
21.05 **Redezeit – NDR Info** Gestresste Familien zwischen Job und Kinderbetreuung – Wie gleichberechtigt sind wir wirklich?, ca. 55 Min.
23.05 **Fazit – Deutschlandfunk Kultur** Filme der Woche: „Van Gogh – An der Schwelle zur Ewigkeit"; „Ayka" / Im Krisengebiet geprobt: Milo Rau inszeniert für Gent „Orestes in Mossul", ca. 55 Min.
0.05 **Neue Musik – Deutschlandfunk Kultur** Festival TIME:SPANS. Burke: „half murmur" für Kammerorchester (Talea Ensemble, Leitung: Jeffrey Means); Shivers: „minimum enclosure" (Talea Ensemble, Leitung: Jeffrey Means); Frey: Streichquartett 3 (Quatuor Bozzini), ca. 55 Min.

LESUNG

8.30 **Am Morgen vorgelesen – NDR Kultur** Amos Oz: „Eine Geschichte von Liebe und Finsternis" (3/12), ca. 30 Min.
9.30 **Lesung – HR 2** Herman Melville: Israel Potters Irrfahrten und Abenteuer (8|17), ca. 30 Min.
14.04 **Fortsetzung folgt – SR2** Franz Kafka: „Das Schloß" (19/36), ca. 56 Min.
20.30 **Lesezeit – Deutschlandfunk** Matthias Nawrat liest aus seinem neuen Roman „Der traurige Gast" (1/2), ca. 30 Min.

„Jede zehnte Feuerwehrstelle ist unbesetzt“

Der Großbrand in Paris wirft die Frage auf, wie gut die Feuerwehren hierzulande gerüstet sind. Leider nicht gut: Vielerorts fehlt dringend benötigtes Personal.

alew./jpen. FRANKFURT, 16. April. Die lodernden Flammen im Dachstuhl der Pariser Kathedrale Notre-Dame haben nicht nur die Menschen in Frankreich schockiert. Wer die Bilder der Einsatzkräfte auf der Seine-Insel gesehen hat, fragt sich, wie gut die Feuerwehren hierzulande ausgestattet sind. Die Antwort fällt bestenfalls durchwachsen aus. Grundsätzlich seien die mehr als einhundert Berufsfeuerwehren auf Großbrände gut vorbereitet, sagte Tobias Thiele, der Sprecher der Deutschen Feuerwehr-Gewerkschaft, der F.A.Z. Die vorhandenen Notfallpläne seien ausreichend, bei Großeinsätzen wie in Paris könnten in kurzer Zeit Einsatzkräfte aus mehreren Kommunen zusammengezogen werden. Doch zugleich gebe es besorgniserregende Missstände. „Jede zehnte bis fünfzehnte Stelle bei den Berufsfeuerwehren ist derzeit unbesetzt“, klagt Thiele, der selbst der Berufsfeuerwehr Wiesbaden angehört. Bei mehr als 30 000 Berufsfeuerwehrleuten in Deutschland ergibt sich eine Lücke von bis zu 3000 Einsatzkräften. Es gebe zwar genügend Bewerber, „doch zu wenige bringen die nötigen Fähigkeiten mit“. Die Personalengpässe führten dazu, dass die vorhandenen Kräfte immer mehr Überstunden anhäuften, was durchaus zu einem Sicherheitsrisiko werden könne. „Das zehrt an der Substanz“, sagte Thiele.

Die Berufsfeuerwehren bestätigen das Problem. „Es gibt keinen Arbeitsmarkt für Feuerwehrleute. Die Kommunen bilden selbst aus, und oft gibt es einfach nicht genug Bewerber“, sagte der Vizepräsident des Deutschen Feuerwehrverbandes Karl-Heinz Knorr. Da die Feuerwehrfahrzeuge heute „rollende Computer“ seien, sei die Arbeit hochkomplex. Sie erfordere zudem große körperliche Leistungsfähigkeit und Stressresistenz. Mehr als 90 Prozent des Bedarfs werde außerdem, gerade im ländlichen Raum, von freiwilligen Feuerwehren gedeckt: „Da gibt es große Unterschiede. Einige Vereine wachsen, andere haben die Untergrenze des Vertretbaren erreicht.“

Kritik äußert die Feuerwehr-Gewerkschaft, die nach eigenen Angaben 7000 Berufsfeuerwehrleute vertritt, auch an der Ausstattung. Regional gebe es große Unterschiede. Während zum Beispiel in Hessen Löschfahrzeuge und Material meist in einem guten Zustand seien, „ist der Fuhrpark in Berlin völlig veraltet“, sagt Gewerkschafter Thiele. In der Pflicht sieht er die Kommunen, die als Träger für die Feuerwehren zuständig sind und ihnen mehr Geld zur Verfügung stellen müssten.

Auch die Bundesregierung hinkt mit der Lieferung von Feuerwehrausstattung hinterher. Es fehlen deutschlandweit 528 Lösch- und Schlauchfahrzeuge, die der Bund im Rahmen des Zivilschutzes zur Verfügung stellen soll. Das geht aus einer Antwort des Bundesinnenministeriums auf eine kleine Anfrage der FDP-Fraktion im Bundestag hervor. Besonders viele Fahrzeuge fehlen in Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen, wo weniger als die Hälfte der eingeplanten Fahrzeuge verfügbar sind. Das Innenministerium sagt dazu, es würden bis Mitte des Jahres 430 Lösch- und Schlauchwagen beschafft. Bisher ist davon aber noch keines ausgeliefert worden.

Für den Katastrophenschutz sind grundsätzlich die Länder zuständig. Als Vorsorge für den Verteidigungsfall ergänzt der Bund aber deren Ausstattung. Um diesen Zivilschutz geht es in der Antwort des Innenministeriums. Damit die Fahrzeuge in Friedenszeiten nicht ungenutzt herumstehen, werden sie aber auch im Alltag von den Feuerwehren genutzt. Die Länder haben bei der Nutzung freie Hand. Ein Sprecher des Bundesinnenministeriums bestätigt, dass es nicht an der Finanzierung scheitere: Der Bundestag habe im vergangenen Jahr für die Haushaltsjahre 2019 bis 2022 „100 Millionen Euro zusätzlich für die ergänzende Ausstattung des Katastrophenschutzes bewilligt“. Das sei ausreichend, um die bis jetzt geplanten Neuanschaffungen zu finanzieren. Auch Feuerwehr-Vertreter Knorr sieht Finanzierungsprobleme eher auf Länder- und Kommunenebene als beim Bund. Dort gebe es große Unterschiede bei den Ausrüstungsstandards, beim Bund hingegen „eher Engpässe bei der Auslieferung der Fahrzeuge als bei den Haushaltsmitteln“.

Die Fähigkeit, Großbrände wie in Paris zu löschen, sieht Knorr durch die Ausstattungsmängel aber nicht gefährdet: „Eine erfolgreiche Bekämpfung eines solchen Brandes setzt wirksame vorbeugende bauliche Maßnahmen, andere Spezialfahrzeuge, zum Beispiel Drehleitern oder Wasserwerfer, und gut ausgebildete Einsatzkräfte voraus, hier geht es nicht primär um die Menge von Löschfahrzeugen oder Schlauchwagen aus dem Zivilschutz.“

Es fehlt der Nachwuchs: *Der Traum, Feuerwehrmann zu werden, hält nicht lange genug an.* Foto ZB

Deutsche Schuldenquote im Sinkflug

Maastricht-Grenze wird unterschritten / Staatliche Zinsausgaben so gering wie zuletzt Ende der sechziger Jahre

mas. BERLIN, 16. April. Bund, Länder und Gemeinden werden in den nächsten Jahren ihre Schuldenlast weiter reduzieren – obwohl die deutsche Finanzpolitik derzeit expansiv ausgerichtet ist. Das geht aus dem neuen Stabilitätsprogramm hervor, das die Bundesregierung an diesem Mittwoch beschließen und anschließend nach Brüssel schicken wird. Nach der aktualisierten Projektion wird der Anteil der Schulden am Bruttoinlandsprodukt in diesem Jahr um 2 Prozentpunkte auf etwas unter 59 Prozent sinken. Er läge damit wieder unter dem Referenzwert des Maastricht-Vertrags zum Schutz des Euros (60 Prozent). Im Zuge der Finanzkrise war die Schuldenquote auf mehr als 80 Prozent gestiegen, seit dem Jahr 2012 geht sie kontinuierlich zurück. In den kommenden Jahren soll das so weitergehen. Für 2023 beziffert sie die Bundesregierung nun auf gut 51 Prozent.

In den kommenden Jahren werden nach der Projektion die Staatsausgaben stärker steigen als die Wirtschaftskraft. Erst im Jahr 2022 soll sich ihr Anstieg dem Potentialwachstum annähern. Der Überschuss im Staatshaushalt fällt nach den neuen Zahlen geringer aus als vor zwölf Monaten gedacht, der Saldo bleibt aber bis zum Ende des Zeithorizonts im Plus. Wie stark Bund, Länder und Gemeinden von den extrem niedrigen Zinsen profitieren, zeigt ein Vergleich. Ende der sechziger Jahre machten die Zinsausgaben der staatlichen Haushalte weniger als 1 Prozent des Bruttoinlandsprodukts aus. Bis Mitte der neunziger Jahre stieg dieser Wert auf 3,5 Prozent. Seitdem fällt er, seit zehn Jahren beschleunigt. Zuletzt lagen die staatlichen Zinsausgaben wieder unter der 1-Prozent-Marke.

Ungeachtet der zuletzt günstigen Entwicklung sieht das Finanzministerium einige Risiken für den Bundeshaushalt. Zu den Herausforderungen, wie diese im Bericht genannt werden, gehören der Klimaschutz, die Finanzierung der zugesagten Verteidigungslasten und die Alterung der Gesellschaft. Bisher stelle sich die demografische Situation noch relativ günstig dar, da geburtenstarke Jahrgänge weiter auf dem Arbeitsmarkt tätig seien.

„Diese Lage wird sich aber mit dem sukzessiven Ausscheiden der Babyboomer aus dem Erwerbsleben ab Mitte der zwanziger Jahre spürbar verändern.“ Das Verhältnis der Bevölkerung im Alter 65 plus zu der im erwerbsfähigen Alter werde sich von rund 33 Prozent im vergangenen Jahr auf knapp 44 Prozent im Jahr 2030 Ende nächsten Jahrzehnts erhöhen. Langfristig werde es dann auf fast 55 Prozent im Jahr 2060 weiter steigen, heißt es in dem Bericht mit Blick auf die aktuelle Projektion des Statistischen Bundesamts. Selbst die erhöhte Zuwanderung werde die fortschreitende Alterung nicht ausgleichen können. Ungeachtet dieser drastischen Veränderung auf dem Arbeitsmarkt trägt Finanzminister Olaf Scholz (SPD) die Pläne von Arbeitsminister Hubertus Heil (ebenfalls SPD) mit, eine Grundrente ohne Bedürftigkeitsprüfung einzuführen. Doch schon so werden die Leistungen des Bundes an die gesetzliche Rentenversicherung den Angaben zufolge weiter wachsen: von etwas mehr als 90 Milliarden Euro im vergangenen Jahr auf mehr als 110 Milliarden Euro im Jahr 2023.

Positiv haben sich nach dem Bericht die öffentlichen Investitionen in Infrastruktur und Bildung entwickelt. Sie seien im vergangenen Jahr um 7,6 Prozent auf 78,9 Milliarden Euro gestiegen. Sie hätten damit ein neues Hoch erreicht, heißt es. Dieser Trend werde mit der expansiveren Finanzpolitik fortgesetzt. *(Streitgespräch zur Schuldengrenze, Seite 19.)*

Warum Bauprojekte in Deutschland so lange dauern

Normenkontrollrat: Gerichtsverfahren sind erhebliches Investitionshemmnis / Vorschlag zur Beschleunigung

hw. BERLIN, 16. April. Der Normenkontrollrat moniert in einem Gutachten die Dauer von Infrastrukturvorhaben. Dass Planungs-, Genehmigungs- und Gerichtsverfahren so lange dauerten, sei ein Grund für die Investitionszurückhaltung, heißt es in dem Papier, das der F.A.Z. vorliegt. Dabei nimmt das beim Bundeskanzleramt angesiedelte unabhängige Gremium Gerichte ins Visier. Der vom Kontrollrat beauftragte Gutachter, der Kieler Anwalt Wolfgang Ewer, beginnt mit einer beklemmenden Bestandsaufnahme: Zu den Ursachen für die lange Verfahrensdauer zählt er das europäische Umweltrecht. Dessen Komplexität habe „in den vergangenen Jahren stark zugenommen“ und werde zudem ständig durch den Europäischen Gerichtshof fortentwickelt. Doch auch die Komplexität der Vorhaben und der „ausufernde Vortrag“ der Streitparteien entfalteten Bremswirkung.

Im europäischen Vergleich dauern deutsche Bauprojekte im Verkehr länger als in anderen Ländern. Hier hat der Gesetzgeber zuletzt mit einem Regelwerk für schnellere Planungs- und Genehmigungsverfahren reagiert. Seit Anfang der neunziger Jahre versuche der Gesetzgeber die Rahmenbedingungen zu verbessern, bemerkt der Normenkontrollrat im Vorwort zum Gutachten, dennoch habe sich die Situation nicht deutlich verbessert. Änderungen beschränkten sich oft auf Rechtswegverkürzungen. Das von der Bundesregierung in der letzten Legislaturperiode verantwortete Gesetz, durch das die Planung beschleunigt werden soll, und die Vorschläge der aktuellen Bundesregierung setzten beim Recht an und dem Verwaltungsverfahren, weniger aber bei den Verwaltungsgerichten.

Bei den Gerichten soll nun das Gutachten ansetzen: Ewer verweist auf ein prägnantes Beispiel: den noch immer nicht abgeschlossenen Zank um Vattenfalls neues Kohlekraftwerk Moorburg. Im Jahr 2006 hatte der schwedische Energieversorger die nötigen immissionsschutz- und wasserrechtlichen Genehmigungen beantragt. Seither haben sich Umweltschützer des BUND per Klage eingeschaltet, das Ober- und Bundesverwaltungsgericht tagten, der Europäische Gerichtshof wurde angerufen, wartete dann noch auf eine andere Entscheidung, kürzlich verschickte das Bundesverwaltungsgericht den Streit wieder ans Oberverwaltungsgericht – zur „neuen Runde“, wie die Presseabteilung des Bundesgerichts schrieb. Ähnlich intensiv zankte man um die Elbvertiefung: Das diesen Streit abschließende Urteil sei 259 Seiten lang, illustriert Ewer.

Die Lösungsvorschläge des Juristen basieren auch auf Interviews und Workshop-Erkenntnissen und sind teils prozessrechtlich komplex, lassen sich aber auf einen Grundsatz herunterbrechen: Das Verfahren soll künftig nicht so schnell zum Stehen kommen, wenn etwa ein Umweltverband Einwände geltend macht. Das betrifft etwa den einstweiligen Rechtsschutz, mit dem also Gerichte ein Vorhaben vorübergehend stoppen können, wenn die Erfolgsaussichten unklar sind. Künftig sollen Baumaßnahmen trotz Einwänden und bei offener Prognose des Rechtsstreits erst einmal weitergehen können, wenn es um „reversible oder reparable Maßnahmen“ geht. Die Streitparteien sollen sich früh persönlich auseinandersetzen müssen und nicht zuerst monatelang dicke Schriftsätze wechseln. Behörden sollen stärker beeinflussen dürfen, wie das Gericht die Gutachter auswählt. Gerichten empfiehlt Ewer, länderübergreifende Senate zu bilden, damit sich Erfahrungswissen ansammeln kann. Die Verwaltungsgerichtsordnung soll Behörden künftig zwingen, Akten elektronisch einzureichen – damit die Aktenschlepperei aufhört und die Juristen nach Schlagworten suchen können.

Am Donnerstag wird das Gremium das 200 Seiten starke Gutachten der Bundesjustizministerin Katarina Barley (SPD) übergeben. Die Bundesregierung sollte vom Befund wenig überrascht sein: Schon vor zwei Jahren hatte das Bundesverkehrsministerium unter anderem Gerichtsverfahren als Bremsklötze ausgemacht.

Frankfurter Allgemeine
ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Neue Regeln, alte Lasten

Von Werner Mussler

Kurz vor Toresschluss hat das Europaparlament das komplizierte Regelwerk verabschiedet, das die Bankenregulierung verschärft. Die Vorgaben des Baseler Ausschusses für Bankenaufsicht werden so halbwegs zügig in europäisches Recht übertragen. Die neuen Regeln machen die Banken etwas sicherer und das Finanzsystem etwas stabiler. Deshalb ist es gut, dass sie in trockenen Tüchern sind. Die deutschen Reaktionen auf den Parlamentsbeschluss stellen auf die Vorschriften zur Verhältnismäßigkeit ab, welche die Sparkassen und Genossenschaftsbanken bürokratisch entlastet und von einigen Regulierungen ausnimmt. Das mag für diese Institute erfreulich sein, lenkt aber davon ab, dass der Kern der neuen Vorschriften in höheren Kapitalanforderungen liegt. Diese sollten im Idealfall nicht nur die Risikoanfälligkeit der Banken reduzieren, sondern auch garantieren, dass die Gläubigerbeteiligung bei einer Bankenabwicklung funktioniert. Ob die neuen Regeln zur Vorbeugung einer neuen Finanzkrise ausreichen, steht in den Sternen. Fest steht nur, dass die Altlasten der vergangenen Krise immer noch nicht vollständig abgebaut sind. Faule Kredite lösen sich durch neue Regeln nicht in Luft auf.

Entschädigungsfrei

Von Heike Göbel

Die Grünen polieren ihr Image als linke Partei auf. Die beiden Bundesvorsitzenden werfen sich die Bälle zu. Nachdem Robert Habeck sich aufgeschlossen für die Enteignung von Immobilieneigentümern als letztem Mittel gegen Wohnungsnot gezeigt hat, geht Annalena Baerbock weiter. Für sie ist die Enteignung der Besitzer von Kohlekraftwerken, noch dazu entschädigungslos, das erste Mittel. Die „weitestgehend entschädigungsfreie Stilllegung“ von Kohlemeilern ist Teil eines Zehn-Punkte-Plans für den Kohleausstieg, für den die Grünen-Chefin wirbt. Das glaubt sie bequem tun zu können, weil ihre Partei im Bund und an den Kohlestandorten keine Verantwortung trägt. Doch mit dem Fundament der Marktwirtschaft spielt man in diesem Land nicht ohne Risiko. Die große Mehrheit der Bürger hat ein gutes Gespür dafür, dass Rechtssicherheit und Eigentumsschutz wichtige Voraussetzungen für starke Unternehmen sind. Auch dem Klimaanliegen schaden die Grünen, wenn sie Vertrauensschutz für Kraftwerkseigentümer für entbehrlich halten. Die heute umworbenen Geldgeber für Windstrom oder Batterien werden sich fragen, ob ihr Investment morgen eigentlich noch sicher vor staatlichem Zugriff ist.

Die neue Ostalgie

Von Julia Löhr

Es ist eine Mischung aus Erinnerungen und Enttäuschungen, die sich derzeit durch die öffentliche Debatte in Ostdeutschland zieht. Als die SPD kürzlich zu ihrem „Ostkonvent“ nach Erfurt lud, schwärmte Parteichefin Andrea Nahles von den vielen Kitaplätzen und Polikliniken, die es zu Zeiten der DDR gab. Der Trabi ist in den Augen mancher Sozialdemokraten nicht länger Symbol einer staatlichen Mangelwirtschaft, sondern steht für Zuverlässigkeit. In Berlin fordern derweil Linke und Grüne die Enteignung privater Wohnungsunternehmen – als wäre die Welt nicht eine viel bessere, als Wohnungen noch Staatseigentum waren? Auch in sogenannten Erzählsalons leben die alten Zeiten wieder auf. Wirtschaftsgrößen und Politiker aus der DDR erzählen dort Geschichten des Umbruchs. Und freuen sich, dass ihnen bald dreißig Jahre nach dem Mauerfall endlich mal jemand zuhört.

Woher kommt diese neue Ostalgie? Und vor allem: Wo führt sie hin? Zunächst einmal zu drei Landtagswahlen. Sowohl in Brandenburg, Sachsen als auch in Thüringen wird im Herbst gewählt. In allen drei Bundesländern kommt die AfD derzeit in Umfragen auf knapp 20 Prozent oder mehr. Die allgemeine Unzufriedenheit rührt nicht zuletzt aus der Abwicklung der DDR-Betriebe durch die Treuhand, die viele Menschen in der Rückschau wie eine feindliche Übernahme empfinden. CDU und SPD versuchen schon lange nicht mehr, solche Vorwürfe mit sachlichen Argumenten zu entkräften. Zu emotional ist die Debatte. Zuhören lautet das Gebot der Stunde, gefolgt von: Geld versprechen.

Dabei wird die Wirtschaft im Osten oft schlechter geredet als sie ist. Zwar stimmt es, dass das Pro-Kopf-Einkommen in den östlichen Bundesländern ohne Berlin ein Drittel unter dem Niveau der übrigen Länder liegt. Auch gibt es viele gering bezahlte Arbeitsplätze, etwa in der Logistikbranche. Und ja, auch die Zentrale eines Dax-Konzerns fehlt. Aber es wird durchaus investiert. Porsche hat kürzlich die inzwischen fünfte Werkserweiterung in Leipzig beschlossen, Bosch baut in Dresden für mehr als eine Milliarde Euro eine Halbleiterfabrik. In Erfurt wiederum sollen bald Batterien für die Elektroautos von BMW entstehen. Nicht zu vergessen der Tourismus: Innerhalb Deutschlands hat Mecklenburg-Vorpommern Bayern als beliebtestes Reiseziel abgelöst. Es war nicht alles schlecht in der DDR. Es ist aber auch heute nicht alles schlecht.

Doch es gibt ein ernstzunehmendes Problem, um das es in all diesen Gesprächsrunden erstaunlich selten geht: der demografische Wandel. Seit 1990 haben im Saldo mehr als eine Million Menschen Ostdeutschland verlassen. Es waren vor allem die Jungen, die in den Westen gingen. Nicht nur sie fehlen jetzt, sondern auch ihre Kinder. Das führt dazu, dass der Fachkräftemangel die wirtschaftliche Entwicklung im Osten noch stärker bremsen wird als andernorts. Allein in Sachsen werden einer Studie des Ifo-Instituts zufolge bis 2030 mehr als ein Drittel der 1,6 Millionen Beschäftigten in den Ruhestand gehen. Für jede vierte frei werdende Stelle wird es mutmaßlich keinen Nachfolger geben. Besonders betroffen ist der öffentliche Dienst, wo die Mitarbeiter noch älter und die Bewerber noch rarer sind. Angesichts dessen verwundert es umso mehr, dass die Bundesregierung nun als Ersatz für die durch den Kohleausstieg wegfallenden Arbeitsplätze die Ansiedlung von Behörden verspricht.

> Im Osten fehlt es nicht so sehr an Arbeitsplätzen, sondern vor allem an Arbeitskräften.

Es mangelt in den östlichen Bundesländern nicht so sehr an Arbeitsplätzen, sondern vielmehr an Arbeitskräften. Auf Rügen suchen Hoteliers händeringend Köche – mangels einheimischen Bewerbern mittlerweile oft auch in Polen. Krankenhäuser decken ihren Bedarf an Ärzten und Pflegern häufig ebenfalls weiter östlich. Zwar kommen junge Menschen aus ganz Deutschland zum Studieren gerne in den Osten, schließlich sind die Lebenshaltungskosten dort um einiges günstiger. Nach dem Abschluss, das zeigen Umfragen, wollen die meisten aber auch schnell wieder weg.

Natürlich gibt es Ausnahmen. Unter Kreativen erfreuen sich Leipzig und Halle großer Beliebtheit, IT-Fachkräfte zieht es nach Dresden oder Jena. In der Medizintechnik hat sich Greifswald einen Namen gemacht, Cottbus in der Energieforschung. Doch anstatt diese regionalen Zentren zu stärken, sie noch attraktiver für Zuzügler und Unternehmen zu machen, verspricht die Politik unverdrossen Aufschwung für alle. Als kürzlich das Institut für Wirtschaftsforschung aus Halle wegen der noch immer geringeren Produktivität ostdeutscher Betriebe empfahl, die öffentlichen Fördermittel doch auf die Städte zu konzentrieren, weil sich dort Forscher und Unternehmen am besten vernetzen könnten, traf die Ökonomen nicht nur der Zorn der Menschen auf dem Land, sondern auch der versammelten Ministerpräsidenten.

Mit diesem reflexhaften Verdammen jeglicher Vorschläge von außen mag die Politik vielleicht im Herbst bei den Wählern punkten. Auf lange Sicht aber tut sie sich damit keinen Gefallen. Wenn die SPD nun verspricht, den Osten zum deutschen Technikmekka zu machen („Vorsprung Ost“), dann weckt sie damit Erwartungen, die sich schwerlich erfüllen lassen. Und die in einigen Jahren nur zu einer noch größeren Enttäuschung führen können.

Aufwand und Ertrag
Seit der Krise arbeitet die EU an der Regulierung der Finanzmärkte. Jetzt ist sie fertig. Vorläufig. Seite 18

Versuch und Wahrheit
Der türkische Finanzminister hat versucht, Optimismus zu verbreiten. Es gelang ihm nicht. Seite 22

Hoch und runter
Die Lufthansa verbucht ein großes Minus. Das liegt vor allem an der Konkurrenz. Seite 24

Neue Regeln für Europas Banken

Das Europaparlament billigt das Bankenpaket. Eine übermäßige Verschuldung der Institute soll verhindert werden.

wmu. BRÜSSEL, 16. April. Seit Ausbruch der Finanzkrise vor gut zehn Jahren war die EU fast dauernd damit beschäftigt, die Regulierung der Finanzmärkte zu verschärfen und zu verfeinern. Dieser Prozess ist jetzt zu einem vorläufigen Abschluss gekommen. Das Europaparlament hat in seiner letzten Sitzungswoche vor der Europawahl am Dienstag in Straßburg das sogenannte Bankenpaket gebilligt. Es beruht auf einem Kompromiss, den die Unterhändler von Parlament und Mitgliedstaaten im Dezember 2018 ausgehandelt hatten. Bundesbank-Vorstandsmitglied Joachim Wuermeling nannte das Paket eine „angemessene Antwort auf die Probleme der Finanzkrise".

Das Paket enthält Änderungen an vier bestehenden Gesetzen, welche die Kapitalunterlegung von Banken (CRR/CRD) sowie die Bankenabwicklung (Abwicklungsrichtlinie und Verordnung über den Abwicklungsmechanismus SRM) betreffen. Äußerer Anlass der Gesetzesnovelle ist, dass Vorgaben des Baseler Ausschusses für Bankenaufsicht in europäisches Recht übertragen werden müssen. Hinzu kommt das Regulierungsziel, Bankenrisiken zu senken. Schließlich soll das Paket für mehr „Verhältnismäßigkeit" sorgen. Damit ist gemeint, dass die Regulierungsanforderungen für kleine, nicht als systemrelevant geltende Institute geringer sind als jene für global agierende Großbanken.

Diese beiden Punkte gehen nicht zuletzt auf deutsche Forderungen zurück. Die Bundesregierung hatte in den jahrelangen Diskussionen über die Bankenunion darauf gedrungen, dass mögliche Vergemeinschaftungen von Bankenrisiken – etwa eine gemeinsame Einlagensicherung – erst in den Blick genommen werden, wenn die Risiken gesenkt werden. Mehr Verhältnismäßigkeit hatten vor allem die deutschen Sparkassen und Volks- und Raiffeisenbanken gefordert.

Direkt aus den Baseler Vorgaben abgeleitet ist die verbindliche Mindestanforderung für die ungewichtete Eigenmittelquote (Leverage Ratio) von drei Prozent des Geschäftsvolumens. Der Schuldenhebel wird also auf das 33-Fache des Eigenkapitals begrenzt. Damit soll eine übermäßige Verschuldung der Banken verhindert werden. Die Quote ergänzt die bestehenden risikobasierten Eigenkapitalanforderungen. Ausnahmen von den Baseler Vorgaben gelten für staatlich garantierte Exportkredite, Darlehen staatlicher Förderbanken etwa für die Mittelstandsförderung und traditionelle Verbriefungen. In europäisches Recht übertragen werden ferner die Baseler Standards (TLAC/MREL) zur Definition von Kapital, das die Großbanken vorhalten müssen und auf das bei einer Gläubigerbeteiligung („Bail-in") zugegriffen werden kann. Dieses Kapital soll dafür sorgen, dass eine Bankenabwicklung möglichst ohne Beteiligung der Steuerzahler durchgeführt werden kann.

Erstmals werden über die Novelle „kleine und nicht komplexe Institute" definiert, für die Ausnahmen von den strengen Vorschriften gelten. Ihre Bilanzsumme muss in den vier vorangegangenen Jahren unter fünf Milliarden Euro gelegen haben. Für diese Banken sind vor allem Erleichterungen von den Melde- und Offenlegungspflichten vorgesehen. Bundesbank-Vorstand Wuermeling sagte, es gehe in der Verhältnismäßigkeits-Diskussion nicht darum, die Kapital- und Liquiditätsanforderungen für kleine Banken zu senken. Diese seien für sie ohnehin kein Problem. Vielmehr sollten ihre „operativen Lasten" gesenkt werden.

Der SPD-Abgeordnete Peter Simon hob die doppelte Zielrichtung des neuen Gesetzespakets hervor. Systemrelevante Banken müssten künftig mehr Eigenkapital zur Verlustabdeckung bereitstellen, sich stabiler refinanzieren und ihre Verschuldung begrenzen. Gleichzeitig würden kleine und risikoarme Banken bürokratisch endlich deutlich entlastet. Der CSU-Abgeordnete Markus Ferber sagte, das Privatkunden- und Mittelstandsgeschäft von Sparkassen- und Genossenschaftsbanken sei viel risikoärmer als der Eigenhandel mit Derivaten in Großbanken. Das müsse sich auch in der Regulierung widerspiegeln.

Für die Deutsche Kreditwirtschaft (DK), die Dachorganisation der deutschen Institute, sagte der Hauptgeschäftsführer des Bankenverbandes, Christian Ossig, das Paket berücksichtige die Heterogenität des europäischen Bankensektors und trage den Besonderheiten deutscher Institute in wesentlichen Bereichen Rechnung. Ossig beklagte aber, dass es in Europa weiterhin keinen Banken-Binnenmarkt gebe. Ähnlich äußerte sich der Chef der Deutschen Bank, Christian Sewing. Ein internationaler Investor, der Anleihen aus Spanien, Frankreich und Deutschland kaufen wolle, müsse immer noch drei unterschiedliche Wertpapier- und Insolvenzregelwerke prüfen, schrieb Sewing im „Handelsblatt". „Wir sollten nicht vergessen, wie schnell sich in der Finanzkrise 2008 viele Auslandsbanken zurückzogen, während die einheimischen Häuser ihr Kreditangebot weitgehend aufrechterhielten." Es sei ein großer Erfolg, dass die Bankenunion in Europa auf den Weg gebracht worden sei. „Aber sie ist nicht vollendet, und es bedarf zusätzlich einer Kapitalmarktunion." Die beiden jetzt geänderten Verordnungen treten in zwei Jahren in Kraft. Die Eigenkapitalrichtlinie und Bankenabwicklungsrichtlinie müssen die Mitgliedstaaten binnen 18 Monaten in nationales Recht übertragen. Mit der Verabschiedung des Bankenpakets dürfte sich die Diskussion über die Einführung einer gemeinsamen Einlagensicherung allmählich wieder beleben. Derzeit arbeitet eine Arbeitsgruppe der Eurostaaten unter Vorsitz von Finanzstaatssekretär Jörg Kukies und seines spanischen Amtskollegen an einem Bericht, in dem bis zum Juni Grundsätze zum weiteren Umgang mit dem schon 2015 vorgelegten Vorschlag der EU-Kommission zur Einlagensicherung festgelegt werden sollen. Laut EU-Beamten kommt in die Diskussion langsam wieder Bewegung.

Bankentürme in Frankfurt: *Der Steuerzahler soll im Falle von Insolvenzen nicht mehr einspringen müssen.* Foto AP

EU-Parlament beschließt besseren Schutz für Hinweisgeber

Unternehmen müssen internen Meldekanal einrichten

hmk. BRÜSSEL, 16. April. Die Europäische Union zieht die Konsequenzen aus Affären wie dem Diesel-Skandal, Luxleaks oder den Panama-Papieren zur Steuerhinterziehung: Wer in einem Unternehmen oder gegenüber den Behörden auf Missstände wie Steuerbetrug, Verstöße gegen Umweltschutzregeln oder Korruption hinweist, ist in der EU künftig besser geschützt. Das hat das Europäische Parlament am Dienstag in Straßburg mit 591 Stimmen zu 29 Gegenstimmen beschlossen. Sogenannte Whistleblower können demnach selbst wählen, ob sie einen Missstand zunächst innerhalb eines Unternehmens melden oder sich gleich an eine externe Stelle wenden. Direkte Hinweise an die Medien sind nur geschützt, wenn der Informant Vergeltung fürchten muss, sein Hinweis unbeachtet bleibt oder es ein großes öffentliches Interesse gibt.

Bisher garantieren nur zehn EU-Staaten Hinweisgebern einen vergleichbaren Schutz, darunter Italien, Großbritannien oder Frankreich. Deutschland gehört nicht dazu. Die Kommission hatte deshalb 2018 die nun beschlossene Reform vorgeschlagen. Viele Missstände würden nur dank mutiger Menschen, die ihre Zukunft aufs Spiel setzten, bekannt, sagte die SPD-Europaabgeordnete Sylvia-Yvonne Kaufmann nach dem Votum. Bisher wagten diesen Schritt aber längst nicht alle, weil die Folgen ungewiss seien. Um die Hemmschwelle für Informanten so niedrig wie möglich zu halten, sei es wichtig, dass sie frei wählen könnten, an wen sie sich wendeten. „Wer Skandale aufdeckt, ist kein Krimineller, sondern ein Held", sagte die Abgeordnete, Julia Reda, die vor Kurzem aus der Piratenpartei ausgetreten ist. Der Schutz für Hinweisgeber sei ein großer Erfolg im Kampf für die Wahrheit. Die zuständige EU-Justizkommissarin Vera Jourová rief die Mitgliedstaaten dazu auf, die Regeln nun so schnell wie möglich umzusetzen.

Die Richtlinie verpflichtet Unternehmen, einen internen Meldekanal einzurichten. Die Mitgliedstaaten müssen zudem eine externe öffentliche Stelle schaffen, an die sich Whistleblower wenden können. Sie müssen diesen zudem Informationen über die Meldekanäle sowie Rechtshilfe und finanzielle und psychologische Unterstützung in einem Prozess anbieten. Geschützt sind nicht nur Arbeitnehmer, sondern auch Praktikanten, Bewerber oder ehemalige Arbeitnehmer. Vergeltung des Arbeitgebers, wie eine Degradierung oder Kündigung, wird unter Strafe gestellt. Der Schutz bezieht sich auf Verstöße gegen bestimmte, klar definierte Gesetze der Europäischen Union. Dazu gehört Steuerbetrug, Geldwäsche, die nicht rechtmäßige Vergabe öffentlicher Aufträge oder Verstöße gegen Datenschutz- oder Umweltschutzbestimmungen. Die Mitgliedstaaten können den Schutz aber auch noch auf andere Gesetze ausweiten.

Nach dem Parlament muss noch der Ministerrat, das Gremium der EU-Staaten, die neuen Regeln für Hinweisgeber offiziell annehmen. Da sich beide Institutionen im Vorfeld aber auf eine gemeinsame Linie geeinigt hatten, ist das nur Formsache. Die Mitgliedstaaten haben anschließend zwei Jahre Zeit, um die Richtlinie in nationales Recht umzusetzen.

SPD gegen Spahns Kassen-Pläne

Auch AOK gegen bundesweite Öffnung regionaler Kassen

BERLIN, 16. April (dpa). Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) bekommt für seine Pläne zu einer bundesweiten Öffnung regional begrenzter Krankenkassen zusehends Widerstand in der Koalition. „Wir werden das so nicht mitmachen", sagte SPD-Fraktionsvize Karl Lauterbach. „Das brächte eine Verschlechterung der Versorgung." Es habe keinen Sinn, nur ein bundesweites Kassensystem zu haben. Gebraucht würden mehr regionaler Wettbewerb und regionale Versorgung. Spahn will gesetzliche Regionalbegrenzungen streichen, die bisher für Allgemeine Ortskrankenkassen (AOK), bestimmte Betriebskrankenkassen und Innungskrankenkassen gelten. Dies soll den Wettbewerb unter den Kassen erweitern. So sollen sich Kunden aus ganz Deutschland für Kassen entscheiden können, die wegen günstiger regionaler Bedingungen einen unterdurchschnittlichen Zusatzbeitrag anbieten.

Außer von der SPD kommt auch von der CSU und den AOKs Widerstand gegen die Pläne. Sie führten nicht zu einer besseren Versorgung, sondern zu einem „einseitigen Fokus auf den Preiswettbewerb", erklärte der AOK-Bundesverband am Dienstag in Berlin. Den Wettbewerb um den günstigsten Beitragssatz zu fördern, interessiere vor allem junge und gesunde Versicherte. Dies habe aber keinen Mehrwert etwa für chronisch Kranke, die auf Angebote vor Ort angewiesen seien. Zudem könne nicht jeder Vertrag etwa für Hausarztmodelle einfach von einer Region in andere übertragen werden.

RECHT UND STEUERN

IHK muss nicht austreten

Die IHK Nord Westfalen muss nicht aus dem Deutschen Industrie- und Handelskammertag austreten. Das hat das Oberverwaltungsgericht Nordrhein-Westfalen am Freitag entschieden. Geklagt hatte ein Unternehmen aus Münster. Ihm gingen die allgemeinpolitischen Äußerungen des Deutschen Industrie- und Handelskammertags (DIHK) zu weit, die Positionen zu Fragen der Umwelt- und Klimapolitik seien einseitig. Allerdings war die Mitgliedschaft des Unternehmens als Gewerbebetrieb in der IHK zwingend. Zwar kann ein Kammermitglied den Austritt seiner Kammer aus dem Dachverband unter bestimmten Voraussetzungen verlangen, wie das Bundesverwaltungsgericht vor zwei Jahren in dem Fall entschied. Allerdings lägen die Voraussetzungen hier nicht vor, entschieden die Richter. Der DIHK habe durch Satzungsänderung eine Möglichkeit geschaffen, Kompetenzüberschreitungen zu unterbinden (Az.: 16 A 1499/09). hw.

Enteignung bei Landkarten

Eine Behörde darf eine urheberrechtlich geschützte Landkarte – wie etwa von Google Maps – nicht unentgeltlich im Internet veröffentlichen, auch wenn dies im Rahmen einer baurechtlichen Bekanntmachung geschieht. Das hat das Oberlandesgericht Zweibrücken entschieden. Die beklagte Behörde war gemäß § 4a Baugesetzbuch zwar verpflichtet, die von einem Planungsbüro eingereichten Unterlagen im Internet einzustellen. Diese Vorschrift rechtfertige es aber nicht, den nicht für amtliche Zwecke erstellten, urheberrechtlich geschützten Kartenausschnitt „zu amtlichen Äußerungen ‚umzuwidmen' und auf diese Weise eine nachträgliche ‚Enteignung' privater Urheber im Wege einer Art von vergütungsloser Zwangslizenz herbeizuführen", argumentierten die Richter. Die Behörde habe sich auch nicht privater Schöpfer bedient, da das Kartenmaterial nicht im öffentlichen Auftrag, sondern zu gewerblichen Zwecken geschaffen wurde (Az.: 4 U 37/18). hw.

Das Kartellrecht wird europäischer

Europäischer Gerichtshof schließt Lücken auch beim Schadenersatz

FRANKFURT, 16. April. Kartellbußen können empfindlich hoch sein, ob sie nun von der Europäischen Kommission oder auch von den nationalen Kartellbehörden verhängt werden. Bis vor knapp zwei Jahren jedoch konnte man der drohenden Geldbuße durch eine deutsche Kartellbehörde noch auf völlig legale Weise durch eine konzerninterne Umstrukturierung entgehen. Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat im Fall Skanska nun in einer ähnlichen Konstellation über Schadenersatz geurteilt.

Im Bußgeldverfahren funktionierte das so: Die kartellbeteiligte Gesellschaft wurde während des Verfahrens zum Verschwinden gebracht, und da nach deutschem Ordnungswidrigkeitenrecht nur sie als Rechtsträgerin hätte belangt werden können, musste das Verfahren eingestellt werden. Das funktionierte vor deutschen Kartellbehörden selbst bei einem Verstoß gegen das europäische Kartellverbot. Die Sanktionsmöglichkeiten der Europäischen Kommission dagegen reichten weiter, da sie mit dem wirtschaftlich geprägten europäischen Unternehmensbegriff auch auf andere Konzerngesellschaften wie etwa die Muttergesellschaft eines Kartellanten vorgehen konnte.

Die unbefriedigenden Ergebnisse unter deutschem Recht und die scharfe Diskrepanz zum europäischen Recht waren nicht hinzunehmen. Sie wurden im Sommer 2017 durch die 9. Novelle des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen beseitigt – allerdings nicht durch exakte Übernahme der europäischen Unternehmenshaftung, sondern durch entsprechende Erweiterung der Rechtsträgerhaftung. Die Reform beschränkte sich jedoch nicht auf die Annäherung des deutschen Bußgeldrechts an das europäische Recht. Sie setzte auch die europäische Schadenersatzrichtlinie in deutsches Recht um und erleichterte damit den Kartellgeschädigten, von Kartellanten Schadenersatz zu erlangen: Der sogenannte „Rechtsverletzer" ist zum Ersatz des aus dem kartellrechtlichen Verstoß entstehenden Schadens verpflichtet.

Wer allerdings haftet, wenn der Rechtsverletzer zum Zeitpunkt der Anspruchserhebung angesichts einer vorangegangenen konzerninternen Umstrukturierung gar nicht mehr existiert, wird – anders als bei der neuen Bußgeldregelung – nicht geregelt. Diese offene Frage wurde jetzt durch den Europäischen Gerichtshof auf entsprechendes Vorabentscheidungsersuchen des finnischen Obersten Gerichtshofs in der Sache Skanska entschieden (Az.: C-724/17). Die Mitglieder eines Asphaltkartells hatten gegen das finnische und das europäische Kartellverbot verstoßen. Eine Gebietskörperschaft hatte die jeweilige Muttergesellschaft von drei längst liquidierten Kartellanten verklagt. Das finnische Recht sah – ähnlich wie das deutsche – eine Rechtsträgerhaftung vor, so dass die Klägerin keinen Schadenersatz hätte erlangen können. Damit stellte sich die Frage, ob dies mit europäischem Recht vereinbar war.

Der Gerichtshofs verneinte erwartungsgemäß, mit überraschender Begründung. Die Richter verlangten nicht etwa eine Anpassung des auf die Passivlegitimation anzuwendenden finnischen Rechts an die europäische Praxis. Sie leiteten diese vielmehr direkt aus dem europäischen Kartellverbot ab, wie es hinsichtlich seiner Reichweite im Bußgeldbereich entwickelt wurde – also aus der autonom für das Unionsrecht entwickelten Verantwortlichkeit von „Unternehmen". Verdrängt Europarecht damit das mitgliedstaatliche Privatrecht? Wo sind die Grenzen? Mehr noch: Verdrängt Europarecht dann nicht auch das strafrechtsähnliche nationale Ordnungswidrigkeitenrecht, so dass es der letzten Novellierung des deutschen Bußgeldrechts womöglich gar nicht bedurft hätte?

Selbst wenn man die Entscheidung des EuGH nur auf die Forderung einer einheitlichen Anwendung des europäischen Unternehmensbegriffs verkürzte, dann müsste dieses zumindest für das Bußgeldrecht zurückgewiesen werden. Wer zum „Unternehmen" zählt, beruht im europäischen Recht nicht zuletzt auf Vermutungen, die sich aus Beteiligungsverhältnissen ergeben können und aus praktischer Sicht kaum zu widerlegen sind. Vor solchen hat der deutsche Gesetzgeber angesichts des verfassungsrechtlich vorgegebenen Schuldprinzips bei der Angleichung des deutschen an das europäische Bußgeldrecht zu Recht Abstand genommen.

HANS JÜRGEN MEYER-LINDEMANN

Der Autor ist Partner bei Dechert.

Skanska: *Ein Asphaltkartell führte zum Grundsatzurteil.* Foto Reuters

Wie saniert Deutschland?

Richtlinie schafft Wettbewerb der Rechtsordnungen

ACHERN, 16. April. Am 28. März hat das EU-Parlament den Weg für das vorinsolvenzliche Sanierungsverfahren freigemacht. Deutschen Unternehmen steht damit – wenn die EU-Richtlinie in nationales Recht umgesetzt ist – spätestens im Jahr 2021 eine Option zur Verfügung, mit der sie sich frühzeitig und ohne ein gerichtliches Insolvenzverfahren sanieren können – auch gegen den Willen einzelner Gläubiger.

Vor rund sieben Jahren wurde das deutsche Unternehmensinsolvenzrecht reformiert. Im Zuge dieser Reform war bereits über ein mögliches vorinsolvenzliches Sanierungsverfahren diskutiert worden. Der deutsche Gesetzgeber entschied sich letztlich dagegen. Durch die EU-Richtlinie wird er jetzt nicht umhinkommen, das Verfahren bis 2021 auch im deutschen Recht einzuführen. Die EU-Mitgliedstaaten können die Richtlinie an vielen Punkten individuell gestalten. Auf deutsche Unternehmen kommen neben einer weiteren Sanierungsoption zahlreiche weitere Neuerungen zu.

So können sich bestandsfähige Unternehmen und Unternehmer, die in finanziellen Schwierigkeiten sind, bis zu vier Monate vor Gläubigerzugriffen schützen, um eine einvernehmliche Sanierungslösung auszuarbeiten. Ein solches Moratorium kann im Nachgang unter bestimmten Voraussetzungen auch gerichtlich verlängert werden. Allerdings kann jeder Mitgliedstaat festlegen, dass ein Unternehmen während des vorinsolvenzlichen Verfahrens weiterhin verpflichtet ist, einen Insolvenzantrag zu stellen, wenn die Zahlungsunfähigkeit eintritt.

Es ist davon auszugehen, dass in Deutschland die Antragspflicht auch mit dem neuen Verfahren bestehen bleibt. Das würde gleichwohl seine Attraktivität schmälern: Denn das vorinsolvenzliche Sanierungsverfahren wäre schlicht nicht durchführbar, wenn Zahlungsunfähigkeit besteht oder während des Verfahrens eintritt. Dies entspricht allerdings der gläubigerfreundlichen Ausrichtung des deutschen Insolvenzrechts und beugt Missbrauch vor. Abzuwarten bleibt, ob der deutsche Gesetzgeber den Zugang zum Verfahren von einem Rentabilitätstest abhängig machen wird.

Herzstück der Richtlinie ist der Restrukturierungsplan. In ihm kann das Unternehmen in der Krise flexibel die anvisierten Sanierungsmaßnahmen festlegen. In diesem Rahmen ist eine Restrukturierung auch gegen den Willen einzelner Gläubiger oder Gläubigergruppen möglich. Bisher war eine solche Bindung von Gläubigerminderheiten außerhalb des Insolvenz(plan)verfahrens lediglich im Schuldverschreibungsgesetz vorgesehen.

Ein Überstimmen einzelner Gläubigergruppen kann in bestimmten Fällen sinnvoll sein, um Sanierungshindernisse zu beseitigen – etwa, wenn sogenannte Akkordstörer Forderungen erwerben, um Einfluss auf die Sanierung zu nehmen oder diese sogar zu verhindern. Die EU-Richtlinie sieht gleichwohl vor, dass ein allgemeines Aussetzen von Durchsetzungsmaßnahmen oder das Überstimmen von Gläubiger(gruppen) nur dann möglich ist, wenn ein Gericht zugestimmt hat. Über die Schutzmechanismen, die hier zum Zuge kommen, können die Gesetzgeber in den einzelnen EU-Staaten auf Grundlage der Richtlinie entscheiden.

Es zeigt sich, dass die Richtlinie kein einheitliches vorinsolvenzliches Sanierungsverfahren für die EU schafft – auch wenn dessen Grundzüge in allen Mitgliedstaaten identisch sind. Die Rechtsordnungen innerhalb der EU werden weiterhin im Wettbewerb zueinanderstehen. Es ist sogar wahrscheinlich, dass durch die individuelle Umsetzung in die nationalen Rechte das sogenannte Forum Shopping gefördert anstatt beendet wird: Dass sich also Beteiligte das Rechtssystem aussuchen, das für ihre Belange den besten Rahmen bietet.

Nach der Zustimmung durch das EU-Parlament ist das vorinsolvenzliche Sanierungsverfahren auf der Zielgeraden. Die deutsche Umsetzung entscheidet auch darüber, wie attraktiv es als Sanierungsoption für Unternehmen wird.

PATRICK EHRET

Der Autor ist Partner bei Schultze & Braun.

Im Gespräch: Lars Feld, Direktor Walter Eucken Institut Freiburg, und Tom Krebs, Professor für Makroökonomie und Wirtschaftspolitik Universität Mannheim

„Ich würde die Schuldenbremse ändern“ – „Bloß nicht!“

In Deutschland ist ein Streit über den Sinn der Schuldenbremse entbrannt. Die Ökonomen Lars Feld und Tom Krebs debattieren über mögliche Reformen und die Frage, ob Politiker ohne die Regel über die Stränge schlagen würden.

Läuft rückwärts: *Was die „Schuldenuhr“ des Bundes der Steuerzahler betrifft, sind die Wissenschaftler Lars Feld (oben) und Tom Krebs (unten) uneins.* Fotos Lüdecke, Fricke, privat

Herr Krebs, die Schuldenquote Deutschlands ist in den vergangenen zehn Jahren auch dank der Schuldenbremse von 80 auf rund 60 Prozent der Wirtschaftsleistung gesunken. Warum wollen Sie trotzdem an der Bremse rütteln?

KREBS: Natürlich hat die Schuldenbremse dazu beigetragen, dass die Schuldenquote gesunken ist. Ich bin aber überzeugt, dass die Schuldenbremse auch eine Investitionsbremse ist – sie verursacht also Kosten, weil wichtige Projekte, die Wachstum schaffen würden, nicht realisiert werden. Deswegen muss man die Schuldenbremse nicht gleich abschaffen, ich bin für eine Fiskalregel mit Verfassungsrang. Aber sie muss mehr Flexibilität bieten.

Was fordern Sie konkret?

KREBS: Zwei Dinge: Die Fiskalregel sollte unterscheiden, ob die Schuldenquote 80, 60 oder 40 Prozent beträgt. Bei einer niedrigen Schuldenquote sollten größere finanzielle Spielräume vorhanden sein. Die aktuelle Schuldenbremse erlaubt diesen Spielraum nicht. Außerdem sollte es Ausnahmen geben für wichtige öffentliche Investitionen, die Deutschland zukunftsfester machen. Solche Investitionen sollten mit Krediten finanziert werden dürfen.

Herr Feld, ist die Schuldenbremse tatsächlich eine Investitionsbremse?

FELD: Da geht unsere Einschätzung auseinander. Natürlich kann man der allgemeinen Aussage schwer widersprechen, dass die Schuldenbremse irgendwann einmal negative Auswirkungen auf die öffentlichen Investitionen haben könnte. Aber in Deutschland sehen wir das bislang nicht – zumal wir wegen fehlender Daten gar nicht so genau wissen, wie viel öffentliche Investitionen optimal sind.

Sie wollen also die Schuldenbremse nicht ändern?

FELD: Nein, bloß nicht! Die Frage ist doch: Was sind diese großen Investitionsvorhaben, die wir jetzt benötigen würden? Was ist an der Infrastruktur so schlecht, dass wir es nicht mit Steuern finanzieren können? Ich habe sehr große Zweifel, dass wir jetzt etwas an der Schuldenbremse verändern müssen. Sie garantiert solide Staatsfinanzen. Warten wir doch erst mal ab, ob die negativen Auswirkungen, die Kritiker fürchten, in konjunkturell schlechteren Zeiten tatsächlich eintreten. Wenn das nicht der Fall ist, muss man keinesfalls etwas ändern.

KREBS: In den vergangenen Jahren hatten wir einen Sondereffekt. Wir hatten sprudelnde Steuereinnahmen, darum war der Effekt der Schuldenbremse auf die Investitionen geringer und nicht so deutlich zu erkennen. Aber in den nächsten Jahren, das sieht man an der aktuellen Haushaltsplanung, wird die Schuldenbremse größere Einschränkungen mit sich bringen. Wir sind jetzt quasi schon an der Grenze, die die Regel zulässt. Das kann man gut oder schlecht finden, aber die Schuldenbremse wird sich auch auf die öffentlichen Investitionen auswirken.

FELD: Wie gesagt, warten wir doch erst mal ab, wie sich die Schuldenbremse über den gesamten Konjunkturzyklus hinweg bewährt. Investitionen in Deutschland scheitern an ganz anderen Dingen. Denken wir doch zum Beispiel mal an die Energiewende und den Netzausbau. Da sind Investitionen vor allem daran gescheitert, dass Bewilligungsverfahren ausgesprochen schwierig sind. Das sehen wir ebenfalls bei der digitalen Infrastruktur. Wenn die 5G-Versteigerung vorbei ist, werden wir Probleme haben, all die Funkmasten zu bauen, die wir eigentlich brauchen. Investitionshemmnisse sind vielfältiger, wenn wir da ansetzen würden, kämen wir schneller voran.

KREBS: Es gibt natürlich viele zusätzliche Investitionshemmnisse, zum Beispiel in der Verwaltung, der Gesetzgebung, der Bauwirtschaft: Aber das hängt ja auch alles mit den Aktivitäten des Bundes zusammen. Mehr Geld ist eine notwendige Bedingung für einen Investitionsschub. Wir haben zuletzt zwar steigende Investitionen gesehen, aber das war unstetig, es gab immer wieder positive Steuerüberraschungen. Die Bauwirtschaft benötigt ein Signal der Bundesregierung, dass sie damit rechnen kann, dass die öffentlichen Investitionen in den kommenden Jahren nicht wieder zurückgefahren werden, auch wenn die Steuereinnahmen vielleicht mal nicht so üppig ausfallen. Und dem steht die Schuldenbremse im Weg.

FELD: In Wahrheit sind doch viele Kämmerer und öffentliche Auftraggeber gar nicht bereit, die überhöhten Preise der Bauwirtschaft zu zahlen. Die Bauwirtschaft bekommt im Moment einfach keine Leute. Das mit dem fehlenden Verstetigung von Mitteln wegen der Schuldenbremse zu begründen, halte ich für verwegen. Ich sehe keinen Bedarf, hier etwas zu ändern.

Deutschland hält nicht nur die Schuldenbremse ein, sondern schafft seit Jahren sogar die „schwarze Null“. Glauben Sie wirklich, dass die Regierung sich überzeugen lässt, von dieser populären Politik abzurücken?

KREBS: Mir ist bewusst, dass es in dieser Legislaturperiode keine Änderung an der Schuldenregel geben wird. Dafür gibt es zurzeit keine parlamentarischen Mehrheiten. Ich möchte Denkanstöße geben und würde gerne eine andere Erzählung wählen. Die Verteidiger der Schuldenbremse argumentieren häufig, dass Sparen immer gut ist und Schulden machen immer schlecht. Da haben wir als Stichwort die schwäbische Hausfrau.

Was stört Sie an der schwäbischen Hausfrau?

KREBS: Mich stört als Volkswirt die zu einseitige Sicht. Sparen kann gut sein, ist aber nicht immer gut. Ich würde die Erzählung der schwäbischen Hausfrau gerne durch die Erzählung der schwäbischen Mittelstandsunternehmerin ersetzen, die sicherlich auch Kredite aufnehmen würde, wenn die Zinsen sehr niedrig sind und die Renditen hoch. Das wäre auch generationengerecht: Die Unternehmerin würde ihren Kindern einen gut aufgestellten Betrieb übergeben. Die starre Schuldenbremse ist nichts anderes als die Regelumsetzung der Erzählung der schwäbischen Hausfrau.

Herr Feld, wollen Sie nicht die schwäbische Hausfrau verteidigen?

FELD: Ich will all diese Bilder erst gar nicht bemühen. Die schwäbische Hausfrau wurde ja immer wieder von Kritikern wie Peter Bofinger genannt, mit Metaphern kommen wir aber nicht weiter. Mir geht es um solide Finanzpolitik. Für eine solide Finanzpolitik ist die Schuldenbremse eine gute Idee und sie sollte bestehen bleiben, solange keine negativen Effekte nachgewiesen sind.

Aber wir haben ja tatsächlich historisch niedrige Zinsen. Muss der Staat diese Chance nicht für kluge Investitionen nutzen?

FELD: Der Nullzins hält jetzt zwar schon einige Zeit an. Wir diskutieren hier doch aber vor dem Hintergrund des Papiers von Olivier Blanchard (siehe Kasten) ein langfristiges Gleichgewicht, in dem die Wachstumsrate oberhalb oder unterhalb des Realzinses zu liegen kommt. In den Vereinigten Staaten lag der Zins lange Zeit unter der Wachstumsrate, womit man für Verschuldung argumentieren kann. Das kann man für Deutschland aber nicht so ohne weiteres behaupten. Insofern sollte man vorsichtig sein. Ich würde nicht wegen aktuell niedriger Zinsen darauf vertrauen, dass das so bleibt.

Mal angenommen, die Schuldenbremse fiele weg. Müssten wir den Politikern dann misstrauen, dass sie über die Stränge schlagen und ein neuer Verschuldungswettlauf beginnt?

FELD: Das ist keine Frage des Misstrauens. Es gibt viel Evidenz dafür, auch für Deutschland, dass im Zusammenspiel von Politikern, Wählern und Interessengruppen eine Verzerrung hin zu übermäßiger Verschuldung besteht. So werden vor Wahlen höhere Ausgaben getätigt, um die Wiederwahl zu sichern. Es gibt zudem Phänomene wie den Stimmentausch. Die Mütterrente ist dafür ein gutes Beispiel: Die CSU wollte unbedingt das Betreuungsgeld, brauchte dafür aber die Stimmen der Frauenunion. Die Frauenunion wollte die Mütterrente, so kam sie ins Wahlprogramm und den Koalitionsvertrag mit der SPD. Die hat dafür dann die „Rente mit 63“ bekommen.

Was hat die Schuldenbremse damit zu tun?

FELD: Ohne Schuldenbremse treten solche Effekte noch viel häufiger auf! Die Hoffnung auf deutlich mehr Investitionen ohne Schuldenbremse ist trügerisch. Wenn wir die Schuldenbremse abschaffen würden, wie manche das wollen, dann hätten wir die gleichen Probleme wie früher: Deutlich mehr Konsumausgaben des Staates und mehr Transferausgaben, bei den Investitionen passiert aber wenig. So können wir die Solidität der öffentlichen Finanzen nicht sicherstellen.

KREBS: Ich halte diese Überlegungen für wichtig. Mich stört aber die etwas einseitige Betrachtung. Vereinfacht wird gesagt, dass Politiker nur kurzfristig denken und der Staat immer ein willensschwacher Verschwender öffentlicher Gelder ist. Das hat einen undemokratischen Zungenschlag – und es stimmt auch oft nicht. Die Mütterrente wurde zum Beispiel unisono von Ökonomen kritisiert und ich bin auch kein Unterstützer. Es ging aber so weit, dass Kollegen sie als Unsinn bezeichnet haben und von Verschwendung sprachen. Ökonomisch gesehen handelt es sich aber erst einmal um eine Umverteilung, die nicht für zusätzliches Wachstum sorgt. Aber Verschwendung? Demokratisch gewählte Politiker haben ein Wahlprogramm umgesetzt.

FELD: Ich habe die Mütterrente als Geldverschwendung mit Blick auf die Zielsetzung der Parteien kritisiert. Als im Jahr 1989 eine erste Mütterrente kam, sollte sie einen Anreiz für mehr Kinder setzen. Die zweite Mütterrente wurde im Kontext der Reduktion der Altersarmut diskutiert. Insofern, und ich lege Wert auf diese Einschränkung, ist die Mütterrente Geldverschwendung.

KREBS: Ja, aber wenn es um mehr Anerkennung der Mütter geht, dann ist das eine politische Entscheidung.

Soweit liegen Sie in vielen Punkten eigentlich gar nicht auseinander.

KREBS: Ja, manchmal herrscht größere Harmonie, als man aufgrund der Ökonomen-Debatten auf Twitter denken könnte. Es gibt aber doch Differenzen. Wenn die Spielräume enger werden, müssen die Politiker Verteilungsfragen zeitnah klären. Ich bin der Meinung, dass wir einen stärkeren Sozialstaat brauchen. Darüber hinaus glaube ich, dass wir die oberen zehn und insbesondere das obere ein Prozent bitten sollten, sich stärker als bisher an der Finanzierung dieser gesamtgesellschaftlichen Aufgabe zu beteiligen.

FELD: Das obere Prozent bitten, das ist nun wirklich eine Verkehrung der Tatsachen – das ist keine Bitte, sondern Zwang, von seinem Eigentum etwas abzugeben. Wenn das obere Prozent stärker zur Kasse gebeten werden soll, trifft das zudem vor allem Unternehmen. In den Einkommensklassen, die davon betroffen wären, befinden sich vor allem unternehmerische Einkünfte. Und da anzusetzen wäre extrem schädlich.

Das Gespräch führte Johannes Pennekamp.

Schuldenbremse

Seit 2009 ist die Schuldenbremse für Bund und Länder im Grundgesetz festgeschrieben. Seither darf die „strukturelle Nettokreditaufnahme“ des Bundes nicht 0,35 Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) überschreiten. Die Länder dürfen sich von 2020 an (strukturell) überhaupt nicht mehr verschulden. Strukturell bedeutet, dass konjunkturelle Schwankungen herausgerechnet werden. Es ist also erlaubt, in schlechten Zeiten die Verschuldung auszuweiten. Befeuert wurde die Debatte über die Schuldenbremse von Olivier Blanchard, dem früheren Chefvolkswirt des IWF. Er rechnet vor: Solange die Wachstumsrate des BIP über dem Zinssatz liege, sinke die Schuldenquote, also der Anteil der Schulden am Bruttoinlandsprodukt. Höhere Neuverschuldung müsse in diesem Fall nicht zu höheren Steuern in der Zukunft führen. jpen.

Bald mehr Empfänger von Arbeitslosengeld

bee. FRANKFURT, 16. April. Rund 22 000 Menschen dürften davon profitieren, dass der Zugang zum Arbeitslosengeld vom nächsten Jahr an erleichtert wird. Zu diesem Ergebnis kommt eine Untersuchung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB). Anspruch auf Arbeitslosengeld hat bislang, wer in den vorherigen zwei Jahren mindestens zwölf Monate beschäftigt war. Künftig muss diese Beschäftigungsdauer innerhalb von zweieinhalb Jahren erbracht werden. Menschen, die immer nur kurze Zeit Arbeit haben, etwa weil sie eine geringe Qualifikation haben oder als Saisonarbeiter tätig sind, haben dann mehr Zeit, die nötige Mindestversicherungsdauer zusammenzubekommen.

Die Forscherin Gesine Stephan hat für die IAB-Analyse Daten von Menschen genutzt, die im Jahr 2017 arbeitslos wurden. Theoretisch könnten sogar 50 000 Menschen zusätzlich Arbeitslosengeld beantragen, schreibt sie, darunter vor allem jüngere Arbeitnehmer, Teilzeitbeschäftigte oder Ausländer aus Osteuropa. Doch nicht alle würden den Anspruch auch geltend machen: Ein Teil nehme erfahrungsgemäß ein Studium auf oder beantrage Rente, Saisonarbeiter kehrten häufig wieder in ihre Heimat zurück. Unter allen zusätzlich Anspruchsberechtigten wären dem IAB zufolge rund 11 000 Menschen, die zuvor Arbeitslosengeld II („Hartz IV“) bezogen.

Die SPD will den Zugang zum Arbeitslosengeld künftig noch weiter erleichtern. Dieser Schritt ist allerdings umstritten. IAB-Forscher Enzo Weber sieht darin ein Risiko für den weiteren Abbau der Arbeitslosigkeit. Auch die Wissenschaftlerin Stephan schreibt in ihrer Untersuchung, die neuen Regelungen zum nächsten Jahr dürften zwar „überschaubare Auswirkungen“ haben. Dennoch sollten die Entwicklungen „genau beobachtet werden“, bevor weitere gesetzliche Änderungen erfolgten. Der Bundesagentur für Arbeit zufolge beziehen derzeit 773 000 erwerbsfähige Menschen Arbeitslosengeld und rund 4 Millionen Hartz IV.

Mehr Einfluss auf die Sozialpolitik

EU-Kommission kämpft gegen Einstimmigkeitsprinzip

hmk. BRÜSSEL, 16. April. In den meisten Feldern der EU-Politik fallen Entscheidungen per Mehrheitsbeschluss, einzelne Mitgliedstaaten können überstimmt werden. Das gilt etwa für neue EU-Regeln zum Binnenmarkt, den Umwelt- und Klimaschutz oder die Handelspolitik. Einige für die Staaten besonders sensible Felder sind davon ausgenommen. Entscheidungen können nur einstimmig fallen. Die Europäische Kommission stört seit langem, dass immer wieder einzelne Staaten nach Ansicht der EU-Behörde wichtige Beschlüsse blockieren. In der Steuerpolitik hat sie deshalb schon einen Vorstoß gemacht, um die Einstimmigkeit abzuschaffen. Nun nimmt sie sich ein nicht minder sensibles Feld vor: die Sozialpolitik.

„So unterschiedlich die Mitgliedstaaten sind, so teilen sie doch das Ziel, die Gesellschaft fairer und die Sozialmarktwirtschaft zukunftssicher zu machen“, sagte die zuständige Kommissarin Marianne Thyssen am Dienstag in Straßburg. In einer sich immer schneller ändernden Welt müsse die EU alle Wege nutzen, die die Verträge erlaubten, um auf die gemeinsamen Herausforderungen zu reagieren. Thyssen spielt damit auf die Option an, in einzelnen Feldern ohne Vertragsänderung Entscheidungen per Mehrheit einzuführen – wenn die Mitgliedstaaten das wollen. Fünf Felder hat sie dabei konkret im Blick: den Schutz vor Diskriminierung, die Soziale Sicherheit und den sozialen Schutz von Arbeitnehmern, den Kündigungsschutz, die kollektive Wahrnehmung der Arbeitnehmer- und Arbeitgeberinteressen sowie die Beschäftigungsbedingungen für Arbeitnehmer aus Nicht-EU-Staaten.

Handlungsbedarf sieht Thyssen zunächst bei den ersten beiden Themen. So habe die Einstimmigkeit verhindert, dass Menschen wegen ihrer sexuellen Orientierung, des Glaubens oder des Alters genauso gut vor Diskriminierung geschützt seien wie wegen des Geschlechts oder der Rasse. In der Frage der Sozialen Sicherheit ist sie weniger konkret. Sie führt nur an, dass die sich wandelnde Arbeitswelt und der demographische Wandel die Staaten vor Herausforderungen stellten, die sie nach Ansicht Thyssens offenbar nicht alleine bewältigen können.

Der Vorstoß zur Einstimmigkeit in der Sozialpolitik ist heikel, weil er Teil des Versuchs der Kommission von Präsident Jean-Claude Juncker ist, ihre Kompetenzen in der Sozialpolitik auszuweiten (Stichwort: soziale Säule) und dabei die Rolle der EU zu stärken. Die Verträge schränken die Kompetenzen der EU für die Sozialpolitik eigentlich stark ein. Letztlich ist sie nur für die Unterstützung der sozialpolitischen Kooperation der Staaten sowie in gewissem Rahmen auf Mindeststandards für Arbeitnehmerrechte zuständig. Bei grenzüberschreitenden Fragen wie der Entsendung von Arbeitnehmern gibt es dabei allerdings schon heute keine Einstimmigkeit mehr. Bei der umstrittenen Entsenderichtlinie konnte sich die Mehrheit der Staaten deshalb gegen die Bedenken der Osteuropäer durchsetzen.

Heftige Kritik an dem Vorstoß äußerte der Europaabgeordnete Markus Pieper (CDU): „Die Europäische Sozialpolitik darf nicht zum Experimentier- und Spielfeld zentralistischer Bestrebungen werden.“ Kurz vor Ende der Legislaturperiode in einem so zentralen Feld die Weichen komplett neu stellen zu wollen, sei mit der CDU nicht zu machen. „Auch wenn Mehrheitsentscheidungen etwa in der Außen- und Sicherheitspolitik sinnvoll sind, so stellen sie im Sozialbereich einen massiven Eingriff in die Autonomie der Staaten dar“, sagte Pieper. Tarifautonomie und Mitbestimmungsregeln seien vertrauensvoll gewachsene Strukturen, die nicht europäisch mitreguliert werden dürften. Mehrheitsentscheidungen öffneten einer europäischen Arbeitslosen- und Rentenversicherung Tür und Tor.

48 Prozent haben Hauseigentum

Anteil der Immobilienbesitzer in Deutschland gering

ppl. FRANKFURT, 16. April. Der Anteil der Haus- und Grundbesitzer in Deutschland liegt seit Jahren auf einem konstanten Niveau, das im internationalen Vergleich niedrig ist. Im Jahr 2018 gaben 47,5 Prozent der Haushalte an, dass sie Haus- und Grundbesitz haben. Das hat die neue Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) ergeben, die das Statistische Bundesamt am Dienstag veröffentlicht hat. Die EVS basiert auf einer repräsentativen Umfrage unter diesmal mehr als 55 000 Haushalten. Seit dem Jahr 2008 liegt der Anteil der Immobilienbesitzerhaushalte laut den drei letzten Wellen der EVS konstant um 48 Prozent herum. Die Bundesbank kam in ihrer jüngsten Haushaltsbefragung auf einen Anteil von 44 Prozent von Eigenheimbesitzern. Das ist niedrig im internationalen Vergleich. So wenige Eigenheimbesitzer gibt es sonst nur noch in der Schweiz und Österreich. In Italien liegt die Quote bei 70 Prozent, in Spanien sogar bei 80 Prozent.

Die EVS gibt ein differenziertes Bild des Immobilienbesitzes in Deutschland. Demnach haben in Westdeutschland knapp 50 Prozent Haus- und Grundbesitz, im Osten sind es lediglich 38 Prozent. Im Bundesdurchschnitt gehört rund 30 Prozent der Haushalte ein Einfamilienhaus, 6 Prozent haben ein Zweifamilienhaus und 2,2 Prozent gehört ein Wohngebäude mit mehreren Wohnungen. 4 Prozent haben unbebaute Grundstücke, 4 Prozent sonstige Gebäude. 15 Prozent gaben in der EVS an, dass sie eine Eigentumswohnung besitzen.

Der Wert der Häuser und Wohnungen ist sehr unterschiedlich. So schätzt etwa jeder Vierte den Verkehrswert seines Hauses oder seiner Wohnung auf 250 000 bis 375 000 Euro. Je ein Achtel schätzt den Wert auf 150 000 bis 200 000 Euro sowie auf 200 000 bis 250 000 Euro. Mehr als ein Viertel hat offenbar nur kleine Immobilien und schätzt deren Wert auf – teils deutlich – weniger als 100 000 Euro. Knapp jeder Achte schätzt sein Immobilienvermögen auf mehr als 500 000 Euro. Nur knapp 3 Prozent der Immobilieneigentümer glaubten, dass ihr Haus oder ihre Wohnungen mehr als eine Million Euro wert ist. Etwa die Hälfte der Immobilien ist noch nicht mit Schulden belegt. Im Durchschnitt kommen die Immobilien auf einen Verkehrswert von 300 000 Euro, die Restschuld auf 122 000 Euro.

Immobilienpreise steigen weiter

loe. BERLIN, 16. April. Der Boom am deutschen Immobilienmarkt geht weiter. Das gilt vor allem für die Kaufpreise, die im ersten Quartal ein weiteres Mal stärker gestiegen sind als die Mieten. So verteuerten sich Eigentumswohnungen aller Baujahre im Vergleich zum Abschlussquartal des vergangenen Jahres um 2,4 Prozent. Die Preise für Ein- oder Zweifamilienhäuser stiegen um 1,5 Prozent zu. Die Neuvertragsmieten stiegen dagegen nur um 1,1 Prozent. Dies geht aus am Dienstag veröffentlichten Zahlen des Analysehauses Empirica hervor. Etwas schwächer fällt der Preisanstieg aus, wenn man allein die neugebauten Immobilien betrachtet. Neugebaute Eigentumswohnungen verteuerten sich innerhalb des vergangenen Quartals um 1,8 Prozent, neue Ein- und Zweifamilienhäuser um 1,5 Prozent. Die Mieten für neugebaute Wohnungen stiegen am geringsten: um 0,9 Prozent in ganz Deutschland, in den Großstädten sogar nur um 0,3 Prozent. Seit Beginn der Zeitreihe Anfang 2004 haben die neubaumieten deutschlandweit um knapp 34 Prozent zugelegt, schreibt Empirica in seiner Analyse.

Flughafen BER jetzt mit Entrauchung

enn. BERLIN, 16. April. Mit dem Brandschutz am neuen Berliner Flughafen BER geht es voran. Die Entrauchungssteuerung im Hauptterminal sei vom TÜV final geprüft und ohne Mängel freigegeben worden, teilte die Flughafengesellschaft FBB am Dienstag in Berlin mit. Die Arbeiten an der Brandmeldeanlage und an den Kabelgewerken im Terminal sind hingegen noch nicht fertig. Die FBB rechnet mit einer Abnahme im Sommer. Am Eröffnungstermin des BER im Oktober 2020 hält sie fest. Zuletzt waren unter Hinweis auf einen internen TÜV-Bericht daran wieder Zweifel laut geworden.

Stand auf der Hannover Messe 2019: *Bosch Rexroth setzt auf vernetzte Produktion und autonome Transportsysteme.* Foto Daniel Pilar

Bosch Rexroth blüht und bremst

Die Industriesparte des Bosch-Konzerns richtet sich aus einer Position der Stärke auf schlechtere Zeiten ein – und erfindet sich dabei neu.

umx. FRANKFURT, 16. April. Auch auf das Industriegeschäft von Bosch kommen schwerere Zeiten zu. Aber immerhin haben die Spezialisten für Antriebs- und Steuerungstechnik im Konzern ihre vorerst letzte Gelegenheit zum Glänzen genutzt. Wie Bosch Rexroth mit Stammsitz in Lohr am Main am Dienstag mitteilte, hat das Unternehmen 2018 im Vergleich zum ohnehin schon erfreulichen Vorjahr weiter zugelegt. Es steigerte seinen Umsatz um 12,4 Prozent auf 6,2 Milliarden Euro, währungsbereinigt waren es sogar 13 Prozent. Und mit einem Auftragseingang von 6,7 Milliarden Euro am Ende des vergangenen Jahres lag Bosch Rexroth knapp 4 Prozent über dem Wert des Vergleichszeitraums. Das klingt zwar auch für das Jahr 2019 verheißungsvoll – aber das Unternehmen bremst allzu hohe Erwartungen lieber aus.

Vor allem die nachlassende Konsumnachfrage in China werde durchschlagen, hieß es. Deshalb ließen die Investitionen nach – und mit ihnen auch der Auftragseingang bei Bosch Rexroth. Vor allem das zweite Halbjahr werde schwierig verlaufen. Der globale Markt für Mobilhydraulik zum Beispiel – eine Kernkompetenz des Unternehmens – werde 2019 nach Jahren mit hohen Wachstumsraten nicht weiter wachsen. Angesichts solcher Szenarien ist die aktuelle Stärke umso wichtiger. Rolf Najork, Vorstandsvorsitzender von Bosch Rexroth und Mitglied der Konzern-Geschäftsführung, sagt: „Umsatz und operatives Ergebnis lagen 2018 über unseren Erwartungen." Das sei eine gute Ausgangslage angesichts der konjunkturellen Verwerfungen, die zu erwarten seien.

Bosch Rexroth hat sich zuletzt deutlich gewandelt, um Dellen im Kerngeschäft zu kompensieren. Neben den bisherigen Stärken – Industriehydraulik, Getriebetechnik, elektrische Antriebe und Steuerungen – sollen Software, Digitalisierung oder Vernetzung eine größere Rolle spielen. Das Unternehmen forciert seinen Weg Richtung Industrie 4.0, was an einzelnen Produkten oder Investitionsentscheidungen ablesbar ist. So stellt es neuerdings ein autonomes Transportsystem her, das die Stoßrichtung symbolisiert: Bosch Rexroth will die sogenannte „Fabrik der Zukunft" bauen – inklusive neuer Produkte, die vor kurzem noch kein Thema waren. Dazu passt die Investition in das Werk in China. In Xian wurden im vergangenen Jahr 60 Millionen Euro investiert, um die Kapazitäten für Produktion und Entwicklung zu verdoppeln. Es geht auch dort um vernetzte Lösungen, und zwar für den asiatischen Markt für Fabrikautomation. Im Jahr 2018 hat Bosch Rexroth 327 Millionen Euro in die Entwicklung neuer Produkte investiert, mehr als 5 Prozent des Umsatzes.

Die technische Entwicklung soll Najork und Co. weiter in die Karten spielen. Der nächste Entwicklungssprung sei mit der Einführung des neuen Mobilfunkstandards 5G zu erwarten. Und zwar nicht nur für das Unternehmen selbst, sondern für den Industriestandort Deutschland insgesamt. „Wenn wir 5G mit unserem Produktions-Knowhow verbinden, hat Deutschland eine gute Position, um auch hier eine führende Rolle zu übernehmen", sagt er.

Mit Ramsch erfolgreich

Die Einkaufsplattform Wish hat ein klares Ziel: Jeder Menschen soll auf günstige Produkte zurückgreifen können

sdie. FRANKFURT, 16. April. Auf der mobilen App „Wish" ist jedes Produkt ein Schnäppchen: Eine Smart-Watch für 25 Euro statt für 966 Euro, eine Jeans für 9 Euro statt für 88 Euro und ein Smartphone für 43 statt für 768 Euro. Wer etwas ganz Kurioses sucht, der kann bei Wish auch beleuchtete Kloschüsseln oder ein falsches Gebiss erwerben.

Das Unternehmen hat sich in weniger als zehn Jahren zu einer der beliebtesten Einkaufsplattformen der Welt entwickelt. Auf den „App-Store-Charts" rangiert das Unternehmen sogar auf dem ersten Platz: Im vergangenen Jahr wurde keine Einkaufs-App so oft heruntergeladen wie Wish – und das nicht allein im Heimatmarkt Amerika, sondern auf der ganzen Welt. Im vergangenen Jahr machte das Unternehmen knapp 2 Milliarden Dollar Umsatz, beinahe doppelt so viel wie im Jahr 2017. Das Unternehmen soll nach Angaben des Unternehmens der drittgrößte Online-Marktplatz nach Umsatz in den Vereinigten Staaten sein.

Das Geschäftsmodell ist schnell erklärt: Ähnlich wie auf Marktplätzen wie Amazon oder Ebay können Händler im Online-Shop ihre Produkte verkaufen. Das Unternehmen verkauft keine eigens produzierten Waren, sondern fungiert ausschließlich als Plattform. Die meiste Ware stammt aus China, der Verkäufer versendet seine Ware direkt an den Kunden. Trotzdem gibt es Unterschiede zu den Giganten Amazon und Ebay, denn die Plattform erinnert an eine Mischung aus dem Online-Versandhändler Amazon und dem Fotodienst Instagram. Wer hier einkauft, wischt sich durch unzählige Produktbilder. Kategorien und Suchleiste spielen eine nur untergeordnete Rolle.

Damit hat das Unternehmen eine moderne Art des Einkaufsbummels erschaffen – statt gezielt nach Produkten zu suchen, animiert es seine Kunden zum Stöbern. Getreu dem Motto: Wer nichts sucht, wird hier fündig. „Viele unserer Kunden tätigen Impulskäufe", sagt Daniela Engel, Europa-Managerin von Wish. Ganz wahllos läuft der Einkauf dann aber doch nicht, denn ein Algorithmus bestimmt, welche Produkte dem Kunden angezeigt werden. So sollen nach Medienberichten besonders günstige Produkte dem Kunden eher angezeigt werden – und einen Reiz für den Händler setzen, seine Ware besonders zu reduzieren.

Bei der Konkurrenz blieb der Aufstieg von Wish nicht unbemerkt: Sowohl Amazon als auch Alibaba sollen erfolglos versucht haben, das Unternehmen für 10 Milliarden Dollar aufzukaufen. Wish greift vor allem Konsumenten ab, die auf anderen Plattformen bisher zu kurz gekommen sind. „Wir wollen Kunden günstige Produkte ermöglichen, die bisher von anderen Shoppingmöglichkeiten vernachlässigt wurden", sagt Engel. So habe der typische Wish-Kunde meist ein geringes Einkommen, wohne auf dem Land oder in kleinen Städten. In Deutschland ist eine jüngere Kundengruppe aktiv. Um diese wird auch auf den Social-Media-Plattformen wie Instagram und Facebook geworben. So ist Wish einer der größten Werbekunden auf Facebook. Ein vermeintliches Schnäppchen kann er auf der Online-Plattform immer machen – denn im Online-Shop ist alles reduziert. Das Unternehmen setzt auf namenlose Produkte, so finden sich zahllose Smartphones, die ohne Markennamen auskommen.

Dass nicht hinter jedem Produkt das große Schnäppchen steckt, beklagten die Verbraucherzentralen in Deutschland. So sollen gefälschte Produkte auf dem Portal kursieren, einige Waren sollen nicht dem Produktbild entsprechen oder kaputt beim Kunden ankommen. „Habe bestellt und den Artikel nie erhalten", schreibt ein Nutzer. Mit seiner Feststellung ist er nicht allein, mehrere Kunden beschweren sich über die Plattform. Auch auf lange Lieferzeiten muss sich der Kunde einstellen, da der Versand aus China mehrere Wochen dauern kann. Da die Versandkosten je Produkt berechnet werden, ist der Warenkorb meist deutlich teurer als der reine Produktpreis.

Nach Wish-Managerin Daniela Engel arbeitet das Unternehmen daran, diese Probleme zu lösen. „Die Plattform reguliert sich selbst", sagt sie. So erkenne der Algorithmus gefälschte Produkte und entferne sie. Durch Kommentare und Bewertungen von Nutzern schätze dieser automatisch die Qualität eines Produktes ein. Damit würden den Kunden automatisch die besseren Produkte angezeigt. Um die Lieferzeiten zu verkürzen, spannt Wish den stationären Handel ein. So können in Paris, Berlin und Amsterdam gekaufte Produkte abgeholt werden. „Für den Kunden bedeutet das eine verkürzte Lieferzeit, und das Geschäft bekommt zusätzliche Kunden", sagt Engel. Bisher sei dies noch ein Pilotprojekt in den Städten.

Ein Kritikpunkt lässt sich jedoch nicht so einfach beheben: Branchenkenner beklagen, dass der Kunde über die Produktionsbedingungen der Ware im Unklaren bleibt. Auch daran arbeite das Unternehmen, es gebe „Projekte". Wie genau diese aussehen, ist nicht bekannt. Die 90 Millionen Menschen, die Wish im Monat nutzen, scheint dies noch nicht von einem Kauf abgehalten zu haben.

Deutsche Schulen mögen es analog statt digital

tih. FRANKFURT, 16. April. In den meisten deutschen Schulen sind Smartphones nach wie vor verboten. Das hat der Digitalverband Bitkom im Rahmen einer Umfrage unter Lehrern ermittelt. Demnach sind in 54 Prozent der Schulen Handys im Unterricht untersagt. 16 Prozent der Bildungseinrichtungen haben sogar ein absolutes Verbot ausgesprochen. Dort dürfen Schüler also auch in den Pausen nicht telefonieren, chatten oder im Internet surfen. Repräsentativ befragt wurden rund 500 Lehrer der Sekundarstufe I.

Die Handynutzung ist den Angaben zufolge je nach Lehrer und Fach unterschiedlich geregelt. In 45 Prozent der Schulen sind Handys bei bestimmten Lehrern verboten, in 43 Prozent in bestimmten Fächern. Lediglich in 4 Prozent der Schulen gibt es überhaupt kein Handyverbot. „Statt Smartphones wegzusperren, sollten wir unseren Kindern lieber so früh wie möglich beibringen, verantwortungsvoll damit umzugehen", kommentierte Bitkom-Präsident Achim Berg die Studie.

Auch im Unterrichtsalltag spielt das Gerät kaum eine Rolle. 90 Prozent der Lehrer setzen es nie im Unterricht ein, 8 Prozent in Ausnahmefällen. Dagegen hält sich „ein Relikt aus analogen Zeiten weiter wacker", wie der Bitkom erläutert. Den Overhead-Projektor setzen 78 Prozent der Lehrer an allen Unterrichtstagen, regelmäßig oder zumindest in Ausnahmefällen ein. „Der Unterrichtsalltag scheint sich im Vergleich zum 20. Jahrhundert kaum verändert zu haben", klagt Bitkom-Chef Berg. Dabei seien digitale Geräte und Medien wie Smartphones, Tablets oder interaktive Whiteboards den klassischen Unterrichtsmitteln wie Tafel oder Overhead-Projektor „weit überlegen".

Hornbach zieht Werbung zurück

Werberat bewertet sie als rassistisch / Baumarkt fügt sich

joja. FRANKFURT, 16. April. Die Baumarkt-Kette Hornbach hat den umstrittenen Werbespot für ihre „So riecht das Frühjahr"-Kampagne in Deutschland zurückgezogen. Der Werbefilm wird nicht mehr im Kino oder Fernsehen gezeigt. In dem kurzen Video war zu sehen, wie eine Asiatin aus einem Automaten eine Tasche mit verschwitzter dreckiger Wäsche zieht, daran riecht und entzückt die Augen verdreht. Die Wäsche ist getränkt mit durch Gartenarbeit verursachtem Schweiß von Heimwerkern.

Die Botschaften von Japan und Südkorea bezeichneten die Werbung als rassistisch, eine Petition an Hornbach mit der Aufforderung einer Entschuldigung wurde mehr als 38 000 Mal unterzeichnet. Zwar hatte die Baumarkt-Kette zwischenzeitlich zu einem klärenden Gespräch an seinen Unternehmenssitz eingeladen und sich auch auf einer extra eingerichteten Internetseite verteidigt – doch wollte das Unternehmen die Werbung eigentlich nicht löschen. „Wir haben nach dem Gespräch alle Optionen gründlich abgewogen und uns dazu entschlossen, den Spot nicht abzuschalten", heißt es noch auf der Unterseite mit dem Titel „Unsere Haltung". „Stattdessen legen wir offen dar, was wir mit der Kampagne sagen wollen, und stellen klar, dass Hornbach eindeutig gegen jede Form von Diskriminierung ist", schreibt das Familienunternehmen.

Der Werberat hatte allerdings zahlreiche Beschwerden erhalten und deshalb eine Stellungnahme von Hornbach und der Kreativeagentur Heimat eingefordert, die den Werbespot erdacht hat. Nach Prüfung der Stellungnahmen kam die Instanz, die mit dem Presserat vergleichbar ist, zu dem Schluss, dass die Werbung rassistische Klischees bediene. „Das mag für viele Betrachter humorvoll sein, rechtfertigt aber nicht rassistische Klischees", sagt eine Sprecherin. Das bedeute gleichzeitig nicht, dass die Verwendung von Klischees in der Werbung generell unzulässig sei.

Der Werberat hat den Spot deshalb beanstandet, was noch nicht mit einer Rüge gleichzusetzen ist. Die spricht er erst aus, wenn sich die kritisierten Unternehmen nicht einsichtig zeigen. Hornbach hat das in diesem Fall getan. In den sozialen Netzwerken hat das Unternehmen jedem Beitrag mit dem Werbefilm zudem einen Zusatz hinzugefügt, dass der Spot durch eine Nachfolgekampagne ersetzt werde. „Um die entstandene Debatte auch nachträglich nicht zu zensieren, wird dieses Video inklusive aller Kommentare noch eine Zeit lang in diesem Kanal abrufbar sein", steht etwa im Twitter-Kanal von Hornbach. Gerade in den sozialen Medien hatte sich die Empörung gezeigt, die auch gut einen Monat nach Veröffentlichung des ursprünglichen Werbefilms noch anhält. Das ist ungewöhnlich für soziale Bewegungen im Internet, deren Aufregungskurve meist nach wenigen Tagen oder manchmal auch nur Stunden deutlich abflacht. Die Initiatoren der Petition rund um den in Köln lebenden Südkoreaner Sung-un Gang kritisieren Hornbach deshalb auch weiterhin. In anderen Ländern, also etwa den Niederlanden oder der Schweiz, ist die Werbung nämlich weiterhin zu sehen.

Ein riesiges Datencenter für Berlin

thwi. FRANKFURT, 16. März. Rechenzentrums-Betreiber wie Equinix und Interxion stärken derzeit durch eine Reihe großer Neubauten die Rolle Frankfurts als deutsche Internethauptstadt – doch die deutsche Hauptstadt holt auf diesem Gebiet auf. Das Unternehmen E-Shelter will in Berlin einen Datencenter-Campus mit bis zu 60 000 Quadratmetern und 90 Megawatt Leistung in der Spitze aufbauen, wie der Colocation-Anbieter mitteilt. Solche Firmen bauen Spezialimmobilien und vermieten Flächen an Kunden aus verschiedenen Branchen, die in den Gebäuden ihre Hochleistungsrechner unterstellen. Sie sorgen zudem für idealerweise unterbrechungsfreie Stromversorgung, Sicherheit und Kühlung.

Die Fläche hat E-Shelter von der von der BMDF Gewerbepark Berlin-Mariendorf GmbH & Co. KG erworben, wie es weiter heißt. Wie sein Vertriebschef Volker Ludwig ergänzte, habe sich das Unternehmen im Wettbewerb um das Grundstück gegen andere Unternehmen aus der Colocation-Branche durchgesetzt.

Wie groß das Projekt ist, zeigt ein Vergleich zum Stammsitz von E-Shelter in Frankfurt. Dort betreibt die Firma im Stadtteil Rödelheim den größten Rechenzentrums-Standort hierzulande – mit rund 120 Megawatt. Ähnlich groß wie in Berlin ist ein im Ausbau befindliches Projekt von E-Shelter in Hattersheim nahe Frankfurt, das mit fast 400 Millionen Euro veranschlagt ist. In Berlin will E-Shelter den ersten Bauabschnitt mit 10 Megawatt im vierten Quartal des nächsten Jahres fertigstellen; diese Leistung reicht umgerechnet für eine Kleinstadt. Das Grundstück liege südlich des Stadtzentrums.

Merkel: Energiewende darf Gesellschaft nicht spalten

„Klimapolitische Notwendigkeit mit Wohlstand verbinden"

ami. SASSNITZ, 16. April. Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) hat vor den Gefahren einer gesellschaftlichen Spaltung durch die veränderte Energieversorgung in Gewinner und Verlierer der Energiewende gewarnt. „Wir müssen es schaffen, die wirtschaftliche Bedeutung, die klimapolitische Notwendigkeit der erneuerbaren Energien genauso mit Wohlstand und Arbeitsplätzen zu verbinden, dass nicht der Eindruck entsteht, hier passiert eine Spaltung der Gesellschaft: Die einen leben von und mit zukunftsfähigem Strom, die anderen tragen die Lasten." Dieser Diskussion „müssen wir eine große Bedeutung widmen", sagte sie am Dienstag anlässlich der Eröffnung eines Meereswindparks vor der Küste von Rügen in Sassnitz.

Zugleich warb sie für mehr Engagement und Kooperation im Klimaschutz. Dabei gehe es nicht nur um Strom aus erneuerbaren Quellen, wie bei dem neuen Windpark, der rechnerisch den Strombedarf von 400 000 Menschen decke. Große Möglichkeiten für den Klimaschutz biete auch die Gebäudesanierung. Es spreche nicht für die Handlungsfähigkeit von Bund und Ländern, „dass es uns in zehn Jahren nicht gelungen ist, ein Instrument, das alle toll finden, eine steuerliche Förderung der Gebäudesanierung zu erreichen". Alle würden von höheren Umsatzsteuereinnahmen durch die größere Bauaktivität profitieren. „Vielleicht kriegen wir das doch noch hin", sagte Merkel.

Bis zum Jahresende will die Regierung ein Klimaschutzgesetz verabschieden. Dabei gehe es auch um die Frage, ob zur Minderung der Emissionen mehr Ge- und Verbote (Ordnungsrecht) oder ein Preis auf alle CO_2-Emissionen eingeführt werden solle. Für Letzteren warb der Vorstandvorsitzende des Energiekonzerns Eon, Johannes Teyssen. „Ein einheitlicher CO_2-Preis, sozial gut begründet, wäre ein wichtiges Signal für eine nachhaltige Energiewende", sagte er. Eon hat den Windpark für 1,3 Milliarden Euro mit dem norwegischen Konzern Equinor (früher: Statoil) gebaut.

Merkel nutzte den Auftritt in ihrem Wahlkreis, um ihre Energiepolitik grundsätzlich zu beschreiben und zu rechtfertigen. Sie führe zwar einerseits zu hohen Kosten für die Stromverbraucher, auch wenn die von der EU erzwungenen Ausschreibungen die Kosten nun fallenließen. Diese belaufen sich derzeit samt Umsatzsteuer auf rund 30 Milliarden Euro im Jahr. Doch helfe der damit angestoßene Preisverfall für Photovoltaik- oder Windkraftanlagen, diese Technologien global zu verbreiten. Deutschland trage damit einen Teil seiner historischen Schuld hoher CO_2-Emissionen ab. Merkel nannte das eine Frage der Gerechtigkeit und Entwicklungszusammenarbeit.

Mit Blick auf die heimische Energiepolitik verteidigte sie den Ausstieg aus der Atomenergie bis 2022 und aus der Kohle bis 2038. Die Vorschläge der Kohlekommission, deren ersten Teil die Regierung im Mai mit einem Strukturhilfegesetz verabschieden will, seien maßgeblich, „auch wenn wir an den Finanzen noch ein wenig zu knabbern haben", sagte Merkel. Der Bund soll binnen 20 Jahren 40 Milliarden Euro Hilfen für den Umbau der Kohleregionen bereitstellen. Er will die Länder an der Finanzierung beteiligen (F.A.Z. vom 13. April).

Mecklenburg-Vorpommerns Ministerpräsidentin Manuela Schwesig (SPD) hob ab auf die Schülerproteste für mehr Klimaschutz. Der neue Windpark Arkona, der vierte in der Ostsee, sei auch darauf eine Antwort. Ihr Land werde schon vollkommen mit Strom aus Erneuerbaren versorgt. Damit das auch anderswo geschehen könne, sei es wichtig, dass der Netzausbau in ganz Deutschland vorankomme. „Der Norden steht bereit, wenn der Rest von Deutschland mitmacht", sagte Schwesig.

Deutsche Stromquellen 2018

Anteil (in Prozent) an der Nettostromerzeugung

Konventionelle 60 % | Erneuerbare 40 %

545 TWh

Braunkohle 24; Steinkohle 13; Atom 13; Erdgas 8; Sonstige 2; Wind 20 % davon An Land 16,5, Auf See 3,5; Photovoltaik 8; Biomasse 8; Wasserkraft 4

Quelle: Fraunhofer ISE F.A.Z.-Grafik Brocker

Grüne gegen Kohle-Entschädigung

Zehn-Punkte-Plan von Parteichefin Baerbock

loe. BERLIN, 16. April. Die Grünen machen Druck, die Details für den Kohleausstieg festzuzurren. Parteichefin Annalena Baerbock veröffentlichte am Dienstag einen Zehn-Punkte-Plan, der auf dem Abschlussbericht der Kohlekommission aufsetzt. Dieser Plan sieht vor, die Stilllegung von Kohlekraftwerken „unverzüglich, verbindlich und weitestgehend entschädigungsfrei" umzusetzen. Außerdem geht es um neue Arbeitsplätze und Hilfe beim Strukturwandel, den Ökostrom-Ausbau, die Rekultivierung von Tagebauen und die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie.

Baerbock möchte bis zum Jahr 2022 wie im Abschlussbericht der Kohlekommission vorgesehen rund drei Gigawatt Braunkohle-Leistung und rund vier Gigawatt Steinkohle zusätzlich vom Netz nehmen. Dies sollen bei der Braunkohle die in den sechziger und siebziger Jahren in Betrieb genommenen Blöcke A, B, D und E des Kohlekraftwerks Neurath und die Blöcke C, D und G des Kraftwerks Niederaußem in Nordrhein-Westfalen sein. Dazu sollen die Steinkohlekraftwerke Farge, Wilhelmshaven, Mehrum, Bergkamen, Heyden sowie der – bereits Ende März stillgelegte – Block K2 des Kraftwerks Gersteinwerk kommen. Diese Stilllegungen sollen ohne Entschädigungen erfolgen.

Nach 2022 sollte es aus Baerbocks Sicht einen Abschaltplan für Kraftwerke geben, die älter als 25 Jahre sind – auch dies entschädigungsfrei. „Um bei angeschlossenen Tagebauen von Braunkohlekraftwerken die möglichen Entschädigungen durch vorzeitige Eingriffe in das Eigentumsrecht zu klären, wird von Seiten der Bundesregierung ein Wirtschaftsprüfer zur Kostenermittlung beauftragt", heißt es in dem Plan weiter. Auch für Kraftwerke, die keine 25 Jahre in Betrieb seien, müssten Entschädigungen geprüft werden. Baerbock will auch gesetzlich regeln, dass keine neuen Tagebaue und Erweiterungen bestehender Tagebaue mehr erschlossen werden.

Die Bundesregierung führt derzeit Gespräche mit den Energiekonzernen über den Kohleausstieg. Diese verlangen Entschädigungen in Milliardenhöhe. Details will das Wirtschaftsministerium mit den Betreibern verhandeln. Ergebnisse sollen im Herbst in ein Gesetz einfließen. Das soll dann zudem Hilfen für jene strukturschwachen Kommunen beinhalten, in denen für die Schließung vorgesehene Kraftwerke von „erheblicher Relevanz für die Wertschöpfung" sind. In dem Gesetz soll auch das Anpassungsgeld festgelegt werden, das älteren Braunkohlebeschäftigten bei einem vorzeitigen Berufsaus wegen des Kohleausstiegs zustehen soll.

China droht Australien

Huawei-Blockade könnte Folgen haben

che. SINGAPUR, 16. April. China versucht, seinen Bodenschätzelieferanten Australien weiter einzuschüchtern. In einer Beschwerde bei der Welthandelsorganisation (WTO) bezeichnete das chinesische Außenministerium Australiens Bann von Hersteller Huawei beim Aufbau der neuesten Telefontechnik (5G) als „diskriminierenden Ansatz". Die Staatszeitung „Global Times" erklärte: „Australien wird für seine unklugen Entscheidungen den Preis bezahlen müssen." In Deutschland hat die Netzagentur einen Ausschluss von Huawei beim Aufbau von 5G abgelehnt.

China unterstellt Canberra, mit seinem Schritt lediglich amerikanischen Anweisungen zu folgen. Die Amerikaner zwängen alle anderen Mitglieder der Aufklärungsorganisation „five eyes" (Australien, Großbritannien, Kanada, Neuseeland) dazu, Huawei zu blockieren. Chinas Außenministerium warnte, dass ein solches Verhalten die Möglichkeiten unterminiere, von internationalem Handel und Zusammenarbeit zu profitieren. Nach dem Regelwerk der WTO dürfen Länder nicht „diskriminierend" gegenüber Unternehmen anderer Länder handeln. Allerdings bilden Bedenken mit Blick auf die „nationale Sicherheit" eine Ausnahme. Diese Option wird freilich so gut wie nie gezogen, weil Diplomaten fürchten, dass damit rasch die WTO-Regeln insgesamt unterlaufen werden könnten. Die „Global Times" schreibt, Australien stehe unter „amerikanischem Kommando" und sei „ein Vorreiter darin, WTO-Regeln zu zerstören".

In Peking hieß es: „Die chinesische Regierung ermutigt andere Länder immer, chinesischen Firmen ein offenes, faires, gerechtes, transparentes und nicht diskriminierendes Geschäftsumfeld bereitzustellen." Im vergangenen August hatte Australien die chinesische Huawei Technologies aufgrund nationaler Sicherheitsrisiken davon ausgeschlossen, Ausrüstung für das landesweite 5G-Netzwerk zu liefern. Neuseeland hat Huawei dabei blockiert, als Lieferant für den Telekomkonzern Spark aufzutreten, nicht an der Teilnahme am 5G-Programm. Huawei bezeichnete das Vorgehen Canberras als „politisch motiviert". Seit Monaten wird in Australien darüber spekuliert, ob die Einschränkungen der Kohle-Abnahme in Chinas Häfen eine Antwort auf das eigene Verhalten seien.

Toyotas erste Elektroautos

Japanischer Autohersteller folgt VW und General Motors

pwe. TOKIO, 16. April. Die Premiere fand nicht in Japan statt. Toyota Motor, eines der Aushängeschilder der japanischen Wirtschaft, hat am Dienstag seine ersten reinen Elektroautos auf der Automesse im chinesischen Schanghai vorgestellt. Toyota zeigt elektrische Versionen der sportlichen Nutzfahrzeuge C-HR und Izoa, die im kommenden Jahr in China zum Verkauf angeboten werden sollen. Erst danach wollen die Japaner auch westliche Märkte mit Elektroautos bedienen. Frühere Versuche mit reinen Elektroautos hatte Toyota nie zur Massenproduktion geführt.

Toyota folgt mit dem Schwenk zum Elektroauto Konkurrenten wie Volkswagen oder General Motors. Der japanische Marktführer fügt sich mit den reinen Elektroautos den Vorgaben der chinesischen Regierung zur Elektrifizierung der Autos. Um der Regelung Genüge zu tun, wird Toyota auch sogenannte Plug-in-Hybride anbieten, die Verbrennungs- und Elektromotor an Bord haben und an der Steckdose aufgeladen werden können. Die herkömmlichen hybridgetriebenen Fahrzeuge wie den Prius, die Toyota seit den neunziger Jahren als umweltfreundliche Option groß gemacht hat, erkennt China nicht als Fahrzeuge mit neuen umweltfreundlichen Antrieben an. Toyota plant, in der ersten Hälfte 2020 global mehr als zehn Modelle mit reinem Elektroantrieb an den Markt zu bringen.

Bis zum Jahr 2030 will das Unternehmen mehr als 5,5 Millionen elektrifizierte Fahrzeuge im Jahr verkaufen, das ist mehr als die Hälfte der wahrscheinlichen Produktion. Toyota fasst unter dem Begriff elektrisch oder elektrifiziert reine Elektroautos, aber auch Plug-in-Hybride, klassische hybridgetriebene Fahrzeuge und wasserstoffgetriebene Brennstoffzellen-Autos. Welche Techniken dabei die Oberhand gewinnen, entscheide der Kunde, heißt es von dem japanischen Hersteller immer wieder. Das Beispiel China zeigt aber, dass dabei auch die Politik ein Wort mitzureden hat. *(Kommentar Seite 24.)*

Toyotas neues E-Fahrzeug auf Basis des C-HR — Foto dpa

Deutsche Autokonzerne rudern zurück

Entgegen der Ankündigung will BMW doch nicht mit Daimler am Kompaktauto für den chinesischen Markt arbeiten. Den sehen alle Hersteller weiter positiv.

hena. SCHANGHAI, 16. April. Mag der chinesische Automarkt auch zum ersten Mal in seiner Geschichte einen massiven Absatzrückgang erleiden: Die deutschen Autohersteller geben sich überzeugt wie eh und je von ihrer mit Abstand größten Verkaufsregion. Er sei „vorsichtig optimistisch“, dass Daimler auch im laufenden Jahr ein „positives Momentum“ sehen werde, sagte der für die Volksrepublik zuständige Vorstand Hubertus Troska im Gespräch mit der F.A.Z. und anderen Medien. BMW-Finanzvorstand Nicolas Peter sagte, er gehe davon aus, dass der Münchener Autohersteller seine Verkäufe in China um 5 bis 10 Prozent steigern könne. Volkswagen geht von einem Absatz auf Vorjahresniveau aus.

Der deutsche Verband der Automobilindustrie (VDA) knüpfte die erwarteten Ergebnisse dieses Jahres an den Ausgang des Handelsstreits zwischen China und Amerika. Werde dieser gelöst, rechne man mit einer stabilen Entwicklung in China. Mittelfristig sei das Potential in der Volksrepublik ohnehin noch nicht ausgeschöpft. Insbesondere in den Millionenstädten im Hinterland gebe es reichlich Raum für weiteres Wachstum, sagte Daimler-Vorstandschef Dieter Zetsche. Er lobte, dass die chinesische Regierung als Hilfe für die Autoindustrie die Mehrwertsteuer um 3 Prozentpunkte gesenkt hatte. Gleichzeitig wies er den Vorwurf zurück, dass die Verkäufe in China in den vergangenen Jahren durch staatliche Subventionen begünstigt gewesen seien. 10 Prozent der chinesischen Käufer einer S-Klasse haben zuvor noch nie ein Auto besessen, was den schnell wachsenden Reichtum im Land widerspiegelt.

Sowohl Daimler als auch BMW traten in Schanghai Gerüchen entgegen, nach denen die Konkurrenten gemeinsam einen Kompaktwagen entwickeln könnten. „Wir haben dazu keine Pläne“, sagte BMW-Finanzvorstand Peter. Zuvor hatte es Berichte gegeben, dass die beiden Wettbewerber ein kleines Elektroauto gemeinsam bauen wollten, das weniger als 30 000 Euro kosten solle. Im Februar hatten die Konzerne angekündigt, ihre Mobilitätsdienstleistungen wie Carsharing oder Mitfahrvermittlung gemeinsam weiterzuentwickeln und die nächste Generation von Fahrerassistenzsystemen und die Zukunft des automatisierten Fahrens gemeinsam entwickeln zu wollen.

Gerüchte, dass der chinesische Daimler-Großaktionär Li Shufu eine weitere Aufstockung seiner Anteile von derzeit knapp 10 Prozent plane, wollte Konzernchef Zetsche nicht kommentieren. Die F.A.Z. hatte im September berichtet, dass der Eigentümer des chinesischen Autoherstellers Geely chinesischen Quellen zufolge Zugriff auf „Optionen auf Aktien für weitere 15 Prozent der Anteile an Daimler“ haben könnte. Geely hatte die Gerüchte als „unwahr“ zurückgewiesen.

Er hege „keine Sorge“, dass Li Shufu seinen Anteil an Daimler aufstocken wolle, sagte Zetsche in Schanghai. Zuletzt habe er den chinesischen Milliardär vor ein paar Wochen getroffen. In der F.A.Z. hatte Li Shufu nach dem Einstieg bei Daimler eine „Zusammenarbeit“ mit dem deutschen Autohersteller gefordert. Dies hat der Geely-Eigentümer ein Jahr später erreicht. Mit Daimler hatte er sich im März auf die Gründung eines Gemeinschaftsunternehmens verständigt, in dem der Kleinwagen Smart künftig als Elektroauto produziert werden soll. Während Volkswagen in China voll auf E-Autos setzt und bis zum kommenden Jahr 30 neue Modelle mit elektrischem Antrieb herausbringen will, sind die deutschen Luxusautohersteller vorsichtiger. „Will jeder chinesische Kunde derzeit ein Elektroauto fahren?“, fragte China-Vorstand Troska. Die Antwort laute: „Nein.“ Die Kunden müssten zunächst an die Elektroautomobilität gewöhnt werden.

Im vergangenen Jahr machten E-Autos nur 4 Prozent in den Verkäufen auf dem chinesischen Markt aus. Weil viele Unternehmer und Lokalregierungen im Land jedoch davon überzeugt sind, dass die Regierung mit aller Macht die Elektromobilität vorantreiben will, gibt es in China mittlerweile rund 500 E-Autohersteller. Beobachter glauben, dass ein Großteil der Start-ups nicht überlebensfähig ist. Einen Vorgeschmack auf eine breite Bereinigung der Branche gab am Dienstag das in Deutschland vielbeachtete chinesische Unternehmen Byton: Dessen Mitgründer und Aufsichtsratschef Carsten Breitfeld verlässt das Unternehmen, bevor die Produktion der Fahrzeuge überhaupt begonnen hat – und wechselt zu einem chinesischen Konkurrenten namens „Iconiq“.

Sehen, was kommt: *Besucher machen sich während der Automesse in Schanghai mit Neuentwicklungen vertraut.* — Foto EPA

Autohersteller machen weniger Gewinn

Die wichtigsten Autohersteller der Welt haben im vergangenen Jahr ihren Umsatz zwar gesteigert, aber weniger Autos verkauft und deutlich weniger Gewinn erwirtschaftet als im Vorjahr. Das geht aus einer am Dienstag veröffentlichten Analyse der Unternehmensberatung EY hervor. So stiegen die Erlöse der 16 untersuchten Hersteller aus Europa, den Vereinigten Staaten und Asien um 3 Prozent auf gut 1,6 Billionen Euro. Das lag vor allem daran, dass die Unternehmen mehr teure Fahrzeuge absetzen konnten. Das Ergebnis vor Zinsen und Steuern fiel jedoch um 9 Prozent auf 93,5 Milliarden Euro. Während Unternehmen aus Japan und Frankreich ihren Gewinn steigern konnten, sank der Ertrag der deutschen und amerikanischen Branchenvertreter um 10 Prozent beziehungsweise 31 Prozent. Als Gründe nennt EY unter anderem globale Handelskonflikte. Auch die Umstellung auf das neue Abgasprüfverfahren WLTP sowie höhere Investitionen belasteten die Unternehmen. magr.

MENSCHEN & WIRTSCHAFT

Schwiegersohn ohne Anziehungskraft

Während des Besuchs in den Vereinigten Staaten irritiert der türkische Finanzminister Investoren. Dabei braucht der Betriebswirt dringend gute Nachrichten.

Berat Albayrak Foto Gettty

Mächtige Schwiegersöhne unter sich: Auf seiner Washington-Reise traf der türkische Finanzminister Berat Albayrak am Montag den Berater des Weißen Hauses Jared Kushner. Dieser ist mit einer Tochter des amerikanischen Präsidenten Donald Trump verheiratet, während der 40 Jahre alte Albayrak ein Schwiegersohn des türkischen Staatschefs Recep Tayyip Erdogan ist. Der Minister aus Ankara traf später auch Trump selbst und berichtete von einer „sehr positiven, konstruktiven Unterhaltung".

Solche Zeichen guter Stimmung sind wichtig zwischen den beiden größten Militärmächten der Nato, denn in letzter Zeit knirscht es gewaltig in den Beziehungen. Der derzeitige Stein des Anstoßes ist die türkische Bestellung des Luftabwehrsystems S-400 aus Russland. Washington kritisiert den Auftrag scharf, droht mit Sanktionen und will Ankara nicht länger mit amerikanischen Kampfflugzeugen vom Typ F-35 beliefern.

Albayrak versuchte jetzt, die Wogen zu glätten, und verwies darauf, dass Trump die türkischen Sicherheitsinteressen „auf sehr vernünftige Weise" aufgenommen habe. Außerdem sei darüber gesprochen worden, den Außenhandel zwischen beiden Ländern von 20 auf 75 Milliarden Dollar im Jahr zu erhöhen. Der gelernte Betriebswirt muss solche guten Nachrichten mit in die Türkei bringen, denn sein erster Versuch, in Washington zu punkten, war zuvor gründlich gescheitert.

Die Finanzagentur Reuters berichtet, Albayrak und Notenbankgouverneur Murat Çetinkaya seien bei einer Gruppe von 400 internationalen Investoren regelrecht „abgeblitzt". Auf der Konferenz der Bank JP Morgan in einem Washingtoner Hotel habe Albayrak erfolglos versucht, die Wirtschaft seines Landes schönzureden. „Ich glaube nicht, dass er irgendjemanden überzeugt hat", sagte ein Teilnehmer. „Es lief nicht gut." Nach dem Treffen verlor die ohnehin arg gebeutelte Lira 1,4 Prozent an Wert. Im vergangenen Jahr hatte sie schon 30 Prozent eingebüßt.

Die Investoren berichteten, dass Albayrak weitgehend sein kurz zuvor in Istanbul vorgestelltes Programm zur Stärkung der türkischen Banken wiederholt habe (F.A.Z. vom 11. April). Dieses jedoch gehe nicht weit genug und sei teils sogar kontraproduktiv, um die Bedenken zu zerstreuen, dass der türkische Staat zu sehr in die Wirtschaft und in die Kreditvergabe eingreife. Die Ratingagentur Moody's urteilte, der Plan sei zu vage und lasse klare Zeitabläufe vermissen. Ein Teilnehmer der Investorenkonferenz sagte Reuters: „Wir waren uns einig, dass mehr getan werden muss, um die Glaubwürdigkeit der Türkei wiederherzustellen." Albayrak hatte kurz vor seiner Abreise zur Jahrestagung der Weltbank und des Weltwährungsfonds IWF angekündigt, die türkischen Staatsbanken mit frischem Kapital von fünf Milliarden Dollar zu versorgen und ihnen zu gestatten, ausfallgefährdete Kredite in separate Finanzgesellschaften auszulagern. Der Hintergrund dafür ist, dass die Quote fauler Kredite von 2,5 auf 4,1 Prozent zugenommen hat und bis Jahresende auf 6 Prozent steigen könnte.

Türkische Unternehmen ächzen unter Devisenschulden von netto fast 200 Milliarden Dollar, einem Viertel des Bruttoinlandsprodukts. Deren Rückzahlung wird immer schwieriger, je mehr die Lira an Wert verliert. „Das Problem der faulen Kredite kann die Türkei nur mit einem Kredit und einem Programm des IWF lösen", sagte Atilla Yesilada, Ökonom bei Global Source in Istanbul, der Finanzagentur Bloomberg. Doch Ankara und der IWF dementieren, dass sie über ein Hilfspaket sprechen.

Lieber versprühen Erdogan und sein Schwiegersohn Zweckoptimismus. Albayrak, der lange den regierungsnahen Mischkonzern Çalik führte und später Energieminister war, sagte am Montag, die Rezession, in der die Türkei seit Ende 2018 steckt, sei möglicherweise schon vorüber. Zahlen für das erste Quartal 2019 deuteten darauf hin, dass sich das Land erhole: „Wir sind mit minimalen Schaden über eine schwierige Zeit hinweggekommen." Jetzt gehe es darum, die beabsichtigten Wirtschaftsziele zu erreichen. Eines davon lautet, dieses Jahr ein Wachstum von 2,3 Prozent zu erreichen. Im Vorjahr hatte es 2,6 Prozent betragen. Die meisten Ökonomen halten den Wert für utopisch. Der IWF etwa erwartet vielmehr eine Schrumpfung um 2,5 Prozent.

Es gibt zwar Zeichen der Besserung. So ist die Industrieproduktion im Februar geringer gefallen als befürchtet. Zudem ist wegen wechselkursbedingt stark sinkender Importe das Handelsbilanzdefizit geschrumpft. Aber andere Indikatoren bleiben schwach. Der Verbraucherpreisanstieg hat zuletzt fast 20 Prozent betragen. Die Bevölkerung verunsichert auch, dass die Erwerbslosigkeit steigt. Im Februar betrug die Arbeitslosenquote 14,7 Prozent, das war der höchste Wert seit zehn Jahren. Unter Jugendlichen sind es fast 27 Prozent, insgesamt fehlen 4,7 Millionen Arbeitsplätze.

Die Lage am Stellenmarkt ist politisch brisant. In den Kommunalwahlen im März gewann die Opposition vor allem in jenen Orten gegen die Regierungspartei AKP, in denen die Arbeitslosigkeit sehr hoch ist. Auch Istanbul ging nach 25 Jahren verloren, was für die Herrscherfamilie bitter ist: Erdogan und Albayrak sind beide dort geboren. CHRISTIAN GEINITZ

Gründer verlässt Byton

Das chinesische Elektroauto-Unternehmen Byton baut seine Führungsetage abermals um. Mitgründer Carsten Breitfeld verlässt das Unternehmen. Schon Ende Januar hatte Byton die Führung neu strukturiert. Breitfeld wurde damals Aufsichtsratschef, und Mitgründer Daniel Kirchert übernahm den Vorstandsvorsitz. Manche sahen darin eine Degradierung Breitfelds, der davor Vorstandsvorsitzender war.

Byton gibt sich trotz des Abgangs zuversichtlich, das selbstgesteckte Ziel zu erreichen, bis Ende dieses Jahres die ersten Autos in China auszuliefern; im nächsten Jahr soll dann der Marktstart auch in Europa und Amerika erfolgen. Der Byton-Chef Kirchert bekräftigte die Zielsetzung in einer Mitteilung, in der er Breitfeld für seine Arbeit dankte. Weitere Modelle sollen bald folgen. Die Autos sollen teilweise autonom fahren. Derweil hat Breitfeld offenbar schon einen neuen Arbeitgeber gefunden: Er soll Chef des chinesischen Konkurrenten Iconiq Motors werden, berichtete das „Handelsblatt".

Kirchert und Breitfeld sind ehemalige Manager des Münchner Automobilherstellers BMW. Im Jahr 2016 gründeten sie gemeinsam das Unternehmen Future Mobility Corporation, das die Marke Byton etablieren möchte. Der Name Byton steht für „Bytes on Wheels". Die Marke soll signalisieren, dass die Autos „Smartphones auf Rädern" sein sollen und Vernetzung sowie Digitalisierung eine große Rolle spielt, eine deutlich größere sogar als die Leistung der Fahrzeuge.

Das Unternehmen hat derzeit etwa 1600 Angestellte an sieben Standorten in China, Amerika und Deutschland und ist rund 4 Milliarden Dollar wert. Die Zentrale befindet sich im chinesischen Nanjing, wo gerade auch die erste Produktionsstätte entsteht; das Designstudio steht in München. Softwareentwicklung und Aktivitäten rund um autonomes Fahren wiederum sind Angaben des Unternehmens zufolge die Aufgabe der Niederlassung im Silicon Valley. Das Autounternehmen wurde angeschoben vom Internetkonzern Tencent und dem Autohändler Harmony aus China sowie dem taiwanischen Auftragsfertiger Foxconn. guth./lid.

Klassenkämpfer Bernie Sanders ist selbst Millionär

Bernie Sanders schimpft regelmäßig über Millionäre und Milliardäre. Der amerikanische Senator, der sich im Jahr 2016 vergeblich um die Kandidatur der Demokratischen Partei für die Präsidentenwahlen beworben hat und nun im nächsten Jahr einen neuen Anlauf wagt, beschreibt sich selbst gern als „Demokratischer Sozialist" und inszeniert sich als Kämpfer gegen Ungleichheit. Nun aber stellt sich heraus, dass er selbst Millionär ist und zu Amerikas Spitzenverdienern gehört. Sanders hat gerade seine Steuererklärungen für die vergangenen zehn Jahre veröffentlicht. Daraus geht hervor, dass seine Frau und er im Jahr 2018 ein bereinigtes Bruttoeinkommen von mehr als 560 000 Dollar hatten, 2017 und 2016 waren es sogar jeweils mehr als eine Million Dollar. Bezogen auf das Jahreseinkommen, gehört das Ehepaar damit zum obersten Prozent der Amerikaner, die Schwelle dafür liegt bei rund 480 000 Dollar.

Sanders hat nicht immer so viel verdient. In den Jahren 2014 und 2015 betrug sein Einkommen jeweils weniger als 250 000 Dollar. Dass er jetzt finanziell so viel besser dasteht, erklärt sich mit Einnahmen aus mehreren Büchern, die er seit dem Wahlkampf 2016 veröffentlicht hat. Und daran ist nach seiner Auffassung offenbar auch nichts auszusetzen, obwohl er selbst gern andere Spitzenverdiener anprangert. In einer Diskussionsrunde im Fernsehsender „Fox News" sagte er am Montag: „Wenn jemand denkt, ich sollte mich dafür entschuldigen, einen Bestseller zu schreiben: Tut mir leid, das werde ich nicht tun." Für seine Arbeit als Senator allein erhält Sanders ein jährliches Gehalt von 174 000 Dollar.

Bernie Sanders Foto AFP

Zur Vorlage der Steuererklärungen gab Sanders zu: „Unsere Familie hatte Glück." Den Dokumenten zufolge haben seine Frau und er für das vergangene Jahr rund 145 000 Dollar an Steuern bezahlt, also 26 Prozent des bereinigten Einkommens. Auch andere Politiker, die im Rennen um die Kandidatur der Demokraten bei den nächsten Wahlen sind, haben zuletzt ihre Steuererklärungen veröffentlicht. Elizabeth Warren zum Beispiel, die wie Sanders höhere Steuern für Reiche fordert, hatte im Jahr 2018 zusammen mit ihrem Mann ein bereinigtes Bruttoeinkommen von knapp 850 000 Dollar. Dazu trugen ihr Senatsgehalt und Bucheinnahmen bei sowie die Bezüge ihres Mannes, der Professor an der Harvard-Universität ist. Die Demokraten versuchen gerade, die Veröffentlichung der Steuererklärungen des amerikanischen Präsidenten Donald Trump zu erzwingen, der sich seit Jahren dagegen sträubt. lid.

Foxconn-Chef erwägt Kandidatur

Der Chef des taiwanesischen Elektronikunternehmens Foxconn will möglicherweise bei der nächsten Präsidentschaftswahl in Taiwan kandidieren: „Ich habe letzte Nacht nicht geschlafen. 2020 ist entscheidend für Taiwan", sagte Gou am Dienstag am Rande einer Veranstaltung. Vor allem vor dem Hintergrund der Spannungen zwischen China und Taiwan überlege er, ob er antreten wolle. „Was kann ich für die Jugend tun. Die nächsten 20 Jahre werden über ihr Schicksal entscheiden", sagte Gou. Der Milliardär ließ zunächst offen, für welche Partei er möglicherweise bei den Präsidentschaftswahlen im Januar antreten werde. Er werde sobald wie möglich entscheiden, ob er für die Oppositionspartei, die chinafreundliche Kuomintang (KMT), kandidiere. Parteiangaben zufolge ist der 69-Jährige seit über 50 Jahren KMT-Mitglied. Die KMT ist gegen die Unabhängigkeit Taiwans und setzt sich für engere Beziehungen mit China ein. Die Volksrepublik betrachtet Taiwan nach dem Ein-China-Prinzip als Teil des Landes. Taiwan hingegen halte sich 1949 von der Regierung auf dem Festland losgesagt. Gou, Gründer und Konzernchef des Apple-Zulieferers, ist Taiwans reichste Person mit einem geschätzten Vermögen von 7,6 Milliarden Dollar. Reuters/AFP

Cyberangriffe nach Assange-Festnahme

Ecuador ist nach der Festnahme von Wikileaks-Gründer Julian Assange nach Regierungsangaben Ziel von mehr als 40 Millionen Cyberattacken geworden. Die Angriffe auf Internetseiten öffentlicher Institutionen seien unter anderem aus Deutschland, den Vereinigten Staaten, Brasilien, den Niederlanden, Rumänien und aus Ecuador selbst gekommen, sagte der Vizeminister für Informationstechnologie und Kommunikation, Patricio Real, am Montag. Betroffen waren den Angaben zufolge vor allem die Internetseiten von Außenministerium, Präsidentenamt, Zentralbank sowie einigen Ministerien und Universitäten. Informationen wurden demnach bei den Cyberangriffen nicht entwendet. Assange war am vergangenen Donnerstag nach sieben Jahren in der ecuadorianischen Botschaft in London festgenommen worden. Die Regierung in Quito hatte zuvor das politische Asyl für den 47-jährigen Australier aufgehoben, der wegen der Veröffentlichung geheimer Dokumente vielen in den Vereinigten Staaten als Staatsfeind gilt. Amerikanische Bundesstaatsanwälte werfen ihm die bewusste Gefährdung der Vereinigten Staaten vor. So seien etwa die Identitäten von lokalen Mitarbeitern der Armee in Afghanistan von Wikileaks bekanntgemacht worden. AFP/Reuters

Kurze Meldungen

Altenburger ist insolvent

Der Spirituosenhersteller Altenburger Destillerie und Liqueurfabrik ist zahlungsunfähig. Die Insolvenz sei am 12. April angemeldet, am Montag Kai Dellit zum vorläufigen Insolvenzverwalter bestellt worden, teilte die Anwaltskanzlei am Dienstag mit. „Unser gemeinsames Ziel ist es, den Geschäftsbetrieb mit einem Umsatz von über 65 Millionen Euro reibungslos fortzuführen und zu sanieren", hieß es. erklärte Dellit in der Mitteilung. Das Unternehmen wurde im Jahr 1948 gegründet und produziert 30 Millionen Flaschen im Jahr. dpa

DB Regio setzt auf Klebetapete

Mit Klebefolien in den Toiletten, neuer Reinigungstechnik und schnellerer Wartung will die Deutsche Bahn bei den Regionalzügen im Nordosten die Werkstattzeiten verkürzen und die Pünktlichkeit verbessern. „Wir haben jeden Stein umgedreht und geschaut, wo wir besser und schneller werden können", sagte ein DB Regio-Sprecherin am Dienstag. Mitarbeiter der Werkstatt in Berlin-Lichtenberg präsentierten einige Neuerungen aus einem Optimierungsprogramm. Dazu zählt unter anderem ein 40 000 Euro teures Spülgerät, mit dem sich das Innenleben der Zugtoiletten besser reinigen lässt. Jeweils 2000 Euro je Toilette kosten Klebefolien, die aussehen wie Fototapeten und vor Graffiti an Wänden schützen sollen. dpa-AFX

Hamburger Gericht gegen Iglo

Der Tiefkühlkost-Hersteller Iglo darf Supermarkt-Produkte nicht mit einer Nährstoff-Kennzeichnung – dem sogenannten Nutri-Score – versehen. Das Landgericht Hamburg habe am Dienstag eine einstweilige Verfügung gegen die Iglo GmbH erlassen, teilte ein Gerichtssprecher mit. Den Antrag hierauf hatte der Münchner Verein Schutzverband gegen Unwesen in der Wirtschaft gestellt. Der „Nutri-Score" verstoße gegen europäische Vorschriften zur Lebensmittelkennzeichnung und sei daher im geschäftlichen Verkehr unzulässig, urteilte das Gericht. Iglo kündigte Berufung an. dpa-AFX

Stockholm beschränkt Scooter

Der Boom von Tretrollern mit Elektromotor soll in der schwedischen Hauptstadt Stockholm stärker reguliert werden. Die Stadt will sogenannte Hotspots errichten, an denen die E-Scooter ausgeliehen und zurückgebracht werden können, wie der für Verkehr zuständige Vizebürgermeister Daniel Helldén am Dienstag bekanntgab. In der Altstadt Gamla Stan und an zentralen Plätzen solle es gemäß einer Absichtserklärung von Stadt und Unternehmen künftig nicht mehr möglich sein, E-Scooter abzustellen, erklärte der Politiker. An manchen sehr belebten Orten werde es technisch so geregelt, dass die Roller nicht schneller als sechs Kilometer je Stunde fahren können. dpa-AFX

Johnson & Johnson stagniert

Negative Währungseffekte haben die Umsätze des amerikanischen Gesundheitskonzerns Johnson & Johnson im ersten Quartal belastet. Die Erlöse stagnierten bei 20 Milliarden Dollar, wie das Unternehmen am Dienstag in New Brunswick mitteilte. Auf vergleichbarer Basis stiegen die Umsätze um 5,5 Prozent. Dabei verzeichnete Johnson & Johnson ein robustes Pharmageschäft, das vergleichbar um fast 8 Prozent zulegte. Reuters

Umweltbank legt zu

Die Umweltbank ist auf Wachstumskurs. Wie das auf Ökoinvestments spezialisierte Geldhaus am Dienstag mitteilte, erhöhte sich das Geschäftsvolumen im vergangenen Jahr um 9,4 Prozent auf 4,1 Milliarden Euro. Der Überschuss lag mit 16,9 Millionen Euro etwas über Vorjahresniveau (16,7 Mio Euro). Die Aktionäre erhalten 33 Cent je Aktie und profitieren damit von der zehnten Dividendenerhöhung in Folge. Wesentlicher Wachstumstreiber waren den Angaben zufolge Kredite. dpa-AFX

Frühestens 2020 Prozess gegen Winterkorn

cag. HAMBURG, 16. April. Nach der Anklage gegen den ehemaligen Volkswagen-Chef Martin Winterkorn im Skandal um manipulierte Abgaswerte bei Dieselmotoren ist ein Prozess frühestens 2020 zu erwarten. „Die Klage ist eingegangen und wird jetzt gründlich geprüft", sagte die zuständige Sprecherin des Landgerichts Braunschweig, Jessica Henrichs, am Dienstag. Diese Prüfung werde angesichts des Umfangs der Akten „mindestens mehrere Monate in Anspruch nehmen", heißt es in einer Mitteilung des Gerichts. „Ob das noch in diesem Jahr passiert, das können wir aufgrund der vielen Akten nicht garantieren", sagte sie. Es sei eher unwahrscheinlich. Die Braunschweiger Staatsanwaltschaft hatte dem Gericht neben seiner fast 700 Seiten starken Klageschrift rund 300 Aktenbände mit insgesamt 75 000 Seiten vorgelegt, die jetzt geprüft werden müssen. Zuständig ist die 6. Wirtschaftsstrafkammer.

In der Mitteilung des Landgerichts wurde ein nun beginnendes Zwischenverfahren angekündigt, in dem zunächst die Anklageschrift den Beschuldigten und ihren Verteidigern zugestellt wird. „Diese erhalten damit Gelegenheit, sich zu den gegen sie von der Staatsanwaltschaft erhobenen Vorwürfen zu äußern, Einwendungen gegen die Eröffnung des Hauptverfahrens geltend zu machen und/oder Beweiserhebungen zu beantragen", hieß es. Das Gericht beschließt die Eröffnung des Verfahrens dann, wenn Winterkorn und die anderen Beschuldigten in seinen Augen hinreichend tatverdächtig sind. Den früheren VW-Managern wird von der Staatsanwaltschaft im Diesel-Skandal „schwerer Betrug" vorgeworfen. „Ein hinreichender Tatverdacht besteht, wenn eine spätere Verurteilung der Angeschuldigten mit den vorhandenen zulässigen Beweismitteln wahrscheinlich erscheint", heißt es in der Mitteilung des Gerichts.

Winterkorns Anwalt Felix Dörr hatte am Vortag gerügt, die Staatsanwaltschaft habe der Verteidigung zuletzt am 5. April sieben DVDs mit rund 300 Ordnern Material zugesandt – „davon Dutzende von Dateiordnern, die der Verteidigung bislang unbekannt waren". Die Bitte, das Material durchsehen und eine schriftliche Stellungnahme abgeben zu können, sei von den Braunschweiger Staatsanwälten ignoriert worden. Die Verteidigung werde sich auf diese „Gangart" der Staatsanwaltschaft einstellen, heißt es in der Erklärung Dörrs.

Hamburg testet Elektrotretroller

cag. HAMBURG, 16. April. Vor der in Kürze erwarteten Zulassung von Elektrotretrollern auf deutschen Straßen startet der internationale E-Scooter-Vermieter Hive in Hamburg jetzt auf einem abgeschlossenen Gelände einen Testbetrieb. In Kooperation mit dem DESY-Forschungszentrum im Hamburger Stadtteil Bahrenfeld sollen auf dem dortigen Campusgelände rund 3000 Wissenschaftler und Mitarbeiter 100 Scooter nutzen und Erfahrungen über den Betrieb und mögliche Risiken und Gefährdungen sammeln können. Der DESY-Campus sei eine ideale Fläche zum Ausprobieren und Optimieren der elektrobetriebenen Roller, sagte Hamburgs Wissenschaftssenatorin Katharina Fegebank von den Grünen. „Von den Erfahrungen, die hier in Sachen Sicherheit und Fahrpraxis gemacht werden, können wir in Hamburg insgesamt profitieren und so einen wichtigen Beitrag zur Mobilitätswende leisten." Laut der Hamburger Verkehrsbehörde gibt es schon Gespräche „mit einer ganzen Handvoll" Sharing-Anbietern, die ihre Roller auch in der Hansestadt fahren lassen wollen, sobald die rechtlichen Voraussetzungen dafür in Deutschland gegeben sind. Hive bietet seine Miet-Roller unter anderem schon jetzt in Wien, Paris, Athen, Warschau und Lissabon an.

Unicredit-Filiale in Mailand: *Die Bank muss eine geringere Strafe zahlen als beispielsweise die Commerzbank.* Foto AP

Unicredit muss 1,3 Milliarden Dollar Strafe zahlen

Verstöße gegen amerikanische Sanktionen kosten das Institut weniger als gedacht. Im Mittelpunkt des Verfahrens stand die Hypo-Vereinsbank.

maf. FRANKFURT, 16. April. Die Sektkorken dürften am Dienstag weder in Mailand noch in München geknallt haben. Aber die Einigung der italienischen Großbank Unicredit mit den amerikanischen Behörden auf eine Strafzahlung von 1,3 Milliarden Dollar wegen Sanktionsverstößen gegen Iran, Libyen und Syrien wurde an der Börse positiv aufgenommen. Die Unicredit-Aktie verteuerte sich am Dienstag um 2,6 Prozent. Denn die Strafe fiel günstiger aus, als der Vorstand bislang angenommen hat. Das dürfte zu der Auflösung einer Rückstellung in Höhe von 300 Millionen Euro führen.

Unicredit habe sich auf den Vergleich unter anderem mit den amerikanischen Justiz- und Finanzministerien sowie mit der Notenbank Federal Reserve verständigt, teilte der New Yorker Bezirksrichter Cyrus Vance Jr. mit. Nach seinen Angaben wird sich die deutsche Tochtergesellschaft Unicredit Bank AG, also die Hypo-Vereinsbank (HVB), in Washington und in New York schuldig bekennen. Die in München ansässige HVB stand im Mittelpunkt des Verfahrens. Nach den Gerichtsunterlagen soll die HVB, die im Jahr 2005 von der Unicredit übernommen worden war, fast zehn Jahre lang wissentlich illegale Transaktionen im Wert von Hunderten Millionen Dollar durch das amerikanische Finanzsystem bewegt haben.

Der New Yorker Bezirksstaatsanwaltschaft zufolge wurden damit mehrere amerikanische Sanktionsprogramme unter anderem gegen Terrorfinanzierung und Verbreitung von Massenvernichtungswaffen verletzt. Deshalb wird die HVB wegen krimineller Verstöße gegen amerikanisches Recht ein Schuldbekenntnis beim zuständigen Gericht in Manhattan abgeben müssen. „Dieser Fall ist ein Paradebeispiel dafür, wie einige Institute fälschlicherweise glauben, sie könnten das amerikanische Finanzsystem austricksen und ihre ruchlosen Aktivitäten verschleiern", sagte FBI-Ermittler William F. Sweeny in New York. Die Bundespolizei wird sich seinen Worten zufolge Unternehmen wie Unicredit, die sich an Verschwörungen zur Verletzung von amerikanischen Gesetzen beteiligten, aggressiv ins Visier nehmen.

Die jüngste Strafe fällt im Vergleich zur französischen Bank BNP Paribas fast schon milde aus. Das Institut musste im Jahr 2014 wegen Sanktionsverstößen knapp 9 Milliarden Dollar zahlen. Die Commerzbank zahlte im März 2015 wegen Verstößen gegen amerikanische Iran-Sanktionen eine Strafe von 1,45 Milliarden Dollar. Die Deutsche Bank war zwar Ende 2015 schon mit knapp 260 Millionen Dollar in diesem Zusammenhang bestraft worden. Doch sie hat sich – anders als die Commerzbank – noch längst nicht mit allen ermittelnden Behörden geeinigt. Bislang mussten in den Vereinigten Staaten 15 europäische Banken wegen Sanktionsverstößen Strafen von 19,5 Milliarden Dollar zahlen.

Vor diesem Hintergrund wird es interessant, wie die Geldwäschevorwürfe im Zusammenhang mit der estnischen Niederlassung der Danske Bank von den amerikanischen Behörden geahndet werden. Im Verdacht stehen Transaktionen der dänischen Großbank über 200 Milliarden Euro, mit denen vor allem die Sanktionen des Westens gegen Russland umgangen worden sein sollen. Davon betroffen ist auch die Swedbank aus Schweden, die mit der Danske Bank verdächtige Transaktionen im Baltikum ausgeführt haben soll. Wieder einmal steht auch die Deutsche Bank im Blickpunkt, weil sie bis 2015 als sogenannte Korrespondenzbank für die dänische Großbank tätig war. Über die Systeme der Deutschen Bank sollen rund 150 Milliarden Euro an verdächtigen Geldern abgewickelt worden sein. Die Deutsche Bank verweist hier darauf, dass sie keine Kenntnisse über die Danske-Kunden und deren Machenschaften gehabt habe und auch nicht hätte haben müssen.

Die neuen amerikanischen Sanktionen gegen Iran sind in Europa auf Widerspruch gestoßen. Um diese umgehen zu können, haben Frankreich, Großbritannien und Deutschland die in Paris ansässige Zweckgesellschaft Instex gegründet. Damit soll der legitime Handel zwischen Europa und Iran gefördert werden. Der Schwerpunkt liegt zunächst auf den Sektoren, die für die iranische Bevölkerung am wesentlichsten sind, zum Beispiel Arzneimittel, Medizinprodukte sowie Lebensmittel und Agrargüter.

Langfristig soll Instex wirtschaftlichen Akteuren aus Drittstaaten offenstehen, die Handel mit Iran betreiben wollen. Die von dem früheren Russland-Fachmann der Commerzbank, Per Fischer, geleitete Zweckgesellschaft wird zunächst als Abrechnungsstelle tätig werden. Sie soll iranische Öl- und Gaslieferungen ins Ausland ermöglichen, ohne dass dabei Geld fließt. Instex soll die Forderungen iranischer Exporteure sammeln, um sie dann mit Lieferungen unbedenklicher Güter zu verrechnen. Doch es muss bezweifelt werden, dass die amerikanische Regierung diese Umgehung ihrer Sanktionen hinnehmen wird. Allein die Drohung von Strafen dürfte ausreichen, um europäische Unternehmen von Iran-Geschäften abzuhalten.

Mehr Frauen machen sich selbständig

Trotzdem fällt die Zahl der Gründer weiter

mbeu. FRANKFURT, 16. April. Nur weil mehr Frauen sich selbständig gemacht haben, hat sich die Anzahl der Gründungen in Deutschland im Jahr 2018 stabilisiert. Nach drei Jahren mit stärkeren Rückgängen fiel die gesamte Gründerzahl im vergangenen Jahr auf 547 000, das waren knapp 2 Prozent weniger als 2017, heißt es in einer Vorabmeldung zum KfW-Gründungsmonitor. Gegen den allgemeinen Trend machten sich mehr Frauen selbständig. Die Zahl der Existenzgründungen durch Frauen wuchs um 4 Prozent auf 216 000, während sich 331 000 Männer selbständig machten, ein Minus von 5 Prozent. Damit stieg der Anteil von Frauen unter den neuen Selbständigen von 37 auf 40 Prozent.

Die Gründerzahl in Deutschland fällt schon seit 2014, in den Jahren von 2015 bis 2017 sogar jeweils mit zweistelligen Prozentzahlen. 2014 lag die Zahl der Existenzgründer noch bei 915 000. Die relativ kleine weitere Verringerung 2018 wird von der Entwicklungsbank KfW als „Stabilisierung" gekennzeichnet. „Die Zahl der Gründer nimmt nicht zu, sondern verharrt auf niedrigem Niveau", sagt Jörg Zeuner, Chefvolkswirt der KfW. Dies sei kein Zeichen wirtschaftlicher Schwäche. Die weiterhin sehr günstige Entwicklung am Arbeitsmarkt – 2018 ging die Erwerblosenquote von 3,5 auf 3,2 Prozent zurück – bietet Erwerbsfähigen viele Alternativen zur Gründung. „Potentielle Gründer finden derzeit andere sehr attraktive Beschäftigungsmöglichkeiten", sagte Zeuner. „Berufliche Entscheidungen fallen daher häufig zugunsten eines Angestelltenverhältnisses aus."

Dennoch sind im Gründungsmonitor, der in vollständiger Form erst im Frühsommer vorliegen wird, auch Zeichen der Verunsicherung am Arbeitsmarkt sichtbar. Trotz der niedrigen Arbeitslosigkeit stieg 2018 die Anzahl von sogenannten Notgründern, die sich selbständig machen, weil bessere Alternativen fehlen – auf 148 000 Personen (2017: 135 000). „Angesichts der andauernden Stärke des Arbeitsmarkts eine unerwartete Entwicklung, die weiterer Analysen bedarf", schrieb die KfW in der Vorabauswertung. Die Zahl der Gründer, die eine Geschäftschance ausnutzen wollen („Chancengründer"), blieb im vergangenen Jahr fast unverändert bei 382 000 (2017: 390 000).

Von den 547 000 Neugründungen im Jahr 2018 waren 255 000 Vollerwerbsgründer, 21 000 mehr als im Jahr zuvor. Die Zahl der Nebenerwerbsgründer fiel auf 292 000 Personen (ein Minus von 31 000). Der Gründungsmonitor wird seit 2000 telefonisch durch eine Bevölkerungsbefragung erhoben.

Edeka greift Biomärkte an

F.A.Z. HAMBURG, 16 April. Deutschlands größter Lebensmittelhändler Edeka will im Einzelhandel auch als Betreiber von Bio-Supermärkten mitmischen und nimmt den Wettbewerb mit Alnatura & Co. auf. Unter dem Namen „Naturkind" soll im Sommer in Hamburg ein erster, von einem selbständigen Edeka-Kaufmann betriebener Laden eröffnet werden, wie Vorstandschef Markus Mosa am Dienstag ankündigte. Zwei, drei weitere Läden seien in Planung. „Dies ist der richtige Weg, weil Kunden bestimmte Sortimente in Fachmärkten suchen." Bei der Vorstellung der Jahreszahlen wies Edeka darauf hin, dass die genossenschaftlich orientierte Handelsgruppe seit zehn Jahren mit der Umweltschutzorganisation WWF daran arbeite, Produkte und Lieferketten umweltverträglicher zu gestalten. Der Umsatz von Edeka stieg 2018 im Vergleich zum Vorjahr um 3,2 Prozent auf 53,6 Milliarden Euro. Motor des Wachstums seien wieder einmal die mittelständischen Kaufleute gewesen, die mit 27,6 Milliarden Umsatz gegenüber dem Vorjahr um 4.9 Prozent wuchsen und eine stabile Umsatzrendite erzielt hätten. Parallel zum Einstieg ins Bio-Geschäft will Edeka den Einstieg in den Drogeriemarkt vorantreiben, den Edeka mit der regionalen Kette Budnikowsky betreibt.

ING beflügelt Kurs der Commerzbank

smo. FRANKFURT, 16. April. Indizien für ein konkreteres Werben des niederländischen Geldinstituts ING um die Commerzbank haben deren Aktienkurs beflügelt. Das Papier weitete die Gewinne aus dem Tagesverlauf aus und schloss mit gut 3 Prozent. ING-Vorstandschef Ralph Hamers habe die Bundesregierung und Commerzbank-Chef Martin Zielke um Fusionsgespräche gebeten, berichtete das „Manager Magazin" online unter Berufung auf Beteiligte. Zielke habe die Aufnahme formeller Gespräche abgelehnt, den Kontakt aber nicht abgebrochen. Hamers verspreche, nicht nur weniger Stellen abbauen zu müssen als bei einem Verkauf der Commerzbank an die Deutsche Bank. Er habe auch in Aussicht gestellt, die globale ING-Zentrale von Amsterdam nach Frankfurt zu verlegen. Dem Bund gehören knapp 16 Prozent an der Commerzbank. In der Vergangenheit soll die Regierung ausländischen Banken eine Präferenz für eine innerdeutsche Transaktion signalisiert haben. ING soll schon vor Wochen mit dem Argument geworben haben, sie sei mit ihrer Tochtergesellschaft Diba quasi eine deutsche Bank. Ähnlich soll die italienische Unicredit mit ihrer starken Präsenz in Deutschland argumentiert haben. ING und die Commerzbank lehnten eine Stellungnahme ab.

FIRMENINDEX Seite

Die F.A.Z.-Wetterinformationen im Internet: www.faz.net/wetter

DEUTSCHLAND

Messwerte und Prognosen

	Di. 16.4.	Mi. 17.4.	Do. 18.4.	Fr. 19.4.
Aachen	14° h	14° w	17° s	18° s
Arkona	7° h	8° s	9° s	8° s
Berlin	12° s	16° s	19° s	20° s
Bremen	9° s	15° s	18° s	19° s
Brocken	5° s	6° s	8° h	10° h
Cottbus	12° s	16° s	18° s	20° s
Cuxhaven	7° s	12° s	14° s	15° s
Dresden	13° s	16° s	17° b	20° s
Düsseldorf	14° h	14° w	19° s	20° h
Erfurt	9° s	15° s	17° h	19° s
Essen	14° s	15° w	19° s	19° s
Feldberg	4° h	6° w	9° s	10° s
Feldberg/Ts.	9° b	11° w	14° h	15° s
Frankfurt	13° w	16° w	19° s	21° s
Freiburg	14° b	20° h	21° h	22° h
Garmisch	14° w	11° w	12° s	15° s
Greifswald	8° h	12° s	14° s	14° s
Gr. Arber	5° s	12° s	11° h	15° s
Hamburg	8° s	15° s	18° s	19° s
Hannover	9° s	15° s	18° s	19° s
Helgoland	6° s	10° s	11° s	11° s
Hof	11° s	14° s	15° h	17° s
Kahler Asten	9° s	13° w	13° s	15° s
Karlsruhe	13° h	20° h	20° s	20° b
Kassel	11° s	16° s	17° s	19° s
Köln	15° h	15° w	19° s	20° s
Konstanz	11° b	17° w	16° s	18° s
Leipzig	11° s	16° s	18° w	19° s
Lübeck	7° s	12° s	14° s	15° s
Magdeburg	11° s	16° s	19° h	20° s
Mannheim	13° w	19° h	19° s	20° s
München	15° w	17° w	16° s	19° s
Norderney	8° s	13° s	12° s	12° s
Nürnberg	13° h	18° w	18° s	21° s
Oberstdorf	13° s	12° Rs	13° w	15° h
Osnabrück	11° s	16° s	17° s	19° s
Passau	12° s	16° s	16° s	19° s
Rostock	8° s	12° h	14° s	14° s
Saarbrücken	15° h	17° w	17° s	18° s
Stuttgart	13° w	18° G	16° h	19° s
Sylt	8° s	11° s	13° s	13° s
Trier	14° h	16° w	18° s	18° s
Zugspitze	-5° s	-4° w	-2° h	0° h

s: sonnig, h: heiter, w: wolkig, b: bedeckt, G: Gewitter, N: Nebel, R: Regen, Rs: Regenschauer, Sr: Sprühregen, S: Schnee, SR: Schneeregen, Ss: Schneeschauer, –: keine Mitteilung. Alle Tabellen zeigen als Prognose die Tages-Höchsttemperatur, als gestrigen Wert die Messung mittags Ortszeit.

Sonne & Mond

06:25/20:23 17:46/06:04

Auf- und Untergang in Mitteleuropäischer Sommerzeit (MESZ) für Frankfurt/Main.

Heute

Die Nordosthälfte Deutschlands profitiert von einem Hoch über Nordeuropa. Nach Südwesten zu halten sich noch Wolkenreste von einer sich auflösenden Front.

Berlin, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Thüringen, Sachsen: Auch heute scheint zu nur wenigen Schönwetterwolken oft die Sonne. Der Ostwind weht dabei schwach bis mäßig. Die Höchstwerte liegen an diesem Frühlingstag um 16 Grad.

Bremen, Niedersachsen, Hamburg, Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern: Auch in Norddeutschland wird es ein sonniger Tag. Nur in Vorpommern sind mehr Wolken am Himmel. Es weht dazu meist schwacher bis mäßiger, in Böen starker Wind aus Ost bis Nordost. Die Temperaturen steigen auf 12 bis 15 Grad. An der Pommerschen Bucht sind nur 8 Grad möglich.

Nordrhein-Westfalen, Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland: Vom Niederrhein bis nach Südhessen halten sich besonders in der ersten Tageshälfte noch dichtere Wolken, aus denen anfangs etwas Regen fällt. Nach Südwesten zu kommt die Sonne öfter durch. Bei 15 bis 17 Grad weht nur schwachr Wind.

Baden-Württemberg und Bayern: In Baden sowie in Ostbayern überwiegt heute der Sonnenschein. In dem Streifen dazwischen halten sich einige Wolkenfelder mit kürzeren Lichtblicken. Zudem entstehen am Nachmittag auf der Schwäbischen Alb und im Schwarzwald Schauer und Gewitter. Die Höchstwerte liegen zwischen 11 und 18 Grad. Im Markgräfler Land wird es mit 20 Grad sogar noch wärmer.

Vorhersagekarten für heute, 17.4.2019 (Tagesmaximum)

Kaltfront · Warmfront · Okklusion · H Hochdruckzentrum · T Tiefdruckzentrum · Warmluftzufuhr · Kaltluftzufuhr · Kaltluft in der Höhe, Erwärmung am Boden

www.wetter.com Quelle: wetter.com GmbH

Aussichten

Am **Donnerstag** erwartet uns überall ein freundlicher Frühlingstag. Der Ostwind legt in Böen jedoch etwas zu. Am **Karfreitag** ändert sich nur wenig am Wetter. Im Tagesverlauf steigt jedoch im südwestlichen Bergland die Gewitterneigung. Die Temperaturen legen noch ein wenig zu und erreichen Höchstwerte bis 22 Grad.

Biowetter, Pollenflug

Wo die Sonne scheint sind viele Menschen fit und voller Lebensenergie. Unter den Wolken nimmt die Anfälligkeit für Kopfschmerzen und Migräne zu. Auch die Lust zu Aktivitäten sinkt dort. Der Flug von Birken- und Weidenpollen ist im Flachland verbreitet stark. Die Konzentration von Pappelpollen liegt im mäßigen Bereich.

NORDAMERIKA

ASIEN

EUROPA

Reisewetter in Europa - Vorhersage für die nächsten Tage

Österreich, Schweiz: Viel Sonnenschein, meist nur lockere Wolken, am Freitag über den Schweizer Bergen ein paar Schauer möglich. 9 bis 23 Grad.
Frankreich, Benelux: Verbreitet sonnig, meist nur lockere Wolken, später Richtung Baskenland Regenfälle. Höchsttemperaturen: 13 bis 26 Grad.
Griechenland, Türkei, Zypern: Wechselhaft mit einigen Wolken und teils kräftigen Schauern oder Gewittern, zwischendurch zeitweise Sonne. 11 bis 22 Grad.
Spanien, Portugal: Wechselhaft mit Wolken, Sonne und einigen Regenschauern und Gewittern. 12 bis 27 Grad.
Balearen, Sardinien, Korsika: Sonne und zeitweise Wolkenfelder. Höchstwerte: 17 bis 22 Grad.
Italien, Malta: Sonnenschein und lockere Wolken, heute in Süditalien noch Schauer, dann trocken. 14 bis 24 Grad.
Großbritannien, Irland: Sonne und zeitweise lockere Wolkenfelder, teils böiger Wind aus Südosten. 9 bis 22 Grad.
Skandinavien: Verbreitet sonnig, am Freitag nur in Nordskandinavien einzelnen Schauer. 4 bis 18 Grad.
Polen, Tschechien, Slowakei: Viel Sonnenschein, nur gelgentlich lockere Wolkenfelder. Höchstwerte: 5 bis 22 Grad.

Städtewetter im Ausland

EUROPA	Di. 16.4.	Mi. 17.4.	Do. 18.4.	Fr. 19.4.
Amsterdam	12° s	16° b	18° s	19° s
Athen	16° h	18° w	18° h	15° w
Barcelona	15° w	17° h	17° b	17° b
Belgrad	13° s	14° b	16° h	19° w
Bozen	12° h	17° h	14° Rs	15° s
Brüssel	15° b	15° b	19° s	20° s
Budapest	14° s	15° b	18° h	20° s
Bukarest	13° h	14° h	11° R	15° s
Dublin	8° b	12° h	13° h	15° s
Dubrovnik	16° s	15° s	17° s	17° s
Helsinki	9° s	8° s	13° s	12° b
Istanbul	12° s	15° s	13° b	11° b
Kiew	8° b	12° b	12° h	13° b
Kopenhagen	8° s	12° s	13° s	13° s
Las Palmas	19° s	21° s	19° s	18° h
Lissabon	16° s	16° R	17° G	19° w
Ljubljana	14° s	17° s	15° w	18° h
London	15° b	17° h	18° s	19° s
Madrid	16° s	25° h	12° R	13° R
Mailand	16° b	20° s	19° h	19° b
Malaga	20° s	18° w	18° Rs	17° w
Mallorca	17° s	20° h	20° w	18° b
Moskau	11° s	8° s	9° R	12° s
Neapel	16° h	17° w	19° s	20° s

Städtewetter im Ausland

EUROPA Fortsetzung	Di. 16.4.	Mi. 17.4.	Do. 18.4.	Fr. 19.4.
Oslo	9° w	13° s	14° s	15° h
Palermo	15° b	16° h	18° h	19° h
Paris	10° b	19° h	21° s	20° s
Prag	12° s	16° s	17° w	19° s
Riga	11° s	15° s	12° s	11° s
Rom	18° b	21° s	22° h	22° h
Sofia	11° Rs	13° h	11° w	13° w
Stockholm	9° s	12° s	15° s	15° s
St.Petersbg.	9° s	10° s	13° s	11° b
Venedig	16° h	16° s	17° w	17° h
Warschau	7° b	16° w	18° s	19° s
Wien	12° s	15° b	17° h	19° s
Zürich	13° b	17° w	15° b	19° s
AFRIKA				
Accra	30° h	33° h	33° h	32° h
Algier	18° s	19° s	26° h	17° b
Casabl.	21° s	22° b	19° h	18° w
Dakar	22° s	22° s	22° s	23° h
Johannesb.	23° R	25° s	25° R	24° s
Kairo	24° s	24° h	24° s	24° s
Kapstadt	18° h	20° s	24° s	20° h
Lagos	31° s	33° s	32° R	33° h
Nairobi	26° s	28° s	29° s	29° s
Tunis	20° s	20° s	22° s	20° w
NORDAMERIKA				
Chicago	16° w	19° R	19° R	12° R
Houston	27° h	24° R	29° s	25° s
Los Angeles	19° w	25° s	30° h	31° s
Miami	27° h	28° h	29° R	29° R
Montreal	6° h	13° h	14° w	18° R
New York	13° h	15° w	15° b	18° R
S. Francisco	16° s	19° s	23° s	21° h
Toronto	8° w	11° w	16° w	16° R
Washington	15° h	20° w	23° w	23° R
LATEINAMERIKA				
Bogota	19° h	21° R	21° R	20° R
B.Aires	21° s	26° h	26° h	25° w
Caracas	28° h	29° h	29° Rs	30° Rs
Lima	23° h	24° h	24° h	24° h
Mexiko-St.	27° s	28° s	29° s	24° s
R.d. Janeiro	26° h	28° R	27° h	29° h
Sant.(Ch.)	21° s	27° s	23° h	22° h
NAHER OSTEN				
Ankara	12° b	12° b	12° w	10° Rs
Antalya	16° b	21° s	21° s	21° s
Baghdad	27° w	24° h	27° w	26° h
Dubai	28° s	31° s	35° s	36° h
Riad	32° h	35° h	35° h	35° h
Teheran	23° h	24° h	21° w	19° R
Tel Aviv	17° h	18° h	18° h	18° h
ASIEN				
Bangkok	34° h	36° h	36° h	36° h
Hongkong	23° Rs	26° w	26° Rs	28° Rs
Jakarta	30° w	32° w	32° h	32° h
Manila	32° h	34° h	35° h	34° h
Neu Delhi	30° b	25° b	30° h	32° h
Peking	21° h	24° w	21° w	19° w
Seoul	18° h	21° h	19° h	20° h
Schanghai	18° h	28° s	29° h	23° b
Singapur	31° h	33° h	33° h	32° G
Taipeh	21° R	27° h	30° w	27° R
Tokio	18° s	19° h	20° h	20° h
AUSTRALIEN und NEUSEELAND				
Melbourne	28° h	28° h	17° w	20° h
Sydney	23° h	23° h	25° h	22° h
Wellington	14° s	14° s	15° s	17° s

Preiskampf am Himmel trifft Lufthansa

Der Jahresauftakt ist für Fluglinien seit jeher eine Durststrecke. Das Minus der Lufthansa fällt überraschend groß aus. Das liegt vor allem an der Konkurrenz.

Von Timo Kotowski

FRANKFURT, 16. April

Höhere Preise für Flugtickets kassieren – dieses Ziel hatte der Lufthansa-Vorstandsvorsitzende Carsten Spohr schon vor einiger Zeit ausgegeben. Im ersten Quartal des laufenden Jahres ist das aber nicht geglückt. Im Gegenteil: Die Ticketerlöse sind in den Monaten Januar bis März sogar so deutlich gefallen, dass der Konzern am Dienstag Alarm schlug und die Veröffentlichung erster Zahlen zur Quartalsbilanz um zwei Wochen vorzog. Als bereinigtes Ergebnis vor Zins- und Steuerzahlungen meldete die Deutsche Lufthansa einen Verlust von 336 Millionen Euro. Im Vorjahresquartal hatte das Unternehmen noch einen Gewinn von 52 Millionen Euro ausgewiesen.

Es gibt keinen Mangel an Passagieren, der dem Konzern zu schaffen macht. Alle Marken von Lufthansa über Swiss und Austrian Airlines bis zu Eurowings zusammen beförderten in den ersten drei Monaten des Jahres fast 29,4 Millionen Reisende – das waren rund 3 Prozent mehr als im Vorjahr. Zwar hatte der Konzern auch sein Flugangebot ausgedehnt, zu mehr leeren Sitzen führte das aber nicht. Die Auslastung der Flugzeuge lag mit 77,9 Prozent exakt auf dem Vorjahresniveau. Die Konzernangaben deuten aber darauf hin, dass diese Konstanz nur durch günstigere Tickets zu erreichen war.

Die Erlöse je Kunde im Geschäft der Netzwerk-Airlines, das Lufthansa, Swiss und Austrian umfasst, seien auf währungsbereinigter Basis um 5,2 Prozent gesunken, Für die Marke Eurowings kam es noch härter, hier sanken die Erlöse gar um 8,5 Prozent. Eurowings bedient das preissensible Urlaubsfluggeschäft und rivalisiert im Billigflugsegment mit Ryanair und Easyjet. Mit einem operativen Minus von 257 Millionen Euro trug Eurowings stärker zum Verlust bei als die Netzwerk-Gesellschaften zusammen. Dazu kam, dass das Frachtgeschäft von Lufthansa Cargo unter sinkenden Ladungsmengen leidet – für Asien-Strecken ergab sich ein Rückgang um fast 9 Prozent. Lufthansa Cargo verdiente operativ 67 Prozent weniger, weist aber – anders als die Passagiergesellschaften – einen bereinigten Gewinn vor Zinsen und Steuern aus, der allerdings nur noch 24 Millionen Euro betrug. Dass ein Luftfahrtkonzern im ersten Vierteljahr, der verkehrsärmsten Zeit, defizitär fliegt, ist nicht ungewöhnlich.

Hinzu kommt, dass Ostern mit der ersten großen Reisewelle 2019 in das zweite Quartal fällt. Die Aktionäre wurden daher eher durch die Höhe des Verlustes aufgeschreckt. Analysten hatten ihn im Mittel nur etwa halb so groß eingeschätzt. Zudem hatte es Lufthansa in den zwei vorangegangenen Jahren geschafft, auch im schwierigen Auftaktquartal operativ profitabel zu fliegen. Zum Handelsauftakt straften Anleger die Lufthansa-Aktie ab, ihr Kurs sank um rund 4 Prozent. Bei Börsenschluss aber stand sie knapp 1 Prozent im Plus. Analysten wiesen darauf hin, dass der Verlust weniger unternehmensspezifische Ursachen hatte, sondern durch die Lage in der Branche mit einem harten Preiswettkampf und einem gestiegenen Kerosinpreis zu tun hatte. Lufthansa selbst bezifferte den belastenden Effekt durch höhere Treibstoffkosten auf 202 Millionen Euro, was den Konzern nach früheren Aussagen zum Kerosinpreis aber nicht überraschend getroffen haben dürfte.

Die Rivalitäten am Himmel vor einer erwarteten nächsten Konsolidierungsrunde mit Marktaustritten schwächerer Wettbewerber sind daher die größte Last für den Konzern. Darauf hatte Konzernchef Spohr schon im März zur Vorlage der Bilanz für das vergangene Jahr hingewiesen. „Wir erleben gerade die finale Phase vor der Konsolidierung. Jeder versucht sich vorher noch Marktanteile zu sichern. Das hält aber nicht jeder durch“, sagte er damals. Kurzfristig bedeutet das, dass das Flugangebot auf einem ohnehin üppig besetzten Markt weiter wächst. Schon die Insolvenz des größten nationalen Lufthansa-Rivalen Air Berlin hatte nicht dazu geführt, dass in Deutschland weniger Flüge starten, es wurden sogar mehr. Und Gesellschaften, die in Air-Berlin-Lücken gestoßen sind, nehmen scheinbar bereitwillig große Anlaufverluste hin. So dürfte es Easyjet einen dreistelligen Millionenbetrag gekostet haben, an der ehemaligen Air-Berlin-Basis in der deutschen Hauptstadt einen Großstandort aufzubauen.

In den Lufthansa-Zahlen zeigen sich die Folgen dieser Marktentwicklung verzögert. Das Auftaktquartal des vergangenen Jahres lag mitten in der Engpassphase nach dem Betriebs-Aus von Air Berlin. Damals stand ein Großteil der alten Berliner Flotte am Boden, zeitweilig waren Tickets knapp, was der Lufthansa auf einigen Strecken deutlich höhere Preise ermöglichte. Mittlerweile ist die zeitweilig fehlende Kapazität der ehemaligen Air-Berlin-Flotte mehr als ausgeglichen, was den Preiskampf am Himmel anheizt.

Lufthansa-Finanzvorstand Ulrik Svensson bekräftigte seine Hoffnung auf eine Wende in der Ticketpreisentwicklung. Im März hatte er steigende Preise für die zweite Jahreshälfte prognostiziert. Nun gebe es dafür Anzeichen. „Wir sehen für das kommende Quartal eine gute Buchungslage. Zugleich haben wir unser Wachstum deutlich reduziert“, sagte er. „Da sich das Wachstum im europäischen Luftverkehr auch insgesamt reduzieren wird, rechnen wir wieder mit einem Anstieg der Stückerlöse.“ Trotz des Dämpfers zum Jahresauftakt hält er an der Jahresprognose fest, dass 6,5 bis 8 Prozent der Einnahmen von zuletzt fast 36 Milliarden Euro als Gewinn vor Zinsen und Steuern bleiben sollen: Das wären 2,3 bis 2,9 Milliarden Euro.

Lufthansa-Maschinen in Frankfurt: *genügend Passagiere, aber zu geringe Einnahmen* Foto Helmut Fricke

Der Winter ist Zalandos Liebling

Der Online-Modehändler wächst im schwierigen Anfangsquartal gegen den Trend und erfreut seine Aktionäre / Von Jonas Jansen

FRANKFURT, 16. April

Der Online-Bekleidungshändler Zalando hat im ersten Quartal einen Gewinn erzielt und damit seine Aktionäre überrascht. Nach einer Pflichtmitteilung am Montagabend stieg der Aktienkurs von Europas größtem Vertreter der Internetmodehändler in der Spitze um bis zu 12 Prozent. Am Nachmittag lagen die Papiere noch rund 10 Prozent im Plus und waren damit der Spitzenreiter im Mittelwerteindex M-Dax.

Die Kursreaktion fiel auch so deutlich aus, weil Analysten für die ersten drei Monate dieses Jahres mit einem Verlust in Höhe von zehn Millionen Euro gerechnet hatten. Im Einzelhandel ist der Jahresauftakt traditionell am schwächsten, weil die Modebranche gerade zum Winterende häufig hohe Rabatte gewährt, was auf die Rendite schlägt. Im vergangenen Jahr hatte Zalando ein Plus von 400 000 Euro erzielt, ohne Sondereffekte werde es nun einen einstelligen Millionengewinn vor Steuern und Zinsen (Ebit) geben, teilte das Berliner Unternehmen mit. Das Umsatzwachstum und der Durchschnittswert der Einkäufe je Kunde, das sogenannte Bruttowarenvolumen, soll im Rahmen der Analystenerwartungen liegen. Der Umsatz soll um rund 15 Prozent wachsen, das Bruttowarenvolumen um 23 Prozent. „Wir haben im ersten Quartal einen guten Job gemacht und sind daher zufrieden mit den Ergebnissen“, ließ sich der neue Finanzvorstand David Schröder in der Ad-hoc-Mitteilung zitieren. „Sie bestätigen unseren Jahresausblick.“ Für das Gesamtjahr peilt Zalando ein Umsatzwachstum von mindestens 20 Prozent an und ein bereinigtes Ebit von bis zu 225 Millionen Euro.

Im Vorjahreszeitraum hatte der Online-Modehändler ein Ebit von 173 Millionen Euro erzielt und schon damit seine Anleger überrascht. Die waren nämlich nach einigen schwachen Monaten und Prognosekorrekturen recht skeptisch, ob Zalando weiter so stark wachsen kann wie bisher. In fünf Jahren möchte der Online-Händler genauso groß sein wie die schwedische Einzelhandelskette H & M, dabei aber profitabler. Damit müsste er seine Erlöse auf rund 20 Milliarden Euro steigern, was eine Verdreifachung des derzeitigen Geschäftsvolumens wäre. Die drei Zalando-Ko-Chefs Rubin Ritter, David Schneider und Robert Gentz sind bekannt dafür, hohe Wetten auf ihr Wachstum abzuschließen. So läuft seit Ende vergangenen Jahres auch ein langfristiges Vergütungsprogramm für den Vorstand, das aber an ambitionierte Wachstumsziele gekoppelt ist.

Seit Jahresbeginn ist der Aktienkurs von Zalando um 80 Prozent gestiegen, allerdings hatte er Ende Dezember mit 22,44 Euro auch den tiefsten Stand im Jahr 2018 erreicht. Nun liegt er wieder auf 41 Euro und damit höher, als ihn manche Analysten einschätzen. So hat die DZ Bank die Aktie von Zalando auf Verkaufen abgestuft bei einem Wert von 32 Euro. Der starke Kursanstieg spiegele die hohen Unsicherheiten bezüglich des langfristigen Margenpotenzials nicht ausreichend wider, schrieb Analyst Thomas Maul in einer Studie am Dienstag. Die Analysten von Hauck & Aufhäuser hingegen lobten den Gewinnanstieg als erstaunlich, weil Lieferdienste wie DHL und Hermes die Preise angehoben hätten. Immer wieder wird spekuliert, ob Zalando, das durch sein Geschäftsmodell des kostenlosen Versands eine hohe Retourenquote hat, ähnlich wie der amerikanische Online-Händler Amazon auch auf eigene Paketdienste setzen könnte. Bislang gibt es dafür aber keine Hinweise, die Berliner verweisen auch immer wieder auf ihre gute Partnerschaft mit den Lieferdiensten.

Ausbauen wird Zalando allerdings seinen Fokus auf Kosmetik. Mit einer neuen Werbekampagne in acht Ländern positioniert sich der Online-Händler dort als Konkurrent zu Parfümerieketten wie Douglas. Anfang Mai soll ein sogenannter Pop-up-Store auch für kurze Zeit in die Münchner Innenstadt kommen. In Berlin gibt es seit vergangenem Sommer einen eigenen Kosmetikladen von Zalando. Allerdings könnte das auch damit zusammenhängen, dass Parfümhersteller wie L'Oréal, LVMH oder Chanel gerne sogenannte Depot-Verträge aushandeln. Das bedeutet, dass vor allem bestimmte Luxusmarken nicht ausschließlich online verkauft werden dürfen, sondern auch in Geschäften angeboten werden müssen.

Zalando ISIN DE000ZAL1111
in Euro; Schlusskurse Xetra; 16.4.: Tagesverlauf
45 – 40 – 35 – 30 – 25 – 20
2.1.2019 – 16.4.2019
Quelle: Thomson Reuters; F.A.Z.-Grafik Lauterbach

TÜV Rheinland nimmt Hacker ins Visier

Der Kölner Prüfkonzern sucht 1000 neue Mitarbeiter und will an Cybersicherheit mitverdienen / Von Christine Scharrenbroch

KÖLN, 16. April

Der TÜV Rheinland sieht erhebliches Potential beim Schutz vor Cyberkriminalität in Industrie und Wirtschaft. „Das Bedürfnis nach digitaler Sicherheit nimmt mehr und mehr zu“, berichtete Vorstandsvorsitzender Michael Fübi zur Bilanzvorlage. Stark wachsen will der Prüfkonzern insbesondere mit der Absicherung von Produktionsanlagen gegen Angriffe aus dem Netz. Derzeit beraten die Kölner etwa den Industriegasehersteller Linde dabei, wie er die Cybersicherheit seiner Werke erhöhen kann.

„Immer mehr Firmen bringen ihre Industrieanlagen ins weltweite Netz, weil das viele Vorteile bringt“, sagte Fübi. Doch berge diese Vernetzung eben auch die Gefahr von Hackerangriffen auf die Produktionsabläufe. Jüngstes Beispiel ist der norwegische Aluminiumhersteller Norsk Hydro, der nach einer Cyberattacke tagelang nur im Notbetrieb produzieren konnte. „Bei der industriellen Cybersicherheit besteht ein großer Nachholbedarf“, stellte Fübi fest.

Zusätzliche Geschäftsmöglichkeiten wittert er auch bei Produktprüfungen. Im Auftrag von Herstellern werden zum Beispiel vernetzte Klimaanlagen und Kühlschränke auf ihre Widerstandsfähigkeit gegen unerwünschte Zugriffe von außen getestet. Für den britischen Anbieter Gooee hat der TÜV jüngst eine Datenschutz-Zertifizierung für eine Lampe vorgenommen, die mittels Sensoren erkennt, ob sich Personen im Raum befinden. Vorangetrieben werden erste Projekte, die sich mit dem Datenaustausch beim autonomen Fahren befassen.

Mit 120 Millionen Euro hat das Geschäftsfeld Digitale Transformation/Cybersecurity im vergangenen Jahr erst überschaubare sechs Prozent des Umsatzes beigesteuert. Mittelfristig soll der Anteil auf ein Fünftel klettern. Zum Ausbau der Aktivitäten sucht das Unternehmen hierzulande weitere 100 Experten für IT-Sicherheit. Mit dem Team von derzeit 600 Spezialisten sieht Fübi den TÜV Rheinland in der deutschen Wirtschaft als einen der größten Arbeitgeber in der Cybersicherheit. Auf der ganzen Welt meldet der Prüfdienstleister rund 1000 offene Stellen, davon die Hälfte in Deutschland. Am Stammsitz in Köln werden 180 neue Mitarbeiter benötigt, wie die im Vorstand für das Personalressort verantwortliche Ruth Werhahn berichtete. Im vergangenen Jahr erhöhte sich die Zahl der Vollzeitstellen um gut 500 auf 20 450.

Ein Drittel der Investitionen von 91 Millionen Euro floss zuletzt in die Zukunftsthemen Cybersicherheit, autonomes Fahren und Funktechnologien. In Nürnberg, Schweden und China wurden weitere Labore für Drahtlos-Technologien eröffnet, mit denen sich der TÜV auf dem Wachstumsfeld Internet der Dinge positionieren will. Beispielsweise hat das Unternehmen jüngst ein auf den neuen Mobilfunkstandard 5G ausgelegtes Smartphone des chinesischen Herstellers Huawei für die Marktzulassung in der Europäischen Union zertifiziert.

Das angestammte Geschäft mit den Fahrzeuguntersuchungen machte im vergangenen Jahr nur noch 15 Prozent des Konzernumsatzes aus. Mit 1,9 Milliarden Euro setzte der TÜV Rheinland 1,3 Prozent mehr um als im Vorjahr. Auf dem Heimatmarkt gelang ein Zuwachs von knapp drei Prozent auf 1,1 Milliarden Euro. Dagegen büßte der Konzern im Ausland aufgrund von Währungseffekten 0,6 Prozent seines Umsatzes ein. Der Gewinn vor Zinsen und Steuern verbesserte sich um fünf Prozent auf 137,5 Millionen Euro.

Sicherheitszentrale in Köln Foto dpa

Frankfurter Allgemeine
ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Heiße Phase am Himmel

Von Timo Kotowski

Europas Luftfahrt befindet sich auf ungesundem Kurs. Gesellschaften legen mehr Flüge auf, ihr Angebot wächst schneller als die Nachfrage der Passagiere. Die Phase der Billigflüge hält an, die Kosten für das Durchschnittsticket fallen. Und das ist nicht nur zum Verdruss von Fridays-for-future-Demonstranten, die die Folgen des günstigen Viel-Fliegens für das Klima beklagen. Auch dem Geschäftsklima der Luftfahrtbranche ist der Preiswettkampf abträglich. Lufthansa, zuletzt durch eine Serie von Rekordergebnissen verwöhnt, schreckt mit einem Quartalsverlust auf, dessen Höhe sogar Branchenkenner überrascht. Der Fehlbetrag ist der Preis, den der Konzern zahlen muss, um sich für die erwartete Konsolidierung der Branche mit zusätzlichen Marktanteilen zu stärken. Auch der Billigflieger Easyjet, der sich eine starke Stellung in Berlin erkauft hat, hat in diesem Monat schon vor mäßigen Geschäften gewarnt. Das zeigt: Europas Luftfahrt tritt in die heiße Phase vor ihrer Neuordnung, der steigende Kerosinpreis beschleunigt das. Danach werden große, starke Fluggesellschaften stärker sein, schwache werden verschwunden sein. So heilsam diese Auslese sein kann, für den Reisenden bringt sie auch Nachteile: Die Konsolidierung dürfte auf die harte Tour erfolgen, also nicht nur durch Übernahmen, sondern auch durch weitere Insolvenzen.

Trügerische Freude

Von Jonas Jansen

Im Vergleich zum vergangenen Quartal hat der Online-Modehändler Zalando seinen Unternehmenswert gerade mehr als verdoppelt. Mit 9,5 Milliarden Euro liegt er aber auch noch gut 500 Millionen Euro unter dem Vorjahreswert. Man könnte also argumentieren, dass Zalando wieder auf dem Weg ist, den Status quo herzustellen und sich dem Wert anzunähern, den das Unternehmen verdient hat. Die Aktionäre sind jedenfalls gut drauf, seit Jahresbeginn hat der Aktienkurs um 80 Prozent zugelegt. Allerdings kann der Vorstand mit dem Verlauf des Aktienkurses aus dem Vorjahr auch wahrlich nicht zufrieden sein, denn nur weil der Kurs in Herbst und Winter stark abgerutscht ist, kann er nun so stark zulegen. Das niedrige Niveau erklärt auch den starken Kurssprung am Dienstag, als Zalando mit zeitweilig 12 Prozent plus mit großem Abstand den Mittelwerteindex M-Dax angeführt hat. Denn die Zahlen aus der Ad-hoc-Mitteilung, die die Aktionärs-Freude stützen sollen, sind gar nicht so belastbar, wie sie auf den ersten Blick erscheinen. Natürlich sieht ein Gewinn von einer Million Euro besser aus als ein Verlust von zehn, aber in der Umsatzgrößenordnung von Zalando mit zuletzt 5,4 Milliarden Euro im Jahr braucht es nur ein paar unvorhergesehene Kosten, um eine Überraschung zu verderben. Und dann ist die Börsenfreude auch schnell verpufft.

Alles Elektro

Patrick Welter

Alles Elektro oder was? Nach diesem Motto versucht der japanische Autohersteller Toyota Motor zu verbergen, dass er der Konkurrenz im Trend zu reinen Elektrofahrzeugen mit Batterien als Energiespeicher hinterherfährt. Toyota nennt nun fast alle seine Fahrzeuge „elektrisch“, der Abkürzungssalat zeigt es: HEV, PHEV, BEC, FCEV... Toyota liefert unter diesen Kürzeln Hybrid-Elektroautos, Plug-in-Hybrid-Elektroautos, Batterie-Elektroautos und Brennstoffzellen-Elektroautos. Wie einfach waren die Zeiten, als es Benziner und Diesel gab und sonst nichts. Toyotas Buchstabenmix wirkt progressiv, verdeckt aber die unternehmensinterne Erwartung, dass noch auf lange Sicht hybrid-getriebene Fahrzeuge mit Verbrennungs- und Elektromotor die Phalanx umweltfreundlicher Autos anführen werden. Für 2030 erwartet Toyota zwar, dass mehr als die Hälfte der eigenen Jahresproduktion elektrisch sein wird. Reine Elektrofahrzeuge und die von Toyota forcierte Brennstoffzellentechnik sollen dann aber nachfragegetrieben erst 10 Prozent der Produktion ausmachen. Das ist ein vernichtendes Urteil über die Pläne mancher Konkurrenten, aber auch über die Erfolgsaussichten der eigenen Wasserstofftechnik. Es wird sich zeigen, ob Toyota mit seiner Prognose die Oberhand gewinnen wird, oder die Politik, die zum reinen Elektrofahrzeug mit Batterien drängt und reguliert.

Gemischter Auftakt für amerikanische Bilanzsaison

JP Morgan Chase hat zur Eröffnung der Quartalssaison für fulminante Kursgewinne gesorgt. Aber die Konkurrenten ziehen nicht mit.

Bargeld lacht: *Blick in einen Geldautomaten-Raum in der amerikanischen Stadt Boston* Foto Reuters

nks. NEW YORK, 16. April. Die amerikanischen Aktienmärkte suchen zu Beginn der wichtigen Bilanzsaison für das erste Quartal trotz überraschend starker Ergebnisse der großen Banken nach einer klaren Richtung. Die kräftige Kurserholung in diesem Jahr steht angesichts eines allgemein erwarteten Gewinnrückgangs auf dem Prüfstand, da zahlreiche der im Aktienindex S&P 500 abgebildeten Unternehmen in den vergangenen Wochen ihre Prognosen zurückgenommen hatten.

Die großen Banken stehen zum Auftakt der Bilanzsaison regelmäßig im Blickpunkt. Banken sind ein wichtiger Maßstab für den allgemeinen konjunkturellen Trend, weil sie mit Krediten und anderen Finanzierungen Investitionen von Unternehmen und Privatverbrauchern ermöglichen. Dazu haben sie im S&P 500 das dritthöchste Gewicht nach Technologieaktien und Gesundheitstiteln. Knapp 13 Prozent des gesamten Börsenwerts aller Unternehmen im S&P 500 entfallen auf Finanzwerte. Allein JP Morgan Chase ist mit einem Börsenwert von 363 Milliarden Dollar die Nummer zehn auf der Liste der amerikanischen Börsengiganten. JP Morgan Chase ist damit auch zwanzigmal so viel wert wie die Deutsche Bank.

JP Morgan sorgte am Freitag mit einem neuerlichen Rekordgewinn für einen fulminanten Auftakt der Bilanzsaison und eine allgemein gute Stimmung an der Börse. Der Vorstandsvorsitzende von JP Morgan Chase, Jamie Dimon, malte ein positives Bild der amerikanischen Konjunktur. „Die Verbraucher sind in guter Verfassung, die Bilanzen sind in guter Verfassung, die Leute finden wieder Arbeit, und Unternehmen haben reichlich Kapital“, sagte Dimon in einer Telefonkonferenz mit Analysten. Eine Rezession fürchtet Dimon nicht. Der Wirtschaftsaufschwung könnte noch „jahrelang“ anhalten, sagte er. Es gebe kein Gesetz, das verlangt, dass er aufhört. Seine Bank achte zwar auf Risiken wie geopolitische Konflikte, und man könne einen Wirtschaftsabschwung auch nicht ausschließen. „Es können Dinge zusammenkommen, die zu einer Rezession führen, aber das muss nicht in den Jahren 2019, 2020, 2021 sein“, sagte er. Sollte es kurzfristig zu einer Rezession kommen, wäre die wahrscheinlichste Ursache ein Scheitern der Verhandlungen über ein Handelsabkommen zwischen den Vereinigten Staaten und China. Der Handelskonflikt hatte in den vergangenen Monaten immer wieder zu deutlichen Rückschlägen an den Aktienmärkten geführt.

Der Aktienkurs von JP Morgan kletterte am Freitag um fast 5 Prozent und zog die gesamte Branche mit nach oben. Nur Wells Fargo drehte trotz überraschend hoch ausgefallener Gewinne nach anfänglichen Aufschlägen ins Minus, nachdem Finanzchef John Shrewsberry einen Rückgang der Zinserträge angekündigt hatte.

Schon am Montag drehte sich das Blatt wieder. Der Aktienkurs der Citigroup gab leicht nach, obwohl die viertgrößte amerikanische Bank besser als erwartete Resultate vorlegte. Goldman Sachs, deren Hauptgeschäft nach wie vor Investmentbanking und der schwankungsanfällige Wertpapierhandel ist, geriet allerdings ungleich stärker unter Verkaufsdruck. Zwar hatte auch Goldman die Prognosen übertroffen. Der neue Vorstandschef David Solomon sprach allerdings von einem nur „gedämpften“ Jahresauftakt. Der Kurs von Goldman fiel um fast 4 Prozent und zog die anderen Gewinner des Freitags mit nach unten – darunter JP Morgan. JP Morgan und Wells Fargo hängen in diesem Jahr dem allgemeinen Markttrend hinterher. Die Konkurrenten Citigroup, Bank of America und Goldman Sachs haben sich dagegen besser entwickelt als der S&P 500, der seit Anfang des Jahres um mehr als 16 Prozent gestiegen ist.

Am Dienstag meldete dann auch die Bank of America, das zweitgrößte amerikanische Kreditinstitut, einen Rekordgewinn und übertroffene Prognosen. Die Bank profitierte von gestiegenem Kreditvolumen sowohl im Privat- als auch im Firmenkundengeschäft sowie von Sparmaßnahmen, denen allerdings sinkende Einnahmen im Wertpapiergeschäft entgegenstanden. „Das Umfeld in den Kapitalmärkten war schwierig“, sagte Brian Moynihan, der Vorstandschef der Bank of America. Der Aktienkurs sackte im frühen Handel an der New Yorker Börse um 2 Prozent, nachdem der Finanzchef der Bank, Paul Donofrio, wie schon sein Kollege bei Wells Fargo ein nachlassendes Wachstum der Zinserträge angekündigt hatte. Die Notenbank Federal Reserve hatte kürzlich eine Pause der noch Ende des vergangenen Jahres avisierten Leitzinserhöhungen angekündigt. Zusammen mit Anzeichen für das nachlassende Wachstum der Weltwirtschaft hatte das zu einem Rückgang der längerfristigen Zinssätze geführt, zu denen Banken Geld ausleihen. Gleichwohl konstatierte auch Bank-of-America-Chef Moynihan der amerikanischen Wirtschaft eine robuste Verfassung. „Das wirtschaftliche Wachstum und die Aktivitäten der Verbraucher sind solide, Unternehmen nehmen Kredite auf und treiben das Wachstum“, sagte Moynihan. Zudem sei die Kreditqualität gut. Nur ein geringer Anteil der vergebenen Darlehen ist also ausfallgefährdet. In einer Rezession steigen die Kreditausfälle in der Regel, etwa weil arbeitslos gewordene Privatkunden ihre Raten für Hypotheken oder andere Darlehen nicht mehr begleichen können.

Nach Ansicht von Analysten sticht JP Morgan in der Branche aber klar heraus. „JP Morgan hat den Ton angegeben“, sagte Quint Tatro, Analyst bem Vermögensverwalter Joule Financial. Die Bank „feuere aus allen Rohren“. Das Wachstum der Zinserträge um 8 Prozent bei JP Morgan signalisiere eine große Zuversicht seitens der Verbraucher. Trotz der gemischten Reaktion der Anleger auf die Bankbilanzen rechnen manche Marktteilnehmer mit einer anhaltenden Hausse. „Ich glaube, Aktien werden ihre Kritiker verblüffen und weiter steigen“, sagte Margie Patel, Fondsmanagerin bei der Vermögensverwaltung von Wells Fargo. Patel rechnet wegen der Zinspause mit zunehmendem Wachstum sowohl für die Wirtschaft als auch für Unternehmensgewinne. Für das erste Quartal kalkulieren Analysten für die im Index S&P 500 abgebildeten Unternehmen im Vergleich zum Vorjahr derzeit allerdings mit einem durchschnittlichen Gewinnrückgang von mehr als 4 Prozent.

Indizes im Vergleich

Basis: 20.4.2018 = 100 Prozent; Wochenschluss, 16.4.: Tagesverlauf; S&P 500; KBW Nasdaq Bank; 20.4.2018 – 16.4.2019

Quelle: Thomson Reuters F.A.Z.-Grafik Lauterbach

Weltsparen kooperiert mit Commerzbank

FRANKFURT/BERLIN, 16. April (dpa). Das Zinsportal Weltsparen dringt in den Markt für Firmenkunden von Banken vor. Gemeinsam mit der Commerzbank baue man eine Plattform auf, über die Unternehmen aus verschiedenen Zinsangeboten für Termingelder wählen können, teilte das Berliner Finanz-Start-up Raisin mit, zu dem Weltsparen gehört. Damit könne die Commerzbank Firmenkunden neben eigenen Konditionen auch solche von Partnerbanken anbieten. Es gehe um Angebote zwischen drei Monaten und vier Jahren Laufzeit zunächst bei ausgewählten deutschen Geldhäusern.

Weltsparen ist vor allem dafür bekannt, Tages- und Festgelder von Privatkunden an Partnerbanken aus Deutschland und Europa zu vermitteln. Sparer, die wegen der Niedrigzinsen kaum noch Rendite mit Einlagen bei ihrer Bank erzielen, können über das Portal aus vielen, oft höher verzinsten Angeboten wählen. Raisin hat nach eigenen Angaben mehr als zwölf Milliarden Euro Spargelder vermittelt.

Verbraucherschützer sehen Anlagen bei Banken im Ausland indes kritisch, da es keine einheitliche Einlagensicherung in der EU gibt.

Nun richtet sich Raisin an Firmenkunden, denen die Niedrigzinsen ebenfalls zu schaffen machen. Wenn Unternehmen überschüssiges Geld bei ihrer Bank anlegen, zahlen sie bei hohen Summen teils sogar Negativzinsen. Die Kooperation von Raisin mit der Commerzbank richtet sich eher an kleine Firmen: Im Fokus stünden Gesellschaften mit beschränkter Haftung, hieß es. Konzerne arbeiten meist als Aktiengesellschaften. Das Angebot solle aber schrittweise ausgeweitet werden.

Investoren schätzen Griechenland wieder

Risikoprämien des Euro-Krisenlands gehen seit Jahresanfang deutlich zurück

maf. FRANKFURT, 16. April. Griechenland genießt am Kapitalmarkt wieder Vertrauen. Das spiegelt nicht nur die erfolgreiche Plazierung einer zehnjährigen Anleihe am 5. März wider, sondern der Rückgang des Risikoaufschlags beeindruckt noch mehr: Seit Jahresanfang ist die Rendite der zehnjährigen Anleihe Griechenlands von 4,3 auf unter 3,3 Prozent gesunken, was am Anleihemarkt mit entsprechenden Kursgewinnen verbunden ist. Sinkt die Rendite um einen Prozentpunkt oder 100 Basispunkte, geht das einher mit vergleichsweise hohen Kursaufschlägen. Die Rendite des noch immer hochverschuldeten Landes befindet sich auf dem niedrigsten Niveau seit September 2005.

Auch die Börse Athen profitiert von der griechische Renaissance: Der Leitindex ASE ist seit Jahresanfang um 26 Prozent gestiegen. Auch wenn sich die Aktienmärkte in der ganzen Welt von den Kursverlusten der zweiten Jahreshälfte 2018 erholt haben, die griechische Entwicklung stellt die meisten anderen Märkte in den Schatten. Die Kursgewinne des ASE sind die zweithöchsten in diesem Jahr unter den 94 führenden Aktienindizes. Investoren, die schon im Jahr 2015 Vertrauen in die Regierung des linken Ministerpräsidenten Alexis Tsipras hatten, sind seitdem belohnt worden: Der Gesamtertrag aus griechischen Staatsanleihen beträgt 231 Prozent. Dahinter folgt das ebenfalls von einer linken Koalition regierte Portugal mit 23 Prozent. Im Vergleich dazu brachten Bundesanleihen in diesem Zeitraum 7 Prozent und französische Staatsanleihen 9 Prozent ein.

Seit dem Tiefpunkt der griechischen Wirtschaft im Jahr 2012, als die Arbeitslosenquote bis auf den Rekordwert von 27,7 Prozent gestiegen war, hat das Land mit seinem Wachstum Deutschland und Frankreich überholt. In diesem Jahr wird ein Wachstum von 1,9 Prozent erwartet, womit Griechenland über dem EU-Durchschnitt von 1,4 Prozent liegt.

Nun will das Land auch die letzten Kapitel des Rettungsprogrammes von Eurogruppe, Europäischer Zentralbank (EZB) und Internationalem Währungsfonds (IWF) abarbeiten. Nach einer Meldung der Nachrichtenagentur Reuters will Griechenland noch in dieser Woche beim Euro-Krisenfonds ESM die Genehmigung beantragen, in diesem und im nächsten Jahr fällig werdende IWF-Kredite über insgesamt 3,7 Milliarden Euro vorzeitig zurückzahlen zu dürfen. Der ESM habe schon signalisiert, dass er eine frühzeitige Ablösung der Kredite für sinnvoll halte, berichtete Reuters unter Berufung auf „mit den Vorgängen vertrauten Personen“. Der IWF soll dies demnach ähnlich sehen. Deutschland und die Niederlande seien dagegen skeptisch, weil sie den Rückzug des IWF aus der Kontrolle von Wirtschaftsreformen befürchteten. Schon vergangene Woche hatte der griechische Finanzminister Euklid Tsakalotos darauf verwiesen, dass die Schulden an den IWF zu teuer seien und sich Griechenland an den Finanzmärkten billiger refinanzieren könne (F.A.Z. vom 10. April).

Für die beiden im Rahmen der Hilfsprogramme vergebenen IWF-Kredite muss Griechenland jeweils 5 Prozent zahlen. Am Kapitalmarkt erhält Griechenland zehnjährige Schulden um gut 1,7 Prozentpunkte günstiger. In der fünfjährigen Laufzeit liegt die griechische Rendite seit einigen Wochen unterhalb der amerikanischen: Am Dienstag notierten fünfjährige griechische Anleihen mit einer Rendite von 2,14 Prozent, während amerikanische Titel in dieser Laufzeit einen Marktzins von 2,39 Prozent aufwiesen. Insgesamt muss Griechenland dem IWF bis 2024 rund 9,3 Milliarden Euro zurückzahlen. Der IWF hatte sich am griechischen Rettungsprogramm seit 2010 mit knapp 32 Milliarden Euro beteiligt. Der größte Teil ist bereits von den Griechen zurückgezahlt worden. Griechenlands letztes Spar- und Reformprogramm endete im August 2018. Seitdem muss sich das Land wieder eigenständig an den Finanzmärkten finanzieren.

Vor kurzem erhielt Griechenland von der Eurogruppe die Freigabe für 970 Millionen Euro, weil Reformfortschritte erfüllt wurden. Das Geld, das in Kürze ausgezahlt werden soll, ist Teil eines Gesamtpakets von rund 5 Milliarden Euro, das – abhängig vom jeweiligen Reformfortschritt – bis Juni 2022 in halbjährlichen Tranchen an Griechenland überwiesen werden soll. Die Eurogruppe hatte im vergangenen Sommer beschlossen, einen Teil der Zinsgewinne, die die EZB sowie die nationalen Notenbanken aus dem EZB-Anleihekaufprogramm für finanzschwache Eurostaaten (SMP) erzielt hatten, an Griechenland weiterzureichen.

DZ-Bank-Analyst Daniel Lenz sieht den Markt als aufnahmefähig für neue griechische Staatsanleihen. Dies lässt sich seiner Ansicht nach auch an dem geringeren Renditeabstand zwischen griechischen und italienischen Titeln erkennen. Am Jahresanfang waren es noch 170 Basispunkte, nun sind es fast 100 Basispunkte weniger. Die deutliche Korrektur der Defizitprognose nach oben durch die italienische Regierung ist nach Ansicht von Lenz am Markt bislang gelassen aufgenommen worden. Er begründet das damit, dass die EU-Kommission wegen Brexit und Europawahlen ein Defizitverfahren nicht vor der Sommerpause einleiten wird. Allerdings könnte im Herbst der Konflikt zwischen Brüssel und Rom wieder aufflammen. Bantleon-Portfoliomanager Uwe Pyde hält dagegen italienische Staatsanleihen für unterstützt durch die EZB und die Politik.

Zehnjährige Staatsanleihen im Vergleich

Rendite in Prozent; Griechenland, Italien, Portugal, Spanien, Frankreich, Deutschland; 16.4.2017 – 16.4.2018 – 16.4.2019

Quelle: Bloomberg F.A.Z.-Grafik swa.

Frankfurter Allgemeine
ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Griechischer Frühling

Von Markus Frühauf

Griechenland hat wieder Vertrauen unter den Investoren geschaffen. Das ist zweifelsfrei eine erfreuliche Entwicklung, doch darf sie nicht zu Übermut in Athen führen. Das Land ist noch immer überschuldet. Die Fähigkeit, sich wieder am Kapitalmarkt eigenständig finanzieren zu können, ist auch darauf zurückzuführen, dass die Investoren eine Rückendeckung Athens durch die Eurogruppe annehmen. Der beeindruckende Renditerückgang seit Jahresanfang hat einen wichtigen Grund in den negativen Renditen vieler anderer Eurostaatsanleihen. Rund 40 Prozent aller auf Euro lautenden Anleihen aus dem investitionswürdigen Bereich weisen inzwischen negative Renditen auf. Die Suche nach attraktiven Zinsen im Euroraum führt sehr schnell zu den griechischen Staatsanleihen. Die Nachfrage treibt deren Kurse und drückt deren Renditen. Auch die Renditen der Euro-Krisenländer Spanien, Portugal und Italien sind seit Jahresanfang gesunken. Griechenland muss sich bewusst sein, dass eine Schwalbe noch keinen Sommer macht. Aber ein schöner Frühling kann viel wert sein. Das Vertrauen der Investoren darf jetzt nicht verspielt werden.

Tops & Flops

Zalando legt kräftig zu

+ Der Online-Modehändler Zalando überzeugte Investoren offenbar mit seinen Prognosen fürs erste Quartal. Der Aktienkurs stieg am Dienstag zeitweise um knapp 10 Prozent. Statt eines am Markt erwarteten operativen Verlustes rechnet der Konzern mit einem bereinigten operativen Ergebnis im einstelligen Millionen-Euro-Bereich. Noch im September hatte er eine Gewinnwarnung ausgegeben.

Lufthansa dreht

+ Belastet von hohen Treibstoffkosten und Überkapazitäten, hat die Deutsche Lufthansa zwar einen bereinigten operativen Verlust im ersten Quartal erwirtschaftet, die Jahresziele für 2019 aber bekräftigt. Das hoben Analysten am Tag nach der Vorstellung der Zahlen positiv hervor – und beruhigten damit offenbar die Anleger. Die Aktie der Fluggesellschaft, die am Dienstag zunächst tief im Minus gehandelt wurde, drehte jedenfalls im Handelsverlauf ins Plus und notierte kurz vor Börsenschluss zeitweise rund 1,4 Prozent fester.

Gea verliert

– Zu den schwächsten Aktien im M-Dax der mittelgroßen Werte gehörte am Dienstag der Anlagenbauer Gea mit Sitz in Düsseldorf. Hintergrund war eine Analystenbewertung. Die Baader Bank empfahl die Gea-Aktie zum Verkauf. Die Kritik: Die Restrukturierung des Anlagenbauers nehme kein Ende, die Gewinnschätzungen wirkten insgesamt zu optimistisch, schrieb Analyst Peter Rothenaicher. Die Aktie verlor zeitweise 1,9 Prozent.

Die Börse

Dax (17.1.2019 – 16.4.2019) · Bundesanl. R. 10 J. (17.1.2019 – 16.4.2019)

	15.4.	16.4.
F.A.Z.-Index	2296,14	2314,46
Dax 30	12020,28	12101,32
M-Dax	25582,79	25774,37
Tec-Dax	2789,92	2816,58
Euro Stoxx 50	3450,46	3463,36
F.A.Z.-Euro-Index	128,89	129,19
Dow Jones	26384,77	26429,61*
Nasdaq Index	7976,01	8009,38*
Bund-Future	164,67	164,47**
Tagesgeld Frankfurt	-0,43 %	-0,47 %
Bundesanl.-Rendite 10 J.	0,06 %	0,06 %
F.A.Z.-Renten-Rend. 10 J.	0,67 %	0,67 %
US-Staatsanl.-Rend. 10 J.	2,55 %	2,59 % *
Gold, Spot ($/Unze)	1287,89	1274,43
Rohöl (London $/barrel)	71,30	71,36**
1 Euro in Dollar	1,1313	1,1305
1 Euro in Pfund	0,8631	0,8639
1 Euro in Schw. Franken	1,1345	1,1371
1 Euro in Yen	126,66	126,59

*) Ortszeit 13.00 Uhr, **) Ortszeit 19.00 Uhr

Kampf um die Vermögen
Blackrock gilt als der größte Vermögensverwalter der Welt. Doch andere holen auf. Seite 27

Kaum noch Zinsen
Tagesgeldkonten mit einer guten Verzinsung sind fast nur noch im Ausland zu finden. Seite 27

Unbedingt Schwergewicht
Alba verliert das vierte Finale in Serie – doch die Berliner sagen, glücklich zu sein. Seite 30

Zobel räumt auf
Regionalliga statt Rotes Meer: Wie der Trainer die Lüneburger voranbringen will. Seite 31

Finanzen

Dax 30, M-Dax und Tec-Dax

Börsenwert in Mrd. Landeswähr. Gesamt	Streubes.	KGV 2018	KGV 2019		15.4.19 Schluss	16.4.19 Schluss	Xetra Tages Hoch	Xetra Tages Tief	Veränd. in % seit 15.4.	28.12.18	Xetra 52 Wochen Hoch	Tief	Div.	Div.-Rend.	Ums.Ges. Tsd.St. 15.4.
		13,9	13,4	**Dax 30**	12020,28	**12101,32**	12116,25	12025,66	+0,7	+14,6	13204,31	10279,20	355,28	2,94	66386
46,04	42,35	27,4	23,9	Adidas NA ▲	226,30	**229,70**	230,15	227,25	+1,5	+25,9	230,15	178,15	2,60 1x	1,13	353
89,99	89,99	12,1	11,2	Allianz vNA ▲▼	209,80	**212,00**	212,00	209,30	+1,0	+21,0	212,00	170,12	8,00 1x	3,77	828
66,98	66,98	12,3	13,5	BASF NA ▲▼	72,15	**72,93**	73,80	72,25	+1,1	+20,7	90,02	57,35	3,10 1x	4,25	2782
58,01	58,01	10,7	9,0	Bayer NA ▲▼	61,71	**62,21**	62,60	61,58	+0,8	+2,7	103,74	54,48	2,76 1x	4,43	2554
23,20	9,05	27,3	27,6	Beiersdorf	93,22	**92,08**	93,56	91,76	−1,2	+1,0	103,25	80,60	0,70 1x	0,76	401
45,99	24,38	7,2	8,1	BMW St ▲	75,65	**76,40**	76,68	75,73	+1,0	+8,1	93,87	67,73	4,00 1x	5,24	1190
30,90	16,69	10,8	12,0	Continental	153,34	**154,50**	154,78	152,36	+0,8	+28,0	229,40	118,30	4,50 1x	2,91	402
9,70	8,05	5,4	12,7	Covestro	53,00	**52,98**	53,46	52,40	±0,0	+22,7	83,98	41,42	2,40 1x	4,53	1316
60,93	51,18	7,7	7,6	Daimler NA ▲▼	56,49	**56,95**	57,26	56,50	+0,8	+24,0	68,64	44,51	3,65 1x	6,41	3464
16,07	13,82	25,7	15,9	Deutsche Bank NA	7,65	**7,78**	7,81	7,58	+1,7	+11,6	12,21	6,68	0,11 1x	1,41	9753
22,33	21,21	21,6	19,7	Deutsche Börse NA	112,90	**117,50**	117,75	112,70	+4,1	+12,0	121,15	102,40	2,45 1x	2,09	719
37,65	29,74	15,4	14,1	Deutsche Post NA ▲	30,41	**30,45**	30,56	30,32	+0,1	+27,4	38,15	23,36	1,15 1x	3,78	2353
71,18	48,40	15,3	14,2	Deutsche Telekom NA ■▲▼	14,95	**14,95**	15,04	14,95	±0,0	+0,9	15,88	13,07	0,70 1x	4,68	8237
21,42	20,99	14,7	14,1	E.ON NA	9,87	**9,73**	9,91	9,72	−1,4	+12,8	10,14	8,16	0,30 1x	3,08	7229
28,35	20,98	14,8	14,8	Fresenius ▲	50,85	**50,96**	51,30	50,86	+0,2	+20,2	71,36	38,28	0,75 1x	1,47	1954
22,73	15,68	17,1	16,9	Fresenius M. C. St.	73,62	**73,82**	74,54	73,80	+0,3	+30,3	91,74	55,44	1,06 1x	1,44	656
14,23	10,53	12,3	11,3	HeidelbergCement	70,98	**71,72**	72,00	70,90	+1,0	+34,4	85,26	51,84	1,90 1x	2,65	777
15,78	15,46	14,8	15,6	Henkel Vz.	87,38	**88,56**	89,48	87,48	+1,4	−7,2	113,80	82,86	1,85 1x	2,09	465
23,92	22,48	22,1	23,0	Infineon NA ■	20,61	**21,03**	21,07	20,48	+2,0	+21,1	25,76	15,76	0,27 1x	1,28	2937
87,68	87,68	23,2	20,5	Linde PLC (IRL) ▲▼	158,75	**158,85**	160,30	158,20	+0,1	+14,7	165,70	130,75	0,88$ 2x	0,95	524
10,59	10,59	5,2	5,3	Lufthansa vNA	22,08	**22,28**	22,46	20,98	+0,9	+13,1	27,07	17,05	0,80 1x	3,59	4415
12,39	12,39	18,4	16,8	Merck	96,70	**95,90**	97,16	95,38	−0,8	+6,6	102,90	79,26	1,25 1x	1,30	419
32,81	32,81	14,5	12,4	Münch. Rück vNA ▲	215,10	**219,40**	219,40	215,00	+2,0	+15,1	219,40	174,85	8,60 1x	3,92	517
13,25	12,45	22,3	22,0	RWE St.	23,59	**23,01**	23,65	22,85	−2,5	+21,3	24,54	16,78	1,50 1x	6,52	1986
122,20	100,20	22,5	20,9	SAP ■▲▼	99,76	**99,47**	100,08	98,95	−0,3	+14,4	108,52	83,95	1,40 1x	1,41	1305
88,86	84,42	14,5	15,1	Siemens NA ▲▼	103,74	**104,54**	104,88	103,50	+0,8	+7,4	121,70	90,85	3,80 1x	3,63	1130
8,20	6,48	25,8	14,3	thyssenkrupp	12,88	**13,18**	13,38	12,91	+2,3	−12,0	24,10	11,78	0,15 1x	1,14	3993
32,30	28,74	6,3	5,7	Volkswagen Vz. ▲	154,98	**156,62**	157,32	154,32	+1,1	+12,7	178,12	131,44	3,96 1x	2,53	1007
22,73	22,73	23,0	18,9	Vonovia NA	43,98	**43,88**	44,00	43,66	−0,2	+10,8	47,28	38,07	1,32 1x	3,01	1754
14,57	13,55	38,0	27,6	Wirecard ■	113,85	**117,90**	117,90	115,00	+3,6	−11,2	199,00	86,00	0,18 1x	0,15	968
		19,5	19,0	**M-Dax**	25582,79	**25774,37**	25792,05	25582,78	+0,7	+19,4	27366,46	21160,71	591,21	2,29	33049
5,94	1,60	14,6	12,9	1&1 Drillisch ■	33,00	**33,60**	34,04	33,10	+1,8	−24,5	65,10	30,86	1,60 1x	4,76	443
1,81	1,81	11,4	11,5	Aareal Bank	29,79	**30,23**	30,34	29,62	+1,5	+12,0	42,93	25,82	2,50 1x	8,27	334
91,30	67,56	26,8	19,9	Airbus (NL) ▲▼	117,14	**117,60**	117,90	116,52	+0,4	+40,8	121,20	78,93	1,65 1x	1,40	75
2,53	2,50	22,0	21,1	alstria office REIT	14,20	**14,25**	14,35	14,16	+0,4	+16,8	14,64	11,74	0,52 1x	3,65	375
8,01	5,37	16,2	8,6	Aroundtown (L)	7,08	**7,10**	7,11	7,03	+0,2	−1,7	7,92	6,33	0,07 1x	0,99	1806

Internationale Finanzmärkte

Statistik (aus dem HDAX)

Tagesgewinner	Veränd. %	52-Wochen-Gewinner	Veränd. %
Zalando	+10,59	Dialog Semic. NA	+63,43
Deutsche Börse NA	+4,07	Evotec	+59,86
Carl Zeiss Meditec	+3,60	Nemetschek	+59,58
Wirecard	+3,56	Nordex	+56,50

Tagesverlierer	Veränd. %	52-Wochen-Verlierer	Veränd. %
Evotec	−2,56	ProSiebenSat.1	−49,41
Rocket Internet	−2,52	Osram Licht NA	−44,72
RWE St.	−2,46	Wacker Chemie	−42,47
GEA Group	−1,87	1&1 Drillisch	−41,05

Dax im Jahresverlauf (Xetra)

Schluss: **12101,32** 28.12.2018: **10558,96** 52 Wochen Hoch/Tief: **13204,31/10279,20**

Dax steigt auf mehr als 12 100 Punkte

Der deutsche Aktienindex Dax ist am Dienstag erstmals seit Anfang Oktober über die Marke von 12 100 Punkten gestiegen. „Das Umfeld ist günstig“, sagte Helaba-Analyst Ulrich Wortberg. Die Risikobereitschaft habe mit der Fristverlängerung beim Brexit wieder zugenommen. Zudem stützten positive Signale aus den Handelsgesprächen zwischen den Vereinigten Staaten und China. Der Dax ging mit 12 101 Punkten und damit 0,7 Prozent über dem Vortagesniveau aus dem Handel. Der M-Dax legte 0,8 Prozent auf 25 774 Punkte zu. Der F.A.Z.-Index gewann ebenfalls 0,8 Prozent, und zwar auf 2314 Punkte. Am Vorabend hatten Lufthansa und Zalando über ihre ersten drei Monate des neuen Jahres berichtet. Am Dienstag verlor Lufthansa daraufhin zunächst deutlich; im Tagesverlauf änderte sich aber wohl die Deutung der Zahlen, der Kurs drehte ins Plus. Der Online-Modehändler Zalando überzeugte die Investoren offenbar schneller, der Kurs sprang 10 Prozent in die Höhe. Ein Bericht über Interesse des niederländischen Geldinstituts ING an der Commerzbank beflügelte deren Aktie, sie weitete den im Tagesverlauf zuvor schon erreichten Gewinn aus und schloss 3 Prozent im Plus.

Auch in New York eröffnete die Börse freundlich, unterem anderem nach guten Geschäftszahlen des Medizinkonzerns Johnson & Johnson. Der Dow Jones Industrial lag drei Stunden nach Handelsbeginn 0,2 Prozent über dem Vortageswert bei 26 441 Punkten. Am Montag hatten an der New York Stock Exchange 755 Millionen Aktien den Besitzer gewechselt. 1647 Werte legten zu, 2021 Werte gaben nach, 361 stagnierten. sibi.

Deutsche Börsen

Kurse in Euro

Europäische Börsen

Kurse in Euro

Übersee Börsen

Aktien-Indizes

Euro Stoxx 50, Stoxx Europe 50

Zinsen, Renditen, Terminkontrakte und Indizes

Intern. Devisenmärkte

Anleihen

Intern. Warenmärkte

Börsenkennzahlen von Bloomberg. Alle Angaben ohne Gewähr. k.A.=keine Angaben; ■ = auch im TecDAX enthalten; ▲ = auch im Euro Stoxx 50 enthalten; ▼ = auch im Stoxx Europe 50 enthalten; Δ = 1 Euro; Die Dividenden sind die letztgezahlten Ausschüttungen in Landeswährung. Hochzahl hinter Dividende: Zahl der Ausschüttungen je Jahr; Dividendenrendite: Brutto-Dividendenrendite auf Basis der letztgezahlten Jahresdividende; Das 52-Wochen-Hoch/Tief wird berechnet auf Basis von Tageshoch- und -tiefkursen bereinigt um Kapitalmaßnahmen; Börsenkapitalisierung: Berechnung ausschließlich mit der relevanten Gattung (x Streubesitzfaktor); KGV: Kurs/Gewinnverhältnis auf Basis der Ergebnisse je Aktie vor Goodwillabschreibung. Dividendenrendite und KGV berechnet von vwd auf Basis von Verlaufs- bzw. Schlusskursen am Börsenplatz Xetra bzw. Frankfurt.

Auf den Fersen von Blackrock

Die Amerikaner sind der größte Vermögensverwalter der Welt. Doch schon in wenigen Jahren könnten sie überholt werden. Wie konnte das passieren?

mann. FRANKFURT, 16. April. Blackrock ist und bleibt der größte Vermögensverwalter der Welt. Den Dämpfer Ende vergangenen Jahres, als das verwaltete Vermögen der Fondsgesellschaft unter die 6-Billionen-Dollar-Marke rutschte, hat sie gut verkraftet. Die am Dienstag vorgelegten Zahlen zum ersten Quartal weisen ein verwaltetes Vermögen von 6,5 Billionen Dollar aus – mehr als jeder andere Vermögensverwalter auf der Welt. Dem Fondsgiganten flossen allein im ersten Quartal des laufenden Jahres 65 Milliarden Dollar zu und damit acht Milliarden Dollar mehr als im Vorjahresvergleich. Damit verdiente Blackrock mit einem Nettogewinn von 1,05 Milliarden Dollar aber rund drei Prozent weniger als noch vor einem Jahr. Das liegt vor allem daran, dass die Gebühreneinnahmen im vergangenen Quartal geschrumpft sind. Trotz des besten ersten Quartals seit vier Jahren macht ein anderer Vermögensverwalter Blackrock den Posten als größte Fondsgesellschaft der Welt streitig.

Vanguard heißt die Nummer zwei hinter Blackrock, die immerhin ein Vermögen von 5,3 Milliarden Dollar verwaltet. Nach Berechnungen von Bloomberg könnte Vanguard schon in vier Jahren Blackrock den Rang ablaufen und die 10-Milliarden-Dollar-Marke knacken. Wie erklärt sich das rasante Wachstum von Vanguard und was unterscheidet den Vermögensverwalter von der Konkurrenz?

Vanguard ist ein englisches Wort und kann mit Avantgarde übersetzt werden. Der Bedeutung macht der Vermögensverwalter alle Ehre. Schließlich stammt aus Vanguards Haus das Investmentprodukt des 21. Jahrhunderts: der Indexfonds – kurz ETF (Exchange Traded Funds). Der im vergangenen Jahr verstorbene John Bogle entwickelte das Konzept und läutete damit ein neues Zeitalter in der Finanzbranche ein. Das „Stockpicking" – die Auswahl bestimmter unterbewerteter Aktien mit Potential – wurde durch die simple Idee ersetzt, schlicht den Markt abzubilden und dessen Rendite zu erhalten. Er sollte nicht mehr geschlagen, sondern nur noch kopiert werden.

Den Markt nicht mehr schlagen zu müssen, ist für die meisten Anleger keine schlechte Nachricht. Unter dem Strich können sie durch die Abbildung des Marktes eine höhere Rendite erhalten, was sich auch durch die geringen Kosten der passiv verwalteten Fonds erklären lässt. Und das hat Auswirkungen auf die Verteilung des weltweiten Vermögens.

Allein im vergangenen Jahr flossen laut dem Fondsanalysehaus Morningstar rund 634 Milliarden Dollar in passive Fonds. Den aktiven flossen lediglich 32 Milliarden Dollar zu. Zu den großen Profiteuren gehören die zwei größten Anbieter von passiven Fonds, Blackrock und Vanguard. Blackrock flossen im vergangenen Jahr 124 Milliarden Dollar zu – der Großteil davon ging in Blackrocks ETF-Sparte iShares. Vanguard verbuchte dagegen Nettozuflüsse in Höhe von 230 Milliarden Dollar und damit rund 95 Milliarden mehr als die Konkurrenz – trotz des turbulenten Börsenjahres 2018. Der Erfolg von Vanguard gründet aber nicht nur in dem Modell des passiven Investments. Vanguard drückt die ohnehin schon günstigen Kosten der passiven Produkte noch weiter nach unten. In Deutschland haben Anleger die Möglichkeit in 32 Vanguard-ETF zu investieren. Im Schnitt betragen die Kosten 0,16 Prozent. Blackrock bietet mit einer Auswahl von 390 ETF zwar viel mehr Investmentprodukte an. Mit einer Kostenquote von 0,34 Prozent sind sie im Schnitt aber mehr als doppelt so teuer als bei Vanguard. Eine Steuerung der Rendite ist bei den passiven Produkten aber vor allem durch den Kostendruck zu erreichen. Dafür bietet Blackrock auch eine Vielzahl an ETF auf Anleihen an, die illiquider sind und zu höheren Kosten führen.

Da die Kosten weit unter dem Branchenschnitt liegen, könnte sich Vanguard auch höhere Gebühren leisten. In der Gebührenaufstellung unterscheidet sich der Vermögensverwalter aber von Blackrock, weil die Fondsgesellschaft genossenschaftlich organisiert ist. Das heißt, dass die Kunden von Vanguard gleichzeitig Miteigentümer sind. Die Gewinne werden in Form von günstigeren Produkten indirekt an die Kunden weitergegeben. Ähnlich wie in einer Mietergenossenschaft darf die Miete also nur so hoch sein, dass die Kosten gedeckt sind. Blackrock ist als börsennotiertes Unternehmen jedoch dem Druck seiner Aktionäre ausgeliefert. Bei diesen sind hohe Kosten durchaus wünschenswert, weil sie den Ertrag steigern.

Dass den beiden größten Vermögensverwaltern in naher Zukunft aber immer mehr Geld zufließt, bietet nicht nur Grund zur Freude. Eine Kritik, der sich die Vermögensverwalter immer wieder stellen müssen, ist, dass sich immer mehr Einfluss und Macht in den Händen weniger Vermögensverwalter bündelt. Sogar Bogle hat davor gewarnt, dass sich die ETF-Branche in zu wenigen Anbietern konzentriere. Das Forschungsteam Corpnet von der Universität Amsterdam bestätigte Mitte 2018 indirekt Bogles Bedenken zur Marktkonzentration. In rund 88 Prozent der führenden amerikanischen Unternehmen waren die drei größten Vermögensverwalter, Blackrock, Vanguard und State Street, die größten Aktionäre. Auch in anderen Ländern, unter anderem in Deutschland gehören die beiden Fondsgesellschaften zu den größten Eigentümern.

Was passiert, wenn am Ende eine Fondsgesellschaft alle Gelder verwaltet? Der Wirtschaftsnobelpreisträger Richard Thaler hat gesagt, dass Blackrock ihn nachts nicht um den Schlaf bringe. Schließlich führt dieses Monopol nicht etwa zu höheren Kosten, sondern zum genauen Gegenteil und davon profitieren am Ende alle. „Der Investor hat davon per Saldo profitiert", sagt auch Ali Masarwah von Morningstar. Obwohl den passiven Fonds immer mehr Geld zufließt, machen sie nur ein Viertel des weltweit verwalteten Vermögens aus. Die Marktanteile gingen zwar peu à peu an die passiven Vermögensverwalter. Das liege jedoch auch daran, dass der Markt in den vergangenen Jahren nur die Richtung nach oben kannte. „Die aktiven Fondsgesellschaften hatten in den vergangenen 30 Jahren Spaß an den hohen Gebühren", sagt Masarwah. Das könnte sich jedoch schnell ändern, sollten aktive Manager den Markt wieder schlagen können. Eine Dramatik könne er nicht erkennen.

Das Büro von Blackrock in New York: *Der Fondsriese bleibt der größte Vermögensverwalter der Welt.* Foto Bloomberg

Im Fall Wirecard verdächtigt Bafin „FT"-Journalisten

hpe. MÜNCHEN, 16. April. Der Streit zwischen dem deutschen Zahlungsabwickler Wirecard und der britischen Wirtschaftszeitung „Financial Times" ist um eine neue Facette reicher. Jetzt hat sich die Bundesanstalt für Finanzaufsicht (Bafin) eingeschaltet, weil sie offenkundig nach eigenen Recherchen einen Zusammenhang in der Berichterstattung der „FT" und den Kursturbulenzen der Wirecard-Aktie sieht. „Wir haben Anzeige an die Staatsanwaltschaft München I wegen des Verdachts der Marktmanipulation in Form einer Short-Attacke in Aktien der Wirecard AG erstattet", sagte eine Sprecherin der Behörde. Die Strafanzeige richtet sich gegen ein Dutzend Beteiligter. „Wir prüfen den Fall in alle Richtungen, unsere Untersuchungen wegen anderer potentieller Marktmanipulationen in Aktien der Wirecard AG dauern an."

Die Münchner Staatsanwaltschaft ermittelt ohnedies seit zwei Monaten gegen den „FT"-Journalisten Dan McCrum „wegen Vergehens nach dem Wertpapierhandelsgesetz". McCrum, Kopf des FT-Blogs „Alphaville", veröffentlicht schon seit Jahren kritische Artikel über Wirecard. Aber erst eine Reihe von Berichten über Unregelmäßigkeiten bei einer Wirecard-Gesellschaft in Singapur, beginnend am 30. Januar dieses Jahres, setzte dem Dax-Konzern erheblich zu und sorgte für Kursverluste von mehr als 8 Milliarden Euro. Die Bafin vermutet nun, dass Spekulanten, die auf fallende Kurse wetten, bereits vor dem Erscheinen der „FT"-Artikel sogenannte Leerverkaufspositionen aufgebaut haben können. Den Münchner Strafverfolgern liegt seit acht Wochen die brisante Aussage eines Leerverkäufers vor, der zugegeben haben soll, vorab über die „FT"-Artikel informiert worden zu sein. Die „FT" hatte derartige Vorwürfe und Unterstellungen zurückgewiesen. Wirecard wollte sich am Dienstag nicht äußern.

Am 18. Februar hatte die Bafin Leerverkäufe der Wirecard-Aktie untersagt. Karfreitag läuft das Leerverkaufsverbot ab. Nach Ostern könnten die Spekulationen aufs Neue losgehen. Ob das Verbot aber im Lichte der neuen Verdächtigungen noch einmal verlängert wird, scheint noch nicht entschieden zu sein. Am 25. April legt Wirecard die Bilanz für das vergangene Geschäftsjahr vor. Auch dieses Datum wäre für Spekulanten ein willkommener Anlass, um mit Gerüchten den Aktienkurs von Wirecard zu beeinflussen.

418 Banken zahlen null Prozent Zinsen

Negativrekord beim Tagesgeld / Mit Festgeld lässt sich noch die Inflation schlagen

sibi. FRANKFURT, 16. April. Immer mehr Banken schaffen offenbar die Zinsen auf Tagesgeld ganz ab, Aussicht auf Besserung ist nicht in Sicht. Das geht aus einem Vergleich der Konditionen von mehr als 800 Banken und Sparkassen hervor, den das Internetportal Verivox am Dienstag vorgelegt hat. Demnach haben mittlerweile 418 Kreditinstitute die Zinsen für Tagesgeldkonten bei einer Sparsumme von 10 000 Euro auf null gesetzt, einige verlangen auf größere Einlagen auf dem Tagesgeldkonto sogar Verwahrentgelte oder Negativzinsen. Das war laut Verivox die höchste Zahl an Banken mit null Zinsen auf dem Tagesgeldkonto, seit das Portal solche Vergleiche erhebt.

Entsprechend ist auch der Durchschnittszins für Tagesgeld gesunken. Noch Anfang 2014 zahlten zumindest die überregionalen Anbieter im Schnitt 0,7 Prozent auf dem Tagesgeldkonto. In dem Jahr hat die Europäische Zentralbank (EZB) negative Einlagenzinsen für Banken eingeführt. Seither sind auch die Sparzinsen von diesem niedrigen Niveau aus weiter zurückgegangen. Seit etwa zwei Jahren schwanken die durchschnittlichen Tagesgeldzinsen der überregionalen Institute um 0,2 Prozent. Nimmt man die – häufig gar nicht mehr verzinsten – Tagesgeldkonten der vielen regionalen Institute hinzu, lag der Durchschnitt im März bei 0,06 Prozent.

Durch die anhaltende Nullzinspolitik der EZB verschärfe sich die Ertragssituation der Banken weiter, schreibt Verivox: „Die Nullzinsen breiten sich weiter aus." Allerdings lägen die Zinsen der bundesweit verfügbaren Angebote von Tagesgeldkonten von ausländischen Banken nach wie vor etwas höher als die der regionalen Institute. Der Anbieter mit den höchsten Zinsen zahle im Augenblick 0,7 Prozent auf Tagesgeld. Das sei die Banca Progetto mit Sitz in Mailand und Rom. Die italienische Bank wurde 1994 gegründet und gehört seit Dezember 2015 zu Oaktree Capital Management, einer großen amerikanischen Investmentgesellschaft. Nach den Regelungen zur gesetzlichen Einlagensicherung in Europa sind Einlagen bis 100 000 Euro über die italienische Einlagensicherung geschützt.

Etwas höher sind die Sparzinsen noch für Festgeld auf zwei Jahre. Bei aktuell 1,3 Prozent Inflation im März in Deutschland lasse sich die Inflation mit einem Festgeldkonto schlagen, berichtet das Internetportal. Allerdings geht es auch da wieder vor allem um ausländische Institute mit Sitz in der Europäischen Union, bei denen Einlagen bis 100 000 Euro durch die jeweilige nationale Einlagensicherung geschützt sind. Spitzenreiter ist dabei laut Verivox die Rietumu-Bank mit Sitz in Riga in Lettland. Das Institut wurde 1992 gegründet und ist eine der größten Privatbanken in den baltischen Staaten. Im vergangenen Jahr sah sich das Institut mit Geldwäsche-Vorwürfen konfrontiert. Die Rietumu-Bank bietet 1,45 Prozent Zinsen im Jahr für Festgeld auf zwei Jahre. Einlagen sind bis 100 000 Euro über die lettische Einlagensicherung geschützt.

Die Verbraucherzentralen äußern sich immer relativ skeptisch zu den Angeboten für Spareinlagen bei ausländischen Banken innerhalb der Europäischen Union. Sie verweisen darauf, dass es keine einheitliche europäische Einlagensicherung gibt, sondern dass im Krisenfall die jeweilige nationale Einlagensicherung für die Spareinlagen bis 100 000 Euro einstehen muss. Es bleibe ein Restrisiko, sagt Niels Nauhauser von der Verbraucherzentrale Baden-Württemberg. Sparer wollten in der Regel ruhig schlafen und müssten sich deshalb selbst überlegen, ob sie für minimal mehr Zinsen irgendein Risiko eingehen wollten. Trotzdem haben viele der Internetvergleichsportale diese Angebote, zum Teil nach einigem Zögern, nach und nach in ihre Listen aufgenommen. Wohl, einfach weil es innerhalb Deutschlands so wenig attraktive Sparangebote gibt. Vermittelt werden diese Einlagen häufig über spezielle Internetplattformen wie Zinspilot, Savedo oder Weltsparen.

Sinkende Tagesgeldzinsen
in Prozent
bundesweite Tagesgeldangebote
insgesamt (Durchschnitt)
regionale Tagesgeldangebote
0,8 · 0,7 · 0,6 · 0,5 · 0,4 · 0,3 · 0,2 · 0,1 · 0,0
Jan. 2014 · März 2019
Quelle: Verivox · F.A.Z.-Grafik Niebel

Tendenzen und Tipps

Netflix ist ein Kauf

Die Deutsche Bank hat die Aktie des Internet-Film-Unternehmens Netflix von „Halten" auf „Kaufen" hochgestuft und das Kursziel von 360 auf 400 Dollar angehoben. Die Markterwartungen an die Abonnentenzahlen für die Dienste des Unternehmens für den Zeitraum von 2019 bis 2020 erschienen konservativ, hat Deutsche-Bank-Analyst Bryan Kraft in einer am Dienstag vorgelegenen Studie geschrieben. Zudem habe der Aktienkurs des Streamingkonzerns und Filmproduzenten mittlerweile genug nachgegeben, meinte der Analyst der Deutschen Bank. Das Chance-Risiko-Profil sei daher attraktiv. dpa

Netflix
ISIN US64110L1061
in Dollar · Tageschlusskurse Nasdaq · 16.4.: Tagesverlauf
400 · 360 · 320 · 280 · 240 · 200
16.10.2018 · 16.4.2019

Höchst-/Tiefststand, 52 Wochen	423,21/231,23
Börsenwert Mrd. Dollar	152,316
KGV (IBES) 12/2019[1]	86,2

1) KGV: Kurs-Gewinn-Verhältnis (IBES-Konsens-Schätzung). Quelle: Thomson Reuters · F.A.Z.-Grafik Lauterbach

RIB Software ist attraktiv

Das Analysehaus Warburg Research hat das Kursziel für RIB Software von 17 auf 18 Euro angehoben. Zugleich haben die Hamburger Wertpapieranalysten die Einstufung der Aktie auf „Kaufen" belassen. Das Joint Venture von RIB Software, deren Hauptsitz Stuttgart ist, mit dem französischen Baukonzern Saint Gobain zeuge von einer besseren „Fokussierung" des baden-württembergischen Softwareherstellers, schrieb Warburg-Research-Analyst Andreas Wolf in einer am Dienstag vorgelegenen Studie. Das neue Kursziel für die Aktie resultiere aus der Verschiebung der Bewertungsbasis in die Zukunft. dpa

RIB Software
ISIN DE000A0Z2XN6
in Euro · Tageschlusskurse Xetra · 16.4.: Tagesverlauf
18 · 16 · 14 · 12 · 10 · 8
16.10.2018 · 16.4.2019

Höchst-/Tiefststand, 52 Wochen	23,46/8,88
Börsenwert Mrd. Euro	0,838
KGV (IBES) 12/2019[1]	42,4

1) KGV: Kurs-Gewinn-Verhältnis (IBES-Konsens-Schätzung). Quelle: Thomson Reuters · F.A.Z.-Grafik Lauterbach

Rio Tinto fördert weniger

Die amerikanische Bank JP Morgan hat das Kursziel für den Rohstoffkonzern Rio Tinto von 5300 auf 5200 Pence gesenkt, aber die Einstufung auf „Kaufen" belassen. Die Eisenerzproduktion im ersten Quartal sei schwächer gewesen als gedacht, aber die angepassten Jahresziele seien wie erwartet, schrieb Analyst Dominic O'Kane in einer am Dienstag vorgelegenen Studie. Das neue Kursziel resultiere aus erhöhten Schätzungen für Investitionen. Die Analysten der Investmentbank Morgan Stanley hingegen haben die Einstufung für Rio Tinto auf „Halten" mit einem Kursziel von 4400 Pence belassen. F.A.Z.

Rio Tinto
ISIN GB0007188757
in Pence · Tageschlusskurse London · 16.4.: Tagesverlauf
4800 · 4500 · 4200 · 3900 · 3600 · 3300
16.10.2018 · 16.4.2019

Höchst-/Tiefststand, 52 Wochen	4791/3460
Börsenwert Mrd. Pfund	59,429
KGV (IBES) 12/2019[1]	10,7

1) KGV: Kurs-Gewinn-Verhältnis (IBES-Konsens-Schätzung). Quelle: Thomson Reuters · F.A.Z.-Grafik Lauterbach

Sehnsucht nach Fehlern

Dirk Nowitzki kritisiert Umgang mit Sportidolen

DALLAS (dpa). Der zurückgetretene Basketballstar Dirk Nowitzki hat den Umgang der Öffentlichkeit mit deutschen Sportidolen wie Boris Becker kritisiert. „Diese merkwürdige Sehnsucht nach dem Scheitern zuvor hochgejubelter Menschen ist mir nicht geheuer. Erst feiern die Menschen uns Sportler dafür, dass wir etwas besser können als sie“, sagte Nowitzki im Interview mit der Wochenzeitung „Die Zeit“. „Und sobald die Leute etwas finden, was Grund zur Schadenfreude gibt, stürzen sie sich drauf. Als wollten sie sagen: Ha! Der ist doch nicht besser als ich.“ Auch bei ihm werde man einiges finden, „was ich längst nicht so gut kann wie viele andere. Ich bin ein Mensch. Noch bewege ich mich in einem perfekt auf mich abgestimmten System“, sagte Nowitzki: „Vielleicht wird die größte Herausforderung für mich sein, Fehler machen zu dürfen und nicht gleich dafür verurteilt zu werden.“ Nach 21 Jahren in der nordamerikanischen Profiliga NBA hatte der 40 Jahre alte Würzburger in der Vorwoche bei den Dallas Mavericks seine Laufbahn beendet. Das Leben nach der Karriere genießt Nowitzki nun voll und ganz. „In der vergangenen Woche habe ich Kuchen gegessen und mein erstes Glas Wein seit zehn Jahren Abstinenz getrunken. Da wurde mir nach ein paar Schlucken schon ganz warm. Das fühlte sich gut an.“

In Kürze

Sechs Wochen Sperre

Mittelfeldspieler Santiago Ascacibar vom VfB Stuttgart ist wegen einer Tätlichkeit vom Sportgericht des Deutschen Fußball-Bundes (DFB) mit einer harten Strafe belegt worden. Der Argentinier wurde bis einschließlich 25. Mai gesperrt, wie der DFB mitteilte. Am Samstag hatte Ascacibar in der Nachspielzeit bei der 0:1-Niederlage gegen Bayer 04 Leverkusen in die Richtung von Nationalspieler Kai Havertz gespuckt; er erhielt dafür die Rote Karte. (dpa)

Kahn soll im Januar kommen

Der ehemalige Fußball-Nationaltorhüter Oliver Kahn soll als Anwärter auf den Vorstandsvorsitz Anfang kommenden Jahres zum FC Bayern München zurückkehren. „Es ist derzeit vorgesehen, dass es am 1. Januar 2020 losgeht“, sagt Vereinspräsident Uli Hoeneß. Kahn ist Hoeneß' Wunschlösung für die Nachfolge von Karl-Heinz Rummenigge. „Wir sind aber nicht unter Zeitdruck, weil Karl-Heinz seinen Vertrag als Vorstandsvorsitzender bis Ende 2021 verlängert hat.“ (dpa)

Hohe Strafe für St. Pauli

Die Pyro-Ausschreitungen im Stadtderby gegen den Hamburger SV (0:4) kommen den Fußball-Zweitligaklub FC St. Pauli teuer zu stehen. Das Sportgericht des Deutschen Fußball-Bundes verurteilte den Verein am Dienstag zu einer Geldstrafe in Höhe von 100 000 Euro. (dpa)

Machulla verlängert

Maik Machulla bleibt bis 2023 Trainer des deutschen Handballmeisters SG Flensburg-Handewitt. Die vorzeitige Vertragsverlängerung wurde am Dienstag bekanntgegeben. Machulla war bislang bis zum Jahr 2020 an den Klub gebunden. (dpa)

Nicht sein Abend: *Luke Sikma, Spieler des Jahres im Euro Cup, kommt in Spiel drei des Finales unter die Räder.* Foto Imago

Unbedingt Schwergewicht

Albas Basketballspieler verlieren das vierte Finale in Serie – doch die Berliner behaupten, sie seien glücklich: „Jetzt ernten wir, was wir in drei Jahrzehnten gesät haben.“ *Von Michael Reinsch*

BERLIN. Eine 11:0-Führung beim Favoriten in den ersten drei Minuten des Spiels, „Alba, Alba“-Sprechchöre der achttausend spanischen Zuschauer nach dem Spiel – das dritte und entscheidende Spiel in der Finalserie um den Euro Cup hätte so schön sein können für die Basketball-Profis und die Anhänger von Alba Berlin. Doch zwischen dem erstaunlichen Auftakt und der ehrenvollen Verabschiedung lag eine ernüchternde Niederlage der jungen, ehrgeizigen Berliner Mannschaft bei einem reifen, in allen Belangen überlegenen Champion. 89:63 siegte Valencia Basket, gewann den Pokal zum vierten Mal und hat sich damit für die erste europäische Liga qualifiziert, die Euro League.

Alba Berlin dagegen traf so schlecht wie in noch keinem einzigen Spiel dieser Saison und verteidigte auch nicht besser. Noch im ersten Viertel verringerten die Spanier ihren Rückstand auf einen Punkt (17:18), und als der Berliner Center Johannes Thiemann das 20:20 erzielte, wirkte das wie ein Signal zum Umschwung. In gut vier Minuten erhöhte Valencia auf 30:20, und das war erst der Anfang. Center Bojan Dubljevic (18 Punkte, acht Rebounds) sowie die Flügelspieler Matt Thomas (19) und Fernando San Emeterio (18) waren ihren Berliner Gegenspielern deutlich überlegen, und Antoine Diot, der lediglich einen Wurf ins Ziel brachte, schnappte den Berlinern immerhin vier Mal den Ball weg. Auf Berliner Seite erinnerten Rokas Giedraitis mit 19 Punkten, davon fünf Dreiern, sowie Aufbauspieler Peyton Siva mit 14 Punkten daran, wie ihr Team sich im zweithöchsten europäischen Wettbewerb Respekt erworben hat: mit schnellem, risikoreichem und erfrischendem Spiel. Noch am Freitag hatten sich die im Schnitt nicht einmal 24 Jahre alten Berliner vor ihrem Heimpublikum von 14 500 Zuschauern das dritte Finalspiel erkämpft.

„Wir hätten nur eine Chance gehabt, wenn wir am oberen Limit gespielt hätten, aber das ist uns heute nicht gelungen“, urteilte Himar Ojeda, der Sportdirektor von Alba. Er sei stolz auf die Saison im Euro Cup. Trainer Aito Reneses stieß ins selbe Horn. „Ich kenne unser wirkliches Potential“, sagte er. „Ich bin stolz. Hier zu sein, mitzuhalten und ein Finalspiel zu gewinnen, ist sehr stark von uns. Obwohl wir enttäuscht sind, hatten wir auch heute die Chance zu gewinnen. Wir haben eine ganze Saison gespielt, nicht dieses eine Spiel.“ Luke Sikma, als bester Spieler des Euro Cup ausgezeichnet, hatte einen schlechten Abend; keiner seiner fünf Würfe saß, und er hatte fünf Ballverluste.

Die europäische Bühne und die Aussicht, mit einer Wild Card ebenfalls in den Klub der Top 18 Europas aufgenommen zu werden, die Euro League, ist für Alba die Anerkennung jahre- und jahrzehntelanger Arbeit, die im Talent und in der, wenn auch schwankenden, Leistungsfähigkeit der Mannschaft ihren Ausdruck findet. Vier Spieler aus dem Berliner Nachwuchs hatten die Chance, sich in diesem internationalen Finale zu bewähren: Mannschaftskapitän Niels Giffey, Joshiko Saibou, Tim Schneider und der 17 Jahre alte Franz Wagner. Center Thiemann fasste die Gleichzeitigkeit von Enttäuschung und Zufriedenheit so zusammen: „So sehr die Niederlage im Moment schmerzt, so stolz können wir darauf sein, dass wir so weit gekommen sind.“

„Viele sehr gute Spieler haben ihr ganzes Leben nicht die Chance, um die Meisterschaft oder um einen Pokal zu spielen“, mahnt Alba-Manager Marco Baldi. „Wir sind, mit unseren Mitteln, immer wieder Anwärter auf eine Spitzenposition. Dass das aufgeht, macht glücklich.“ Er tritt damit dem Begriff vom ewigen Zweiten entgegen, der nach dem vierten verlorenen Endspiel innerhalb von zwei Spielzeiten umgeht. Im vergangenen Jahr erreichte Alba das Pokalfinale und erzwang Spiel fünf in der Finalserie um die Meisterschaft – und unterlag in beiden Spielen Bayern München. In diesem Jahr spielten die Berliner um den deutschen und den europäischen Pokal – und verloren in Bamberg und Valencia.

Für Manager, Trainer und Sportdirektor von Alba sind diese Niederlagen, allesamt in Auswärtsspielen erlitten, in Wirklichkeit Erfolge. Keine andere deutsche Mannschaft hat in zwei Jahren um vier Titel gespielt. Keine andere deutsche Basketball-Mannschaft hat schon drei Mal um einen Europapokal gespielt. Und ihn, den Korac-Pokal 1995, einmal gewonnen. Sie alle bestreiten, dass Alba eine Gewichtsklasse zu hoch kämpft.

Für Alba Berlin beginnen wieder die Mühen der Ebene. Vier Spiele hat das Team in der Punktrunde der Meisterschaft aufzuholen. Wenn diese am 12. Mai mit dem Spiel in Ludwigsburg endet, werden die Berliner innerhalb eines Monats zwölf Spiele bestritten haben, drei pro Woche. „Das ist ein Spielplan, wie es ihn sonst nur in der NBA gibt“, sagt Baldi. „Strafarbeit ist ein hartes Wort. Ich sehe es eher als Belohnung.“

Selbst die Knochenmühle Euro League, die in der kommenden Saison in der Punktrunde 34 Spiele umfasst, ebenso viele wie die Hauptrunde der Bundesliga, schreckt Baldi nicht. „Jetzt ernten wir, was wir in drei Jahrzehnten gesät haben.“ Kraftzentrum und Quell talentierter Spieler ist das Nachwuchsprogramm des Klubs mit mehr als hundert Trainern und Dutzenden leistungssportlich ausgerichteter Teams. Was hier reift, soll Alba helfen, die Differenz im Budget zu den Schwergewichten Europas auszugleichen. Was die Teams schwächt, sind die Unterbrechungen der Saison in Frühjahr und Herbst für Länderspiele. „Diese Fenster killen den Spielplan“, schimpft Baldi und verlangt vom Verband Fiba: „Dafür muss es eine politische Lösung geben.“

Bangen in Riga

Angelique Kerber krank, Mona Barthel rückt nach

RIGA (dpa). Die deutschen Tennis-Damen bangen vor dem Fed-Cup-Relegationsspiel in Lettland um den Einsatz von Angelique Kerber. Die Wimbledonsiegerin kämpft mit den Folgen eines fiebrigen Infekts und ist bislang noch gar nicht zum Spiel nach Riga gereist, das am Freitag und Samstag stattfindet. Der deutsche Teamchef Jens Gerlach hat dafür Mona Barthel nachnominiert, wie er am Dienstag bekanntgab. Mona Barthel ist derzeit die Nummer 90 der Weltrangliste. Außerdem gehören Julia Görges, Andrea Petkovic und Doppel-Spezialistin Anna-Lena Grönefeld zum deutschen Team.

Lettland muss auf die Weltranglisten-Dreizehnte Anastasija Sevastova verzichten, die unter Rückenproblemen leidet; damit führt nun die einstige French-Open-Siegerin Jelena Ostapenko das Team an, das erstmals in die Weltgruppe aufsteigen will. Die deutsche Auswahl stieg zuletzt vor sieben Jahren aus der Top-Division mit bislang nur acht Nationen ab.

Gerlach kündigte am Dienstag in Riga an, dass die Entscheidung über eine Anreise von Angelique Kerber in die lettische Hauptstadt voraussichtlich spätestens am Mittwochmorgen fallen soll. Er zeigte sich allerdings skeptisch: „Im Augenblick, glaube ich, sieht es so aus, als ob wir Angie nicht fit kriegen. Aber ich stecke nicht in ihrem Körper“, sagte Gerlach. Er berichtete, die 31-Jährige sei angeschlagen vom WTA-Turnier im mexikanischen Ort Monterrey zurückgekehrt. Zunächst sei es der Gewinnerin von drei Grand-Slam-Titeln noch besser gegangen, dann habe sie mit Fieber das Bett hüten müssen. Für eine mögliche Absage hätte Gerlach Verständnis: „Wenn Angie sagt, ich habe alles probiert, aber es geht noch nicht, dann ist das absolut menschlich.“ Mona Barthel war bereits am Montagabend nach Riga gekommen und trainierte dort am Dienstag. Sie hat Fed-Cup-Erfahrung. Für das Einzel gesetzt ist die Weltranglisten-17. Julia Görges, die wie Angelique Kerber für das verlorene Erstrundenspiel gegen Weißrussland abgesagt hatte.

Warriors vergeben hohe Führung

OAKLAND (dpa). Die Golden State Warriors haben in der nordamerikanischen Basketball-Profiliga NBA einen bereits sicher geglaubten Play-off-Erfolg verspielt. Der Titelverteidiger verlor am Montag (Ortszeit) trotz einer zwischenzeitlichen 31-Punkte-Führung das zweite Spiel der Erstrundenserie gegen die Los Angeles Clippers 131:135. Lou Williams führte die Clippers mit 36 Punkten und elf Assists zum Erfolg in Oakland. Montrezl Harrell (25 Punkte/zehn Rebounds) und Danilo Gallinari (24 Punkte) konnten ebenfalls überzeugen. Bei den Warriros war der zweifache Liga-MVP (wertvollster Spieler) Stephen Curry mit 29 Punkten am erfolgreichsten. Superstar Kevin Durant kam auf 21 Punkte. Warriors-Center DeMarcus Cousins fehlte seinem Team, nachdem er sich bereits im ersten Viertel verletzt hatte. In der Best-of-Seven-Serie steht es nach zwei Spielen 1:1. Das dritte Spiel der Serie wird am Donnerstag in Los Angeles ausgetragen. In der Serie zwischen den Philadelphia 76ers und Brooklyn Nets steht es nach einem 145:123-Heimerfolg der Sixers ebenfalls 1:1. Philadelphias Ben Simmons (18 Punkte/12 Assists/zehn Rebounds) erreichte das zweite Play-off-Triple-Double seiner Karriere.

Hoffnung auf die größte Reise

Robert Stanjek will wieder ein deutsches Boot ins Ocean Race schicken – doch es gibt schon Ärger

FRANKFURT. Was sind schon 1000 Tage gegen siebzehn Jahre? Eine Kleinigkeit, meint auch Robert Stanjek. In etwas mehr als zweieinhalb Jahren – also in knapp unter 1000 Tagen – will der 37 Jahre alte Berliner zu seiner bis dato größten Reise aufbrechen und an einen der legendärsten Erfolge in der jüngeren deutschen Segel-Geschichte anknüpfen. Erstmals seit dem Sieg der „Illbruck“-Yacht beim Volvo Ocean Race im Jahr 2002, als das vom Amerikaner John Kostecki gesegelte Boot von etwa 400 000 begeisterten Zuschauern in der Kieler Förde empfangen wurde, soll bei der nächsten Auflage einer der härtesten Segelregatten der Welt im November 2021 wieder eine Yacht unter deutscher Flagge an den Start gehen und in etwa neun Monaten einmal um den Globus segeln.

Gemeinsam mit Manager Jens Kuphal hat Stanjek schon vor einiger Zeit das „Offshore Team Germany“ (OTG) ins Leben gerufen. Eine Kampagne, die in nächster Zukunft bei mehreren Regatten auf der ganzen Welt starten will – und sich mit der Teilnahme am Ocean Race eines der größten Ziele gesetzt hat, die es im Offshore-Segeln überhaupt gibt. „Eine Weltumsegelung an sich ist ein riesiger Erfolg. Das Ganze aber noch auf eine Wettkampfebene zu heben und sich über Monate mit den besten Seglern zu messen ist einzigartig“, sagt Stanjek, der Siege bei deutschen sowie Welt- und Europameisterschaften errungen und bei Olympia 2012 den sechsten Platz im Starboot erreicht hat. Mit einer größeren Yacht und einer mehrköpfigen Crew will er nun erstmals die Ozeane durchqueren.

Bereits vor knapp zwei Jahren kaufte das OTG dafür mit der „Acciona“ eine Yacht der Imoca-Open-60-Klasse – eine der erstmals zwei Bootsklassen, die beim Ocean Race, das bei seiner kommenden Auflage nach 18 Jahren zum ersten Mal ohne den schwedischen Autobauer Volvo als Namensgeber und Organisator auskommen muss, an den Start gehen sollen. Derzeit befindet sich die knapp 18 Meter lange Yacht in einer Werft im Süden Englands und erhält vom Kiel bis zur Elektronik eine komplett neue Ausrüstung. In den nächsten Monaten soll sie auch die neueste Generation sogenannter „Foils“ eingebaut bekommen. Also jene Tragflächen, die das Boot ab einer bestimmten Geschwindigkeit aus dem Wasser heben und somit noch schneller segeln lassen. Stanjek ist bei fast allen Arbeitsschritten dabei, um das Boot bis ins letzte Detail kennenzulernen und es auf seine Bedürfnisse abzustimmen.

„Beim Ocean Race segelt man durch einige der gefährlichsten See-Passagen der Welt. Wenn es da einmal hart auf hart kommt, gibt es keinen Notfall-Zugriff von außen – da muss die Crew selbst wissen, was zu tun ist“, sagt der künftige OTG-Skipper mit Blick auf die zum Teil dramatischen Zwischenfälle beim vergangenen Ocean Race, als es vor allem bei der Fahrt durch das Südpolarmeer mehrere technische Defekte sowie einen Todesfall gab.

Einen siebenstelligen Betrag habe man bereits in die Kampagne investiert – eine weitere beträchtliche Summe sei allerdings noch notwendig, damit das OTG überhaupt an den Start gehen könne. „Es ist nicht so, dass wir jetzt bei null starten. Für uns hat das Projekt schon lange begonnen. In den vergangenen drei Jahren haben wir still unsere Hausaufgaben gemacht. Jetzt ist es an der Zeit, den nächsten Schritt zu gehen“, sagt Stanjek, der vor allem darauf setzt, dass die Stadt Kiel abermals Start- und Zielort einer Ocean-Race-Etappe wird, die Segel-Begeisterung in Deutschland dadurch noch einmal mehr entfacht wird und sich ebenjene Aufmerksamkeit und Unterstützung auch auf das „Offshore Team Germany“ auswirkt. Denn: Egal ob America's Cup, Vendée Globe oder eben das Ocean Race – die Liste groß angekündigter und schließlich doch gescheiterter Kampagnen für eine prestigeträchtige Segelregatta ist lang. Auch in Deutschland.

Ambitionierte Kampagne: *Robert Stanjek* Foto privat

Bislang steht für das nächste Rennen nur fest, dass die Regatta im November 2021 im spanischen Alicante starten wird und erstmals zwei Bootsklassen an den Start gehen sollen. Welche Route und mit welchem Teilnehmerfeld gesegelt wird, stellt sich erst in den kommenden Monaten heraus. Wegen all dieser Unsicherheiten will Stanjek zu diesem Zeitpunkt noch keine markigen Kampfansagen machen. „Der härteste Teil des Wettkampfs ist es, das Schiff überhaupt an die Startlinie zu bekommen. Es wäre also vermessen, jetzt schon vom Gewinn einzelner Etappen oder gar der ganzen Regatta zu sprechen“, sagt Stanjek, dem eine gemischte Crew aus deutschen Talenten und international erfahrenen Seglern vorschwebt.

Um den Traum von einer Ocean-Race-Teilnahme zu verwirklichen, mussten die OTG-Verantwortlichen zuletzt bereits ein größeres Opfer bringen: Ursprünglich hatte das Team geplant, mit dem Hamburger Jörg Riechers im kommenden Jahr einen Teilnehmer bei der Vendée Globe – einer berühmten Solo-Regatta, die nonstop einmal um den Erdball führt – an den Start gehen zu lassen. Um Entwicklung und Finanzierung der Ocean-Race-Kampagne nicht zu gefährden und aufgrund unterschiedlicher Vorstellungen beim künftigen Bootsdesign wurde das Projekt allerdings abgeblasen.

Riechers, der selbst kurz darauf in einem offenen Brief erklärte, es habe „bizarre“ Entscheidungen gegeben und er fühle sich als „Dinosaurier“, dessen seglerisches Können und Gespür aufgrund von PR-Argumenten nicht mehr berücksichtigt werde, plant nun, das Vendée-Globe-Projekt auf eigene Faust durchzuziehen. Bis zu diesem Rennen sind es allerdings noch einmal deutlich weniger als 1000 Tage. SEBASTIAN REUTER

Kölner Groll

1:1 gegen den HSV, souveräner Erster: Beim „Effzeh" könnten sie zufrieden für die erste Liga planen. Doch der späte Punktverlust sorgt für reichlich Unruhe.

Von Daniel Theweleit

Zweite Liga, immer noch: *Der Kölner Cordoba (links) und sein Hamburger Gegenspieler van Drongelen ringen verbissen.* Foto Imago

KÖLN. Erfüllt von Gefühlen, die irgendwo zwischen Verärgerung und Kränkung hin und her schwankten, verließ Rafael Czichos am Montagabend den Rasen des Müngersdorfer Stadions. Sportlich sieht die Welt des 1. FC Köln auch nach diesem 1:1 gegen den Hamburger SV blendend aus, bei zehn Punkten Vorsprung vor Rang drei zweifelt niemand ernsthaft am Gelingen des Projekts Wiederaufstieg, und doch übertönten nach dem Ende dieses unterhaltsamen Fußballspiels Tausende Kölner mit ihren Pfiffen den Jubel in der Hamburger Ecke. „Wahnsinn, muss ich sagen", erklärte Czichos, „gerade nach dem Abpfiff habe ich gedacht, wir sind Fünfter und stehen sieben Punkte hinter dem Dritten." Aber das Publikum grollte.

Womöglich richteten sich die wütenden Reaktionen zum Teil gegen das Schiedsrichtergespann, das keinen guten Tag gehabt hatte, auch schlichter Frust über ein spätes Gegentor mag eine Rolle gespielt haben. Und dennoch verriet diese Reaktion viel über die Atmosphäre, die derzeit in der Fußballstadt herrscht. Der 1. FC Köln hadert mal wieder mit dem Schicksal und irgendwie auch mit sich selbst. Die Erwartungen sind gewaltig, sicher mischt sich auch ein Unbehagen über einen bizarren Machtkampf im Hintergrund vor den Vorstandswahlen im September ins Gesamtbild. Dass Trainer Markus Anfang aber auf der Pressekonferenz noch einmal explizit auf die wunderbare Ausgangslage hinweisen musste, ist erstaunlich.

„Es ist nichts passiert, wir haben einen Punkt geholt", sagte er, „wir sind seit acht Spielen ungeschlagen, wir haben den Abstand auf die Verfolger gehalten, und die Spiele werden weniger." Und nicht zuletzt hatten die 50 000 hingebungsvollen Zuschauer einen ausgesprochen stimmungsvollen Fußballabend erlebt, mit Spannung, Intensität, und zwei völlig unterschiedlichen Halbzeiten.

Vor der Pause hatten die Kölner hervorragend gespielt, sie waren durch Dominick Drexler in Führung gegangen, hatten weitere Möglichkeiten, bevor dann etwas geschah, das der Torschütze als „Magie der Halbzeit" beschrieb. „Wenn wir durchgespielt hätten, hätten wir die Hamburger wahrscheinlich aufgefressen", mutmaßte Drexler, doch in der Pause kam es zum Bruch, und die Kölner Neigung zur Mutlosigkeit, die im Saisonverlauf immer wieder sichtbar wurde, änderte das Spiel. Marco Höger führte das auf „den Kräfteverschleiß" zurück, schließlich hatte der Zweitliga-Tabellenführer am vorigen Mittwoch ein anstrengendes 4:4 in Duisburg erkämpft, aber das kann nur ein Teil der Erklärung sein.

Wichtiger noch als das Nachlassen der Kölner war der frische Elan, den der Hamburger SV in der Pause schöpfte. Hamburgs Sportvorstand Ralf Becker lobte die Mannschaft, weil sie trotz vieler Ausfälle nach der Pause „einfach Gas gegeben und sich rein gehauen" habe und am Ende einen unbekannten Helden feierte. Vor diesem Abend hatte der 20 Jahre alte Manuel Wintzheimer gerade einmal 22 Minuten für die Profis des HSV gespielt, nun wurde der Stürmer, der aus der Nachwuchsakademie des FC Bayern stammt, in der Schlussphase eingewechselt. Mit etwas Glück traf er fünf Minuten vor dem Ende zum 1:1 und musste sich hinterher in aller Ausführlichkeit mit Journalistenfragen befassen, die er fast alle mit der gleichen Floskel beantwortete: „Als junger Spieler muss man immer Gas geben", sagte er mehrfach, während Becker den Wert dieses Tores hervorhob. „Das ist zwar nur ein Punkt, aber der war sehr, sehr wichtig für die Moral", sagte der Sportvorstand in Anspielung auf die beiden jüngsten Heimspiele, die die Hamburger durch ganz späte Gegentreffer verloren hatten.

Nun ist ihnen selbst solch ein Coup in der Schlussphase gelungen, wenn auch begünstigt durch die Unparteiischen. Zweimal forderten die Kölner nach strittigen Zweikämpfen Elfmeter, vor allem aber ärgerten sie sich zu Recht über die Nachsicht von Schiedsrichter Robert Hartmann, als Gideon Jung nach einem klar erkennbaren taktischen Foul zwar auf Freistoß entschied, aber darauf verzichtete, Gelb-Rot zu zeigen.

„Wie man das so werten kann, ist mir ein komplettes Rätsel", zürnte der Kölner Manager Armin Veh, „das ist setzen, sechs, in der Schule." Für Trainer Markus Anfang war die Fehlentscheidung sogar der „Knackpunkt" des Abends. Man kann das so sehen, wobei es nicht gerade für die Kölner spricht, dass sie als souveräner Tabellenerster, der in einem Heimspiel 1:0 führt und eigentlich befreit aufspielen könnte, einen Platzverweis braucht, um weiter die Wucht eines stärker werdenden Gegners zu bremsen. Und dennoch haben sie an diesem Abend genau wie der HSV einen weiteren Schritt in Richtung Bundesliga gemacht.

Schwierige Beziehung

Wirbel um Heinevetter – Frau Thomalla mischt mit

fei. HAMBURG. Da haben sich die Füchse am Ende einer missratenen Bundesligasaison ein schönes Ei ins Nest gelegt. Der anfangs noch zurückhaltend ausgetragene Streit zwischen Bob Hanning und Silvio Heinevetter ist durch das Zutun einer dritten Person derart hochgekocht, dass Hanning dem „Sport-Informations-Dienst" nun sagte: „Wir werden ab sofort den Torhüter-Markt sondieren." Was heißt: die Berliner werden höchstwahrscheinlich ohne Torhüter Heinevetter in die nächste Spielzeit gehen. Vor etwa einer Woche kam die überraschende Kunde, dass der Nationaltorwart die Berliner nach Ende der Serie 2019/20 verlassen werde und fortan für die MT Melsungen aufläuft. Dort gibt ein großes Pharma-Unternehmen viel Geld aus, um mit der MTM endlich mal einen Titel zu holen. Kai Häfner aus Hannover hatten sie da schon ab 2020 eingekauft. Seine Nationalmannschafts-Kollegen Julius Kühn, Finn Lemke und Tobias Reichmann spielen ebenfalls für die Nordhessen. Insofern wirkte der Heinevetter-Coup zum einen wie ein nachvollziehbarer Deal, die Melsunger zu stärken, zum anderen wie eine gelungene PR-Geschichte, bietet der 34 Jahre alte Torwart doch wegen seiner Beziehung zur Schauspielerin Simone Thomalla viele Anknüpfungspunkte zwischen Sport und Unterhaltung. In seinen zehn Jahren bei den Füchsen ist Heinevetter zum Gesicht des Klubs aufgestiegen. Er hat schon einige Angebote anderer Vereine ausgeschlagen.

Die Aussicht auf eine Fernbeziehung mache sie nicht besonders glücklich, sagte Simone Thomalla und ließ anklingen, dass sie sich gewünscht hätte, die Füchse hätten zäher um ihren Partner gekämpft. Heinevetter legte in der „Bild"-Zeitung nach: „Nach wochenlangen Bemühungen meinerseits um ein Gespräch hat mir Bob Hanning zu verstehen gegeben, dass es kein unterschriftsreifes Angebot der Füchse geben wird. Jetzt behauptet er im Nachhinein das Gegenteil." Simone Thomalla, 54 Jahre alt, goss durch einen Post bei Instagram weiteres Öl ins Feuer. Dort legte sie nahe, Hanning habe die Unwahrheit gesagt, und überschrieb das Ganze mit Verweis auf dessen Körpergröße so: „Lügen haben kurze Beine."

Streitfall: *Silvio Heinevetter* Foto Imago

Von Hanning war zu hören: „Silvio ist unser teuerster Spieler, seine Leistungen in den vergangenen anderthalb Jahren waren durchwachsen, und wir sind nicht so zufrieden, wie man es von einem Weltklasse-Torhüter erwarten darf." Und er schob nach: „Ich habe nicht das Interesse, seine Fernbeziehung zu lösen, sondern muss die Gesamtheit des Vereins im Blick haben." Einen Angestellten öffentlich so zu beurteilen ist ungewöhnlich. Erst recht, wenn ein Spitzenspiel ansteht: An diesem Donnerstag treten die Füchse gegen den THW Kiel an. Auch, um sich für das Final Four im EHF-Pokal Mitte Mai in Kiel zu qualifizieren, brauchen sie einen starken Torwart.

30 000 Euro brutto im Monat soll Heinevetter bei den Berlinern verdienen; in Melsungen dürften es schätzungsweise 10 000 Euro im Monat mehr sein. Tatsächlich müssen die Berliner kämpfen, um ihren Etat von knapp sechs Millionen Euro im Jahr zusammenzukriegen. Auch deswegen vertraut Hanning einer Mischung aus Starspielern wie Heinevetter, Paul Drux, Fabian Wiede, Hans Lindberg und aufstrebenden Kräften. Es scheint auf dieser brüchigen Basis unmöglich, dass Heinevetter seinen Vertrag bis Ende Juni 2020 erfüllt. Hanning müsste dann zwei Torhüter finden, da Ersatzmann Malte Semisch die Berliner verlässt.

Sport live im Fernsehen

EUROSPORT 1: 12 Uhr: Rad, Türkei-Rundfahrt, zweite Etappe. 16 Uhr: Rad, Pfeil von Brabant, Eintagesrennen.
SPORT 1: 17.25 Uhr: Eishockey, Euro Hockey Challenge: Tschechien – Deutschland.

(Durch kurzfristige Absagen oder Verschiebungen können sich Übertragungszeiten ändern.)

Zobel räumt auf

Regionalliga statt Rotes Meer: Wie der frühere Bayern-Profi den Lüneburger SK Hansa auf Vordermann bringen soll

LÜNEBURG. Im Raum hinterm Tresen rumpelt eine Waschmaschine. Die Kaffeemaschine läuft. Und Rainer Zobel raucht L&M blau. Badelatschen, Trikots, Bälle, eine alte Trainingsjacke und der Tischkicker, der mehr Abstellfläche ist: hier müsste mal aufgeräumt werden. Von außen wirkte das Vereinsheim, als gebe es nicht mal Strom. Dabei ist dies der „modernere" Teil des kleinen, flachen Gebäudes im Stadtteil Goseburg. Nebenan sind Toiletten und drei Kabinen in der niedrigen Backsteinbaracke untergebracht. Da möchte Zobel lieber keinen Gast reinlassen. Aber immerhin kommt seit ein paar Wochen heißes Wasser aus den Duschen. Herzlich willkommen beim Lüneburger SK Hansa, Regionalliga Nord.

Eigentlich wollte Zobel 2015 aufhören. Er trainierte den SC El-Guna bei Hurghada am Roten Meer. Gemäßigter Stress im Alltag, herrliche Aussicht beim Aufstehen: „Das wäre ein richtig schöner Abschluss meiner Karriere gewesen." Jetzt wohnt der 70 Jahre alte Fußball-Lehrer die Woche über nicht zu Hause in Braunschweig, sondern in einem Ein-Zimmer-Studentenappartement in Lüneburg und versucht, den LSK in der Vierten Liga zu halten. Die eigentliche Aufgabe ist indes eine andere. Eine größere. Zobel sagt: „Ich will bleiben, bis was steht."

Rainer Zobel Foto Cathy

Ende der siebziger Jahre ließ Zobel seine Laufbahn in Lüneburg ausklingen. „Der LSK hat mich nach meiner Bayern-Zeit wunderbar aufgenommen", sagt er. Er stammt aus dem nahen Wrestedt. Damals gingen 6000 Fans zu den Spielen ins Stadion am Wilschenbruch. Zobel blieb als Trainer in der Region und ging in die Bundesliga. Dann trainierte er ab 1997 Vereine in Ägypten, Südafrika, Iran, Georgien, Moldau und den Vereinigten Arabischen Emiraten. Den alten LSK verfolgte er nur noch in den Ergebnisspalten.

Als sich der Verein Anfang 2018 meldete, war aus dem Lüneburger SK nach einer Insolvenz der LSK Hansa geworden und die Not groß. Zobels Vorgänger hatte gesundheitsbedingt aufgehört. Ein erfahrener Mann sollte das junge Team in der Liga halten. Da er sowieso zurück nach Deutschland wollte, sagte Zobel zu. Und erbte eine Menge Probleme, die weniger mit Fußball und mehr mit Sportpolitik zu tun hatten. Allerdings wirkt Zobel nicht, als kratze ihn das sonderlich, als wollte er irgendeiner Auseinandersetzung aus dem Weg gehen. Die Gelassenheit des Weitgereisten? „Wir haben für ein Champions-League-Spiel in Bujumbura zehn Tage hin und zurück von Kairo gebraucht. Allein darüber könnte man ein Buch schreiben. Meine Haltung ist, dass es im Fußball kein Problem gibt, das man nicht lösen kann", antwortet Zobel. Er ist keiner, der Gespräche mit tausendundeiner Anekdote füllt. Es gibt genug im Hier und Jetzt zu tun. „Ich will nicht nur Missstände anprangern", sagt Zobel, „ich will helfen." Es war nur ein Satz, mit dem er Oberbürgermeister Ulrich Mädge (SPD) aufschreckte: „Ich kenne keine Stadt der Größe Lüneburgs, die kein Stadion hat." Der 2015 in die Regionalliga aufgestiegene LSK zog drei Jahre lang ins Stadion des kleinen Nachbarorts Bardowick, weil das alte Stadion Wohnungen weichen musste. Die nächste Übergangslösung folgte: nun spielt der LSK auf dem städtischen Sportplatz an den Sülzwiesen. Der erfüllt so gerade die Anforderungen der Vierten Liga. Zobel sagt nur: „Es gibt eine Toilette für Frauen."

Die Diskussionen um die schlechten Sportstätten der 75 000-Einwohner-Stadt 50 Kilometer südlich Hamburgs sind bekannt. Seit 15 Jahren wird über einen Arena-Neubau für die Volleyball-Männer des SVG geredet. Jetzt soll er tatsächlich kommen. Zobel schmunzelt. Es wurde schon viel versprochen. Er sagt: „Die Leute sind gewohnt, dass hier Chaos ist. Das muss weg." Wenn er Spieler, Berater oder Eltern an die Goseburg einlädt, kehren manche auf dem Absatz um und verlassen den schlaglochübersäten Parkplatz wieder: „Ich habe noch nie so trainiert", sagt Zobel, „auch nicht in Moldau. Ich brauche keinen Luxus. Aber jede Container-Lösung ist besser." Allerdings machte es der unstete LSK der Politik auch schwer. Es gab keine Basis mehr. Der Name „Zobel" hat Bewegung in die Sache gebracht. Er hat dem OB und dem Niedersächsischen Fußballverband im März die Trainingsanlage gezeigt. Eine Gesprächsebene ist gefunden. Die Baracke wird bald abgerissen. Ein Klubheim mit Geschäftsstelle wird gebaut und soll 2020 fertig sein. Fehlt noch das Stadion.

Aber es scheint, als sei ein Investor gefunden, der dem LSK ein kleines, feines Stadion hinstellt. Ein Stückchen außerhalb der Lüneburger Gemarkung, immer noch zentral. Bis es so weit ist, wird der LSK noch mal umziehen, ins kleine Neetze im Osten. 2021 soll der LSK dann sein eigenes Stadion besitzen und ein vernünftiges Trainingszentrum. Nicht nur für die erste Mannschaft, sondern auch für 230 junge Fußballer. Ende Juni 2021 endet Zobels Vertrag. Kommt es, wie es kommen soll, hätte er hier viel erreicht. Allerdings ist der Alltag kniffig: Seine Mannschaft steht auf einem Abstiegsrang. Mit einem Etat von 200 000 Euro wird auf Dauer kein Platz in der Regionalliga Nord sein, sagt Zobel. Aber das ist ein anderes Thema.

FRANK HEIKE

Hertha verliert die Geduld mit Dardai

Wie immer – zu wenige Punkte in der Rückrunde: Nach viereinhalb Jahren muss der Berliner Cheftrainer am Saisonende seinen Posten verlassen.

Von Sebastian Stier

BERLIN. Von Pal Dardai ist die Einschätzung überliefert, jeder Bundesliga-Trainer besitze nur einen Vertrag über sechs Wochen. Wer sechsmal in Folge verliert, sei seine Anstellung sicher los, so der Ungar einst. Egal, welches Datum auf dem Arbeitspapier fixiert sei. Wie sich nun zeigt, war Dardai zu optimistisch, was die Halbwertszeit seines Berufsstandes angeht. Für ihn selbst kommt bereits nach der fünften Niederlage das Aus. Am Dienstag gab Hertha BSC die Trennung von seinem langjährigen Cheftrainer zum Saisonende bekannt. Die verbleibenden fünf Spiele darf Dardai noch auf Abschiedstournee gehen, danach wird jemand anderes an der Seitenlinie stehen.

Viereinhalb Jahre war Dardai für die Profimannschaft verantwortlich, nur der Freiburger Christian Streich ist länger im Amt. „Viereinhalb Jahre sehr guter und konstruktiver Zusammenarbeit sind eine sehr lange Zeit im Profigeschäft“, ließ sich Geschäftsführer Michael Preetz zitieren: „Nun sind wir jedoch gemeinsam zu dem Entschluss gekommen, dass ein neuer Impuls im Sommer der richtige Schritt für Hertha BSC ist.“ Erst in der Winterpause hatte Preetz die Zusammenarbeit mit Dardai bis zum 30. Juni 2020 verlängert, jetzt folgt die Kurskorrektur.

Zuletzt schwache Auftritte wie gegen RB Leipzig (0:5) oder Fortuna Düsseldorf (1:2) und der Umstand, dass man in der Rückrunde nur elf Punkte geholt hat, gaben den Ausschlag. In allen Jahren unter Dardai hatte Hertha im Frühjahr stets deutlich schlechter abgeschnitten als im Herbst. Dass diese Negativserie wie die Rückkehr eines Films in Endlosschleife wirkt, wurde Dardai zum Verhängnis. Im Niemandsland der Tabelle verhaftet, haben die Berliner längst keine Chance mehr, sich für einen internationalen Wettbewerb zu qualifizieren. Den hatte die Klubführung zwar nicht ausdrücklich gefordert, dass die Mannschaft aber so früh vor dem Ablauf der Saison abgeschlagen ist, gilt als Enttäuschung. Erst recht, weil Hertha im Herbst angedeutet hatte, was dieser Kader imstande ist zu leisten. Die Berliner erwischten einen hervorragenden Start, besiegten zu Hause den FC Bayern München (2:0) und drangen im DFB-Pokal bis ins Viertelfinale vor, wo erst nach großem Kampf gegen die Münchner Schluss war.

Mehr noch als ihre Ergebnisse beeindruckte der erfrischende Offensivfußball, den Dardai plötzlich spielen ließ. Dem Trainer war lange nachgesagt worden, in erster Linie ein Pragmatiker zu sein, der vor allem auf defensive Stabilität aus ist. Vor allem in den ersten Jahren seiner Amtszeit wurde die Berliner Mauer im Olympiastadion öfter wieder hochgezogen, als es so manchem Fan lieb war. Mit diesem Stil gelang es Dardai zwar, Hertha von den Abstiegsrängen ins Mittelfeld zu führen und einmal sogar nach Europa, aber die Stadionbesucher goutierten seinen Fußball nicht immer.

Als die Zahlen in der vergangenen Saison rückläufig waren, klang der Wunsch der Klubführung nach attraktiverem Fußball immer lauter nach außen. Dem kam Dardai nach, aber schon vor der Saison war eine latente Unzufriedenheit im Umfeld spürbar. Manager Michael Preetz forderte vom Trainer ausdrücklich eine fußballerische Weiterentwicklung und eine ansprechende Rückrunde. Die war nun auch aufgrund vieler Verletzter nicht mehr möglich. In Hoffenheim hatte Dardai auf neun Spieler verzichten müssen. Er selbst hatte in den vergangenen Tagen immer wieder betont, nicht die Entwicklung behindern zu wollen. „Wenn man der Auffassung ist, ich blockiere hier jemanden, dann ist es besser, wenn ich gehe. Ich will nur das Beste für Hertha BSC“, sagte Dardai unlängst.

Ihm ist das durchaus abzunehmen. Er ist Rekordspieler des Klubs in der Bundesliga mit 286 Einsätzen und seit 1997 ununterbrochen im Verein. Nach der aktiven Karriere begann er als Jugendtrainer. Als die Profimannschaft im Februar 2015 in akuter Abstiegsnot schwebte, übernahm er und führte sie zum Klassenverbleib. Es ist angedacht, dass er von 2020 an wieder im Nachwuchs trainiert.

Manager Preetz steht nun vor der schwierigen Aufgabe, einen Nachfolger finden zu müssen. Vor Dardai war er für seine Auswahl stark in die Kritik geraten. Während der Abstiege 2010 und 2012 heuerte er Michael Skibbe, Otto Rehhagel oder den in Berlin glücklosen Friedhelm Funkel an, auch die Anstellungen von Markus Babbel oder Jos Luhukay währten nicht lange.

Dem Vernehmen nach würde sich Herthas Führung nach Dardai einen großen Namen wünschen, jemanden mit Strahlkraft, der dem in der Außendarstellung oft blass wirkenden Klub ein Gesicht gibt. Diese Anforderung würde ein ehemaliger Bundestrainer erfüllen. Jürgen Klinsmann ist eng mit Preetz befreundet und war in den vergangenen Jahren immer wieder in Berlin zu Gast. Sein Sohn Jonathan spielt als Torwart bei der U 23. Auch Domenico Tedesco oder der Kieler Tim Walter werden gehandelt. Namen, die dann schon etwas realistischer erscheinen.

Welcher Trainer gibt der Hertha ein neues Gesicht? *Jürgen Klinsmann wird unter anderen als Kandidat gehandelt.* Foto Imago

Bleibt Herthaner: *Pal Dardai* Foto AFP

Ganz auf Angriff eingestellt

Erfolgreich und engagiert: Raheem Sterling trumpft bei Manchester City auf – und setzt sich gegen Rassismus ein

BRIGHTON. Raheem Sterling ist auf einem guten Weg, die laufende Saison zu seiner bislang besten zu machen. Nach 44 Spielen in allen Wettbewerben steht der Angreifer vom englischen Fußball-Meister Manchester City bei 21 Toren und 16 Torvorlagen. In der vorigen Saison hatte er insgesamt 23 Tore und 17 Vorlagen erreicht. Und ihm bleiben bis zur Sommerpause noch mindestens sechs Spiele, um diese Werte zu übertreffen – mehr, wenn Manchester City es im Rückspiel des Champions-League-Viertelfinals gegen die Tottenham Hotspur an diesem Mittwochabend schafft, die 0:1-Niederlage aus dem Hinspiel umzudrehen. Dabei wird es vor allem auf Sterling ankommen, der sich am vergangenen Spieltag in der Premier League mit zwei Toren gegen Crystal Palace in Stimmung gebracht hat. „Sterling ist der wichtigste Angreifer in dieser City-Mannschaft geworden“, schrieb danach der „Guardian“ über den 24 Jahre alten Profi. „Der Spieler, der die gegnerischen Fans erschauern lässt.“

Gegen Crystal Palace hatte Sterling nach wenigen Minuten zunächst eine erstklassige Möglichkeit vergeben: Unbehindert und aus kurzer Distanz hatte er den Ball nach einem Querpass mit dem linken Fuß am Tor vorbeigeschoben, gefolgt von sarkastischem Applaus der Palace-Fans. Wenig später aber wurde er von Kevin De Bruyne mit einem traumhaften Flachpass durch die gesamte Palace-Abwehr hindurch in Szene gesetzt; Sterling erlief sich den Ball im Vollsprint und schoss ihn mit dem starken rechten Fuß unter die Latte. In der zweiten Halbzeit machte er es dann aus ähnlicher Lage wie bei seiner vergebenen Großchance besser und drückte den Ball nach einer Hereingabe mit dem linken Fuß neben den Innenpfosten. Im Jahr 2019 liegt Sterling mit acht Toren im internen Wettbewerb hinter seinem Sturmkollegen Sergio Agüero, der zehnmal getroffen hat. Dafür hat Sterling zwei Vorlagen mehr gegeben.

Wegen seiner anhaltend starken Leistungen ist Sterling für den Preis als bester Spieler des Jahres nominiert, der jährlich von der Vereinigung der Profifußballer verliehen wird. Aber nicht nur deswegen, sondern auch weil er sich offensiv gegen Rassismus im Fußball positioniert. Sterling selbst ist wegen seiner Hautfarbe schon häufiger rassistisch beleidigt worden, etwa beim Auswärtsspiel mit City beim FC Chelsea im Dezember oder im März mit der englischen Nationalmannschaft beim Europameisterschafts-Qualifikationsspiel in Montenegro. Nach seinem Tor zum 5:1 für England stellte er sich vor die Tribüne, aus deren Richtung die Beleidigungen gekommen waren, grinste und legte die Hände an die Ohren, um zu signalisieren: Ich höre ja gar nichts mehr! Auf Twitter schrieb er später, das Tor sei die beste Möglichkeit gewesen, die Rassisten zum Schweigen zu bringen. Dem Vorschlag, dass Teams in solchen Fällen geschlossen den Platz verlassen sollten, widersprach Sterling jedoch: „Wenn wir gehen, haben die gewonnen.“

Schon zuvor hatte Sterling beklagt, dass Teile der englischen Presse seiner Ansicht nach dazu beitragen, Fußballer mit dunkler Hautfarbe zu diffamieren und den Rassismus in den Stadien damit zu befeuern. Als Beispiel nannte er zwei Berichte der Boulevardzeitung „Daily Mail“. In beiden ging es darum, dass junge Profis von Manchester City jeweils noch am Anfang ihrer Karriere teure Häuser gekauft hatten. Bei Phil Foden, einem hellhäutigen 18-Jährigen, berichtete das Blatt, der Spieler habe „sich eine Zukunft in Manchester aufgebaut, indem er seiner Familie ein neues Zuhause gekauft hat“. Es sei dem Teenager wichtig, die Familie eng zusammenzuhalten, trotz seines Erfolgs. Beim dunkelhäutigen Tosin Adarabioyo schrieb das Blatt dagegen: „Der 20-Jährige hat noch nie in der Premier League gespielt, aber besitzt jetzt eine Villa im Wert von 2,25 Millionen Pfund.“ Sterling sagte zu dieser Art der Berichterstattung: „Beide haben das Richtige getan, indem sie ihren Müttern ein Haus gekauft haben, die viel Zeit und Liebe investiert haben, um sie dorthin zu bringen, wo sie jetzt sind. Aber guckt euch an, wie die Zeitungen über den jungen schwarzen Spieler und den jungen weißen Spieler schreiben.“ Adarabioyo sei durch die negativen Formulierungen im Artikel gezielt in ein schlechtes Licht gerückt worden. Das sei nicht zu akzeptieren.

Wegen seines Engagements gegen Diskriminierung ist Sterling im April mit einem Award zur Feier der ethnischen Vielfalt im britischen Sport ausgezeichnet worden. Der englische Nationaltrainer Gareth Southgate sagte über Sterling, er habe sich zu einem Vorbild für junge Spieler entwickelt: „Ich bin sehr beeindruckt davon, wie erwachsen er ist und wie er über so wichtige Themen spricht.“ Das zeige sein starkes gesellschaftliches Bewusstsein. „Er spielt eine weitere überragende Saison, und er stellt sich sämtlichen Herausforderungen.“ MARCUS ERBERICH

Mann mit Profil: *Raheem Sterling ist inzwischen einer der wichtigsten Profis bei Manchester City – und er verschafft sich dazu außerhalb des Platzes Gehör, auch als englischer Nationalspieler.* Fotos AP, Reuters

Verdächtiger Marathon

Zum Davonrennen

Von Michael Reinsch

Frühjahr, Marathon-Saison. Kenianer und Äthiopier rennen, sprinten und siegen um die Wette, doch Schlagzeilen machen die in ihrem Windschatten. Beim Boston-Marathon am Montag, im Spurt entschieden zwischen Lawrence Cherono und Lelisa Desisa, bejubeln Publikum und Journalisten Scott Fauble und Jared Ward. Die beiden Amerikaner kamen, was niemand erwartet hatte, nach weniger als 2:10 Stunden ins Ziel, erreichten die Plätze sieben und acht und qualifizierten sich womöglich für den Marathon der Olympischen Spiele von Tokio 2020. In Paris zog Clémence Calvin alle Augen auf sich, auch die der Fotografen, als sie Vierte wurde, knapp eine Minute hinter der Siegerin Gelete Burka und wenige Schritte vor Abrha Milaw, dem Sieger bei den Männern, die später gestartet waren. Die Französin schlug ihre Hände derart dramatisch vors Gesicht und reckte sie dann in den Himmel, dass die Zeitung „Le Parisien“ am nächsten Tag die Schlagzeile brachte: „Warum es kein Zielfoto vom Sieger gibt“. Eben weil die Geschichte Clémence Calvin gehörte.

Im vergangenen Jahr gab die Läuferin bei der Europameisterschaft in Berlin ihr Marathon-Debüt – und wurde Zweite. In Paris lief sie nun wie versprochen französischen Rekord, 2:23:41 Stunden. Ihr Jubel und ihr Triumph gelten allerdings nicht allein der Bestmarke; diese dürfte noch einige Zeit auf Anerkennung warten. Die große Geste galt ihrem Kampf gegen einen Verdacht, der mit Händen zu greifen ist. Anders als bei den vielen, die manchmal erst Jahre nach ihren Erfolgen als Doper entlarvt wurden, wären bei ihr Disqualifikation und Sperre von vornherein keine Überraschung. Clémence Calvin hat vor Gericht eine vorläufige Sperre durch die französische Anti-Doping-Agentur (Afld) aufheben lassen, und der Conseil d'Etat, den sie anrief, tat dies nicht, weil er die Sperre für ungerechtfertigt hielt, sondern weil die juristische Argumentation nachgeholt werden kann, der Paris-Marathon aber nicht. Clémence Calvin drohen vier Jahre Sperre und die Aberkennung ihrer sportlichen Erfolge. In einem schwebenden Verfahren ist sie mit dem Lauf in Vorleistung getreten.

> Auffällig schnell: Clémence Calvin ist die Geschichte des Pariser Marathons. Als Opfer. Oder als Täterin.

Im März waren der Direktor der Afld und zwei seiner Kontrolleure nach Marokko geflogen, um die Läuferin im Trainingslager einer Kontrolle zu unterziehen. Sie empfanden den Verdacht, dass sie dope, deshalb als dringend, weil Calvin Anfang des Monats beim Halbmarathon von Paris fünf Kilometer auf der Straße so schnell gelaufen war wie noch keine Französin vor ihr. Doch weder sofort noch in den folgenden Tagen unterzog sie sich der Doping-Kontrolle, die für die Anerkennung des Rekords notwendig ist. Das hieß für die Kontrolleure: auf nach Marokko. Von dem, was dann in Marrakesch geschah – im Trainingslager war sie nicht –, gibt es zwei Versionen. Die Kontrolleure werfen dem Ehemann und Trainer der Läuferin, dem Mittelstreckler Samir Dahmani, vor, sie aufgehalten zu haben, während sie sich aus dem Staub machte. Sie dagegen behauptet, die Kontrolleure hätten sich als Polizisten ausgegeben, hätten sich aufgeführt wie Cowboys, und der Direktor der Agentur, Damien Ressiot, habe sie so heftig geschlagen, dass ihr Kind vom Arm auf den Boden gestürzt sei.

Was stimmt? Vielleicht geht es um das Recht von Athleten. Vielleicht geht es aber auch darum, auszuloten, wie weit Dreistigkeit führt.

Champions League

Viertelfinale, Rückspiele:

Begegnung	Termin
Juventus Turin – Ajax Amsterdam (1:1)	Di., 21.00
FC Barcelona – Manchester United (1:0)	Di., 21.00
FC Porto – FC Liverpool (0:2)	Mi., 21.00
Manchester City – Tottenham (0:1)	Mi., 21.00

Halbfinale, Hinspiele: 30. April/1. Mai 2019, Rückspiele: 7./8. Mai 2019, Finale: 1. Juni 2019 in Madrid

Das All ist kein Kurort

Für die Raumfahrerträume zum Mars ist das ein ordentlicher Dämpfer: Lange Aufenthalte jenseits der Erde hinterlassen im Körper ihre Spuren, wie eine einmalige Nasa-Studie zeigt.

Von Hildegard Kaulen

Scott Kelly bei einem Außeneinsatz auf der Internationalen Raumstation ISS am 6. November 2015. Der „Weltraumspaziergang" dauerte fast acht Stunden und diente Wartungs- und Reparaturarbeiten. Fotos Nasa

Bevor sich Menschen in ein paar Jahren auf die lange Reise zum Mars begeben können, muss geklärt werden, was der zwei- bis dreijährige Aufenthalt im All für die Gesundheit der Astronauten bedeuten würde. Niemand sollte den roten Planeten krank oder handlungsunfähig erreichen oder nicht mehr in der Lage sein, zur Erde zurückzukehren. Zwar sind bisher schon 559 Menschen ins All geflogen und in guter Gesundheit heimgekehrt, aber nur acht von ihnen waren länger als dreihundert Tage im All. Das entspricht ungefähr der Zeit, die nötig wäre, um zum Mars zu gelangen – den Rückweg ausgenommen. Es fehlen also Daten über die gesundheitlichen Auswirkungen längerer Aufenthalte im All.

Die Schwerelosigkeit, die kosmische Strahlung, die Isolation, die gestörte innere Uhr, der verminderte Sauerstoffpartialdruck im Blut, die Geräuschkulisse und die psychische Belastungen des strapaziösen Einsatzes stellen erhebliche Risiken dar, die bei einer Mission zum Mars wegen der größeren Distanz noch verschärft wären. Es ist bislang auch wenig darüber bekannt, wie sich diese Belastungen auf die Integrität des Erbguts und der Proteinausstattung auswirken. Wie krebserregend ist die kosmische Strahlung über längere Zeit? Welche epigenetischen Veränderungen treten auf, und wie stabil sind sie?

Bislang werden die Astronauten vor allem medizinisch untersucht, weniger auf bleibende genetische Schäden und Veränderungen. Die Nasa hat in der vergangenen Woche nun eine einmalige Vergleichsstudie veröffentlicht, in der sie einigen dieser Fragen unter zumindest ansatzweise kontrollierten Bedingungen nachgegangen ist. Erschienen ist die „Nasa Twins Study" in der Zeitschrift „Science" (doi: 10.1126/science.aau8650).

Teilgenommen haben die eineiigen amerikanischen Zwillingsbrüder Scott und Mark Kelly. Beide Männer sind Astronauten und haben eine ähnliche Ausbildung absolviert. Mit einem von ihnen im All und dem anderen auf der Erde sind die genetisch identischen Brüder das perfekte Duo für eine Vergleichsuntersuchung zu den gesundheitlichen Folgen eines langen Aufenthalts im Weltraum. Scott war dabei der Mann im All und 340 Tage auf der Internationalen Raumstation ISS. Sein Zwillingsbruder Mark arbeitete in dieser Zeit für die Nasa am Boden. Beide wurden vor, während und nach Scotts Aufenthalt auf der ISS umfänglich untersucht. 84 Wissenschaftler aus zwölf Universitäten und Einrichtungen haben die Blut- und Urinproben, die kognitiven Tests und die medizinischen Untersuchungen nach allen Regeln der Kunst und unter zehn verschiedenen Fragestellungen analysiert. Um Scotts Blut- und Urinproben zeitnah untersuchen zu können, wurden sie regelmäßig mit Sojus-Versorgungsraumschiffen zur Erde gebracht und dann innerhalb von 24 Stunden aus der Wüste Kasachstans in die beteiligten Labore transportiert.

Zwei Nasa-Veteranen: Scott Kelly (links) und sein Zwillingsbruder Mark

Die Ergebnisse zeigen, dass sich zwar viele von Scotts Untersuchungswerten während seines Aufenthalts auf der ISS veränderten, nach seiner Rückkehr auf die Erde aber auch schnell wieder normalisierten. Dies lege nahe, so die Nasa in ihrer Veröffentlichung, dass die Gesundheit eines Menschen auch über einen längeren Zeitraum im Weltall im Wesentlichen erhalten bleibe. Allerdings gibt es auch langanhaltende Veränderungen, die sich sechs Monate nach Scotts Rückkehr noch nicht wieder zurückgebildet hatten. Dazu gehört, dass sein Genom durch die 340 Tage im All eine größere Zahl an DNA-Schäden aufweist als vor der Reise und mehr als das Genom seines Bruders. Was das letztlich für Scotts Krebsrisiko heißt, lässt sich derzeit noch nicht abschätzen.

Auch die Endstücke vieler Chromosomen – die Telomere – sind bei Scott, anders als bei Mark, sechs Monate nach seiner Rückkehr kürzer als zuvor, was möglicherweise Konsequenzen für seine Alterung hat. Bleibend verändert haben sich offensichtlich auch einige seiner geistigen Fähigkeiten. Nach sechs Monaten war seine kognitive Effizienz – die Kombination aus Schnelligkeit und Richtigkeit beim Lösen von standardisierten Aufgaben – geringer als vor seiner Reise, was bei Mark nicht der Fall war. Inwieweit sich diese Veränderungen wieder normalisieren und letztlich tatsächlich auf die lange Zeit im All zurückzuführen sind, lässt sich derzeit nicht genau sagen, weil bisher nur die beiden Brüder derart umfassend untersucht worden sind. Allerdings gibt der Vergleich der beiden den Forschern gute Hinweise an die Hand, worauf sie in Zukunft besonders zu achten haben, um die Gesundheitsrisiken abzuschätzen. Ohne genetisch identische Vergleichsperson sind Unterschiede viel beliebiger.

Die Wissenschaftler haben die vielen Auffälligkeiten in drei Risikogruppen eingeteilt. Zur ersten Gruppe zählen Veränderungen, die nach Ansicht der Forscher nur ein geringes Gesundheitsrisiko darstellen. Dazu gehören etwa der typische Gewichtsverlust im All und die Verschiebungen bei der Mikrobiota, der Lebensgemeinschaft der Bakterien im Darm.

Ein mittleres Risiko sehen die Forscher im Verlust von Kollagen und dem im All typischen Flüssigkeitsmangel. Schwerelosigkeit entlastet die Gelenke, Knochen und Weichteile, was dazu führt, dass vermehrt Kollagen abgebaut und über die Nieren ausgeschieden wird. Das hat wiederum zur Folge, dass die Integrität des Gewebes leidet. Der Flüssigkeitsmangel kann zu Nierensteinen, Veränderungen beim Blutdruck und im Salzhaushalt und weiteren physiologischen Problemen führen. Ein mittleres Gesundheitsrisiko messen die Wissenschaftler auch den variierenden Telomer-Längen bei, also der Länge der Schutzkappen an den Chromosomenenden. Während des Aufenthalts auf der ISS waren Scotts Telomere interssanterweise zunächst länger geworden als vor der Reise und auch länger als Marks Telomere, was sich nach seiner Rückkehr aber schnell normalisierte. Am Ende waren viele seiner Telomere kürzer als vor dem Abflug und kürzer als bei seinem Bruder.

Ein höheres Risiko, hochriskant, stellen nach Ansicht der Wissenschaftler die DNA-Schäden dar. Die Instabilität des Genoms und die veränderte Nutzung verschiedener Gene können das Proteininventar und damit die Gesundheit grundlegend verändern. Als kritisch gelten auch die strukturellen Veränderungen im Auge, die auf den höheren Hirndruck im All zurückzuführen sind und dazu führen, dass die Astronauten schlechter sehen. Über dieses Problem ist schon vielfach vorher berichtet worden, weil es auch bei kurzen Aufenthalten im All auftritt. Vierzig Prozent der Astronauten haben nach ihrer Rückkehr zur Erde Sehprobleme. Kritisch betrachten die Wissenschaftler auch die seit langem bekannten Veränderungen im Herz-Kreislauf-System. Durch die Schwerelosigkeit verlagert sich das Blut von den Beinen in Richtung Kopf. Bei Scott führte das zu einer stärkeren Dehnung und Verdickung seiner Halsschlagader. Trotzdem machen Markus Löbrich von der Universität Darmstadt und Penny Jeggo von der Universität Sussex in einem begleitenden Kommentar in „Science" deutlich, dass es derzeit vor allem die Belastungen durch die kosmische Strahlung und die Schwerelosigkeit sind, die die größten Hürden für den bemannten Raumflug zum Mars sind. Die beiden schätzen, dass Scott während seines fast einjährigen Aufenthalts im All einer Strahlenbelastung von rund 146 Millisievert ausgesetzt war. Das entspricht dem Wert von fünfzig Jahren natürlicher Hintergrundstrahlung auf der Erde. Bei einem Flug zum Mars würde die Belastung vermutlich bei tausend Millisievert liegen, was die strahlenbedingten Schäden noch einmal verschärfen würde. Jedenfalls müssen bei längeren Raumflügen Vorkehrungen getroffen werden. Es ist offensichtlich noch ein weiter Weg, bis Menschen auf dem Mars landen werden.

Entdeckerkult

Wo eine Entdeckung gemacht wurde, da muss es auch einen Entdecker geben. Diese Überzeugung ist tief in uns verwurzelt. Schon der Wissenschaftsphilosoph Thomas Kuhn konnte 1962 daran wenig ändern, als er beklagte, der Satz „Der Sauerstoff wurde entdeckt" sei irreführend, da er den Anschein erwecke, als sei das Entdecken ein einziger und einfacher Vorgang. Tatsächlich ist das praktisch nie der Fall und könne als Vorstellung kaum einer historischen Analyse standhalten. Was Kuhn an Beispielen des achtzehnten und neunzehnten Jahrhunderts belegen konnte, gilt umso mehr für unsere heutige Wissenschaft, die seitdem nicht nur massiv an Komplexität gewonnen hat, sondern zudem immer stärker in internationalen Kollaborationen organisiert ist. Hunderte, wenn nicht gar Tausende Wissenschaftler arbeiten da zusammen, jeder leistet seinen Beitrag, und erst die arbeitsteilige Zusammenarbeit macht möglich, was schließlich öffentlich gefeiert wird: die bahnbrechende Entdeckung. Für die mediale Vermittlung ist natürlich unschön, der personifizierenden Entdeckersehnsucht nicht entsprechen zu können. Und so macht man sich trotzig auf die Suche nach dem einen *entscheidenden* Mitglied des sonst so gesichtslosen Konsortiums, nach demjenigen also, ohne den der ganze Erfolg nicht möglich gewesen wäre. Vergangene Woche wurde das amerikanische Nachwuchstalent Katie Bouman „Opfer" dieses Mythos. Bouman hatte 2017 in ihrer exzellenten Doktorarbeit Verfahren entwickelt, um die komplizierte Methode der Bilderzeugung für die erste Aufnahme eines Schwarzen Lochs mit Hilfe des Event Horizon Telescope zu verbessern. Mit der medial geteilten Aussage, sie sei „die Frau" hinter der Entdeckung, machte man sie nun zum einfachen Ziel böswilligster Attacken in den Niederungen der sozialen Medien. Dass es ohne sie das Bild nicht geben würde, hatte Bouman selbst freilich nie behauptet, so wenig wie ihre Kollegen. Gleichermaßen einhellig bekräftigten die EHT-Astronomen, dass sich Bouman auch ohne dieses Alleinstellungsmerkmal mit ihren wichtigen Beiträgen keineswegs verstecken müsse. Genützt hat es wenig: undifferenzierter Geniekult traf ungebremst auf den Hass der Trolle. Fake-Accounts wurden erstellt, sinnfrei-akribisch Softwarezeilen gezählt und die Löschung von Boumans Wikipedia-Seite nahegelegt. Dabei ist der Erfolg so groß, dass er bequem für alle reichen sollte. Für die mehr als 200 Forscher in aller Welt, den Nachwuchs und die Professoren, Männer wie Frauen, deren kombinierte Kompetenzen das historische Bild tatsächlich erst möglich machten. sian

KLUG VERDRAHTET

Dass das eigene Überleben irgendwann von der sogenannten Intelligenz herzloser und bis auf weiteres auch bewusstloser Automaten abhängen könnte, bereitet vielen Menschen verständlicherweise Kopfzerbrechen. Das hindert die Medizin nicht daran, das Feld der Künstlichen Intelligenz (KI) genau daraufhin abzuklopfen, speziell auch in der wichtigen Vorbeugung von Krankheiten. Zu verhindern gilt, dass Gesunde unnötig zu Kranken und Kranke fälschlich für gesund erklärt werden. In Heidelberg haben Spezialisten des Deutschen Krebsforschungszentrums, der Universitätshautklinik und des Nationalen Centrums für Tumorerkrankungen einen Algorithmus entwickelt, der im nationalen Kopf-an-Kopf-Wettstreit mit 157 ausgewiesenen Dermatologen von zwölf Universitätskliniken zu unterscheiden hatte zwischen harmlosen Muttermalen und schwarzem Hautkrebs. 12 378 Bilder hatte der lernende Computer fürs Training ausgewertet. Dann ging man an den Start: Dem Automaten und den Dermatologen wurden dieselben hundert Bilder vorgelegt. Ergebnis: Nur sieben Ärzte schnitten besser ab, vierzehn lagen gleichauf und 136 unterlagen der KI. Position und Erfahrung der Mediziner spielten keine Rolle. Heißt das nun, dass der Algorithmus, eingebaut etwa ins Smartphone, den Arzt überflüssig macht? Ganz und gar nicht, warnen die Forscher um Titus Brinker im „European Journal of Cancer", denn die Unterscheidung zwischen Muttermal und Melanom ist ja nur ein Arbeitsgang der Früherkennung. Der Facharzt muss bei der Untersuchung ein Melanom in der Differentialdiagnose von hundert anderen, zum Teil seltenen Krankheiten abgrenzen. Dafür muss die Hautstelle sorgfältig abgetastet werden. Kein Smartphone, auch keines mit Hybrid-Zoom, ist dazu in der Lage. JOACHIM MÜLLER-JUNG

Wissen in Kürze

Wasser gefriert selbst bei einer extrem tiefen Temperatur von minus 263 Grad nicht, wenn man die Flüssigkeit mit bestimmten Fettmolekülen durchmischt. Die Lipide formten ein Geflecht winziger Kanäle, die keinen Platz für die Kristallbildung ließen, schreiben Raffaele Mezzenga und seine Kollegen von der ETH-Zürich in der Zeitschrift „Nature Nanotechnology". Das Wasser nahm beim Abkühlen eine zähflüssige glasartige Struktur an. Die Fettmoleküle waren so beschaffen, dass sie ebenfalls keine Kristalle bilden konnten. Nutzen ließe sich das Verfahren in der Kryo-Elektronenmikroskopie. Um damit die Struktur und Funktionalität großer Biomoleküle aufklären zu können, muss man diese zuvor isolieren und so präparieren, dass sich keine Eiskristalle bilden, die sie zerstören können. Das könnte nun einfacher werden. (mli)

Mikroplastik in der Umwelt geht in keine ökonomische Gesamtrechnung ein, ist aber im Hinblick auf ökologische Schäden wohl das größte Plastikproblem – jedenfalls weltumspannend. Die häufig mit Chemikalien verunreinigten, submillimeter kleinen Plastikpartikeln werden einer französischen Studie zufolge mit Luftströmungen bis in entlegenste Bergregionen transportiert. Wie es in „Nature Geoscience" heißt, wurden in den Pyrenäen in zwei aufeinanderfolgenden Wintern durchschnittlich fast ebenso viele Partikeln gemessen wie in vielen Städten: im Schnitt 365 Mikropartikeln pro Quadratmeter. Dabei geht es um Plastikfasern (aus Textilien), Gummiabrieb und Plastikfragmente. Hartmut Herrmann vom Leibniz-Institut für Troposphärenforschung in Leipzig folgert daraus: „Man muss sich also mehr um die Einschränkung der Freisetzung an den Quellen kümmern." Dass das Mikroplastik ökologische Funktionen stört, haben in einer anderen Veröffentlichung in „Scientific Reports" Forscher der Universität Bayreuth dargelegt. Am Beispiel von Wasserflöhen und zwei in Gewässern häufig gemessenen Plastiksorten wurde gezeigt, dass das Mikroplastik die Signalstoffe (Kairomone) bindet, die den Wasserflöhen die Anwesenheit von Fressfeinden signalisieren. Die gestörte Unterwasser-Kommunikation könne den Forschern zufolge den für das Nahrungsnetz der Süßgewässer elementaren Kleinkrebsen teuer zu stehen kommen. (jom)

Stickoxide sind laut dem Luftschadstoff-Gutachten der Nationalakademie Leopoldina hierzulande zwar verglichen mit Feinstaub die geringere von zwei Schadstoffmalaisen. Dass sie deshalb unwichtig seien, wie nun gelegentlich geschlussfolgert wurde, lässt sich wissenschaftlich nicht erhärten. In „Lancet Planetary Health" rechnen Forscher der George Washington University nach Auswertung medizinischer Daten und Stickoxidwerte zwischen 2010 und 2015 in weltweit 125 Städten vor, dass die jährlich vier Millionen neu aufgetretenen Fälle von Asthma bei Kindern zu 64 Prozent auf die Luftverschmutzung an verkehrsreichen Straßen zurückzuführen seien. Stickoxide sind die Leitsubstanz für schmutzige Luft. (jom)

Viel Applaus für einen Schatten

Warum die erste Beobachtung eines Schwarzen Lochs auch ein europäischer Erfolg ist, berichtet der Astronom Heino Falcke im Interview. Seite N4

Das muss man nicht gesehen haben

Dauerhafter als Erz oder Pigment: Kunstwerke bleiben lebendig, wenn sie die Eigenschaft haben, dass man von ihnen Geschichten erzählen kann. Seite N3

Nachrichten aus der Win-win-Zone

Doppelte Gewinnchancen: Wirtschaftsethiker streiten darüber, ob ihr Fach nicht zu wirtschaftsnah und viel zu unphilosophisch ist. Seite N4

Konkurrenz für das Wundermaterial

Graphen galt lange als das perfekte 2D-Material. Dünne Nanobänder aus Phosphor könnten den Schichten aus Kohlenstoff den Rang ablaufen.

Als Andre Geim und Konstantin Novoselov vor 15 Jahren an der Universität in Manchester erstmals eine hauchdünne Schicht Graphen herstellten, machten sie nicht nur eine bahnbrechende Entdeckung, sie läuteten auch eine neue Ära in der Materialforschung ein. Denn sie hielten den ersten Werkstoff in den Händen, dessen Atome ein zweidimensionales perfektes kristallines Gitter aufspannten. Obwohl nur aus Kohlenstoffatomen aufgebaut, zeigten schon die ersten Graphenproben ungewöhnliche physikalische Eigenschaften, wie man sie bis dato von keinem anderen Material her kannte. Das „Wundermaterial“ schien für zahlreiche Hightech-Anwendungen wie geschaffen. Schnell wurden auch andere Elemente – darunter Silizium, Germanium und Bor – und zahlreiche Halbleiter-Verbindungen identifiziert, aus denen sich ebenfalls dünne Schichten produzieren ließen. Diese haben sich aber zum Teil als weniger stabil oder als schwerer handhabbar erwiesen als Graphen. Zudem können sie nicht mit dessen Eigenschaften konkurrieren. Bessere Chancen werden zweidimensionalem schwarzem Phosphor zugetraut. Insbesondere in Gestalt dünner Bänder soll das Element der fünften Hauptgruppe elektrische, thermische und optische Eigenschaften aufweisen, die jene von Graphen übertreffen. Zudem werden exotische magnetische Effekte vorausgesagt, die unter anderem für den Bau von Quantencomputern von Nutzen sein könnten. Doch bislang ließen sich diese Prognosen nicht überprüfen, mangelte es doch an den entsprechenden Forschungsobjekten. Bis jetzt: Nun ist es britischen Materialforschern erstmals gelungen, Nanobänder aus Phosphor in großer Zahl zu synthetisieren. Wie Christopher Howard vom University College und seine Kollegen in „Nature“ (Bd. 568, S. 216) schreiben, entstanden die Nanobänder in einer Lösung aus schwarzem Phosphor, Lithiumionen und Ammoniak bei minus 50 Grad. Nach 24 Stunden ersetzten die Forscher den Ammoniak durch ein organisches Lösemittel, woraufhin sich Phosphor-Bänder in unterschiedlichen Größen bildeten. Zur detaillierten Analyse wurden die bis zu 75 Mikrometer langen filigranen Strukturen getrocknet und auf eine Graphitunterlage aufgetragen. Unter einem hochauflösenden Rastersonden-Mikroskop zeigte sich die ganze Vielfalt der Nanobänder. Sie waren zwischen vier und 50 Nanometer dick, extrem flach und zeigten über ihre ganze Länge einen perfekten kristallinen Aufbau. Für die Forscher um Howard ideale Voraussetzungen, um nun die Eigenschaften genauer unter die Lupe zu nehmen. MANFRED LINDINGER

Foto Mitchell Watts et al.

Ein Gespräch mit dem Vorsitzenden des EHT-Wissenschaftsrats Heino Falcke über den jüngsten Meilenstein in der Astrophysik

Ein wichtiger Beitrag der Europäer

Das Event Horizon Telescope (EHT) hat das erste Bild eines Schwarzen Lochs aufgenommen. Die historische Entdeckung ist erst der Anfang von weiteren Analysen und Beobachtungen.

Herr Falcke, am vergangenen Mittwoch haben Sie in Brüssel im Namen Ihrer Kollaboration das erste Bild eines Schwarzen Lochs präsentiert. Wie turbulent waren die Tage danach?

Es war gut, heute Morgen aufzuwachen und sieben Stunden geschlafen zu haben.

Sie sind ein wissenschaftlicher Popstar.

Das geht schnell vorbei. Gestern standen wir noch bei Spiegel Online, heute ist es schon verschwunden. So schnell geht das mit dem Ruhm. Ich kann also noch unerkannt mit der Straßenbahn fahren. Aber es fühlt sich gut an, endlich die Daten veröffentlicht zu haben und darüber reden zu können.

Bei der Pressekonferenz im Hauptquartier der EU-Kommission hieß es, der Saal sei selten so voll gewesen und selten habe man so viel Applaus gehört. Warum haben Sie Ihre Forschungsergebnisse ausgerechnet dort vorgestellt?

Wir wollten damit Zeichen setzen. Zum einen, dass wir als Europäer hier einen ganz wichtigen Beitrag geleistet haben. Aber auch, dass wir sehr intensiv durch den europäischen Steuerzahler unterstützt worden sind: Über die großen Infrastrukturen wie die Europäische Südsternwarte (Eso), das Institut für Radioastronomie im Millimeterbereich (Iram), die Max-Planck-Gesellschaft, die über Jahre die Techniken und Teleskope weiterentwickeln; aber auch über den Europäischen Forschungsrat, der gerade die innovative, aber auch risikoreiche Forschung fördert. Und weil wir gelernt haben, als europäische Wissenschaftler zusammenzuarbeiten, denn sonst hätten wir keine Chance in diesen weltweiten Kollaborationen.

Vielleicht war man bei der EU auch froh, zur Abwechslung positive Nachrichten verkünden zu können?

Vielleicht. Und sicher hat man sich manchmal geärgert, wenn in Europa Durchbrüche erreicht worden sind, die dann der Weltöffentlichkeit als „die Nasa hat gefunden“ präsentiert wurden.

Sie sind Teil einer Kollaboration von über 200 Mitarbeitern aus dreizehn Partnerorganisationen, die verstreut über die Welt arbeiten. Wie schwierig war es, das Ergebnis so lange geheim zu halten? Die Daten wurden ja bereits 2017 aufgezeichnet.

Wir hatten unglaubliche Angst, dass etwas geleakt wird. Das war eines der größten Albtraumszenarios. Wenn das jemand vorzeitig rausgebracht hätte, wäre uns die Möglichkeit genommen worden, das Bild der Öffentlichkeit zu geben. Und was ist ein Bild ohne seine Geschichte? Ohne Erklärung, was es ist, wäre es nur ein Fleck in der Landschaft. Und tatsächlich war in der Nacht vor der Pressekonferenz aus Versehen ein Link mit dem Bild aufgetaucht, über den uns ein Blogger zum Glück informiert hat und den wir dann schnell reparieren konnten.

Abgesehen von dem Bild an sich, was hoffen Sie, aus Ihren Messungen zu lernen?

Nun, wir haben das Bild ja schon intensiv untersucht, natürlich unter sehr großem Druck. Was noch fehlt, ist die Analyse der Polarisation, also der Schwingungsrichtung des Lichts. Die gibt uns Auskunft über das magnetische Feld in der Umgebung des Schwarzen Lochs. Die Polarisation sollte auch durch Effekte der Relativitätstheorie beeinflusst werden. Das steckt also noch in den Daten und wird interessant werden. Außerdem sehen wir in den Beobachtungen ganz subtile Veränderungen im Laufe einer Woche, bei denen es sich vielleicht um Rotationen des Gases, vielleicht aber auch um Artefakte handelt – das ist allerdings sehr schwer nachzuweisen und an der Grenze dessen, was wir zurzeit machen können. Was wir aber auf jeden Fall noch herausfinden wollen, ist: Dreht sich das Schwarze Loch? Das ist schwer zu messen, denn der Schatten des Schwarzen Lochs verhüllt auch ein wenig seine Eigenschaften.

Die Galaxie M87, deren zentrales Schwarzes Loch Sie aufgenommen haben, ist 55 Millionen Lichtjahre entfernt, 2000 Mal weiter als das supermassereiche Schwarze Loch unserer Milchstraße. Viele interessierte Beobachter hatten damit gerechnet, dass Sie zuerst das Zentrum unserer Galaxie abbilden.

Ich hatte mir schon bei der Pressekonferenz gedacht: Einige Journalisten werden wohl ihre vorbereiteten Artikel umschreiben müssen. Und es stimmt: Sagittarius A*, das Schwarze Loch in der Milchstraße, ist 1500 Mal leichter, aber auch 2000 Mal näher als M87 und erscheint damit sogar noch etwas größer am Himmel. Aber weil es in Wirklichkeit kleiner ist, bewegt sich das Gas viel schneller um das Loch herum, einmal in 20 Minuten. Es ist, als wollten Sie ein kleines Kind fotografieren, das einfach nicht still sitzen will – und zwar mit einer altmodischen Kamera, mit der sie stundenlang belichten müssen. Versuchen Sie da mal ein scharfes Bild zu machen. Dem gegenüber ist M87 ein großer, dicker Bär im Winterschlaf, der sich kaum bewegt. Ein Bild von Sagittarius A* erfordert daher mehr Arbeit.

Für eine erfolgreiche Messung muss an allen Standorten gleichzeitig exzellentes Wetter herrschen. 2018 hatten Sie dieses Glück nicht, richtig?

Das Wetter war sehr schlecht, 2018 war in der Tat maximal ungünstig. Dazu sind Teleskope ausgefallen: Die Beobachtungen in Mexiko mussten wir zum Beispiel abbrechen, weil wir Probleme mit Bandenkriminalität hatten. Trotzdem stecken in den 2018 aufgenommenen Daten Informationen, und mit dem Wissen des jetzt veröffentlichten Bildes kann man damit mit Sicherheit etwas anfangen. Es wird spannend, ob wir bestätigen können, was wir 2017 gesehen haben. Wir haben das Bild zwar mehrmals und mit verschiedenen Techniken aufgenommen – aber es muss natürlich im Jahr darauf auch noch so erscheinen!

Werden Sie 2019 wieder messen?

In diesem Jahr hatten wir nicht genug Teleskope – Mexiko ist wegen der Sicherheitsprobleme weiter nicht verfügbar, bei Alma in Chile haben wir keine Beobachtungszeit bekommen, und auch andere Standorte waren problematisch. Das ist einer der Gründe, weshalb wir neue Teleskope bauen wollen. Wenn ein Teleskop ausfällt, könnten wir dann mit einem anderen kompensieren.

Das heißt, das Event Horizon Telescope wächst weiter?

Ja. Im nächsten Jahr bekommen wir neue Teleskope dazu: in Grönland, in Frankreich und später vielleicht noch in Namibia, so dass wir deutlich bessere Beobachtungen von M87 erwarten können. Und natürlich auch von unserem eigenen Schwarzen Loch im galaktischen Zentrum.

Die Fragen stellte Jan Hattenbach.

Heino Falcke von der niederländischen Radboud Universität in Nijmegen. Foto EPA

Wer kann sich hierzulande noch für sichere Arzneimittel verbürgen?

Der Skandal um verunreinigte Blutdrucksenker aus China und Indien hinterlässt Spuren: Fachleute fordern Qualitätssicherungen

Um die Arzneimittelsicherheit steht es hierzulande offenbar nicht zum Besten. Jedenfalls wirkt wenig vertrauenserweckend, was unlängst im Zusammenhang mit einer Rückruf-Aktion für Blutdruckmedikamente zu beobachten war.

Begonnen hat alles im vergangenen Sommer. Damals kam ans Licht, dass ein in China hergestellter Blutdrucksenker, der in Deutschland schon millionenfach verschrieben wurde, krebserzeugende Substanzen enthält. Betroffen war hiervon zunächst nur Valsartan, später kamen dann weitere sogenannte Sartane hinzu, darunter Irbesartan und Losartan. Aufgrund ihrer guten Verträglichkeit besonders beliebt, entspannen diese Mittel die Arterien und entlasten das Herz, indem sie das gefäßverengende Hormon Angiotensin von dessen Andockstellen im Herz-Kreislauf-System verdrängen. Wie sich schon bald zeigte, stammen die verunreinigten Medikamente mehrheitlich von derselben chinesischen Firma und manche von einem indischen Produzenten. Bei den giftigen Stoffen handelt es sich um Nitrosamine mit den Kürzeln NMDA und NDEA. Diese Verbindungen, die unter anderem auch im Zigarettenrauch vorkommen, führen bei Tieren in hoher Dosierung zu Krebs und unterliegen daher strengen Grenzwerten. In den zurückgezogenen Blutdrucksenkern wurden zwar nur kleine Mengen dieser kanzerogenen Stoffe gefunden. Da hoher Blutdruck, eine Hypertonie, in aller Regel aber nicht vergeht, müssen die Betroffenen meist ein Leben lang Hochdruckmittel einnehmen. Schon eine geringe Schadstoffbelastung dieser Medikamente birgt daher ernstzunehmende gesundheitliche Gefahren.

Die Europäische Arzneimittelbehörde EMA hat die einschlägigen Pharmafirmen daher verpflichtet, dafür zu sorgen, dass die nitrosaminhaltigen Stoffe nicht mehr in die betreffenden Blutdrucksenker gelangen. Medikamente, die diesen Auflagen nicht genügen, können nicht mehr in der EU verkauft werden.

Ob die Nitrosamin-Verunreinigungen, die auf eine Änderung der Produktionsweise im Jahr 2012 zurückgehen, zu mehr Krebsfällen geführt haben, ist noch offen. Da die Stoffe erst seit 2012 in die Tabletten gelangt sind, hält die EMA das Ausmaß des Schadens im Einzelfall für gering. Hochrechnungen zufolge könnte demnach einer von 5000 Patienten, die sechs Jahre lang das am stärksten belastete Valsartan in der höchsten Dosis eingenommen haben, im Laufe des Lebens die Diagnose Krebs erhalten. Auf kurze Sicht scheint die Erkrankungsgefahr nicht erhöht zu sein. Hierfür sprechen zumindest die Ergebnisse einer dänischen Studie, die fünf Jahre lang das Schicksal von rund 3500 mit verunreinigtem Valsartan behandelten Personen verfolgt hat.

Selbst wenn die Sache letztlich glimpflich ausgeht: Der Valsartan-Skandal hat das Vertrauen in die Arzneimittelsicherheit nachhaltig erschüttert. Denn wie kann es sein, dass Millionen Patienten jahrelang mit verunreinigten Blutdrucksenkern behandelt werden und niemand etwas davon bemerkt? Mindestens ebenso blamabel: Die Kontamination mit den kanzerogenen Stoffen wurde nicht etwa von europäischen oder auch deutschen Kontrollinstanzen entdeckt, sondern ist dem verantwortlichen Produzenten, der chinesischen Firma Zhejiang Huahai Pharmaceuticals, selbst aufgefallen. „Versagt hat vor allem die europäische Prüfbehörde EDQM“, sagt der Pharmazeut Gerd Glaeske von der Universität Bremen, ehemals Mitglied des Sachverständigenrats zur Begutachtung und Entwicklung im Gesundheitswesen. Der chinesische Hersteller habe die europäische Behörde bereits im Jahr 2011 über die Veränderungen seiner Valsartan-Synthese informiert. Anstatt genauer hinzusehen und entsprechende Kontrollen vorzunehmen, sei die EDQM aber nicht tätig geworden. „Wenn die EDQM einen Persilschein ausstellt, der die Sicherheit und Reinheit der Wirkstoffe bestätigt, haben die Firmen ohne Frage weniger Gründe, an verunreinigte Ware zu denken“, sagt Glaeske. Auf eine weitere Schwachstelle verweist der Hamburger Kardiologe und Pharmakologe Thomas Meinertz, ehemals Vorsitzender der Deutschen Herzstiftung: „In Deutschland liegt die Verantwortung für die Arzneimittelsicherheit nicht etwa beim Bund, sondern ist Sache der Länder. Diese sind mit dieser Aufgabe aber völlig überfordert.“ Denn sachgerechte Kontrollen seien nicht nur anspruchsvoll, sondern auch ausgesprochen kostenintensiv.

Wenig vorbildlich war darüber hinaus die Art und Weise, wie die Rückruf-Aktion vonstattenging. „Der Valsartan-Rückruf zeigt, dass auch die Krisenkommunikation künftig verbessert werden muss“, kommentiert die Deutsche Gesellschaft für Hypertonie (Hochdruckliga) einen Gesetzesentwurf des Gesundheitsministeriums, der zum Ziel hat, die Arzneimittelsicherheit zu verbessern. Wie sie feststellt, gab es hierzulande keine übergeordnete Institution, die dafür gesorgt hätte, dass alle – und zwar Apotheker, Ärzte und Patienten – im Bilde sind und wissen, was zu tun ist. „Der Rückruf darf nicht am Medikamentenlager des Apothekers enden“, schreiben die Experten weiter. Er müsse auch die beim Patienten befindlichen Arzneimittel einschließen. Denn es könne nicht Aufgabe der Patienten sein, in Internetforen nachzuschlagen, ob das ihnen verabreichte Medikament vom Rückruf betroffen ist. Eine vertrauenssichernde Maßnahme hätte darin bestanden, dass die zuständige Bundesbehörde beziehungsweise deren politische Aufsicht gemeinsam mit Apotheker- und Ärzteverbänden den Rückruf vor der Presse bekanntgegeben hätten und dabei das weitere Procedere zum Rückruf erklärt worden wäre.

Unklare Zuständigkeiten und schlechtes Krisenmanagement sind das eine, die Auslagerung der Arzneimittelproduktion in Niedriglohnländer das andere. Drei Viertel aller Medikamente, die in Deutschland zu Lasten der Krankenkassen verordnet werden, sind preisgünstige Generika – also Kopien von Medikamenten, die den Patentschutz verloren haben. „Zwischen 75 und 80 Prozent dieser Nachahmerprodukte dürften aber aus Billiglohnländern, darunter vor allem China und Indien, stammen“, schätzt Glaeske. Das zeigt, wie abhängig wir von ausländischen Medikamentenherstellern sind und wie wichtig daher Qualitätskontrollen sind. Hinzu kommt, dass die Produktion oft in den Händen einiger weniger Firmen liegt und jegliche Art von Panne daher leicht zu Versorgungsengpässen führt.

Bei den Sartanen besteht diesbezüglich zwar keine Gefahr, da die Verunreinigungen nicht alle Vertreter dieser Wirkstoffgruppe betreffen und es außerdem noch eine ganze Reihe weiterer Mittel gegen hohen Blutdruck gibt. Laut Meinertz könnte der Rückruf der Blutdrucksenker aber dennoch tiefe Spuren hinterlassen: „Schon jetzt gibt es viele Patienten, die ihre Tabletten nicht regelmäßig einnehmen. Der Valsartan-Skandal könnte diese Tendenz aber deutlich verstärken und noch mehr Patienten veranlassen, die Therapie zu vernachlässigen.“ Eine unbehandelte Hypertonie berge aber weitaus höhere Risiken als die Anwendung von verunreinigtem Valsartan. Denn sie fördere die Entstehung etlicher Krankheiten, darunter Schlaganfälle, Herzinfarkte, eine Herzschwäche, Nierenschäden und Demenz. NICOLA VON LUTTEROTTI

Sie wollen uns erzählen

Schon gesehen, was Banksy bei Sotheby's gemacht hat? Auch wer die Frage verneint, hat bestimmt davon gehört. Das Tabu, das die moderne Kunst über die Narration verhängte, war eine optische Täuschung der Bildtheorie.

Die Erzählung ist nicht tot, aber das Thema ist gestorben", schreibt James Elkins, einer der wichtigsten Protagonisten der Visual Studies, in einem Buch über zeitgenössische Kunst, das er nicht mehr veröffentlichen will. Elkins sieht Narrationsvermeidung als eines der Dogmen der aktuellen Kunst an. Dabei waren jahrhundertelang die meisten Meisterwerke erzählend. Noch zu Beginn des zwanzigsten Jahrhunderts nutzte George Grosz das Mittel der Bilderzählung für seine Botschaften. Seine Bordellszenen waren mit Spuren und Symbolen gespickt wie die flämische Genremalerei des siebzehnten Jahrhunderts – und genauso lesbar. Doch der Niedergang der Narration in der bildenden Kunst begann schon im neunzehnten Jahrhundert.

Wie die Maler Maurice Denis und Paul Cézanne erkannten Kunsttheoretiker wie Konrad Fiedler und Jacob Burckhardt das Wesen der bildenden Kunst in den ihr eigenen Mitteln. Die Erzählung sei in der Sprache, nicht im Bild zu Hause und daher der Kunst wesensfremd. Missfallen erregte nun zudem, dass Auftraggeber die Geschichten vorgegeben hatten. Diese Beschränkung der Autonomie der Kunst war mit den Genievorstellungen des neunzehnten Jahrhunderts schwer zu vereinbaren. Der 2012 in Basel emeritierte Bildwissenschaftler Gottfried Boehm sprach in seinen Seminaren bis zuletzt von der „Pest der Narration".

Obwohl die Frage, ob das Zuschaustellen der Mittel wirklich die einzige legitime Aufgabe der Kunst ist, auch negativ beantwortet wurde, hat die Narrationskritik die Kunst bis tief ins einundzwanzigste Jahrhundert beeinflusst. Vergleicht man die Werke von Grosz mit Fotografien oder Gemälden, welche die heutige Kunstkritik als narrativ bezeichnet, sieht man einerseits klare Erzählungen, andererseits atmosphärisch aufgeladene Werke, die hundert mögliche Geschichten evozieren und keine wirklich erzählen. Das gilt für Cindy Shermans Movie Stills wie für Arbeiten von Paula Rego, Julie Blackmon, Neo Rauch, Jeff Wall oder Gregory Crewdson. Sie mögen narrativ sein, aber Geschichten erzählen sie nicht.

Das Verbot der Erzählung in der Kunst wirkte natürlich nicht absolut. Man nehme den britischen Straßenkunstmaler Banksy. In seinem Werk „Media" von 2006 sieht man ein verletztes Mädchen. Inmitten von Ruinen scheint ihr nur ein Teddy geblieben zu sein. Zur Rechten erscheinen zwei Helfer vom Roten Kreuz. Vorerst werden sie jedoch von einem Produktionsassistenten zurückgehalten, damit ein Filmteam und ein Pressefotograf zu ihren dramatischen Aufnahmen kommen. Die Geschichte ist hier so klar, dass Betrachter im Labor für empirische Bildwissenschaft in Wien regelmäßig die gleichen Szenarien bemühen, wenn wir sie nach dem Bildinhalt befragen, und die gleiche Ereignisfolge rekonstruieren.

Ähnliches gilt für ein anderes Werk Banksys, das ein Mädchen zeigt, das mit Schrecken beobachtet, wie ein Arbeiter ihr in Wachsfarben gemaltes Haus mit Brettern vernagelt. Dass dieses Bild 2011 während der Immobilienkrise in Los Angeles auf einer Hauswand erschien, ist allerdings genauso wichtig wie sein sichtbarer Inhalt. Tatsächlich sind die Geschichten, die sich um Banksy und seine Arbeiten ranken, wesentlich für ihre Bedeutung. Wie, wo und warum sie auftauchen, die Frage, wem sie gehören, oder ihr Diebstahl produzieren immer wieder Erzählungen. Diese sind besonders wichtig, wenn seine Beiträge weder Bilder noch Skulpturen sind, sondern Aktionen: So verkaufte er 2013 im Central Park in New York sieben Stunden lang mit Echtheitszertifikat versehene Banksys, als wären es teure Kopien.

Endgültig berühmt machte den Künstler das Schreddern eines in einer Auktion von Sotheby's soeben für 1,4 Millionen Pfund verkauften Bildes mittels eines im Rahmen verborgenen Reißwolfs. Banksy hat diese Arbeit kurz darauf mit „Love is in the Bin" („Die Liebe ist im Eimer") betitelt und damit zu einem neuen Werk erklärt. Es gibt eine Vorgeschichte für die Werk gewordene Zerstörung eines Werkes: Robert Rauschenberg bat 1953 den Maler Willem De Kooning um eine Zeichnung, um sie auszuradieren. Die Aktion ging unter dem Titel „Erased De Kooning Drawing" in die Kunstgeschichte ein.

In seinem programmatischen Text mit dem bündig-abstrakten Titel „Piece: Contra aesthetics" im „Journal of Aesthetics and Art Criticism" erklärte der Philosoph und Künstler Timothy Binkley dazu 1977: „Keine wichtige Information über Rauschenbergs Stück ist mit seinem Aussehen gegeben, außer vielleicht die Tatsache, dass es künstlerisch bedeutungslos ist, es anzusehen." Binkley schlug vor, Kunstwerke als „pieces", Stücke oder Beiträge, zu bezeichnen, um zum Ausdruck zu bringen, dass sie keine ästhetischen Objekte sein müssen – beziehungsweise überhaupt keine Objekte. Als selbstkritische Disziplin schöpfe die Kunst manchmal unmittelbar aus Ideen.

Auch Banksys „Love is in the Bin" ist ein solches Stück, denn seine künstlerische Bedeutung verstehen wir auch, wenn wir das Original nie zu Gesicht bekommen. Selbst Videos oder Fotografien haben hier nur illustrativen Charakter. So unterscheiden sich Werke wie diese wesentlich von den meisten Malereien, Fotografien und Skulpturen. Eines bleibt nicht nur bei Binkley unerwähnt: Die Bedingung der Möglichkeit, dass die Ideen ins Gespräch kommen, ist Erzählung. Damit ein leeres, vergilbtes Blatt Papier als revolutionärer künstlerischer Beitrag gilt und ein halb zerstörtes Bild es erst recht verdient, in einem prächtigen Rahmen präsentiert zu werden, müssen wir eine Geschichte erzählen, in der diese Stücke vorkommen. Sie müssen narratogen sein: geeignet, eine Erzählung hervorzubringen.

Die Schreddergeschichte enthält mehrere Wendepunkte, wie sie schon Aristoteles als formales Merkmal idealer Geschichten bestimmt hat. Gerade hat jemand ein Bild sehr teuer erworben, da beginnt es plötzlich, sich selbst zu zerstören. Dann stoppt die Zerstörung genauso überraschend, wie sie begonnen hat. Und weitere Peripetien folgen, als Banksy wenig später behauptet, er habe das Werk eigentlich ganz zerstören wollen, die halb zerstörte Arbeit zu einem neuen Werk erklärt, die Käuferin beschließt, nicht vom Kauf zurückzutreten und ein deutsches Museum es als Dauerleihgabe erhält. Damit ist die Erzählung vorerst abgeschlossen. Für Banksys Stück ist sie konstitutiv, dass es hochgradig erzählenswert ist.

„Fountain", das verschwundene Pissoir, das Marcel Duchamp 1917 zur Kunst erklärt hat, verstehen wir keineswegs besser, wenn wir uns eine signierte Replik ansehen. Duchamps Stück hat die zeitgenössische Kunst geprägt wie kaum ein anderes Werk. Alltagsobjekte, welche die Künstler nicht selbst produziert haben, sind in Kunstausstellungen heute eine Selbstverständlichkeit. Und kommt man außerhalb der Kunstwelt auf „Fountain" zu sprechen, ist man schnell mitten in einer Debatte darüber, was Kunst ist, und niemand sagt: „Ich kann nichts dazu sagen, ich habe das Werk nicht gesehen." Genau hierin liegt die Kraft der Erzählbarkeit: Erzählbare Werke befreien sich vom Gewicht ihrer physischen Existenz. Das interessiert Künstler daran.

In einem Interview berichtete Francis Alÿs, dass er versuche, Werke zu schaffen, deren Skript nur wenige Sätze umfasse: „Man braucht dann keine Bilder, Videos oder Zeichnungen vom Geschehen, um sich mehr oder weniger vorstellen zu können, wie es gelaufen ist. Eine solche Methode lässt das Werk frei zirkulieren, und ist somit auch in der digitalen Ära effektiver als jedes Bild." Während der Modernismus versuchte, das Medium von der Erzählung zu befreien, wird also für Alÿs die Erzählung zum Mittel der Befreiung vom Medium.

Was den Modernismus an der Erzählung stört, ist genau das, was Alÿs an ihr schätzt: Sie existiert auch in der Sprache. Gerade das macht sie beweglich und langlebig. Damit eine Geschichte aber auch wirklich erzählt wird, muss es um etwas gehen. „Wenn du ein Zuschauer bist, wartest du in Wirklichkeit darauf, dass der Unfall passiert": Das klingt wie ein erzähltheoretisches Prinzip, ist aber der aphoristische Titel eines Videos von 1997, an dessen Ende Francis Alÿs in einen Unfall verwickelt wird. Tatsächlich lesen sich die Beschreibungen der Performances und Videos von Alÿs oft wie Unfallanleitungen: „Künstler rennt mit einer Videokamera in einen Tornado" („Tornado", 2000 bis 2010), oder: „Künstler nähert sich nur mit Kamera bewaffnet einem von Hunden bewachten Haus in mexikanischer Kleinstadt" („El Gringo", 2003).

Auch viele Werke von Joseph Beuys sind in ähnlicher Weise erzählenswert. So entspricht die Performance „I like America and America likes me", für die Beuys sich 1974 drei Tage lang mit einem wilden Kojoten einsperren ließ, dem Rezept von Alÿs. Noch beängstigender dürfte das Warten auf den Unfall gewesen sein, als Igor Sacharow Ross 1975 bei einer Performance in der Sowjetunion verkündete: „I want to go to America." Drei Jahre später wurde er für diese und ähnliche Aktionen ausgewiesen. Heute lebt er in Köln.

Valie Exports „Genitalpanik" und „Tapp- und Tast-Kino" haben verschwindend wenige Leute wirklich erlebt. Da die Werke aber so erzählenswert sind, transportieren sie bis heute die Botschaft weiblicher Selbstermächtigung. Was zählt, ist, dass es jemand getan hat. Es sehen zu wollen ist purer Fetischismus. Das gilt auch für viele Werke der Helden des Modernismus, zum Beispiel das „Schwarze Quadrat" von Kasimir Malewitsch. Es entfaltet seine Wirkung in der Erzählung am besten, denn in ihr sind seine Farben nicht verblasst, und es hat keinen einzigen Riss. Alle erzählbare Kunst ist wie „Fountain" vor Zerstörung gefeit.

An Informationen, die in Geschichten verpackt werden, erinnern wir uns, das ist empirisch verlässlich belegt, besonders gut, sie sind glaubwürdiger, und das Erzählen regt auch zum Weitererzählen an. So verbreitet sich Erzählenswertes gewissermaßen von selbst. Heute nennt man die entsprechenden Stücke viral.

Die Werke der antiken Meister Zeuxis und Parhassios sind verschwunden. Dass beide trotzdem als geniale Maler in die Kunstgeschichte eingingen, liegt an Plinius dem Älteren. Er erzählt von Tauben, die nach gemalten Trauben picken, und davon, wie der Künstlerwettstreit zwischen den beiden Malern sich entschied, als Zeuxis einen Schleier zur Seite schieben wollte, den Parhassios gemalt hatte. Befreit vom Gewicht des Mediums, hat die Erzählung des Plinius das künstlerische Ideal der Nachahmung besser transportiert als die Malerei selbst. Man kann nur darüber spekulieren, wie die niederländische Stilllebenmalerei aussähe, stünde nicht die Geschichte zweier Augentäuschungen am Beginn der Kunsttheorie. Von der Materie unabhängig, kann die Erzählung also nicht nur das Werk überdauern, sondern über Jahrtausende die Produktion neuer Stücke anregen.

KLAUS SPEIDEL

„Lema Sabachthani" nannte Barnett Newman mit der bei Markus und Matthäus überlieferten Frage Jesu den Zyklus seiner „Stations of the Cross". Die vierzehn Gemälde im Format 198 mal 152 Zentimeter – hier die achte Station – hängen in der National Gallery of Art in Washington. Rhetorisch fragte der Künstler: „Kann die Passion durch eine Serie von Anekdoten ausgedrückt werden, durch vierzehn sentimentale Illustrationen?" Aber der Idee der Erzählbarkeit schwor Newman deshalb nicht ab: „Berichten die Stationen nicht von einem einzigen Ereignis?"

Foto Barnett Newman Foundation / VG Bild-Kunst, Bonn 2019

Klassikmarktforschung

Maastricht macht es vor

In Maastricht, im äußersten südlichen Zipfel der Niederlande, gibt es jetzt eine Institution, die ihresgleichen sucht. Das Maastricht Centre for the Innovation of Classical Music (MCICM) ist ein gemeinsames Projekt der aufstrebenden Musikhochschule Hogeschool Zuyd, der quicklebendigen, äußerst international ausgerichteten Universität aus den siebziger Jahren des zwanzigsten Jahrhunderts und eines vor wenigen Jahren umbenannten und zusammengelegten Orchesters, der philharmonie zuidnederland mit ihrem umtriebigen Intendanten Stefan Rosu.

Eine erste, beeindruckende Konferenz mit der Amtseinführung des Direktors Peter Peters hat kürzlich stattgefunden, und eines gibt der deutschen Besucherin zu denken: Deutschland kommt nicht vor. Die deutsche Klassikindustrie ist kaum vertreten, weder in ihrer traditionellen noch in ihrer innovativen Ausprägung. Statt des allseits gefeierten (doch terminlich verhinderten) Berliner Stegreiforchesters war ein Vertreter des Manchester Collective geladen, das „radikale menschliche Erfahrungen durch Musik" erzeugen will. Statt von innovativen deutschen Akteuren wie dem Podium Festival Esslingen oder Folkert Uhde vom Radialsystem Berlin gab es Denkanstöße von einem in „community music" erfahrenen Komponisten, einer Publikumsforscherin, einer Musikethnologin, die über Symphonieorchester weltweit arbeitet, und Vertreterinnen der Tate Modern in London, die für den kreativen Austausch über Denkmäler und Archivierungstechniken geladen worden waren. So kam es zu der geradezu unwirklich anmutenden Situation, dass am 29. März 2019, dem Tag, an dem eigentlich der Brexit hatte vollzogen werden sollen, in der multilingualen Stadt der EU-Verträge von 1992 britische und britisch geprägte Musiker und Wissenschaftler beiderlei Geschlechts über öffentlich geförderte Musik und Musikinstitutionen als europäisches Erbe diskutierten.

Maastricht nutzt mit dem MCICM die Chance einer mittelgroßen Stadt, die weder über eine große Symphonieorchesternoch über eine Opern-Tradition verfügt. Konstitutiv für das Zustandekommen des Zentrums war neben dem Wohlwollen der Provinzregierung die Mitwirkung des lokalen Orchesters, das Ressourcen investiert in die experimentelle und inhaltliche Arbeit mit Wissenschaftlern, künstlerisch Forschenden, Studierenden, Amateurmusikern und natürlich dem Publikum. Vermutlich liegt daher auch ein gewisser Druck auf dem Zentrum; es ist zum Erfolg verdammt, denn das Orchester wird nicht still und leise mit ansehen, wie sich die Forschenden lediglich mit Konferenzen zur Vorbereitung von Sammelbänden vergnügen.

Die philharmonie zuidnederland will aktiv werden und hat sich durch ihre Mitwirkung zum Mitdenken verpflichtet. Gleichzeitig hat sie sich von der Aufgabe entbunden, wie ein deutsches Theater-, Rundfunk- oder Symphonieorchester lediglich das System zu bedienen – das Abosystem immer wiederkehrender Konzerttermine, die pflichtbewusst abgeleistete Musikvermittlung, dokumentiert durch Saisonvorschauen mit den immer gleichen Werken und austauschbaren, aber immer „exklusiven" Spitzenkünstlern aus aller Welt.

Das MCICM hat sich zum Ziel gesetzt, die Rolle und den Wert klassischer Musik in einer sich verändernden Gesellschaft zu untersuchen – und eventuell, so lässt sich hoffen, auch neu zu bewerten und danach zu handeln, das existierende System der Klassik-Industrie also mit neuem Sinn zu füllen. In Maastricht stellt man dem Narrativ vom Niedergang der klassischen Musik einen anderen Ansatz gegenüber: Es soll aufwärtsgehen durch Kontaktaufnahme mit dem Publikum, den Auszug aus der Konzerthalle, eine sorgfältig gepflegte Internetpräsenz, neue Kooperationen und eine ganz grundsätzliche Neudefinition der gesellschaftlichen Relevanz von klassischer Musik.

Wo aber steht die deutsche Klassikszene, und wie steht sie dazu? Wäre es nicht an der Zeit, auch hier in einem Zusammenschluss von Theorie und Praxis das Nachdenken zu wagen? Sich die Freiheit zu nehmen, auch auf Seiten der Musiker, gemeinsam mit der Forschung über die gegenwärtige Musikpraxis nachzudenken? Peter Peters formulierte in Maastricht die Frage, wie die Zukunft einer Kunstform geformt werden kann, die sich in erster Linie mit tausendfach gespielten Werken, alten Traditionen und bekannten Ritualen, kurz: mit Vergangenem beschäftigt.

Das Vergangene ist im Klassikbetrieb des deutschen Sprachraums sehr präsent, das Neue blüht erst spärlich, fast nur in der freien Szene. Und ein Festival wie Wonderfeel, das seit fünf Jahren jeden Sommer für ein Wochenende ein Feld nahe Hilversum bespielt, mit dem Neuesten, Zugänglichsten und Aufregendsten, was die Klassik zu bieten hat, gibt es so im deutschen Sprachraum (noch) nicht. Keine großen Namen, dafür Schlagworte, die immer wieder bemüht werden: Innovation, Partizipation und Diversität. Hier passen sie, denn sie bringen Lust an der Debatte, Freude am Experiment und Interesse am Neuen und Ungewohnten mit sich, alles selbstverständlich auf der Basis musikalischer und gesellschaftlicher Traditionen.

Noch scheint in der deutschsprachigen Klassikszene allerorten der Mut zu fehlen, es den vom Nimbus klassischer Musik weniger beschwerten Niederländern nachzutun.

JUTTA TOELLE

Ein Buch für keinen und zwei

Also sprach Sokrates: Das Internationale Hamann-Kolloquium entdeckt einen rhetorisch geschulten Kritiker der Öffentlichkeit

„Versuch einiger Betrachtungen über den Optimismus" – so nannte Immanuel Kant einen kleinen Traktat, den er 1759 veröffentlichte. Mit Leibniz überzeugt, in der besten aller Welten zu leben, blickte der Philosoph trotz russischer Besatzung optimistisch in die Zukunft. Kurz zuvor hatte er sich an Zarin Elisabeth gewandt, um die Professur seines verstorbenen Vermieters Johann David Kypke zu erhalten. Obwohl der Versuch scheiterte, blieb Kant positiv gestimmt.

Während der Magister an seiner Karriere feilte, wurde sein Orts- und Zeitgenosse Johann Georg Hamann von der Firma Berens in die englische Hauptstadt entsandt. Als seine handelspolitische Mission scheiterte, lief sein Leben aus dem Ruder. „Ich fraß umsonst, ich soff umsonst, ich buhlte umsonst, ich rann umsonst", notierte er in seinen „Gedanken über meinen Lebenslauf". Der Autobiograph schilderte eine „Höllenfahrt der Selbsterkenntnis" – Kant griff den Ausdruck 1797 in seiner „Metaphysik der Sitten" auf.

Als Ariadnefaden im Labyrinth der Londoner Lebenskrise erwies sich für den Vielleser Hamann die Bibel. Ein kräftiger Faden: „Wir liegen alle in einem so sumpfichen Gefängnis, worinn sich Jeremias befand. Alte Lumpen dienten zu den Seilen, ihn heraus zu ziehen." Diese von Hamann in den „Londoner Schriften" – neu ediert von Oswald Bayer – mit Vorliebe zitierte Jeremia-Stelle charakterisiert seine Sicht der Heiligen Schrift. Danach steht deren menschliche Gestalt (Lumpen) keineswegs im Widerspruch zu ihrer göttlichen Inspiration (Rettungsseil).

So wurde der England-Reisende nicht zum Fundamentalisten. Vielmehr verstand er sich in vertiefter Weise als „Philologe". Seine schon früh hervortretende Neigung „zu Alterthümern, Critik", zu „Poesie und Romanen", zu französischen Schriftstellern und britischen Empiristen wie David Hume bot ihm metaphysikkritische Argumente und stilistische Mittel, um eine biblisch-sinnlich-existentielle Anthropologie mit dem verabsolutierten Vernunftkult des Siècle des lumières zu konfrontieren. Hamanns kurze publizistische Texte in den Gattungen von „Denkwürdigkeiten", „Fragmenten" oder „Einfällen bieten Gelehrten vieler Fächer alle vier Jahre reichlich Gesprächsstoff. Das zwölfte Internationale Hamann-Kolloquium fragte jetzt in Heidelberg nach der Bedeutung der Rhetorik in seinen Schriften.

„Meine eigentl. Autorschaft", schrieb Hamann rückblickend an Friedrich Heinrich Jacobi, „hebt sich mit 1759 und den Sokratischen Denkwürdigkeiten an." Dieses Werk war erstmals in jenem „dunklen Stil" abgefasst, der zu seinem Markenzeichen wurde. „Kein Alcymist, kein Jacob Böhme, kein wahnwitziger Schwärmer", urteilte Christian Ziegra, Herausgeber der „Hamburgischen Nachrichten aus dem Kreise der Gelehrsamkeit", hätte „unverständlicheres und unsinnigeres Zeug reden und schreiben" können.

Wie die Komparatistin Linda Simonis (Bochum) ausführte, leistete der Abbruch der Tradition der Rhetorik im achtzehnten Jahrhundert solchen Fehleinschätzungen Vorschub. Die grundlegende Adressatenbezogenheit von Hamanns Schreiben werde deutlich am Gebrauch rhetorischer Mittel wie Imitatio, Adaption, Parodie oder Cento. Diese literarische Technik, „Flickwerk" aus Anspielungen, Begriffen und Zitaten kunstvoll zu verknüpfen und dadurch neue Muster zu erzeugen, etwa Paulus und Diderot, Petrus und Mendelssohn zusammenzubringen, stelle an Rezipienten höchste Ansprüche.

Hamann, behauptete der Editionsphilologe Roland Reuß (Heidelberg), wollte kein moderner bürgerlicher Schriftsteller mit gut gängigen Publikationen sein. Vielmehr legte er es wie sein späterer Leser Søren Kierkegaard darauf an, von Einzelnen verstanden zu werden. Deshalb gab er dem Sokrates-Buch auf dem Titelblatt eine doppelte Zuschrift: „an Niemand und an Zween". Dieser „Niemand" erscheint geradezu als mythische Größe: als Ungeheuer. Der Autor verweigerte sich einem wachsenden Kult anonymer „Öffentlichkeit", sah sich jedoch einer ganzen Priesterkaste – Literaturkritikern, Zeitungsleuten, Verlegern – gegenüber, die dem Moloch Publikum tagtäglich kleine und große publizistische Opfergaben darbrachten. Hamann legte es darauf an, seine Opponenten und Freunde Berens und Kant mit Hilfe des Mediums Buch zu erreichen. Hamann spricht mit Sokrates „von Lesern, welche schwimmen könnten". Die Interpretation von Reuß: Der Autor sei „auf das Verständnis, die Körpertätigkeit und das Weltvertrauen seiner Leser elementar angewiesen – sie müssen aktiv sein im Gegensatz zu jenen, die sich ‚Brücken und Fähren der Methode' zimmern".

Kant, der über seine Heimatstadt nicht hinausgelangte, profitierte von der England-Expertise seines Mitbürgers. Dieser übersetzte nämlich um 1769 die „Nachtgedanken eines Zweiflers", den Anfang von Humes „Treatise of Human Nature". Die frühe Schrift „Über den Optimismus" erschien Kant danach nicht mehr haltbar.

THOMAS BROSE

Wie viele Geschlechter gibt es?

In der Debatte über das „dritte Geschlecht" wird die Biologie vernachlässigt. Vor operativen Eingriffen und bei juristischen Festlegungen sollte ihr Fachwissen jedoch nicht ignoriert werden.

Nach der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom Oktober 2017 ist es seit dem 22. Dezember 2018 erlaubt, die Bezeichnung „divers" in das Geburtenregister einzutragen. Der neue Zusatz lautet „wenn das Kind weder dem weiblichen noch dem männlichen Geschlecht zugeordnet werden kann". Eine lebhafte Debatte in der Öffentlichkeit und den Medien begleitet diese Ergänzung. Es wird von der Existenz eines dritten Geschlechts oder „Geschlechtervielfalt" gesprochen. Die auch auf politischer Ebene von Ernsthaftigkeit geprägte Debatte zeugt von der Absicht, Diskriminierung von Menschen zu vermeiden, die sich nicht einem von zwei Geschlechtern zugehörig fühlen. Ein wichtiger Schritt für die formelle Anerkennung von Zwischenstufen zwischen „weiblich" und „männlich" sei damit vollzogen.

Jedoch bleiben in der gegenwärtigen Diskussion oft wesentliche biologische Grundlagen des Geschlechts unberücksichtigt. Dadurch entsteht der Eindruck, als könne die neue Option „divers" viele Probleme lösen, die mit einer nicht eindeutigen Zuordnung zum weiblichen oder männlichen Geschlecht verbunden sind. Erstens sind aber die Grundlagen nicht eindeutig, auf denen der Eintrag „divers" beruhen müsste. Zweitens ist nicht geklärt, ob er in jedem Fall zur Anerkennung führen und Diskriminierung vermeiden wird.

Bei der Zuordnung zu einem Geschlecht spielen natürliche und kulturelle Faktoren eine Rolle, was dann auch heißt, dass die körperliche Dimension nicht vernachlässigt werden darf. Biologisch betrachtet, gibt es bei Wirbeltieren zwei Geschlechter: weiblich und männlich, nicht mehr. Die natürliche Existenz von zwei Geschlechtern führt dazu, dass in jeder Generation Gene bei der Bildung von Eizelle und Samenzelle in neuer Mischung zusammengestellt werden. Darüber hinaus werden durch einen Austausch zuvor nicht existierende neue Informationseinheiten, also genetische Varianten, gebildet. Die auf evolutionärer Grundlage entstandene Teilung in zwei verschiedene Geschlechter ist genetisch gesteuert. Man muss zwischen genetisch festgelegtem biologischen Geschlecht und selbst empfundener Zuordnung (Geschlechtsidentität) unterscheiden. Hier können beim Menschen Zwischenstufen vorkommen. Dies ist aber nicht gleichbedeutend mit der Existenz eines „dritten" Geschlechts.

Die körperliche Bildung in entweder männlich oder weiblich findet bei Säugetieren während der frühen Embryonalzeit statt. Bereits in der befruchteten Eizelle ist festgelegt, ob eine weibliche oder männliche Entwicklung folgen wird. Die Differenzierung in eines der beiden Geschlechter erfolgt in einer Serie embryonaler Entwicklungsschritte. Beim Menschen findet dies etwa zwischen der sechsten und sechzehnten Schwangerschaftswoche statt. Danach ist das eine oder andere Geschlecht anatomisch erkennbar.

Für das Verständnis der durch die verschiedenen embryonalen Entwicklungsschritte entstehenden Unterschiede zwischen weiblich und männlich ist es wichtig zu wissen, dass alle Entwicklungsstufen aus einem nicht-differenzierten Stadium hervorgehen. Zwischen beiden Geschlechtern kann zunächst nicht unterschieden werden. Erst nach Abschluss der Entwicklung ist dies möglich.

Alle Säugetiere einschließlich der Mensch haben im Zellkern aller Zellen 46 Chromosomen, die Träger der Erbanlagen. Zwei strukturell und funktionell verschiedene Chromosomen sind das X- und das Y-Chromosom. Sie leiten die ersten Stufen der Entwicklung in „weiblich" oder „männlich" ein. Im weiblichen Geschlecht liegen in allen Zellen zwei X-Chromosomen und im männlichen Geschlecht ein X- und ein Y-Chromosom vor. Das deutlich kleinere Y-Chromosom ist auf Funktionen der Geschlechtsentwicklung spezialisiert, während die meisten Gene auf dem X-Chromosom nichts mit der Entwicklung des Geschlechts zu tun haben. Es besteht also bezüglich dieser beiden Chromosomen ein deutlicher genetischer Unterschied zwischen weiblich und männlich. Die Anwesenheit eines Y-Chromosoms in der befruchteten Eizelle legt eine Entwicklung als männlich fest, seine Abwesenheit eine weibliche Entwicklung.

In darauf folgenden embryonalen Entwicklungsschritten, etwa von der sechsten Schwangerschaftswoche an, entsteht aus zunächst zwischen weiblich und männlich nicht unterscheidbaren Keimdrüsen (Gonaden) entweder ein Ovar (Eierstock) oder ein Testis (Hoden). Dies ist das gonadale Geschlecht. Die Gonaden bilden weibliches oder männliches Geschlechtshormon. Unter deren Einfluss entwickeln sich die zunächst nebeneinander liegenden Vorstufen der weiblichen und der männlichen inneren Ausführungsgänge, also entweder Eileiter und Uterus im weiblichen oder Samenleiter und Prostata im männlichen Fall. Die jeweils gegenläufigen Ausführungsgänge werden unterdrückt und entwickeln sich nicht weiter. Nicht nur die inneren Geschlechtsorgane gehen aus neutralen, nebeneinander angelegten Vorstufen hervor. Auch die äußeren Geschlechtsorgane sind zunächst neutral angelegt. Dies entspricht einem während der Embryonalentwicklung natürlich vorkommenden „Intersex", da weiblich und männlich äußerlich bis etwa zur sechzehnten Schwangerschaftswoche beim Menschen nicht unterscheidbar sind. Dies ist für das Verständnis von verschiedenen Formen von männlich oder weiblich abweichender Geschlechtsentwicklung bedeutsam.

Für die biologische Bestimmung des Geschlechts sind also die An- oder Abwesenheit eines Y-Chromosoms (genetisches Geschlecht), die Differenzierung der Gonaden in Eierstock oder Hoden (gonadales Geschlecht) und die inneren und äußeren Geschlechtsorgane (anatomisches Geschlecht) entscheidend. Die biologische Geschlechtsentwicklung läuft somit auf drei verschieden Ebenen der Geschlechtsentwicklung ab, die von zahlreichen Genen gesteuert werden. Jedes dieser Gene kann durch eine Störung (Mutation) seine Funktionsfähigkeit gänzlich oder teilweise verlieren. Dies kann dazu führen, dass die drei Ebenen nicht zueinander passen, eine Ebene fehlt oder Mischformen entstehen. Daraus kann ein weder dem weiblichen noch dem männlichen Geschlecht entsprechendes „zwittriges" äußeres Genitale entstehen, das Intersex. Es existieren zahlreiche nach Ursachen unterscheidbare Gruppen von genetisch bedingten Abweichungen von der Geschlechtsentwicklung, je nachdem, welcher Entwicklungsschritt unterbrochen oder unvollständig ist.

Beim Menschen kommen zwei weitere Ebenen hinzu, eine psychologisch und eine juristisch definierte. Entscheidend ist die selbst empfundene Zugehörigkeit zu einem der beiden Geschlechter oder zu keinem von beiden („divers"). Diese Ebene der geschlechtlichen Identität kommt durch zahlreiche Einflüsse zustande. Sie kann zwar einen genetischen Hintergrund haben, aber nicht-genetische Einflüsse wirken hinein. Hier sind zahlreiche Zwischenstufen möglich. Die endgültige psychisch definierte Geschlechtsidentität ist erst nach der Pubertät abgeschlossen.

Für die zahlreichen genetisch bedingten Abweichungen der Geschlechtsentwicklung kommt die neue juristische Einordnung als „divers" praktisch nicht in Betracht. Dies gilt besonders, wenn es sich um eine unvollständige Geschlechtsentwicklung handelt. Bei den Formen mit nicht eindeutigem anatomischem Geschlecht muss auf der Grundlage fundierter diagnostischer Maßnahmen entschieden werden, welches anatomische Geschlecht nach den vorliegenden medizinischen Erfahrungen die größere Aussicht hat, sich später als die beste Lösung zu erweisen. Dies kann nicht durch bloßen Augenschein rasch entschieden werden. Vielmehr muss eine umfassende ärztlich-genetische Diagnostik und Beratung stattfinden. Daran müssen Vertreter der Fachgebiete Kinderheilkunde, Endokrinologie, Gynäkologie, Andrologie, Urologie, Humangenetik beteiligt sein. Erfahrungsgemäß ist hier eine an den Ursachen orientierte Zuordnung zu „weiblich" oder „männlich" einem „divers" vorzuziehen. Am Ende hat jedoch die individuelle Entscheidung Vorrang.

Gänzlich anders ist die Situation auf der psychisch definierten Ebene. Hier besteht eine Diskrepanz zwischen dem biologischen Geschlecht und der selbst empfundenen Zuordnung. Im Gegensatz zu den oben genannten genetisch bedingten Abweichungen bei der Entwicklung des Geschlechts handelt es sich nicht um Krankheitszustände. Diese Gruppe ist relativ selten. Sie betrifft geschätzt 160 000 bis 190 000 erwachsene Menschen in Deutschland. Gerade unter Jugendlichen ist der Wunsch nach Geschlechtsumwandlung jedoch in den vergangenen Jahren weltweit drastisch angestiegen.

Ob das neue Unbehagen am körperlichen Geschlecht ein Zeitgeistphänomen ist oder auf wachsende gesellschaftliche Toleranz zurückgeht, ist noch nicht abzusehen. Auch hier gilt letztlich das Gebot der individuellen Selbstbestimmung. Dass das übliche Alter von sechzehn Jahren als frühestmöglicher Beginn für eine gegengeschlechtliche Hormonbehandlung inzwischen oft deutlich unterschritten wird und operative Eingriffe schon vor der Volljährigkeit vorgenommen werden, ist allerdings eine bedenkliche Entwicklung. In jedem Fall sollte vor einer irreversiblen Geschlechtsoperation der Abschluss der körperlichen Entwicklungsschritte abgewartet werden. Es muss berücksichtigt werden, dass sich die empfundene Geschlechtsidentität im Laufe der Zeit ändern kann.

Auch die juristische Eintragung als „divers" sollte erst nach der Pubertät auf der Grundlage eigener Entscheidungen erfolgen. Es sollten die körperlichen Gegebenheiten berücksichtigt werden, insbesondere wenn ein nicht rückgängig zu machender operativer Eingriff vorgesehen ist. EBERHARD PASSARGE

Der Autor ist Emeritus Direktor im Institut für Humangenetik am Universitätsklinikum Essen.

Wirtschaftsnah: Der Aldi-Süd-Hörsaal an der Hochschule für Technik und Wirtschaft des Saarlandes Foto Franziska Gilli

Botschaften aus der Win-win-Zone

Krisenbewirtschaftung: Dient sich die Wirtschaftsethik dem Kommerz an?

Wer braucht eigentlich die Wirtschaftsethik? Man könnte sagen: jeder, dem an einer wertgeleiteten Regulierung des wirtschaftlichen Handelns gelegen ist. Und der zugleich davon überzeugt ist, dass sich die Wirtschaft nicht am besten selbst reguliert oder dass andere Ordnungssysteme wie Recht und Politik das nicht viel besser können. Der in Lugano lehrende Wirtschaftsethiker Peter Seele hat an der besonderen Kompetenz der Wirtschaftsethik Zweifel: In mehreren Artikeln – beispielsweise anhand von Stellenausschreibungen und den Profilen von Fachzeitschriften – hat er aufgewiesen, dass die Wirtschaftsethik zunehmend ohne echte Ethiker auskommt.

In der Zeitschrift „Information Philosophie" (Heft 4/2017) hat Seele der Wirtschaftsethik darum vorgeworfen, sie sei „zu einem Teil der Management-Theorie geworden" und habe sich dem wirtschaftlichen Selbstzweck des finanziellen Erfolgs untergeordnet. Der Philosoph bedauert diese von ihm behauptete Unterwanderung und sieht auch die deutsche Ausrichtung des Faches auf einem solchen Irrweg. Wirtschaftsethik sei nicht das Messen der finanziellen Vorteile von Unternehmen, die sich für Ethik und Nachhaltigkeit engagierten. Oder noch schlimmer: Forschung, die sich mit der Frage befasse, wie ethische Botschaften die Zahlungsbereitschaft von Kunden erhöhen. Doch auf die Frage, was ein solches „Fehlen von Philosophie in der Ausbildung der von Wirtschaftsstudenten für deren Verständnis von Wirtschaft für Folgen" habe, gab Seele zur Antwort: „Im günstigsten Falle keine."

Seeles Antwort verrät die Schwäche seines eigenen Faches. Entweder nähert sich die Wirtschaftsethik zu sehr der Wirtschaft an. Dazu kommt es beispielsweise dann, wenn Bewerber auf Lehrstühle für Wirtschaftsethik Erfahrungen im Management oder in der Wirtschaft nachweisen müssen. Weil sie sonst ja wohl nichts von Wirtschaft verstünden? Das ist so, als müsste ein Professor für philosophische Ästhetik zunächst seine Fähigkeiten in der Ölmalerei oder im Ausdruckstanz vorführen. Wenn das Fach solche Zumutungen von sich abhält und stattdessen seine Zuständigkeit für das „Grundsätzliche" reklamiert, stellt sich andererseits die Frage, worin noch seine spezielle Nützlichkeit für die Wirtschaft besteht.

„Die Fähigkeit zu denken und zu reflektieren steht jedem vernunftbegabten Menschen in gleichem Maße zur Verfügung", doziert Seele. Warum brauchen dann gerade Wirtschaftsstudenten eine Extraausbildung darin? Weil sie später mehr Schaden anrichten können als Jura-, Politik- oder Medizinstudenten? Wenn Seele behauptet, die Philosophie „helfe durch ihre Fokussierung auf grundsätzliche Fragen der Ethik, Logik oder Ästhetik" gegen eine „Verengung des Urteilsvermögens unter Ausblendung gesellschaftlicher Konsequenzen", dann klingt das nach einer Trivialisierung dieser sehr kleinen Gemeinsamkeit.

Wer zweifelhafte Interessen im Schilde führt, wer wie Facebook viel Geld mit Künstlicher Intelligenz verdienen will, der brauchte sich vor den Hilfestellungen einer solchen fürs Grundsätzliche zuständigen Wirtschaftsethik sicher nicht zu fürchten. Der Skandal liegt dabei nicht nur in Allianzen wie jüngst die der TU München mit Facebook, sondern noch mehr in der Legitimation des Faches durch die Skandale der Wirtschaft. Je mehr Finanzkrise, so Seele, desto mehr Nachfrage erfahre die Wirtschaftsethik. Das sei zwar „schlecht für die Welt", aber immerhin gut für die „Reifung der Disziplin". Die Krisenprofiteure der Wirtschaftsethiker „bewirtschafteten" die Krise mit dem „Versprechen ihrer Heilung", so Seele. Wenn das keine Win-win-Situation ist!

Birger Priddat von der Universität Witten-Herdecke hat Seele in der „Information Philosophie" entgegnet, Wirtschaft und Wirtschaftsethik stünden in einem Verhältnis der Rivalität zweier verschiedener Vernunftdimensionen. Die Ethik habe gar keine eigene Adresse in der Wirtschaft, sie fungiere nur als Platzhalter für „noch nicht ins Organisatorische oder Rechtliche gefügte Verhältnisse". Für die ethische Regulierung der Wirtschaft sei die Konkurrenz aus der Soziologie, den Rechtswissenschaften und der Ökonomie besser gerüstet. Sie alle arbeiteten doch darauf hin, Regeln zu entwerfen, die das Ökonomische irgendwie kanalisieren und beherrschbar halten sollten.

Wolle die Wirtschaftsethik ihrer Marginalisierung durch die erfolgreichere Konkurrenz entgehen, müsste sie die Selbstwahrnehmung der Ökonomie angreifen. Hier erst begönne eine philosophische Reflexion, so Priddat, die beides wäre: „eine Reflexion der Geltungsbedingungen der Ökonomie und zudem eine Reflexion der regulativen Anspruchshaltungen der Ethik selbst".

Ingo Pies, der in Halle-Wittenberg Wirtschaftsethik lehrt, geht sogar noch weiter und erwartet Impulse für die Theoriebildung seines Faches nicht aus der Philosophie, sondern aus den empirischen Moralwissenschaften. Pies sieht aus Disziplinen wie der Primatenforschung, der Anthropologie und der Theorie und Geschichte kultureller Evolution eine Welle neuer Erkenntnisse auf uns zurollen. Schaut man sich die von Pies hierzu angeführten Autoren an – beispielsweise die Kulturanthropologen Christopher Boehm, Joseph Henrich, Peter Turchin und Michael Tomasello, die Psychologen Joshua Greene, Jonathan Haidt, Steven Pinker oder den Evolutionsbiologen Frans de Waal –, dann fällt auf, dass für Pies von deutschsprachigen Autoren anscheinend keine Impulse zu erwarten sind.

Auch der Münchener Wirtschaftsethiker Christoph Lütge, dessen Institut mit 6,5 Millionen Euro von Facebook die ethischen Implikationen der Künstlichen Intelligenz erforschen soll, setzt auf die Weiterentwicklung der Wirtschaftsethik von außen, allerdings nur, weil bei der internationalen Akkreditierung von MBA-Studiengängen ausdrücklich auch nach Wirtschaftsethik gefragt werde. Lütge kritisierte die Zurückhaltung der großen staatlichen Fakultäten in Deutschland bei der internationalen Akkreditierung ihrer Studiengänge. Wirtschaftsethik, so Lütge, sei mittlerweile stärker an den privaten Business Schools als an den Universitäten vertreten.

Michaela Haase von der Freien Universität Berlin sieht die Vorgaben der Akkreditierer skeptischer als Lütge. Die Business Schools könnten von ihren Stakeholdern sicher dazu befragt werden, wie sie ihre Absolventen mit „critical thinking" auf den Umgang mit Konflikten zwischen ethischen und ökonomischen Werten vorbereiten. Doch die Wirtschaftsethik würde selbst dann nicht überflüssig, wenn sich der Zustand der Welt verbessert hätte, und die ökonomische Theorie nicht mehr im Zentrum krisenbedingter Kritik stünde. GERALD WAGNER

Stehaufmännchen

Die erstaunliche Karriere des Wortes Resilienz

Sie wolle „keine Wette eingehen, wer hier im Hause weiß, was Resilienz ist", sagte die Grünen-Abgeordnete Christine Stihl während einer bildungspolitischen Debatte im Bayerischen Landtag. Das war 2005. Heute wäre diese Wette nicht mehr so riskant. Denn der Ausdruck, der zu Beginn dieses Jahrhunderts in deutschen Wörterbüchern noch nicht verzeichnet war, ist in rasender Geschwindigkeit zum Schlagwort geworden, in Politik, Wissenschaft, Pädagogik, Psychologie, eigentlich überall. Seine Kernbedeutung ist „Elastizität" im wörtlichen wie im übertragenen Sinne, also die Fähigkeit, mit Druck von außen fertig zu werden, ohne Schaden zu nehmen. Elastisch ist auch das Wort selbst, das mittlerweile die unterschiedlichsten Fachgebiete überspannt. Ingenieure bezeichnen damit Baustoffe, die sich unter Belastung vorübergehend verformen, statt zu brechen, Psychologen die Fähigkeit, Stress zu bewältigen, Mediziner das schnelle Regenerationsvermögen von Organen. Aber auch wenn es um gefährdete Ökosysteme oder heruntergekommene Stadtteile, um erodierende Staaten, trudelnde Finanzmärkte oder terroristische Bedrohungen geht, verheißt „Resilienz" die Heilung aller Schäden. Was genau damit jeweils gemeint ist, ob Widerstands-, Anpassungs-, Rückbildungs- oder Regenerationsfähigkeit, bleibt allerdings im Ungefähren. Gerade diese Dehnbarkeit macht das Wort für Verbundforscher und Projektantragsteller aller Disziplinen so attraktiv. Allein die Deutsche Forschungsgemeinschaft fördert zurzeit vier große Vorhaben, die „Resilienz" im Titel führen. Dabei geht es um soziale Umbrüche im Mittelalter, die Erregbarkeit neuronaler Schaltkreise, gesellschaftliche Strukturen im iranischen Hochland und die tröstende Wirkung der Religion. Selbst die Juristen veranstalten inzwischen Tagungen zur „Resilienz des Rechts". Geprägt wurde der Begriff, der im lateinischen „resilire/zurückspringen" wurzelt, im siebzehnten Jahrhundert von Francis Bacon. Der Philosoph bezeichnete damit physikalische Rückkoppelungen unterschiedlichster Art. „Resilience", das seine Bedeutung bald auf emotionale Zustände ausdehnte, wurde Teil des englischen Bildungswortschatzes und avancierte nach dem Ersten Weltkrieg angesichts traumatisierter Kriegsteilnehmer zu einem Schlüsselwort der Psychologie. Die eingedeutschte „Resilienz" hingegen blieb bis weit in die zweite Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts hinein ein spezieller Terminus der Naturwissenschaften und der Medizin. Nur selten überschritt das Wort die Fachgrenzen: Ende der sechziger Jahre konstatierten Sozialwissenschaftler die „Resilienz" des Kapitalismus, und 1988 definierte Carl Friedrich von Weizsäcker das Wort als „die stehaufmännische Wiederherstellung nach Krisen". Das Krisenbewusstsein hat sich seitdem noch einmal verstärkt, und es ist kein Zufall, dass auch der Gegenbegriff der „Resilienz" gerade Konjunktur hat – die „Disruption", die den radikalen gesellschaftlichen Umbruch bezeichnet. Im Begriff der „Resilienz" verdichtet sich die Hoffnung auf Beständigkeit gegenüber der Macht der Disruption. kri

Monodisziplinär

Zahlen zur Exzellenzstrategie

Im September 2018 gab die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) bekannt, im Rahmen der Exzellenzstrategie 57 Exzellenzcluster zu fördern. Beworben hatten sich 195 Kandidaten. Die Fördermittel pro Cluster werden bei rund 365 Millionen Euro pro Jahr liegen. Bescheidenheit scheint den Cluster-Anträgen nicht bekömmlich zu sein, waren doch gerade die teuersten Anträge durchschnittlich am erfolgreichsten. Das geht aus einem statistischen Bericht der DFG zur Auswahl der Exzellenzcluster hervor. Demnach wurden nur sieben Cluster der untersten Kategorie (bis 6,5 Millionen Euro pro Jahr) bewilligt, während vierzehn Cluster mit bis zu 8,5 Millionen und 36 sogar mit bis zu 10 Millionen Euro pro Jahr gefördert werden. Obwohl also 63 Prozent der geförderten Cluster in der höchsten Ausgabenkategorie angesiedelt sind, lobt die DFG die „deutliche Spannbreite bei der Finanzausstattung der Cluster", die man jetzt, „anders als noch bei der Exzellenzinitiative", erreicht haben will. Die Zahlen können allerdings nicht verbergen, dass man eine andere Dimension von Spannbreite klar verfehlt hat. Ordnet man die eingereichten Antragsskizzen nämlich den vier Bereichen Geistes- und Sozialwissenschaften, Lebenswissenschaften, Naturwissenschaften und Ingenieurwissenschaften zu, zeigt sich, dass die Disziplinen am Ende mehrheitlich unter sich bleiben. Mehr als die Hälfte der erfolgreichen Cluster-Anträge stammt aus nur einem Wissenschaftsbereich, ein Viertel verband zwei, und nur 21 Prozent drei Disziplinen. Die vielbeschworene Interdisziplinarität der Exzellenzstrategie scheint ein Mythos zu sein. gew.